



# HESSISCHER LANDTAG

30. 09. 2010

## 57. Sitzung

Wiesbaden, den 30. September 2010

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	3833	83. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Anhörung zum Fluglärmmonitoring</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	3834	– Drucks. 18/2935 – . . . . .	3847
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3833	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3847
Günter Rudolph . . . . .	3833	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3847
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910		
55. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Hessen packts an – für einen leistungsgerechteren und anreizorientierten Länderfinanzausgleich)</b>		57. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Teilhabe für alle sichern – Regelsatz angemessen gestalten – Hessen muss Willkür bei der Grundsicherung im Bundesrat stoppen)</b>	
– Drucks. 18/2899 – . . . . .	3834	– Drucks. 18/2901– . . . . .	3847
<i>Abgehalten</i> . . . . .	3841	<i>Abgehalten</i> . . . . .	3859
Florian Rentsch . . . . .	3835	58. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Verfassungsgerichtsurteil zu Hartz IV beachten – auch hessische Kinder brauchen mehr zum Leben)</b>	
Norbert Schmitt . . . . .	3836	– Drucks. 18/2902 – . . . . .	3847
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	3837	<i>Abgehalten</i> . . . . .	3859
Willi van Ooyen . . . . .	3838	59. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Grundsicherung: Verantwortung statt Populismus)</b>	
Sigrid Erfurth . . . . .	3839	– Drucks. 18/2903 – . . . . .	3847
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher . . . . .	3840	<i>Abgehalten</i> . . . . .	3859
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3841	Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	3847
56. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Schutz vor Fluglärm statt weiterer Wortbruch)</b>		Marjana Schott . . . . .	3850
– Drucks. 18/2900 – . . . . .	3841	Dr. Ralf-Norbert Bartelt . . . . .	3852
<i>Abgehalten</i> . . . . .	3847	Marcus Bocklet . . . . .	3854
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3841	René Rock . . . . .	3856
Dr. Walter Arnold . . . . .	3842	Minister Stefan Grüttner . . . . .	3857
Hermann Schaus . . . . .	3843	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3858
Gernot Grumbach . . . . .	3844		
Stefan Müller (Heidenrod) . . . . .	3845	69. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz</b>	
Minister Dieter Posch . . . . .	3846	– Drucks. 18/2909 – . . . . .	3847
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3847	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3847
69. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz</b>		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3847
– Drucks. 18/2909 – . . . . .	3847		
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3847	80. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz</b>	
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3847	– Drucks. 18/2923 – . . . . .	3847
		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3847
80. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz</b>		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3847
– Drucks. 18/2923 – . . . . .	3847		
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3847	81. Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze ist verfassungswidrig und verhöhnt die Betroffenen</b>	
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3847	– Drucks. 18/2926 – . . . . .	3859
		<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	3859
		Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3859
		82. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Teilhabe sichern – Bundesverfassungsgerichtsurteil umsetzen</b>	
		– Drucks. 18/2927 – . . . . .	3859
		<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	3859
		Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3859

Seite	Seite
84. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Arbeitslosengeld-II-Regelsätze sichern das Existenzminimum – Bildungspaket ermöglicht mehr Teilhabe und höhere Bildungschancen für Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern</b> – Drucks. 18/2936 – . . . . . 3859 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . 3859 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 3859	Minister Stefan Grüttner . . . . . 3880 Vizepräsident Heinrich Heidel . . . . . 3883
44. Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Ablehnung des GKV-Finanzierungsgesetzes durch die Hessische Landesregierung im Bundesrat</b> – Drucks. 18/2871 – . . . . . 3859 <i>Abgelehnt</i> . . . . . 3870	71. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Abschluss einer Regionalpartnerschaft des Landes Hessen mit der türkischen Provinz Bursa</b> – Drucks. 18/2911 – . . . . . 3883 <i>Angenommen</i> . . . . . 3889 Ismail Tipi . . . . . 3883 Dr. Michael Reuter . . . . . 3884 Hans-Christian Mick . . . . . 3885 Mürvet Öztürk . . . . . 3886 Barbara Cárdenas . . . . . 3886 Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . . 3887 Vizepräsident Heinrich Heidel . . . . . 3889
85. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Gesundheitssystem auf eine tragfähige Grundlage stellen</b> – Drucks. 18/2937 – . . . . . 3859 <i>Angenommen</i> . . . . . 3870 Marjana Schott . . . . . 3859, 3869 Dr. Ralf-Norbert Bartelt . . . . . 3860 Kordula Schulz-Asche . . . . . 3862, 3867 Dr. Thomas Spies . . . . . 3863, 3869 Florian Rentsch . . . . . 3865, 3868 Minister Stefan Grüttner . . . . . 3868 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3870	77. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung des Hessischen Justizkostengesetzes</b> – Drucks. 18/2914 zu Drucks. 18/2526 – . . . . . 3889 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 3891 Hugo Klein (Freigericht) . . . . . 3889 Heike Hofmann . . . . . 3889 Dr. Andreas Jürgens . . . . . 3890 Stefan Müller (Heidenrod) . . . . . 3890 Hartmut Honka . . . . . 3890 Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . . 3891 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3891
10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE)</b> – Drucks. 18/2852 zu Drucks. 18/2377 – . . . . . 3870 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 3870 Günter Schork . . . . . 3870 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3870	12. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes</b> – Drucks. 18/2851 zu Drucks. 18/2511 zu Drucks. 18/1056 – . . . . . 3891 <i>In dritter Lesung abgelehnt</i> . . . . . 3896 Gernot Grumbach . . . . . 3891 Ursula Hammann . . . . . 3891 Peter Stephan . . . . . 3892 René Rock . . . . . 3893 Torsten Warnecke . . . . . 3893 Janine Wissler . . . . . 3895 Minister Dieter Posch . . . . . 3896 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3896
11. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Gesetz zur Novellierung des Berufsrechts der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure</b> – Drucks. 18/2853 zu Drucks. 18/2713 – . . . . . 3870 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 3870 Karin Müller (Kassel) . . . . . 3870 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3870	45. Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke</b> – Drucks. 18/2872 – . . . . . 3897 <i>Abgelehnt</i> . . . . . 3909
49. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Schwerpunkt Familienpolitik – Familienkarte Hessen ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für Familien</b> – Drucks. 18/2876 – . . . . . 3870 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . 3883	66. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Biblis B: 80 Sicherheitsmängel sind 80 weitere Abschaltgründe</b> – Drucks. 18/2906 – . . . . . 3897 <i>Abgelehnt</i> . . . . . 3909
68. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Familienpolitik ist mehr als Rabattkarten – Familienkarte erweitern um Bildung, Kultur und Sport</b> – Drucks. 18/2908 – . . . . . 3871 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . 3883 Florian Rentsch . . . . . 3871 Marcus Bocklet . . . . . 3872, 3882 Gerhard Merz . . . . . 3874, 3881 Marjana Schott . . . . . 3876 Bettina Wiesmann . . . . . 3878, 3883	74. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Atomkraftwerk Biblis: statt verharmlosen und verschweigen – Risikogutachten offenlegen</b> – Drucks. 18/2916 – . . . . . 3897 <i>Abgelehnt</i> . . . . . 3909

Seite	Seite
79. Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Zwischenfall im Atomkraftwerk Biblis A</b> – Drucks. 18/2922 – . . . . . 3897 <i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . . 3909 Ministerin Lucia Puttrich . . . . . 3897 Janine Wissler . . . . . 3900 Norbert Schmitt . . . . . 3902 Tarek Al-Wazir . . . . . 3904 Peter Stephan . . . . . 3906 Frank Sürmann . . . . . 3907 Mathias Wagner (Taunus) . . . . . 3908 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	19. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hessen setzt sich aktiv für eine nachhaltige EU-Agrarpolitik nach 2013 ein</b> – Drucks. 18/2621 – . . . . . 3909 <i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Europaausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
76. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Fünftes Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften</b> – Drucks. 18/2913 zu Drucks. 18/2524 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	20. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>öffentliche Vergabe nach sozial-ökologischen Kriterien</b> – Drucks. 18/2646 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
14. Große Anfrage der Abg. Dr. Spies, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>Umsetzung von Hartz IV in Hessen</b> – Drucks. 18/2634 zu Drucks. 18/1557 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	21. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Warnungen des Städtetages ernst nehmen – Gewerbesteuer erhalten</b> – Drucks. 18/2679 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
26. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>entschiedenes Engagement für Arbeitssuchende statt halbherziger Reform der Arbeitsvermittlung</b> – Drucks. 18/2758 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	23. Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit</b> – Drucks. 18/2702 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
16. Große Anfrage der Abg. Cárdenas, Schaus, Schott, van Ooyen, Dr. Wilken, Wissler (DIE LINKE) und Fraktion betreffend <b>Entwicklung der Einbürgerungszahlen im Jahr 2009 und zu Einbürgerungstests und Optionspflicht sowie zum Verfahren</b> – Drucks. 18/2657 zu Drucks. 18/2167 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	24. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>60. Jahrestag der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und 60. Jahrestag des „Wiesbadener Abkommens“</b> – Drucks. 18/2728 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
17. Große Anfrage der Abg. Franz, Dr. Pauly-Bender, Quanz, Dr. Reuter (SPD) und Fraktion betreffend <b>soziales Europa in Hessen</b> – Drucks. 18/2673 zu Drucks. 18/1731 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	72. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>60. Jahrestag der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und 60. Jahrestag des „Wiesbadener Abkommens“</b> – Drucks. 18/2912 – . . . . . 3909 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
18. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Anrechnungstunden für Drogenberatungslehrkräfte bedarfsgerecht zuweisen</b> – Drucks. 18/2613 – . . . . . 3909 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909	25. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Bedeutung der europäischen Strukturpolitik für Hessen</b> – Drucks. 18/2756 – . . . . . 3909 <i>Dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909
	27. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Förderung des Radverkehrs in Einrichtungen des Landes</b> – Drucks. 18/2759 – . . . . . 3909 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3909 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3909

Seite	Seite
28. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Aufhebung der Residenzpflicht in Hessen</b>	
– Drucks. 18/2760 – . . . . .	3909
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3909
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
29. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Tierschutzverbandsklage in Hessen</b>	
– Drucks. 18/2762 – . . . . .	3909
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	3909
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
33. Antrag der Abg. Dr. Pauly-Bender, Görig, Fuhrmann, Gremmels und Lotz (SPD) betreffend <b>Hessen unterstützt Forderungskatalog der Hessischen Landestierschutzbeauftragten für Tierheime</b>	
– Drucks. 18/2819 – . . . . .	3909
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	3909
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
30. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Schutz der Bevölkerung durch Neuordnung der Sicherungsverwahrung</b>	
– Drucks. 18/2763 – . . . . .	3909
<i>Dem Rechts- und Integrationsausschuss überwiesen</i> . . . . .	3909
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
31. Große Anfrage der Abg. Cárdenas, Schaus, Schott, van Ooyen, Dr. Wilken, Wissler (DIE LINKE) und Fraktion betreffend <b>Verantwortung der Landesregierung für drohende Aberkennung des Bisosphärenreservats-Status der Rhön durch die UNESCO</b>	
– Drucks. 18/2569 zu Drucks. 18/2005 – . . . . .	3909
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3909
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
32. Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend <b>Elektromobilität in Hessen</b>	
– Drucks. 18/2789 zu Drucks. 18/2200 – . . . . .	3909
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3909
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
34. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Einführung eines Gütesiegels für kontrollierte Lebensmittelhygiene in Betrieben</b>	
– Drucks. 18/2820 – . . . . .	3909
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3909
35. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Hessens Bürger vor unerlaubter Telefonwerbung schützen</b>	
– Drucks. 18/2822 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
36. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>wegweisendes Projekt CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung</b>	
– Drucks. 18/2823 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
37. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>medizinische Grundversorgung durch Hausärzte sichern – Gesundheitssystem effizient und zukunftssicher gestalten</b>	
– Drucks. 18/2863 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
70. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hausärztinnen und -ärzte als Lotsen durch das Gesundheitswesen</b>	
– Drucks. 18/2910 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Kooperationsverbot im Bildungsbereich jetzt aufheben</b>	
– Drucks. 18/2866 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
40. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>inklusives Schulsystem</b>	
– Drucks. 18/2867 – . . . . .	3910
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
41. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>verstärkte Erdkabelnutzung beim Netzausbau</b>	
– Drucks. 18/2868 – . . . . .	3910
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
42. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Schiene­nlärm durch lärmabhängige Trassenpreissysteme wirksam reduzieren</b>	
– Drucks. 18/2869 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
46. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Campus Bockenheim sozial gestalten – öffentliches Eigentum erhalten</b>	
– Drucks. 18/2873 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
47. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>bürgernahe Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative</b>	
– Drucks. 18/2874 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
48. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Güter- und Schienenpersonenverkehr in Europa</b>	
– Drucks. 18/2875 – . . . . .	3910
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Europaausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910

	Seite		Seite
50. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>EU-Steuer ablehnen</b>		67. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>keine Kürzungen bei Sprach- und Integrationskursen für Menschen mit Migrationshintergrund</b>	
– Drucks. 18/2877 – . . . . .	3910	– Drucks. 18/2907 – . . . . .	3910
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910
51. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kommunen in Hessen dürfen nicht ausbluten</b>			
– Drucks. 18/2886 – . . . . .	3910		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910		
60. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>selbstverantwortliche Schule vor dem Aus – Lehrermangel an beruflichen Schulen bekämpfen</b>			
– Drucks. 18/2889 zu Drucks. 18/2806 – . . . . .	3910		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3910		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3910		

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsident Heinrich Heidel  
 Vizepräsidentin Sarah Sorge

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
 Minister des Innern und für Sport Boris Rhein  
 Kultusministerin Dorothea Henzler  
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich  
 Sozialminister Stefan Grüttner  
 Staatssekretär Michael Bußer  
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
 Staatssekretärin Nicola Beer  
 Staatssekretär Werner Koch  
 Staatssekretär Horst Westerfeld  
 Staatssekretär Prof. Dr. Luise Hölscher  
 Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann  
 Staatssekretär Ingmar Jung  
 Staatssekretär Steffen Saebisch  
 Staatssekretär Mark Weinmeister  
 MinDirig Dr. Stephan Hölz

## Abwesende Abgeordnete:

Michael Boddenberg  
 Angela Dorn  
 Margaretha Hölldobler-Heumüller  
 Andrea Ypsilanti



(Beginn: 9:06 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich und freue mich über die gute Stimmung. Ich heiße Sie willkommen und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Wir haben in der Tagesordnung noch die Punkte 10 bis 12, 14, 16 bis 21, 23 bis 37, 39 bis 42, 44 bis 51, 55 bis 60, 68 bis 72, 74, 76 und 77 sowie 79 bis 82 zu bearbeiten.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind wir bis 11 Uhr fertig!)

– Was hat er gesagt?

(Zuruf)

– Das liegt nicht an mir. – Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze ist verfassungswidrig und verhöhnt die Betroffenen, Drucks. 18/2926. Ist das da schon mit dabei? – Nein. – Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Antrag nach den Tagesordnungspunkten 57 bis 59 direkt abgestimmt. So steht das hier. Mir wurde gesagt – –

(Günter Rudolph (SPD): Nein!)

– Langsam bitte. Hier steht, es soll direkt abgestimmt werden. Herr Kollege Rudolph, nach den Fußballspielen bitte nicht so erregt.

Mir wurde gesagt, dass die Anträge, die zu Hartz IV vorliegen, alle dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden sollen. Ich gehe davon aus, dass sie an den Sozialpolitischen Ausschuss gehen. Dann machen wir hier einen entsprechenden Vermerk. Damit kommen wir der Sache schon näher.

Dann ist noch eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Teilhabe sichern – Bundesverfassungsgerichtsurteil umsetzen, Drucks. 18/2927.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist ein exzellentes Papier!)

Der steht schon auf meinem Zettel. Auch da wird die Dringlichkeit bejaht? – Jawohl. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 82 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, nach den Aktuellen Stunden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden.

Außerdem ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Anhörung zum Fluglärmmonitoring, Drucks. 18/2935, eingegangen. – Auch hier wird die Dringlichkeit bejaht. Damit wird er Tagesordnungspunkt 83 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, nach der Aktuellen Stunde, Tagesordnungspunkt 56, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden.

Das machen wir aber auch nicht. Mir wurde da gesagt, die Initiativen zu der Geschichte mit dem Flughafen sollten zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. Das geht also an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, und der soll sich damit in abschließender Beratung befassen.

(Günter Rudolph (SPD): Dann machen wir das so!)

Das müsste dann hier in den Unterlagen entsprechend geändert werden.

Ich darf Ihnen dann mitteilen, dass sich die parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Fünftes Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften, Drucks. 18/2913 zu 18/2524 – das ist Tagesordnungspunkt 76 –, in der Plenarsitzungsrunde im November 2010 aufzurufen. Das wird bei der Bereinigung der Tagesordnung Berücksichtigung finden. Damit ist auch das besprochen.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Gesetzeslesungen bei einer Mittagspause von einer Stunde. Wir beginnen mit den Aktuellen Stunden. Die Zeit für die Aussprache beträgt bei einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion, bei gemeinsamem Aufruf verlängert sich die Redezeit um die Hälfte. Die Tagesordnungspunkte 57, 58 und 59 werden gemeinsam aufgerufen werden. Hierzu wurde interfraktionell eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

(Zuruf)

– Seid auf der Regierungsbank doch nicht so erregt. – Nach Tagesordnungspunkt 56 soll der Dringliche Antrag unter Tagesordnungspunkt 69 zum dem Thema nach einer Vereinbarung der Geschäftsführung ohne Aussprache dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen werden. Das ist damit auch klar.

(Clemens Reif (CDU): Herr Präsident, wie ist das denn mit den Sportberichten?)

– Herr Kollege Reif, vielen Dank dafür, dass Sie aufgewacht sind. Das hatten wir gerade eben besprochen. Das Thema wird noch kommen.

(Heiterkeit)

Ein Dringlicher Antrag und ein Dringlicher Entschließungsantrag zum gleichen Thema, die Tagesordnungspunkte 80 und 83, werden ohne Aussprache aufgerufen und sofort abgestimmt werden. Die Dringlichen Anträge unter den Tagesordnungspunkten 81 und 82 sollen ebenfalls nach den Aktuellen Stunden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Das hatten wir eben schon. Danach wird es mit Tagesordnungspunkt 44 weitergehen.

Es sind heute Herr Staatsminister Michael Boddenberg ganztägig und Herr Staatsminister Dr. Thomas Schäfer ganztägig entschuldigt.

Ich komme jetzt auf die Ausschusssitzungen zu sprechen. Der Sozialpolitische Ausschuss tagt im Anschluss an die Plenarsitzung in Sitzungsraum 501 A.

(Wortmeldung des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Kollege Rudolph, was hast du noch?

**Günter Rudolph (SPD):**

Frau Ypsilanti ist auch für heute noch wegen Krankheit entschuldigt.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich bitte, festzuhalten, dass Frau Kollegin Ypsilanti entschuldigt ist.

Nun kommen wir zu dem von Herrn Kollegen Reif gewünschten Fußballbericht. Weil es das letzte Mal etwas

Verärgerung gegeben hat, will ich jetzt noch etwas Grundsätzliches sagen. Da sind wir uns im Präsidium einig. Wenn Mittwochvormittag Fußballergebnisse bekannt gegeben werden, können wir sie nicht Donnerstag von hier oben aus kommentieren. Da bitte ich um Nachsicht. Wir machen da keine Ausnahme, es sei denn, Herr Kollege Norbert Schmitt, der mich beschimpft und darauf hingewiesen hat, hätte erstmals ein Tor geschossen, und das wäre nicht bekannt gegeben worden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich teile das deshalb mit, weil es das erste und sicherlich auch das letzte Mal war. Herr Kollege Schmitt, alles Gute.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war ein Eigentor!)

Es gibt ein Spiel, über das noch nicht berichtet wurde. Das war ein Spiel gegen die amerikanischen Streitkräfte. Das war das fünfte Spiel dieser Art. Es ging dabei um die Erinnerung an die Proklamation durch General Eisenhower, durch die das Land Hessen in seinen heutigen Grenzen festgelegt wurde. Deswegen findet alljährlich eine freundschaftliche Begegnung zwischen den Wiesbaden Eagles und der Landtagself statt.

Die Streitkräfte liefen mit einem Kader von 20 jungen und laufstarken Spielern auf. Ich habe mir sagen lassen, sie hätten wie beim Eishockey gewechselt. Da wäre immer der gesamte Sturm mit vier Mann eingewechselt worden.

Es war der Tag unserer Landtagself. Staatssekretär Weinmeister war bestens aufgelegt und stand im Tor. Es ist auch erstmalig, dass ich das in diesem Jahr bekannt geben kann.

(Heiterkeit)

Staatssekretär Weinmeister und ein schussgewaltiger Christian Losch sorgten dafür, dass das an diesem Tag von den Kollegen Rudolph und Decker – das haben sie selbst formuliert –

(Heiterkeit)

bestens eingestellte Team bereits nach zehn Minuten zur 1 : 0-Führung kam. Es war erneut der Spieler Losch, der die Führung nach 20 Minuten zum 2 : 0-Endstand ausbaute. Somit ging der begehrte Pokal – das ist eigentlich die entscheidende Meldung des Tages – erstmals an die Mannen unserer Landtagself.

Ich darf Herrn Kollegen Wolfgang Decker zu uns nach vorne bitten. Wir wollen ihm den Pokal ganz offiziell überreichen.

(Beifall – Vizepräsident Frank Lortz übergibt Abg. Wolfgang Decker (SPD) den Pokal. – Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, alles Gute. Seht zu, dass ihr den behaltet.

(Wolfgang Decker (SPD): Ei jo!)

Weiter so, trotz Rudolph immer Kopf hoch.

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Decker (SPD) hält den Pokal hoch. – Allgemeiner Beifall)

Es gibt einen weiteren Bericht. Gestern Abend war ein Fußballspiel gegen ein Lehrerteam in der Heimat unseres Freundes und Kollegen Ismail Tipi in Heusenstamm. Vor einer tollen Kulisse von etwa 300 bis 700 Zuschauern des Adolf-Reichwein-Gymnasiums

(Heiterkeit)

war es eine sehr faire Begegnung, in der die Lehrer anfangs leichte Vorteile hatten und schnell 1 : 0 in Führung gehen konnten. Staatssekretär Ingmar Jung verkürzte mit seinem ersten Tor in dieser Mannschaft zum 1 : 1-Halbzeitstand. Dazu herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Du bist hier in einer guten Tradition. Mitte der Achtzigerjahre habe ich noch mitgespielt, dein Onkel Franz Josef Jung, Seppel Fischer, und im Tor war – ist er da? – der Dr. Rolf Müller. Damals war er noch kein Doktor und hat noch besser gehalten. Aber er hat damals mitgespielt.

(Heiterkeit – Minister Jörg-Uwe Hahn: Aber in Englisch!)

Du bist also in einer guten Tradition. Wir wünschen dir weiterhin alles Gute. Ismail Tipi hat auch mitgespielt, wurde verstärkt in den Pausen eingesetzt – steht hier.

(Heiterkeit)

Aber das Wichtigste war, dass nach dem Spiel ein Scheck des Präsidenten für die Neugestaltung des Schulhofes überreicht wurde. Damit hat die Landtagself erneut eine super Saison.

(Clemens Reif (CDU): Wie ist das Spiel ausgegangen?)

– Es hat nicht ganz gelangt.

(Heiterkeit)

– Kollege Reif, es ist 1 : 2 ausgegangen. Wir haben aber in der Bilanz insgesamt aus sieben Spielen vier Siege.

(Beifall)

Das ist schon besser als in dem Jahr der Bundesligaverein, in dem Sie und ich Mitglied sind.

(Heiterkeit)

Deshalb sollten wir das – –

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Bayern!)

– Nein, wir wollen nicht auf Bayern München hinweisen. Wir sind neutral. Deshalb wollte ich darauf hinweisen. Das letzte Spiel unserer Kicker wird am 24.10. im Kasseler Aue-Stadion gegen die Stavo-Kicker bestritten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben allen Anlass, unseren Sportlern, aber auch den Betreuern, den Managern, unserem Freund Decker und insbesondere unserem Freund Rudolph, der sich schon seit Jahrzehnten hier vorbildlich einsetzt, ein herzliches Wort des Dankes für ihren Einsatz zu sagen.

(Beifall)

Das war die Berichterstattung. Kollege Reif, sind Sie so weit zufrieden? – Dann können wir jetzt in die Tagesordnung einsteigen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 55** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessen packts an – für einen leistungsgerechten und anreizorientierten Länderfinanzausgleich) – Drucks. 18/2899 –**

Das Wort hat der Kollege Florian Rentsch, der Vorsitzende der FDP-Fraktion.



**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anders als im Fußball ist Hessen, was die Einnahmesituation und die Wirtschaftskraft angeht, eines der führenden Länder in Deutschland. Beim Fußball kann das noch etwas werden, aber finanziell sind wir das schon längst.

Hessen ist nicht nur von seiner Volkswirtschaft her stärker als Portugal, Irland oder Griechenland. Hessen ist auch eines der Länder, das in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen hat, dass zwischen den Bundesländern in Deutschland Solidarität herrscht – Solidarität deshalb, weil Hessen eines der drei Hauptzahlerländer in den Länderfinanzausgleich war und ist. Hessen hat letztendlich dafür gesorgt, dass in anderen Bundesländern bessere Bedingungen entstehen konnten. Wir Hessen können darauf stolz sein, dass wir in den letzten Jahren so viel Solidarität geleistet haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dieses Bundesstaatsprinzip besteht aus der Solidarität zwischen den Bundesländern und dem Thema Eigenverantwortung. Gelegentlich kommt der Eindruck hoch, dass das Thema Solidarität sehr stark auch von den Ländern genutzt wird, die vom Länderfinanzausgleich profitieren. Aber auf der anderen Seite ist die Frage der Eigenverantwortung, das, was mit diesem Länderfinanzausgleich eigentlich gedacht war, dass nämlich die Länder irgendwann auf eigenen wirtschaftlichen Füßen stehen, selbst Geld einnehmen und dann vielleicht anderen Bundesländern unter die Arme greifen, denen es nicht so gut geht, jetzt leider unter "ferner liefen" gelaufen. Und das müssen wir ändern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nach der letzten großen Klage und Diskussion über die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs seit 1999 hat es immer wieder, auch in diesem Landtag, Diskussionen darüber gegeben, wie wir das System umgestalten können, ob wir es umgestalten wollen und, wenn ja, wie. Die Landtagsfraktionen der FDP aus Hessen, Bayern und Baden-Württemberg haben aus diesem Grund ein Gutachten bei Prof. Kube in Mainz in Auftrag gegeben, das genau diese Frage klären sollte: Ist der bundesstaatliche Finanzausgleich in seiner jetzigen Form verfassungsgemäß, oder ist er es nicht? Und wie könnte ein System aussehen, wenn wir es umgestalten, ein neues System, das auch Leistungsanreize bei anderen Bundesländern setzt, sich wirtschaftlich sinnvoll und eigenverantwortlich zu verhalten und die Solidarität der drei Geberländer nicht überzustrapazieren? – Das war die Frage, die wir Prof. Kube gestellt haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Prof. Kube ist in seinem Gutachten, das wir vergangene Woche von ihm übergeben bekommen haben, zu dem klaren Ergebnis gekommen: Der bundesstaatliche Finanzausgleich ist in seiner derzeitigen Ausgestaltung verfassungswidrig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zahlreiche Regelungen des Maßstäbengesetzes und des Länderfinanzausgleichs verstoßen gegen die Vorgaben des Grundgesetzes aus Art. 106 und 107.

Ich bin froh, dass wir mit diesem Gutachten jetzt die Grundlage dafür haben, wenn wir mit anderen Bundesländern diskutieren, dass das, was dort letztendlich durch Gesetze festgelegt worden ist, so nicht bleiben kann. Wir Hessen dürfen nicht Zahlmeister einer Situation sein, die

für uns nur Nachteile und für andere Bundesländer nur Vorteile bringt. Das sollten wir gemeinsam ändern. Das erwirtschaftete Geld von Hessens Steuerzahlerinnen und -zahlern muss auch größtenteils in Hessen bleiben und darf nicht in andere Bundesländer gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin über die Reaktion der Kolleginnen und Kollegen der Opposition dankbar, weil ich glaube, dass wir alle, die hier in diesem Hause sind, das Interesse haben, für uns in Hessen das Geld, das in Hessen erwirtschaftet wird, auch zu behalten, um mit diesem Geld gute Politik für unsere Bürger zu machen, die mit ihrer Tätigkeit dieses Geld erst erwirtschaften.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir aus diesem Grund mit diesem Gutachten die Möglichkeit haben, jetzt in eine Diskussion einzusteigen. Wir Liberale haben gesagt – die Landesregierung und der Ministerpräsident haben es gesagt, er sieht das genauso –: Wir wollen jetzt mit den anderen Bundesländern in Verhandlungen darüber eintreten, wie dieses System neu gestaltet werden kann. Ja, wir wollen es neu gestalten. Es muss für die Länder Leistungsanreize geben, den Euro, den sie erwirtschaften, erst einmal im eigenen Land zu behalten und nicht in andere Bundesländer zu geben.

Bis jetzt gibt es für die Empfängerländer keinen Anreiz. Wenn sie mehr Geld erwirtschaften, bekommen sie weniger Geld aus dem Länderfinanzausgleich. Das ist doch alles nicht sinnvoll. Zur Änderung dieses Systems hat Prof. Kube sehr sinnvolle Vorschläge gemacht. Die müssen wir mit den anderen Ländern diskutieren.

Die Zeitfolge ist klar: Die Landesregierung hat hierzu selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das wird Ende Oktober vorliegen, und dann muss bis Ende dieses Jahres die Diskussion darüber geführt werden, ob die anderen Bundesländer bereit sind, über eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs zu reden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn das nicht der Fall ist, dann führt aus meiner Sicht kein Weg an der Klage vorbei. Die Klage ist für uns Ultima Ratio, aber sie ist dann zwingend, wenn andere Bundesländer wie beispielsweise Rheinland-Pfalz das klare politische Signal setzen, sie wollen überhaupt nicht über eine Neugestaltung verhandeln, sondern sie wollen den Status quo lassen. Das ist mit uns in Hessen nicht zu machen, das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Rentsch, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, zum Schluss: Ich bin dankbar, dass wir mit diesem Gutachten von Prof. Kube und demnächst wahrscheinlich auch dem Gutachten von Prof. Seiler – er wird aus meiner Sicht in eine ähnliche Richtung argumentieren – die juristische Grundlage haben, endlich in Verhandlungen einzutreten und dieser Situation ein Ende zu machen.

Ich werde dieses Gutachten heute der Landesregierung übergeben, stellvertretend dem Ministerpräsidenten –

sonst wäre der Finanzminister zuständig gewesen. Lieber Volker Bouffier, es hat nur 184 Seiten, das ist für abends eine angenehme Lektüre, und es hat ein gutes Ergebnis – nämlich dass das, was jetzt ist, nicht so bleiben kann und dass damit mehr Geld in Hessen bleibt. Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Norbert Schmitt, SPD-Fraktion.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Rentsch hat recht:

(Zurufe – Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die FDP hat heute einen bestimmten Druck, Gemeinsamkeit mit der CDU darzustellen und Solidarität zu zeigen – das kann ich nach der gestrigen Debatte gut verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kollege Rentsch hat recht, wenn er sagt, im Länderfinanzausgleich gibt es Fehlentwicklungen. Auch aus unserer Sicht ist das so. Die Anreizsysteme stimmen nicht. Für die finanzstarken Länder, die zahlen müssen, gibt es wenige Anreize, mehr Steuern zu erheben, denn die müssen dann in hohem Maße verteilt werden. Andererseits wird in diesem Gutachten ebenfalls dargestellt, dass es für die Empfängerländer auch wenige Anreize gibt, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen, weil ihnen dieses Mehr sofort von den Mitteln abgezogen wird, die sie aus dem Länderfinanzausgleich erhalten. Ich glaube, das ist unstrittig.

Wenn man das allerdings einmal wirklich durchdenkt – ob es die Lebenswirklichkeit trifft, dass starke Länder wie Hessen und Baden-Württemberg tatsächlich bewusst auf Steuereinnahmen verzichten –,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

wenn das tatsächlich der Fall wäre, dann müssten wir hier über etwas ganz anderes reden. Meine Damen und Herren, dann müsste der Staatsanwalt hier vor der Tür stehen. Das gilt auch umgekehrt: wenn finanzschwache Länder darauf verzichten würden.

Ich hoffe, das ist nicht politische Praxis. Ich gehe davon aus, dass die Steuern überall gleichmäßig erhoben werden. Die Folge davon ist aber, dass von Steuerermehreinnahmen verhältnismäßig wenig in Hessen verbleibt.

Herr Kollege Rentsch, Sie haben das Gutachten eben so gefeiert. Ein Gutachten ersetzt noch lange nicht die notwendigen Verhandlungen.

(Florian Rentsch (FDP): Es ist aber die Grundlage dafür!)

Wenn diese nicht zu dem Ergebnis führen, kommt eine Klage. Ich kann nur sagen: Wenn sich die Landesregierung stark genug fühlt – sie wird ja noch Stellung nehmen – und die Argumente gut sind, dann soll sie bitte auch klagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Sie aufgefordert, das möglichst schnell zu tun, aber das hat im Haushaltsausschuss keine Mehrheit gefunden. Wenn Sie wirklich der Überzeugung sind, dass die genannten Gründe durchschlagend sind, muss in den Verhandlungen Druck gemacht und die Klage dann auch geführt werden.

Auf eines aber weise ich hin, Kollege Rentsch hat wenig zu den Inhalten dieses Gutachtens gesagt. Ich hätte es gerne einmal in der Langfassung gesehen. Ich habe nur die Kurzfassung, aber die Langfassung wird es zeigen. Ich wurde nach Lektüre der Kurzfassung äußerst nachdenklich. Denn in dieser Kurzfassung heißt es:

Auf Verfassungsebene ist zudem die überflüssige und deshalb nicht gebotene Hervorhebung bestimmt, bei der Umsatzsteuerverteilung zu berücksichtigender Lasten (Art. 106 Abs. 3 Satz 5 und 6 sowie Abs. 4 Satz 1 HS 2 GG) zu streichen.

Ich würde Sie von der FDP – Kollege Krüger – gerne fragen: Wissen Sie, was das bedeutet? Haben Sie sich einmal damit auseinandergesetzt? Das bedeutet, dass die Länder 4 bis 5 Milliarden € weniger bekommen, die dann dem Bund zufließen würden. Denn das ist der Abzug von Lasten, die die Länder im Rahmen der Kinderfreibeträge zu tragen haben. Meine Damen und Herren, das würde nicht die Länder stärken, sondern da würde dem Bund mehr zufließen.

Ich komme nun zum Hintergrund der Diskussionen um die 360 Millionen € Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich. In der Kurzfassung steht:

Der Gesetzgeber hat auch an dieser Stelle das Verfassungsrecht und zudem eine ganze Reihe bereits erteilter Prüf- und Reparaturaufträge des Bundesverfassungsgerichts missachtet ... Inhaltlich unzureichend begründet erscheinen namentlich ... der pauschale Bedarfsabschlag von den kommunalen Einnahmen ...

Die Einnahmen der kommunalen Seite werden nämlich nicht zu 100 %, sondern "nur" zu 64 % berücksichtigt. Das ist der Hintergrund dieser Diskussion.

Wir haben es verhindert, dass dieser Betrag beim Länderfinanzausgleich zu 100 % einbezogen wird und es zu einem Abschlag kommt. Wenn aber dieser Abschlag nicht kommt, bedeutet das für Hessen rund eine halbe Milliarde € weniger Steuereinnahmen. Das steht in Ihrem Gutachten. Herr Rentsch, warum haben Sie dazu denn nichts gesagt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte gerne die Langfassung haben, und die werden wir sehr genau prüfen. Es kann sein, dass auf der Grundlage dieses Gutachtens, das Sie hier so großartig gefeiert haben – ich fordere die FDP-Kollegen wirklich auf: schauen Sie sich das an –, ein sensationelles Eigentor für Hessen entsteht. Das aber wäre das Schlimmste, was überhaupt passieren könnte.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich, das ist nicht ganz einfach.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schmitt, Sie müssen ebenfalls zum Schluss kommen.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Wir bekennen uns zum Länderfinanzausgleich und zur Solidarität. Wir haben gestern 20 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Die Ostländer werden noch auf überschaubare Zeit auf Zuweisungen angewiesen bleiben.

Meine Damen und Herren, aber eines lassen wir Ihnen nicht durchgehen – die Ausrede, der Länderfinanzausgleich sei Ursache der katastrophalen finanziellen Lage des Landes. Das ist nicht so, sondern dafür verantwortlich sind viele hausgemachte Probleme.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Holger Belino (CDU))

Meine Damen und Herren, wir werden uns konstruktiv an den Diskussionen über die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs beteiligen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Milde, CDU-Fraktion.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange bei dem letzten Satz des Kollegen Schmitt an. Natürlich hat der Länderfinanzausgleich im Wesentlichen dazu beigetragen, dass Hessen eine so hohe Verschuldung hat. Wer doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich ein-zahlt, wie er Schulden macht, der hat ein Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir alle bekennen uns zum Länderfinanzausgleich. Das ist hier mehrfach gesagt worden, auch gestern. Das Solidaritätsprinzip wird überhaupt nicht infrage gestellt. Aber der Länderfinanzausgleich kann so, wie er ist, nicht bleiben.

Ich füge auch hinzu: Am Ende muss sich dabei für Hessen etwas verbessern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier wurde es beschrieben: Wozu führt denn der Länderfinanzausgleich derzeit? Aus Starken werden Schwache, und Schwache bleiben schwach. Er hat überhaupt keine Wirkung darin, Starke stärker zu machen oder Schwache aus ihrer Schwäche herauszuholen.

Es fehlen Anreize, und das liegt im System des Länderfinanzausgleichs. Deswegen muss der Länderfinanzausgleich geändert werden.

Meine Damen und Herren, was passiert im Länderfinanzausgleich mit den Mitteln, die dort eingezahlt werden? Herr Kollege Rentsch hat darauf hingewiesen: Eigentlich sollten die Mittel, die wir als Steuermehreinnahmen in Hessen erwirtschaften, in den schwachen Ländern eingesetzt werden, um mit zielgerichteten Investitionen die Wirtschaft dort so zu stärken, dass sie in Zukunft aus eigener Kraft, ohne den Länderfinanzausgleich auskommen. Aber das ist in keinem einzigen Fall – mit der Ausnahme Bayerns in den Nachkriegsjahren – passiert. Deswegen ist dieses System, wie es ist, einfach verkehrt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin auch froh, dass Prof. Kube, der eindeutig gesagt hat, dass der Länderfinanzausgleich heute sowohl gegen Art. 106 als auch gegen Art. 107 des Grundgesetzes verstößt, alle Ebenen des Finanzausgleichssystems betrachtet hat. Das ist hier schon zum Teil deutlich geworden. Wir reden logischerweise nicht nur über den Länderfinanzausgleich – er ist nur eine der vier Ebenen des Finanzausgleichs –, sondern über alle anderen, auch über Bundesergänzungszuweisungen und z. B. den Umsatzsteuervorabzug. Herr Kollege Schmitt hat schon auf einige dieser Dinge hingewiesen.

In der Summe fallen wir bei der Finanzkraft der Bundesländer vom ersten Platz in Deutschland auf den letzten Platz zurück. Das Finanzausgleichssystem in Deutschland stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Deswegen kann es so nicht bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will Ihnen auch sagen, warum die starken Länder darauf angewiesen sind, dass sie von dem Geld, das sie haben, auch etwas behalten können. Das ist in jedem anderen Steuersystem übrigens auch so. Die schwachen Bundesländer sind schließlich davon abhängig, dass wir stark bleiben und mit immer weiteren Investitionen in Infrastruktur und vor allem auch in Bildung dafür sorgen, dass wir mit den Metropolen in der Welt mithalten können. Wir stehen doch nicht im Wettbewerb mit Rostock oder anderen Städten in den östlichen Bundesländern, sondern wir stehen im Wettbewerb mit den Metropolen dieser Welt von Paris über London bis New York. Wir brauchen doch unser Geld in Hessen dafür, um mit der Infrastruktur Hessen so fit zu machen, dass wir in der Welt wettbewerbsfähig sind, um dann noch genügend Geld zu haben, um die Solidarität in Deutschland deutlich machen zu können. Deswegen brauchen wir das.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen will ich Ihnen sagen: Es ist nicht richtig, wie das Geld in den anderen Bundesländern verwendet wird. Ich will den Streit nicht noch einmal aufmachen, der über die Sommerferien zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen zu einigen Diskussionen geführt hat. Aber es ist doch ein vertretbares Beispiel, wenn Kollege Rentsch und wir darauf hingewiesen haben, dass mit dem Geld, das aus dem Länderfinanzausgleich kommt, in anderen Bundesländern Prioritäten gesetzt werden, die gerade nicht damit zu tun haben, dass diese Länder gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Die Mittel werden konsumtiv ausgegeben, z. B. dafür, dass der Wohlfühlcharakter erhöht wird, indem die Kindergartenbeiträge abgeschafft werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! Das ist falsch!)

Es gibt viele andere Beispiele. Wir können darüber streiten, ob es ihnen zusteht, dass sie so etwas machen. Aber, Herr Kaufmann, wir sollten uns doch darüber einig sein, dass wir verlangen können, dass es irgendwo eine Ebene gibt, die kontrolliert,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, eben nicht!)

dass die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich dafür eingesetzt werden – –

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Milde, der Kollege Dr. Spies möchte Ihnen eine – –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nein!)

– Nein. Gut, dann lassen wir es. Danke. Sie haben weiterhin das Wort.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Es geht darum, dass die Mittel so eingesetzt werden, dass diese Länder stärker werden.

Ich bin auch dafür, dass wir darüber nachdenken, dass wir bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs dafür sorgen, dass notwendige Investitionen, die Bundesländer tätigen, wenn sie stark sind, von den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich abgesetzt werden können, um da möglicherweise einen Anreiz zu schaffen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Das System des Länderfinanzausgleichs hat insgesamt keine Anreize.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Woher wissen Sie, welche hessischen Geldscheine in welchem rheinland-pfälzischen Kindergarten gelandet sind?)

Schwache müssen den Anreiz haben, dort herauszukommen. Starke müssen den Anreiz haben, noch stärker zu werden. Dann wird etwas aus dem Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, wir können es so nicht weiter hinnehmen. Der Länderfinanzausgleich ist ein großer Schaden für unseren Landeshaushalt. Unsere eigenen Einnahmen würden dazu führen, dass wir keine Schulden machen. Deswegen muss der Länderfinanzausgleich geändert werden. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Milde. – Das Wort hat der Kollege van Ooyen, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN.

(Zurufe von der CDU)

**Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Ich bin gerne hier bei euch.

(Leif Blum (FDP): Das war gestern aber anders!)

– Gestern gab es Sauerstoff, weil wir natürlich in Solidarität international zusammengewirkt haben und nicht im Auspielen der Konkurrenz gegeneinander gestanden sind. Das war ein wichtiges Signal für eine andere europäische Politik, als sie beispielsweise die FDP vertritt, wahrscheinlich auch die CDU.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! „Hessen packt an“ ist der Titel dieser Aktuellen Stunde. Es sollte besser heißen: „Hessen vergreift sich“. Wieder einmal reden wir hier über den Versuch der sogenannten Geberländer, sich an den Einnahmen anderer Bundesländer aus dem Länderfinanzausgleich zu vergreifen.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU und der FDP – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist ja wohl von einem anderen Stern!)

Diesmal ist der Anlass ein Rechtsgutachten des Prof. Kube. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass dies ausgerechnet ein Professor aus Rheinland-Pfalz ist, der sicherlich auch mit Mitteln des Finanzausgleichs universitäre Forschung betreibt.

Es geht im Kern beim Länderfinanzausgleich darum: Die anderen sollen weniger bekommen, und Hessen soll mehr behalten dürfen. – Es kann nicht sein, dass eine Hessische Landesregierung über Jahre über den Bundesrat zur Erfüllungsgehilfin verschiedenster Steuersenkungspläne wurde, um dann festzustellen, dass die eigenen Einnahmen zu gering ausgefallen sind. Eingriffe in den Länderfinanzausgleich, wie sie leider alle vier anderen Parteien in diesem Landtag fordern, lehnen wir ab.

Es bringt eben nichts, ein Steueraufkommen, das für alle zu gering ist, anders aufzuteilen. Damit wird es vielleicht in Hessen etwas mehr Geld geben, aber dieses Geld wird dann in Schleswig-Holstein, Bremen oder in einem anderen der 13 sogenannten Nehmerländer fehlen.

Was uns heute die FDP wieder einmal vorführt, ist, auf den Punkt gebracht, was diese Partei in allen Bereichen fordert: Gebt denen am meisten, die am meisten haben. – Konkret fordert die FDP: Saniert den hessischen Landeshaushalt auf Kosten der ärmeren Bundesländer.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Hier funktioniert die sogenannte liberale Politik nach dem gleichen Muster, wie sie Steuersenkungen für Hoteliers durchsetzt und Hartz-IV-Leistungen um menschenunwürdige 16 Cent pro Tag erhöht.

Aber, meine Herren von der FDP, das werden wir nicht mittragen. Es ist natürlich ein Problem, dass Hessen große Summen in den Länderfinanzausgleich einzahlen muss, obwohl das Land selbst ein großes Haushaltsdefizit zu schultern hat.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Aber dieses Problem lässt sich nicht über eine Umverteilung der insgesamt zu geringen Einnahmen lösen. Um dies zu beheben, müssten erst einmal höhere Einnahmen eingefordert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass dies die Steuersenkungspartei der Besserverdienenden nicht will, ist uns allerdings klar.

Der Länderfinanzausgleich ist gerade nicht dazu da, die Einnahmeunterschiede zwischen Bundesländern so zu gestalten, dass Hessen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Genau darauf läuft aber die Drohung, gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen, hinaus.

Richtig ist aber tatsächlich, dass der Länderfinanzausgleich keine Anreize bietet – und das gilt für Hessen in besonderer Weise –, die eigenen Einnahmen zu erhöhen. Die Folge der Einnahmeerhöhung ist im jetzigen System auch ein Ansteigen der von Hessen zu leistenden Ausgleichszahlungen. Für Hessen bedeutet dies, dass jeder neu eingestellte Steuerfahnder, der mehr Geld in Hessen eintreiben kann, auch für alle anderen Bundesländer mit wirtschaftet,

(Leif Blum (FDP): Nur für die anderen!)

aber die Kosten für das Personal von Hessen allein getragen werden müssen.

Es gäbe eine praktische Lösung für ein solches Anreizproblem: dass man beispielsweise die Finanzmittel für Steuerfahndung und Betriebsprüfung in Abzug von der Ausgleichsmasse bringt. Darüber könnte man verhandeln. Man könnte auch den Vorschlag aufgreifen, der im Bund schon einmal gemacht wurde, dass die Finanzverwaltung bundeseinheitlich geregelt wird, sodass es sich tatsächlich attraktiv darstellen würde, die Steuerfahndung hier auszubauen, um damit tatsächlich die Einnahmen zu erhöhen.

(Peter Beuth (CDU): Schön zentral verteilt! – Zurufe der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) und Leif Blum (FDP))

Um den unsinnigen Steuerwettlauf nach unten dauerhaft zu stoppen, halten wir perspektivisch eine Übernahme der Länderfinanzverwaltung durch den Bund für geboten.

(Lachen bei der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Zehnjahresplan!)

– Fünf würde ja reichen. Einen Vierjahresplan hat der hessische Finanzminister ja schon vorgelegt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege van Ooyen, Sie müssen auch an die Redezeit denken.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Wir sagen Ihnen: Lassen Sie das, und halten Sie sich an den Länderfinanzausgleich, den Hessen vor einigen Jahren mit beschlossen hat. Denn auch dies ist eine Seite der Wahrheit. Hessen droht mit einer Klage gegen ein System, welches es selbst mit verantwortet. Wir fordern: Erhöhen Sie die Einnahmen des Landes; denn zu verteilen gibt es genug in diesem Land. Sie müssen es nur dort wieder holen, von oben nach unten verteilen, dann sähe Hessen finanziell ganz anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir haben im Sozialismus gesehen, wohin das führt! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Das Wort hat Frau Abg. Erfurth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe)

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können die lebhafteste Debatte mit dem Kollegen von der LINKEN draußen führen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben ja noch nicht angefangen!)

Die FDP suggeriert mit dem Titel der Aktuellen Stunde „Hessen packts an“: Jetzt soll zugewackelt werden, jetzt wollen wir handeln. – Aber all dieser Aktionismus, meine

Herren von der FDP, kann nicht darüber hinwegtäuschen: Es war die schwarz-gelbe, dann die schwarze, dann wieder die schwarz-gelbe Landesregierung in Hessen, die dafür gesorgt hat, dass der hessische Landeshaushalt verschuldet ist wie nie zuvor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Judith Lannert (CDU): Sprechen Sie doch zum Thema!)

– Frau Lannert, genau das ist das Thema. – Je stärker die Landesregierung mit der Verschuldung unter Druck geraten ist, desto stärker wurde der Sündenbock Länderfinanzausgleich aus dem Hut geholt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Heute hieß es sogar: Hätten wir den LFA nicht, hätte Hessen Überschüsse erwirtschaftet. – Das spielte schon im letzten Plenum eine Rolle. Diese platte Nummer sollten wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Für die Verschuldung in Hessen ist in erster Linie und ganz allein die Hessische Landesregierung verantwortlich und nicht der Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich möchte nur diese Fakten feststellen. Nicht der Länderfinanzausgleich ist in erster Linie schuld an der hohen Verschuldung in Hessen. Nachdem wir dieses Jammerlied „Wenn der LFA nicht wär, dann wär das Leben halb so schwer“ immer wieder von Ihnen gehört haben und wir Ihnen dieses Jammerlied nicht länger durchgehen lassen konnten, ist es uns endlich gelungen, im März dieses Jahres, auf der Grundlage eines Antrags der GRÜNEN, einen gemeinsamen Antrag mit den Kollegen von der CDU und von der FDP zu verabschieden, mit dem wir uns auf feste Optionen und feste Zeithorizonte verständigt haben. Wir haben gesagt, bis Ende nächsten Jahres soll auf dem Verhandlungsweg versucht werden, eine Lösung zu finden. Wenn das nicht mehr zieht, soll auf dem Klageweg versucht werden, mehr Druck in die Leitung zu bringen.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist doch schön, Unterstützung von den GRÜNEN!)

Das haben wir so gesagt; denn der LFA ist zwar nicht der einzige Grund für die Verschuldung, es ist aber unbestritten, er ist reformbedürftig. Das haben sogar am Ende die Kollegen der LINKEN eingestanden, dass der LFA reformbedürftig ist.

(Peter Beuth (CDU): Das ist für uns kein Maßstab!)

– Dass das für Sie kein Maßstab ist, das ist mir klar. – Die Kollegen der LINKEN haben sich an diesem Punkt vergaloppiert.

(Peter Beuth (CDU): Das tun sie bei jedem Thema!)

Herr Beuth, wir können insgesamt feststellen – das hat auch Kollege Milde beschrieben –, der LFA ist nicht anreizorientiert, er setzt die falschen Anreize und sorgt nicht dafür, dass die Bemühungen um die eigenen Einnahmen belohnt werden. Das ist alles unbestritten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU)

Diese Fehlanreize müssen beendet werden. Das ist doch völlig klar. Aber an einem Punkt kann ich Sie nicht rauslassen: Diese Neiddebatte, die Sie immer aufmachen, lässt sich aus dem Gutachten nicht ableiten.

(Judith Lannert (CDU): Wer macht denn die Neiddebatte auf?)

Sie führen immer an: Andere Bundesländer machen mit unserem Geld viele schöne Sachen, die wir uns nicht leisten können. – Das ist doch die Neiddebatte, die Sie sonst immer ablehnen. An diesem Punkt spielen Sie ein Spiel, das nicht in Ordnung ist. Wie wollen Sie das regeln, wenn Sie sich hinstellen und sagen: „Wir wollen nicht, dass die Kollegen aus dem Nachbarland die Kinderbetreuung mit unserem Geld freistellen“? Wie wollen Sie das regeln? Herr Rentsch, wollen Sie, dass der Finanzminister des Nachbarlandes bei Ihnen vorbeikommt, seinen Haushalt vorlegt und fragt, ob er diese oder jene Maßnahme machen darf?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Florian Rentsch (FDP): Guter Vorschlag!)

Lieber Florian Rentsch, wollen Sie dann die 3 km Straße, die zu einem Hotel führt, genehmigen, aber den freien Kindergartenplatz für das alleinerziehende Zimmermädchen nicht? Das ist doch absurd.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da bauen Sie doch eine Bürokratie auf – –

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Sie wollen doch nicht ernsthaft in die Einnahmehoheit, in die Ausgabehoheit und in die Souveränität des Haushalts der anderen Bundesländer eingreifen. Das wollen wir bei uns nicht, das wollen wir bitte auch nicht bei anderen Bundesländern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir wollen – da sind wir uns wieder einig –, dass der Länderfinanzausgleich auf vernünftige Beine gestellt wird. Wenn Sie dazu noch einmal ein Gutachten benötigen, um sich das bestätigen zu lassen, ist das in Ordnung. Sie hätten vielleicht kein neues Gutachten gebraucht,

(Florian Rentsch (FDP): Sehr nettes Angebot von Ihnen, herzlichen Dank!)

Sie hätten vielleicht einmal bei den Kollegen der CDU fragen können. Es gab z. B. in der Föderalismuskommission ein Gutachten von Prof. Peter Huber, seinerzeit noch Professor an der Universität in München, heute Innenminister in unserem Nachbarland Thüringen. Da haben Sie ein Geberland mit an dem Tisch. Prof. Huber hat 2004 Ähnliches festgestellt wie jetzt Ihr Gutachter.

(Florian Rentsch (FDP): Thüringen ist ein Nehmerland!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Erfurth, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich weiß, dass Thüringen ein Nehmerland ist.

(Florian Rentsch (FDP): Dann sagen Sie es auch!)

Prof. Huber hat 2004 schon Ähnliches festgestellt wie heute Ihr Gutachter. Vielleicht finden Sie dort Verbündete auf einem richtigen Weg. Wir brauchen Druck in der Leitung, und wir brauchen Verbündete, die den richtigen Weg beschreiben. In diesem Sinne sollten wir weitermachen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht die Staatssekretärin Frau Prof. Dr. Hölscher. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

#### **Prof. Dr. Luise Hölscher, Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, das erste Mal vor diesem Haus sprechen zu dürfen und dann auch noch zu einem so altherwürdigen Thema wie dem Länderfinanzausgleich. Wenn ich bisher dazu gesprochen habe, dann vor meinen Studenten, und ich habe Dinge erzählt wie beispielsweise: Es gibt erstens eine Primärverteilung, zweitens eine Sekundärverteilung, drittens einen Solidarausgleich, viertens eine allgemeine Bundesergänzungszuweisung und fünftens eine Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisung.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist hier auch angemessen!)

Dann kommt der schlaue Satz: Von 1 Million € Einkommen in Hessen bleiben dem hessischen Landeshaushalt ganze 75.000 €.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist falsch!)

Dann kommt meistens der Satz – ich bitte Sie, die Sprache der jungen Leute etwas zu entschuldigen –: Wer hat sich denn den Quatsch ausgedacht? – Da blieb mir dann bisher nur die Aussage, dass das ganze historisch bedingt ist. Meine Damen und Herren, das geht zurück auf eine Zeit, in der wir von anderen Volumina geredet haben, in der wir auch von anderen Staatsaufgaben geredet haben und auch von einer anderen Verteilung zwischen Geber- und Nehmerländern.

Heute gilt immer noch, das ist unbestritten, dass wir hinter dem Prinzip der Solidarität zwischen den Ländern stehen. Wir haben aber auf der hessischen Seite, auch auf der Regierungsseite eine Verantwortung gegenüber unseren Steuerbürgern, dass nämlich das, was wir an Steuern erheben, in einem vernünftigen Maß auch in unserem Land ausgegeben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich denke, es ist ebenso unbestritten, dass wir Anreize für die steuerschwachen Länder brauchen, ihre eigenen Haushalte auf eigener Basis zu konsolidieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mir einmal den Spaß erlaubt und den Länderfinanzausgleich noch ein bisschen weiter zurückgerechnet, nämlich bis 1970. Wenn ich mir die Zahlen anschau, stelle ich fest, dass Hessen in den letzten 40 Jahren leider 38 Milliarden € Schulden angehäuft, aber über diese 40 Jahre 43 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt hat. Mit anderen Worten: Selbst in the long run, wie man so schön sagt, wären wir unter dem Strich ohne den Länderfinanzausgleich sauber.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben nun das wichtige Thema, unseren eigenen Haushalt, den hessischen Haushalt, konsolidieren zu müssen. Es kann nicht sein, dass uns eine, wie gesagt, altehrwürdige, aber genauso auch diskussionsbedürftige Regelung aus älterer Zeit dabei behindert. Deswegen bitte ich, daran zu denken, dass diese historische Regelung ein geborenes Ende hat, vorgegeben durch das Bundesverfassungsgericht, nämlich 2019. Es ist nicht in Stein gemeißelt, dass das bis ans Ende aller Zeiten so gehen muss.

Insofern liefern die bereits vorliegenden Gutachten und auch das in Kürze zu erwartende Gutachten wichtige Erkenntnisse, dass zum einen über die Zahlen und zum Zweiten – ganz wichtig – über den Modus, auf welcher Basis verteilt wird, geredet werden muss.

Andererseits müssen wir uns von hessischer Seite aber auch bewusst sein, dass eine Klage immer Chancen und Risiken beinhaltet.

(Reinhard Kahl (SPD): So ist es!)

In einem Gerichtsurteil sind wir bestimmter Diskussionsgrundlagen enthoben. Sicherlich lässt sich kein Nehmerland gerne etwas wegnehmen. Das ist nahe liegend. Auf der anderen Seite ist es aber wichtiger – das ist die Position der Regierung –, in einen konstruktiven Dialog mit den anderen Bundesländern zu treten.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich erst einmal draufgehauen habe, ist es schwierig, mit jemandem einen solchen Dialog zu führen.

(Allgemeiner Beifall – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Rentsch!)

Dies haben letztendlich ja bereits die Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im März dieses Jahres – das ist nicht ganz so lange her, wie der Länderfinanzausgleich alt ist – zum Ausdruck gebracht.

Es ist unbestritten, dass wir jetzt Änderungen vornehmen müssen. Es ist auch unbestritten, dass wir hierfür schon Daten genannt haben, nämlich die Diskussion bis zum Ende des Jahres 2011 voranzutreiben. Es ist außerdem unbestritten, dass wir im Notfall als Ultima Ratio, wenn nichts anderes geht, auch die Klage vereinbart haben. Insofern erzähle ich Ihnen nichts Neues.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das FDP-Gutachten aber auch nicht!)

Ich möchte aber dafür plädieren und darum bitten, dass wir zunächst über die Vorgehensweise diskutieren sollten, also auf welcher sinnvollen Basis ein neuer Länderfinanzausgleich stehen könnte, ohne per se mit dem Knüppel draufzuhauen.

Nach meiner ersten Rede schaue ich jetzt auf die Uhr und stelle fest: Ich habe noch 3, 2, 1 Sekunden. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Staatssekretärin, herzlichen Dank. Es ist guter Brauch, dass hier zur ersten Rede vor dem Hessischen Landtag besonders gratuliert wird. Alles Gute und herzlichste Gratulation. Es war sehr schön.

(Allgemeiner Beifall)

Punktgenau in der Zeit gelandet, ein Vorbild für alle Mitglieder der Landesregierung. Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Präsident ist während der laufenden Sitzung nicht zu kritisieren. Das wissen Sie ja alle.

(Heiterkeit)

Sie haben verschiedene Möglichkeiten. Wenn Sie sie ausreizen, dann müssen Sie das zeitlich verantworten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 56** auf:

#### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Schutz vor Fluglärm statt weiterer Wortbruch) – Drucks. 18/2900 –**

Anschließend – das haben wir so vereinbart – werden die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 69, 80 und 83 an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Der Kollege Kaufmann hat das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir GRÜNE haben diese Aktuelle Stunde beantragt – manche mögen sagen: ausnahmsweise – nicht zum streitigen, sondern zum Zweck der Einleitung eines ergebnisorientierten Diskurses möglichst im Einvernehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten nämlich vergangene Woche im Landtag, letztendlich durch eine Initiative von uns GRÜNEN ausgelöst, eine zweitägige Veranstaltung, eine Fachanhörung mit dem Titel „Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz im Rhein-Main-Gebiet“, die – das darf ich festhalten – von allen Fraktionen im Ergebnis als bereichernd gewürdigt wurde. Obendrein hat sie zur einvernehmlichen Feststellung geführt, dass für Frankfurt eine Studie der gesundheitlichen Auswirkungen des Fluglärms erforderlich ist. Sie hat weiterhin ergeben, dass rasch gehandelt werden muss, um die Situation der Fluglärmbelastung noch vor der vorgesehenen Inbetriebnahme der zurzeit in Bau befindlichen neuen Landebahn zu erfassen.

Meine Damen und Herren, allen vortragenden Experten und Vertretern der Institutionen und Kommunen, die sich engagiert in diese Anhörung eingebracht haben, ist herzlich zu danken. Sie alle, die in diesem Saal waren, haben

dazu beigetragen, dass wir jetzt mehr wissen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Nachdem sich das Umwelt- und Nachbarschaftshaus des Forums Flughafen und Region mit der Ausschreibung eines Studiendesigns für eine Lärmwirkungsstudie von unserer Debatte im Haus unabhängig machen will, wollen wir GRÜNE insbesondere mit dem anschließend zu behandelnden Antrag erreichen, dass die gemeinsamen Erkenntnisse der Anhörung in diesem Verfahren nicht verloren gehen, sondern noch wirksam werden können.

Meine Damen und Herren, man muss daran erinnern, dass wir weniger Zeitdruck hätten, wenn es Anfang des Jahres gelungen wäre,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

einen positiven Beschluss zu unserem damaligen Antrag auf Durchführung einer Anhörung zu erreichen. Damals haben CDU und FDP das Anliegen allerdings abgelehnt. Die weitere Auseinandersetzung, die folgte, über die Enquetekommission bis hin zur Anhörung in der vergangenen Woche, will ich jedenfalls jetzt nicht weiter schildern.

Heute können wir dankbar feststellen, dass auch die Mehrheitsfraktionen Erkenntnisfortschritte gemacht haben, so hoffe ich doch zumindest, auch wenn der für heute vorgelegte Dringliche Entschließungsantrag daran wieder Zweifel aufkommen lässt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass zu diesem Erkenntnisfortschritt auch gehört, dass es wirklich um den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden durch Fluglärm geht und nicht um die Vernebelung bereits vorhandenen konkreten Wissens der Schallwirkungsforschung über Fluglärm, insbesondere in der Nacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das, wie es am Freitag anklang, von allen Fraktionen so gesehen wird, dann, denke ich, kommen wir durchaus auch über die zukünftigen Schritte für die Studie für den Frankfurter Flughafen zusammen.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNE streben im Ausschuss, wohin die Anträge überwiesen werden sollen, eine konsensorientierte Behandlung an, weil wir es als notwendig erachten, mit klarer Priorität die Belastung der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet durch Fluglärm und dessen gesundheitliche Auswirkungen zu untersuchen und die Untersuchungsergebnisse zeitnah zur Verfügung zu stellen. Vergleichende Studien mit der Fluglärmsituation anderer Flughäfen oder der Lärmbelastung durch andere Verkehrsträger sehen wir als willkommene Ergänzungen einer solchen Untersuchung an. Deshalb wollen wir einen modularen Aufbau der Studien, damit Handlungsbedarf ohne Zeitverzögerung erkannt und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen eingeleitet werden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten es für geboten, an der Erstellung der einzelnen Module der Studie neben der Luftverkehrswirtschaft sowohl die Kommunen in der Umgebung des Flughafens als auch Umweltverbände und Bürgerinitiativen angemessen zu beteiligen. Darüber hinaus, denken wir, sollte es selbstverständlich sein, schon bei der Entscheidung über das Studiendesign und weiterhin während der Erarbeitung

der Studien ein Gremium ausgewiesener Fachleute zur Qualitätssicherung fortlaufend zu beteiligen. An der Finanzierung der Studie sollten sich nach unserer Meinung neben dem Land und/oder der Stiftung Flughafen und Region auch die betroffenen Kommunen sowie Fraport angemessen beteiligen.

Zum Schluss insbesondere an CDU und FDP eine Bitte: Enttäuschen Sie die Menschen in der Region bitte nicht wieder, indem Sie trickreich durch eine Gigauntersuchung dafür sorgen, dass in absehbarer Zeit keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, sondern allerhöchstens Vertröstungen gegen den Fluglärm ausgesprochen werden.

Wir brauchen nämlich klare Aussagen zur Fluglärmbelastung. Wir brauchen eine Reduzierung der Fluglärmbelastung, und wir brauchen vor allen Dingen ein Nachtflugverbot, und zwar jetzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Das Wort hat Herr Abg. Dr. Arnold, CDU-Fraktion.

#### **Dr. Walter Arnold (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anhörung in der vergangenen Woche war tatsächlich ergiebig und hat auch neue Erkenntnisse zur Beurteilung des Fluglärms gebracht. Ich möchte an dieser Stelle ebenfalls sehr herzlich den Wissenschaftlern danken, die daran teilgenommen haben. Es ist einerseits ganz sicher hervorzuheben, dass wir mit dem Flughafen Frankfurt einen Weltflughafen haben, dessen wirtschaftliche Bedeutung für die Region, ich glaube, von niemandem bestritten werden kann.

Es ist andererseits auch klar, dass wir diese mit dem Luftverkehr verbundenen Fluglärmbelastungen sehr aufmerksam betrachten müssen, die letztendlich eine ganze Region betreffen, und dass bezüglich dieses Planungskonflikts alle Beteiligten sehr sensibel damit umgehen müssen. Die Menschen – Herr Kaufmann, da pflichte ich Ihnen ausdrücklich bei – in der Umgebung des Flughafens haben ein Recht auf den Schutz ihrer Gesundheit. Darin sind wir uns sicherlich einig.

Ich sage aber auch sehr ausdrücklich: Wir werden nicht zulassen, dass unbewiesene Zusammenhänge, beispielsweise was die Auswirkungen des Fluglärms auf die Gesundheit anbelangt, dazu instrumentalisiert werden, den Ausbau des Flughafens Frankfurt in Misskredit zu bringen. Wer den Versuch wagt, mit den Ängsten und Sorgen der Menschen in der Umgebung des Flughafens Politik betreiben zu wollen, handelt zynisch und wird unseren erbitterten Widerstand haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wo stehen wir mit diesen Erkenntnissen? – Die Auswirkungen von Fluglärm auf Gesundheitsbelastungen wie Stress oder Schlafstörungen sind untersucht worden und haben ihren Eingang in das Fluglärmenschutzgesetz gefunden. Dort sind Grenzwerte festgelegt worden. Wenn diese Grenzwerte überschritten werden, haben die Menschen in der Nachbarschaft einen Anspruch auf die Gewährung von baulichem Schallschutz, auf Entschädigungen und andere Dinge. Hier ha-



ben die Studie von Herrn Prof. Greiser, ausgehend 2006 mit der sogenannten Arzneimittelstudie, und die vom UBA in Auftrag gegebene Krankenhausstudie vom März 2010 zur Beurteilung der Auswirkungen von Fluglärm eine neue Dimension in die Diskussion gebracht.

Herr Kaufmann, Sie haben bemängelt, dass Anfang des Jahres darüber diskutiert und noch nicht beschlossen wurde, dort auch für Frankfurt eine Studie in Auftrag zu geben. Ich glaube, dass wir nicht unterschlagen dürfen, dass die noch im April durchgeführte Expertenanhörung in Kelsterbach deutlich erwiesen hat, dass diese Greiser-Studie besondere Mängel hat, die beispielsweise auch dazu geführt haben, dass diese Studie bei der Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes 2007 keinen Eingang gefunden hat.

Herr Präsident, ich möchte mit Ihrer Erlaubnis auf eine Veröffentlichung in der „Frankfurter Neuen Presse“ hinweisen, die nicht nur in der Überschrift, sondern im Text deutlich sagt:

Greiser-Studie stößt auf Skepsis. Wissenschaftler bezweifeln Kausalität von Fluglärm und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Das war – das möchte ich deutlich sagen – in der Anhörung der vergangenen Woche ein Stückchen anders. Dr. Babisch, Lärmforschungsexperte des Umweltbundesamts, hat in dieser Deutlichkeit erstmalig gesagt, dass er eine Kausalität zwischen Fluglärm und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sehe. Er hat aber auch deutlich gemacht – das haben die gehört, die diesen Vorträgen aufmerksam gefolgt sind –, dass es noch keine wissenschaftliche Studie gebe, die diesen Zusammenhang belastbar untersuche. Er hat seine eigenen Ausführungen mit der Aussage beendet, dass es zwei Fragen gebe: Erstens. Wie ist die Steigerung der Dosis-Wirkungs-Kurve? Zweitens. Ab welchem Pegel fängt sie an?

Da stehen wir jetzt, nämlich in der klaren Erkenntnis, dass der Fluglärm eine hohe Bedeutung hat, wir aber noch nicht wissen, ab welcher Schwelle und in welcher Art und Weise der Fluglärm Menschen in ihrer Gesundheit beeinträchtigt. Das, denke ich, ist eine gemeinsame Beurteilung aller Fraktionen und muss der Beginn einer klaren Beschlussfassung sein: Wir brauchen eine Lärmwirkungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet, eine Studie, die nicht nur den Fluglärm betrachtet, sondern auch die anderen Verkehrslärme wie beispielsweise den Automobil- oder den Bahnverkehr, und sie muss auch individuelle Risikodaten der einzelnen Probanden berücksichtigen. Das ist die Hauptkritik an der Greiser-Studie, dass er ausschließlich das Alter und das Geschlecht dieser untersuchten Probanden der Studie einbezogen hat, nicht aber die besonderen Risikofaktoren wie beispielsweise das Gesundheitsverhalten, also ob der Proband raucht, Übergewicht, Diabetes oder andere Dinge hat. Das hat Herr Greiser letzte Woche bei der Anhörung auch selbst eingeräumt.

Diese Studie, die jetzt vom Forum Flughafen und Region, d. h. vom Umwelt- und Nachbarschaftshaus, in Auftrag gegeben werden soll, wird diese Dinge berücksichtigen, insbesondere, was auch bei der Anhörung sehr deutlich wurde, die kognitiven Auswirkungen von Fluglärm auf das Lernverhalten von Kindern, also nicht nur Gesundheitsstörungen, sondern auch

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Dr. Arnold, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Dr. Walter Arnold (CDU):**

die Auswirkungen des Fluglärms auf das Verhalten von Kindern. Wir unterstützen das ausdrücklich. Wir sind dabei, wenn es darum geht, die Auswirkungen von Fluglärm auf die Umgebung sehr genau zu untersuchen und daraus Rückschlüsse zu ziehen. Lassen Sie uns das aber in einer Langzeitstudie machen, die belastbare Ergebnisse bringt. Wir können in Frankfurt noch zehnmal eine Greiser-Studie machen; sie wird uns nicht weiterbringen. Nur eine wissenschaftlich fundierte Studie wird die Erkenntnisse bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Schaus, DIE LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgeschreckt von einer groß angelegten epidemiologischen Studie, die von Prof. Eberhard Greiser zum Risikofaktor nächtlicher Fluglärm im Umfeld des Flughafens Köln/Bonn im Auftrag des Umweltbundesamts durchgeführt wurde, fand in der letzten Woche im Landtag die zweitägige Anhörung „Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main“ statt. Dabei hat der Vertreter des Umweltbundesamts, Herr Dr. Babisch, das Ergebnis nach 16-stündiger Expertendiskussion in dem Satz zusammengefasst: „Es gibt kausale Zusammenhänge zwischen Fluglärmbelastung und Gesundheit“. Aus der Anhörung ergab sich auch, dass eine besondere Gefährdung der Bevölkerung durch nächtlichen Fluglärm gegeben ist. Dieses Ergebnis unterstreicht, dass die langjährige Forderung der Bevölkerung in den Anrainergemeinden, nämlich nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, dringend geboten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Hessische Landesregierung erneut auf, umgehend ein Nachtflugverbot zu verhängen sowie ihr Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Nachtflugentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs umgehend zurückzuziehen.

Die gesundheitsgefährdenden Lärmbelastungen bestehen schon seit Langem. Sie werden sich mit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn nur noch weiter steigern. Es muss also jetzt gehandelt werden, um weitere Gesundheitsschäden von den Menschen abzuwenden. Es ist darüber hinaus dringend geboten, das bestehende und zukünftige Ausmaß der gesundheitlichen Schädigungen durch den Fluglärm auf Frankfurt/Rhein-Main zu untersuchen, um die Bevölkerung so früh wie möglich aufzuklären und weitere Maßnahmen ergreifen zu können.

Hierzu haben 19 betroffene Kommunen, die in der Initiative Zukunft Rhein-Main zusammengeschlossen sind, einen sinnvollen und praktikablen Vorschlag unterbreitet. Sie fordern ein qualifiziertes Gesundheitsmonitoring, welches aus drei Stufen besteht:

So sollen erstens die Auswirkungen von Fluglärm auf das Lernverhalten von Kindern, zweitens die Wirkungen von Fluglärm auf Belästigung, Gestörtheit und Lebensqualität der Bevölkerung und drittens die Ermittlung der Krank-

heitsgefährdung durch Fluglärm untersucht werden. Dabei geht es den 19 Kommunen insbesondere darum, dass zeitnah Ergebnisse vorgelegt werden und bereits vor der Inbetriebnahme der neuen Landebahn wesentliche Untersuchungen vorgenommen werden.

Ihr Vorschlag, getragen von namhaften Wissenschaftlern, unter ihnen auch die Professoren Kaltenbach und Greiser, geht von einer zügigen Bearbeitungszeit von 18 Monaten aus, ist also zeitnah machbar. Wir sollten deshalb dem Wunsch der Betroffenen unbedingt folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurz vor Beginn der öffentlichen Anhörung hat das Umwelt- und Nachbarschaftshaus eine Lärmbelastungsstudie gegen die Vorstellung der Rhein-Main-Kommunen beschlossen. Das Ergebnis der zweitägigen Landtagsanhörung wurde dabei bewusst nicht abgewartet. Ihr Vorschlag ist keine Alternative, weil sich die Untersuchung nicht nur auf Fluglärm, sondern auf den gesamten Verkehrslärm beziehen soll und über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren angelegt ist. Ihr Vorschlag hat nichts anderes zum Ziel, als das unvermeidbare Thema Gesundheitsstudie durch entsprechende mehrjährige Aktivitäten politisch abzudecken, um in dieser Zeit weitere unumstößliche Fakten im Interesse von Fraport und Lufthansa zu schaffen.

Deshalb ist es auch klar, meine Damen und Herren, dass in dem Antrag von CDU und FDP genau dieses begrüßt wird. Dringend notwendige Maßnahmen hingegen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung werden so weiterhin auf die lange Bank geschoben, was unverantwortlich ist.

Deshalb sage ich auch klar und deutlich: Dass das Umwelt- und Nachbarschaftshaus seine europaweite Ausschreibung bereits zehn Tage vor Beginn der Anhörung vorgenommen hat, ist der Versuch, weitere Fakten zu schaffen. Er ist ein Affront gegenüber dem Hessischen Landtag. Das Umwelt- und Nachbarschaftshaus, der Zögling der Landesregierung, hat mit diesem Vorgehen seine selbst behauptete Unabhängigkeit verlassen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Kollege Schaus, Sie denken an die Redezeit.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Zwei Sätze, Herr Präsident.

Deshalb haben wir kein Vertrauen in diese Einrichtung und lehnen eine Zusammenführung der beiden Untersuchungsergebnisse ab.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Stattdessen fordern wir, dass neben der Fluglärmstudie auf der Grundlage der Zukunft Rhein-Main gleichzeitig die oft geforderte Gesamtbelastungsstudie für das gesamte Rhein-Main-Gebiet endlich durchgeführt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Nehmen wir die erheblichen Gesundheitsgefahren durch Fluglärm endlich ernst, und handeln wir unverzüglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Kollege Schaus, vielen Dank für die abschließenden vier Sätze.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist eine Frage der Kommasetzung!)

Das Wort hat der Abg. Grumbach, SPD-Fraktion.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erkenntnisse häufen sich im Laufe der Zeit an. Manchmal hilft es, statt einfach nur auf einen Zeitpunkt zu schauen, die Dinge nacheinander zu betrachten. Wir haben Aussagen zur Frage des Fluglärms und seiner Auswirkungen in diesem Landtag in der Debatte um den Landesentwicklungsplan gehabt. Wir haben sie außerhalb des Landtags gehabt in der Debatte um die Planfeststellung des Flughafens, und wir haben sie erneut im Landtag gehabt in der vor Kurzem erfolgten Anhörung. Wer diese Ausführungen nacheinander liest, wird feststellen: Es gibt eine Tendenz. Die Tendenz lautet, dass die Auswirkungen von Fluglärm immer stärker eingeschätzt werden von einem Zeitraum zum anderen. Der Kollege Arnold hat das sehr deutlich gesagt. Zum ersten Mal ist das auch sehr klar gesagt worden: Es gibt Auswirkungen.

Wir haben in unserem Antrag sehr bewusst geschrieben, dass es einen Punkt gibt, wo sich die Experten nicht einig sind. Die spannende Frage, wo sich Unterschiede ab 40 dB(A) und mehr ergeben, ist die Frage: Wann beginnt der Punkt, ab dem man eingreifen muss?

Die Frage ist aber, wenn Sie die Entwicklung anschauen – da bin ich, Herr Dr. Arnold, wieder nicht mit Ihnen einig –, ob Sie nicht ein bisschen unterschätzen, was weiter passiert ist. Denn Herr Prof. Greiser ist ja nicht der einzige Gutachter, sondern sein Gutachten ist eines von vier international erstellten Gutachten. Das stärkste der vier ist sogar vor Greiser erstellt worden, das Erikson-Gutachten von vor zwei Jahren, in dem relativ präzise nachgewiesen wird, dass es einen Zusammenhang gibt und dass dieser Zusammenhang relativ stark ist. Das heißt, wir sind nicht mehr in der Situation – das ist in der Anhörung auch deutlich geworden –, dass ein einzelnes epidemiologisches Gutachten, das keine Kausalität für sich in Anspruch nehmen kann, alleine steht, sondern es stehen bereits vier Gutachten – nur für den Fluglärm, die anderen lasse ich alle weg – im Raum, die alle die gleiche Grundtendenz erkennen lassen. Das heißt, der Kausalitätszusammenhang verdichtet sich.

Der spannende Punkt ist, dass auch diese vier Gutachten sich in der Frage unterscheiden: Fängt es bei 40 dB(A) an, fängt es bei 55 dB(A) an, fängt es bei 60 dB(A) an? Das ist der unscharfe Bereich, in dem wir uns bewegen. Da neige ich, ehrlich gesagt, nicht dazu, jetzt zu sagen: Liebe Leute, wir brauchen noch ein Gutachten. – Die erste Frage ist vielmehr: Was passiert heute? Für mich heißt das relativ klar, nachdem klar ist, dass es einen Zusammenhang gibt und dass er nachts schlimmer ist als am Tag und die Erkenntnisse bisher eher unterschätzt worden sind, dass die Vorsorge gebietet, dass das Nachtflugverbot eine zentrale Forderung dieses Landtags bleiben muss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der zweite Punkt ist die spannende Frage: Wie geht es weiter? Dazu gehört, dass jetzt der Stand vor Ausbau aufgenommen werden muss. Alles, was diese Aufnahme verzögert, wird die Debatte nachher erschweren. Das ist für mich überhaupt nicht mehr interessant für die jetzige Bewertung des Flughafens, sondern es geht darum, dass man, was die nächsten Ausbaubebatten, was die Ausbaubebatten in anderen Bundesländern, was die internationale Debatte über Flughafenausbau insgesamt angeht, eine belastbare, auf Dauer durchgeführte Studie hat, mit der man den Zustand vorher und nachher präzise beschreiben kann. Ich habe wenig Hoffnung, dass das hier in Frankfurt irgendetwas ändert, aber das ist ein wichtiger Punkt.

Nun komme ich zu einer Frage, die ich ganz faszinierend finde. Uns liegt eine ganze Reihe von interessanten Vermerken aus dem Umwelt- und Nachbarschaftshaus vor, dass die Vertreter der Landesregierung dort intensive Gespräche geführt haben. Das ist legitim, das dürfen die. Dass sie es aber tun müssen, spricht dafür, dass es vielleicht auch notwendig ist, aus Sicht der Landesregierung Einfluss auf dieses Gutachten und auf seine Vergabe zu nehmen. Die Frage ist, ob es, wenn es legitim ist, auch klug ist oder ob diese Form von Gesprächen, diese Art von Gutachtenvergabe nicht dazu führt, dass das Gutachten von vornherein seinen Wert verliert. Dafür ist diese Landesregierung verantwortlich, die versucht hat, ihre eigenen Fakten zu setzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Es ist doch erst einmal das Design ausgeschrieben! Das Gutachten ist doch noch gar nicht ausgeschrieben!)

Alles in allem, meine Damen und Herren, werden Sie damit leben müssen, dass es erstens ein Gutachten ist, dessen Wertigkeit bereits kontaminiert ist, bevor es erstellt worden ist, und dass es zweitens einen Vorschlag gibt, ein anderes Gutachten zu erstellen, dessen Rahmenbedingungen bisher noch nicht einmal festgelegt sind und auf das der Landtag in seiner Debatte hätte Einfluss nehmen können. Das ist Ihre Entscheidung, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen, und die Frage ist, ob Sie viel Geld für ein Gutachten ausgeben wollen, das hinterher wertlos ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Das Wort hat der Abg. Müller, FDP-Fraktion.

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Grumbach, es ist bislang das Design für die Studie ausgeschrieben, nicht die Studie ist ausgeschrieben.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ja, so ist es!)

Das ist ein wesentlicher Unterschied, den es anzumerken gilt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der zweite Punkt ist: Wir haben nicht mehr ewig Zeit. Sie haben selbst angesprochen, dass wir mit der Studie möglichst schnell beginnen müssen, um die Daten noch vor Inbetriebnahme der neuen Landebahn erheben zu können.

Das heißt, wir können nicht mehr im November oder Dezember irgendetwas im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr auswerten und dann irgendwann überlegen, wie wir damit loslegen, weil wir dann diese Daten nicht mehr ermitteln können. Insofern gehen Ihre Vorwürfe, die Sie zuletzt erhoben haben, völlig ins Leere und völlig an dem Thema vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Auch von meiner Seite aus zunächst noch einmal herzlichen Dank an die Experten, die uns in der letzten Woche wirklich sehr viele Hinweise gegeben haben. Sie haben diese Hinweise auch schon im Forum Flughafen und Region in Kelsterbach im April gegeben. So sehr unterschiedlich waren die Anhörungen im Endeffekt nicht.

Wenn ich allerdings heute verschiedentlich gehört habe, dass in der Vergangenheit keinerlei Lärmschutz betrieben wurde usw., dann wundert mich das schon etwas. Denn schon seit 1972 gibt es Beschränkungen beim Nachtflug. 2001 wurden lärmbegrenzende Betriebsbeschränkungen eingeführt, und die Fraport wurde verpflichtet, passive Schallschutzmaßnahmen durchzuführen. Im September 2001 wurde ein Lärmpunktekontingent eingeführt, das bis heute Bestand hat. Durch den Planfeststellungsbeschluss kommen mit der Inbetriebnahme neue Punkte hinzu: Beschränkung auf 17 Flugbewegungen, keine Flugbewegungen in der Nacht auf der Landebahn Nordwest, Verbot verspäteter, verfrühter oder ungeplanter Flugbewegungen zwischen 0 und 5 Uhr – dies alles, soweit das Bundesverwaltungsgericht nichts anderes entscheidet.

Aus dem Bereich des aktiven Schallschutzes nenne ich das Verbot der Schubumkehr bei Landungen und Beschränkungen bei Triebwerksprobeläufen. Die Flughafenentgelte der Fraport enthalten lärmabhängige Komponenten, die in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht wurden.

Meine Damen und Herren, wer angesichts all dieser Maßnahmen behauptet, es sei in den vergangenen Jahren im Bereich der Lärmbekämpfung nichts passiert, der geht an der Realität vorbei.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nicht nur die Anhörung im Landtag, sondern auch schon die Anhörung der Experten in Kelsterbach hat gezeigt, dass noch viele Fragen offen sind. Alle diese offenen Fragen wollen wir so weit wie möglich klären.

Wenn wir uns mit dem Lärm im Rhein-Main-Gebiet beschäftigen, wollen wir darüber hinaus die Belastungen durch andere Lärmquellen, insbesondere durch den Straßen- und den Bahnverkehr, untersuchen; denn auch durch diese Formen des Verkehrs werden die Bürger mitunter immens belastet.

Meine Damen und Herren, was den neuen Streitpunkt, die Dauer der Studie, anbelangt, waren sich schon in Kelsterbach die Experten einig, dass man eine Längsschnittstudie braucht, um zu verlässlichen Ergebnisse zu kommen. Nur dann haben wir eine verlässliche Grundlage, auf der wir weitere aktive und passive Schallschutzmaßnahmen oder eine fundierte Lärminderungsplanung angehen können. Herr Grumbach, wenn Sie behaupten, die hätten wir schon, dann weiß ich nicht, über was am Donnerstag und Freitag der letzten Woche hier im Plenarsaal diskutiert wurde. Da wurde nämlich über sehr viele offene Fragen diskutiert. Diese offenen Fragen müssen wir klären.

ren, und dann können wir entsprechende Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Es ist niemandem geholfen, wenn wir in 18 Monaten ein Gutachten bekommen, dessen Ergebnisse wieder Raum für Diskussionen lassen, z. B. das Studiendesign in die Kritik gerät. Das hat ja die Greiser-Studie gezeigt, die noch vor ihrer Veröffentlichung eilig in den Kommunen präsentiert wurde und in der anschließenden wissenschaftlichen Diskussion erhebliche Kritik geerntet hat. Ich will gar nicht ausschließen, dass das bei einer längere Zeit in Anspruch nehmenden Studie in ein modulares System eingebracht werden kann oder Zwischenergebnisse – oder was auch immer – vorgelegt werden können. Diese müssen dann aber verlässlich sein, damit wir uns nicht an vorläufigen Ergebnissen auseinanderdiskutieren.

Unabhängig davon muss an der Lärmreduzierung schon jetzt gearbeitet werden; das darf nicht erst in eineinhalb oder in fünf Jahren geschehen. Das ist ein wichtiger Punkt. Das passiert auch schon. Das Forum Flughafen und Region hat vor Kurzem ein Maßnahmenpaket zum aktiven Schallschutz vorgelegt. Das sind wichtige Maßnahmen, und wir begrüßen diese Initiative. Aber auch diese Maßnahmen müssen unter dem Motto laufen, dass es, absolut gesehen, nicht mehr Lärm geben darf. Gerade beim Thema Flugrouten müssen wir da noch einmal genau hinschauen.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt. Ein weiteres Ergebnis der Anhörung ist, dass es in den letzten Jahrzehnten beim Schallschutz erhebliche Fortschritte gegeben hat. Diese wurden jedoch durch das Wachstum der Luftverkehrswirtschaft fast vollständig aufgeessen. Das bedeutet, wir müssen hier noch besser werden, und wir müssen noch mehr Druck ausüben. Die Planungen und Forschungen müssen forciert werden. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, alle Wege und Möglichkeiten nutzen, dafür zu sorgen, dass die dort entwickelten Techniken schneller auch in den Flugzeugen eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das wird zwangsläufig mit höheren Investitionen verbunden sein. Genau das ist aber ein Ansatzpunkt, mit dem wir den Lärm auch in der Rhein-Main-Region, insbesondere den Fluglärm, deutlich reduzieren können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Müller. – Das Wort hat Herr Staatsminister Posch.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf das Ergebnis und die Diskussion der Anhörung sind die Vorredner bereits eingegangen. Ich glaube, man kann zusammenfassend feststellen, dass unterschiedliche Auffassungen vertreten worden sind, insbesondere inwieweit die Kausalität zwischen Fluglärm und Krankheitsbildern, z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bereits nachgewiesen worden ist. Es dürfte deutlich geworden sein, dass

es Zusammenhänge gibt, diese aber im Detail untersucht werden müssen. Herr Kollege Dr. Arnold hat in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Greiser-Studie, die bei der Erarbeitung des Fluglärmschutzgesetzes seinerzeit nicht ausreichend berücksichtigt worden ist, und darauf hingewiesen, dass bei dieser Studie Vorbelastungen und ähnliche Dinge, die bei den einzelnen Probanden möglicherweise zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führten, eben nicht berücksichtigt worden sind. Man könnte sagen: Es kann eine Kausalität bestehen, sie muss aber nicht bestehen. Es wird darauf ankommen, was die näheren Untersuchungen in diesem Zusammenhang jetzt ergeben.

Deswegen sage ich für die Landesregierung: Wir begrüßen die Vorbereitungen des Forums Flughafen und Region für eine Studie bezüglich der Lärmwirkung. Man muss aber differenzieren: Derzeit ist die Ausschreibung des Studiendesigns im Gange. Die Ergebnisse hieraus werden den Inhalt und die Module der eigentlichen Studie bestimmen.

Herr Grumbach, so, wie Sie es gemacht haben, darf man es nicht relativieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen will ich noch einmal die Punkte darstellen, die das Forum Flughafen und Region – bezogen auf diese Untersuchung – festgehalten hat.

Erstens. Wirkung von Fluglärm unter Berücksichtigung von Straßen- und Schienenlärm auf die Gesundheit. Natürlich ist es richtig, hier sämtliche Lärmquellen einzubeziehen. Eine isolierte Betrachtungsweise führt nicht zu ausreichenden Ergebnissen.

Zweitens. Kausalzusammenhänge zwischen Belästigung und Gesundheitswirkung, insbesondere in Richtung der Kausalität, zur Quantifizierung der Dosis-Wirkung-Beziehung. Auch hier wird also dargestellt, dass weiterhin Aufklärungsbedarf besteht.

Drittens. Entwicklung der Belästigung in der Region, langfristige Effekte, veränderte Belastungssituationen, Gewöhnung, Überschuss.

Viertens. Identifikation von relevanten Moderatoren, z. B. Sensitivität, Sozialstrukturen sowie Risikofaktoren und deren Einfluss auf das Belästigungsempfinden und die Gesundheit.

Fünftens. Wirkung von Maßnahmen des aktiven Schallschutzes, z. B. Lärmpausen, Wirkungsunterschiede bei gleichen Pegeln, Neubelastung versus Zusatzbelastung, Einzelpegel versus Dauerschall in Bezug auf die Belästigungsurteile.

Sechstens. Wirkung bestimmter Informationsmaßnahmen in Bezug auf die Belästigungsquelle und gesundheitliche Lebensqualität, z. B. Wirkung von Information und Kommunikation, Vorabbekanntgabe der wahrscheinlichen Betriebsrichtung, Lärmmonitoring, Kommunikationsformen der Hauptakteure.

Siebtens. Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Auswirkungen auf deren schulische und persönliche Entwicklung, z. B. Lernverhalten, Leseverständnis etc.

Wenn das kein Katalog ist, an dem jetzt gearbeitet wird, dann weiß ich nicht, worüber wir hier diskutieren. Das ist Inhalt des Auftrags, der hier erteilt wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Mit der Zustimmung zu der Studie dokumentieren wir erneut sehr bewusst, dass das Thema Fluglärm und Gesundheitsstörungen über die Maßgaben des einschlägigen Fluglärmschutzgesetzes hinaus von der Landesregierung ernst genommen wird. Ansonsten hätte es ja keine Mediation gegeben, ansonsten hätte es das RDF nicht gegeben, und es gäbe auch kein Forum Flughafen und Region.

(Breifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir wissen aus der Geschichte des Frankfurter Flughafens, dass dieses Thema mit besonderer Aufmerksamkeit nicht nur beobachtet, sondern auch umgesetzt werden wird. Deswegen begrüßen wir diese Maßnahme, die vom FFR realisiert und in Auftrag gegeben werden soll. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass einzelne Module recht bald vorgelegt werden sollen, sodass sie noch vor Inbetriebnahme der Landebahn abgeschlossen sein können. Es wird z. B. eine Basiserhebung geben, die die Fluglärmbelastung unter Berücksichtigung der Aspekte Belastung, Belästigung und Empfindlichkeit untersucht.

Meine Damen und Herren, ich sage in aller Deutlichkeit aber auch: Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses war und ist das Fluglärmschutzgesetz des Bundes, das 2007 erlassen worden ist. Ich lege sehr großen Wert auf die Feststellung: Wenn sich aus den Diskussionen ein Veränderungsbedarf ergibt, dann muss sich der an den Gesetzgeber im Deutschen Bundestag richten, denn Grundlage der juristisch zu beantwortenden Frage, was zu erfüllen ist und was nicht, sind ausschließlich die Vorgaben des Bundes.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen sollten wir nicht den Eindruck erwecken, dass diese Ergebnisse in weiter gehende Verfahren unmittelbar Eingang finden; denn das hängt davon ab, was das Bundesverwaltungsgericht entscheidet.

Dies ist mein Selbstverständnis. Wenn wir zu der politischen Auffassung kommen, dass die im Fluglärmschutzgesetz genannten Grenzwerte nicht ausreichend sind, ist der Gesetzgeber gefordert, aus diesen Untersuchungen die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, denken Sie bitte an die Redezeit.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Das wird die Grundlage für weiter gehende Diskussionen in diesem Zusammenhang sein. Deswegen bedauere ich angesichts der Gemeinsamkeit und der Ernsthaftigkeit, mit der die Frage in diesem Hause diskutiert wird, dass dies in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Nachtflugverbot gebracht wird. Über diese Frage wird das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben neulich wider besseres Wissen gehandelt, als Sie in der „Frankfurter Rundschau“ erklärt haben, dann müsse das umgesetzt werden, was die Kasseler Richter der Regierung aufgegeben haben, näm-

lich ein absolutes Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr. Sie wissen ganz genau, dass dies nicht Gegenstand der Entscheidung ist. Wir haben hinreichend darüber diskutiert, dass wir diese Entscheidung einer Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht zuführen werden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister Posch. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache. Wir haben vereinbart, dass die drei Anträge – **Tagesordnungspunkt 69, Tagesordnungspunkt 80 und Tagesordnungspunkt 83** – zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. – Das findet Zustimmung.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Arbeitslosengeld-II-Regelsätze sichern das Existenzminimum – Bildungspaket ermöglicht mehr Teilhabe und höhere Bildungschancen für Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern, Drucks. 18/2936. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 84 und wird, da keiner widerspricht, nach den Tagesordnungspunkten 57, 58 und 59 aufgerufen und gemeinsam mit den anderen Anträgen an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Gesundheitssystem auf eine tragfähige Grundlage stellen, Drucks. 18/2937. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 85 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 44 aufgerufen werden.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 57** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Teilhabe für alle sichern – Regelsatz angemessen gestalten – Hessen muss Willkür bei der Grundsicherung im Bundesrat stoppen) – Drucks. 18/2901 –**

in Verbindung damit **Tagesordnungspunkt 58:**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Verfassungsgerichtsurteil zu Hartz IV beachten – auch hessische Kinder brauchen mehr zum Leben) – Drucks. 18/2902 –**

hierzu **Tagesordnungspunkt 59:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Grundsicherung: Verantwortung statt Populismus) – Drucks. 18/2903 –**

Es gibt zehn Minuten Redezeit je Fraktion. Im Anschluss an die Beratung werden wir die drei genannten Anträge, die zwei Dringlichen Anträge und den Dringlichen Entschließungsantrag, an den Sozialpolitischen Ausschuss überweisen.

Wir beginnen mit der Aussprache. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Fraktion, hat das Wort.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich diese Debatte mit einer Vorbe-

merkung beginnen: Die Armut der Kinder ist die Armut ihrer Eltern, und diese Menschen haben den Wunsch, aus dieser Armut herauszukommen. Deswegen sollten wir viel dafür tun, dass genau dies ermöglicht wird, statt mit stigmatisierenden Debatten wie in den letzten Tagen den Eindruck zu erwecken, dass diese Menschen nicht aus ihrer Armut herauskommen wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarz-Gelb hat eine große Chance vertan. Ihre Vorschläge, die Sie mit warmen Worten präsentiert haben, werden an der Situation dieser Menschen nichts Spürbares verändern. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war eine mutige Aufforderung, den Menschen in unserem Land wieder einmal klarzumachen, was der Kern des Sozialstaats ist. Es ist bezeichnend, dass das Bundesverfassungsgericht erstmals eine sozialstaatliche Entscheidung nicht mit Art. 20, sondern mit Art. 1 der Verfassung begründet hat: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Menschen haben nicht nur auf ein Dach über dem Kopf und auf Lebensmittel in ausreichender Menge Anspruch, sondern auch auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in diesem Land und auf Respekt.

Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, genau an diesem Respekt lassen Sie es fehlen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schacherei in Hinterzimmern, an der der Herr Ministerpräsident unmittelbar beteiligt war, statt gemeinsam mit den Vertretern von Ländern und Kommunen das drängende Problem der Kinderarmut ernsthaft anzugeben, ist ein Armutszeugnis. Sie haben viele Monate mit einer sinnlosen Diskussion über Chipkarten vergeudet, und Sie haben mit vielen warmen Worten Erwartungen geschürt, die Ihre Vorschläge in keiner Weise erfüllen. Ihre Vorschläge sind eine glatte Enttäuschung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ganze 5 € - mehr ist bei Ihren Kungelrunden nicht herausgekommen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Reif, das ist doch ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen.

(Clemens Reif (CDU): Wir sind doch im Hinterzimmer!)

Was soll man denn davon kaufen? So unsensibel kann man doch gar nicht sein, nicht einmal Sie, Herr Reif.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Ihre Datengrundlagen lassen Sie nicht einmal einsehen. Die Bundesministerin hat gestern im Deutschen Bundestag die Einsicht in die Rohdaten verweigert. Was muss noch darin stecken, wenn Sie nicht einmal bereit sind, die Daten öffentlich zu machen, auf deren Grundlage Sie diese Maßstäbe sachgerecht errechnet und beurteilt haben?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Grundlagen haben Sie willkürlich verändert.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Anders kann man es nicht ausdrücken, wenn Sie ohne jede sachliche Begründung zur Bewertung der Regelsätze Einpersonenhaushalte – die unteren 15 % der Einkommenshaushalte – in die Berechnung einbeziehen. Bei den Mehrpersonenhaushalten sind es 20 %. Herr Reif, das ist eben falsch. Das ist der Unterschied.

(Clemens Reif (CDU): Alles von Ihnen!)

Wir haben zur Kenntnis genommen und akzeptiert, dass das Bundesverfassungsgericht einen völlig anderen Zugang gewählt hat. Es hat nicht gesagt: „Denen, die wenig haben, müsst ihr etwas wegnehmen, um daraus das Existenzminimum zu errechnen“,

(Clemens Reif (CDU): Alles von Ihnen!)

sondern es hat erklärt, dass die Würde des Menschen im Mittelpunkt stehe. Herr Reif, das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Alles von Ihnen!)

– Das Rumpelstilzchengehebe von Herrn Reif sind wir gewohnt. Er macht da weiter, wo er gestern aufgehört hat. Das ertragen wir hier alles ganz locker. Im Übrigen, Herr Reif, habe ich im Moment das Mikrofon, nicht Sie. Im Zweifelsfall bin ich also lauter.

Der entscheidende Punkt ist – die Katze ist aus dem Sack gekommen, spätestens an der Stelle, als Sie über das Lohnabstandsgebot und den Mindestlohn gesprochen haben –: Was hat das Verfassungsgericht entschieden? Das Verfassungsgericht hat das Lohnabstandsgebot ausdrücklich nicht infrage gestellt, ganz im Gegenteil. Aber das Verfassungsgericht hat deutlich erklärt, das Lohnabstandsgebot müsse auf dem Existenzminimum aufsetzen. Es hat ausdrücklich darauf hingewiesen, es sei unzulässig, das Existenzminimum aufgrund des Lohnabstandsgebots und der Niedriglohnentwicklungen nach unten zu drücken, um daraus eine Legitimation für das Lohnabstandsgebot zu konstruieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das Bundesverfassungsgericht ist zu loben, weil es hier ein klares Plädoyer für eine andere Sozialstaatlichkeit gehalten hat. Es wäre an Ihnen gewesen, diesen Anspruch des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, statt sich in die Büsche zu schlagen und weiter so zu tun, als gäbe es keine Probleme in diesem Land.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Sie versuchen wie immer, Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger gegeneinander auszuspielen. Das führt zu einer Spaltung der Gesellschaft; das hat mit Solidarität nichts zu tun.

(Clemens Reif (CDU): Damit haben Sie angefangen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn, damit dieser Zustand endlich beendet werden kann.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Nun komme ich zu Ihrer schönsten und populistischsten Aktivität. Ich bin sehr für das Bildungspaket. Aber wir wollen uns einmal anschauen, was Sie hier eigentlich vorgelegt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, dass es nicht allein um mehr Geld geht, sondern auch um die Sicherstellung von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

(Zurufe von der FDP)

– Die Bundesregierung hat das nicht vorgegeben, Herr Rock. Die Meldungen über das, was da verabredet wurde, sind am Donnerstag hinausgegangen, nachdem der Herr Ministerpräsident mit den anderen Kollegen und der Kanzlerin zusammengesessen hatte.

Das war keine Entscheidung der Bundesregierung oder des Arbeitsministeriums. Vielmehr handelte es sich dabei um eine Kugelrunde der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin. Deswegen ist auch Volker Bouffier für die Sauerer, die dabei herausgekommen sind, persönlich verantwortlich. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, dass es nicht allein um mehr Geld geht, sondern um die Sicherstellung der Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe. Das ist Ihnen in keiner Weise gelungen. Sie mogeln. Nicht alles, was Sie in das Paket gepackt haben, ist wirklich neu. Viele Ihrer großen Versprechungen der letzten Wochen und Monate lassen sich mit diesem Päckchen nicht einlösen. Die Armut der Kinder lindern Sie damit jedenfalls nicht.

Das Schulstarterpaket gab es schon. Das wurde nämlich während der Großen Koalition aufgrund unseres Druckes eingeführt.

Eines ist allerdings in der Tat neu. Das melden die Agenturen heute. Sie wollen das Schulstarterpaket für Familien mit geringem Einkommen zukünftig streichen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Andreas Jürgens und Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie da machen, ist ein Skandal. Das ist genau das Gegenteil von dem, was das Bundesverfassungsgericht gefordert hat.

Ganze 10 € soll es für Musik, Sport und gesellschaftliches Engagement mehr geben. Ich treffe Kinder und Jugendliche, wenn ich in Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen gehe und diese besuche. Die Kinder und Jugendlichen brauchen keine Gutscheine. Sie brauchen gute Kindertagesstätten und gute Ganztagschulen. In den letzten zwei Tagen wurde aber deutlich, dass mit dieser Landesregierung gute Bildung nicht zu machen ist, weil sie sich weiterhin in den ideologischen Schützengräben versteckt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Tarek Al-Wazir und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Herr Bellino, es geht um warmes und gesundes Mittagessen. Da sind Sie zu kurz gesprungen. Denn nur 20 % der bedürftigen Kinder erhalten diesen Zuschuss. Für die anderen gibt es weder eine Kindertagesstätte noch eine Ganztagschule, in denen sie zu Mittag essen könnten. Damit wird klar, was der eigentliche Kern des Problems ist. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur, in gute Ganztagsbildung und in die Kindertagesstätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist aber mit Ihnen nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Tarek Al-Wazir und Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es geht um ein Programm in Infrastruktur und um die Ganztagschulen.

Ich sage Ihnen: Es gab einmal eine gute Zeit. Wir haben während Rot-Grün 4 Milliarden € in die Hand genommen, um genau diese Fragen hinsichtlich der Infrastruktur zu lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bellino, was haben Sie gemacht? Wir wissen sehr wohl, wie sich das HB-Männchen Roland Koch im Bundesrat echauffiert hat, weil es überhaupt ein Bildungsprogramm gab. Sie haben diese Mittel missbraucht und umgelenkt, damit Sie Ihre anspruchsvollen Pläne hinsichtlich der gymnasialen Bildung umsetzen konnten, anstatt die Schaffung der Ganztagsbildung und der Ganztageeinrichtungen genau da umzusetzen, wo sie am dringendsten erforderlich gewesen wären.

Das ist doch die Wahrheit, mit der Sie sich konfrontieren lassen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind nämlich nicht bereit, die Frage der Bildung bei Armut und die Zukunftschancen der Kinder gerecht zu behandeln.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Andreas Jürgens und Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich will in dieser Aktuellen Stunde nichts rügen. Herr Kollege Gerling, der Schriftführer, ist aber sehr schreckhaft. Sie haben die Formulierungen HB-Männchen, Kungeleien, Sauerer und Quatsch verwendet. Ich gebe einfach nur zu bedenken, dass man –

(Zuruf)

– Ich habe es doch gar nicht gerügt. Was regt ihr euch auf?

Ich gebe einfach nur zu bedenken, dass man das vielleicht etwas parlamentarischer ausdrücken kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich sage das in Richtung aller Seiten. Es hat auch Zwischenrufe von der anderen Seite gegeben, die auch in genau diese Kategorie gehören.

Ich glaube, wir sind uns da alle einig. Ich wollte nur darauf hinweisen: Die Gesundheit des Herrn Kollegen Gerling ist mir heilig.

(Heiterkeit)

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, ich gehe davon aus, dass ich die 30 Sekunden Ihrer Bemerkung noch obendrauf bekomme. Da mir die Gesundheit des Herrn Gerling auch wichtig ist, werde ich mich entsprechend zügeln.

(Beifall des Abg. Hans-Christian Mick (FDP))

Ich komme jetzt auf die Finanzierung, das Betreuungsgeld und die Hoteliers zu sprechen. Ich höre nämlich schon wieder Ihre Rufe – das wird jetzt auch gleich in der Debatte wieder geschehen –, dass wir das alles nicht bezahlen könnten, was hier formuliert würde. Ich sage Ihnen: Ich habe das wirklich satt. Wer Beträge in Milliarden-Euro-Höhe für die Atomlobby, für die pharmazeutische Industrie und Hoteliers hat, wer Milliarden Euro für diese Lobbygruppen hat, der soll sich, bitte schön, nicht heute hierhin stellen und sagen, dass all diese Forderungen nicht zu finanzieren seien.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vorletzter Punkt. Dabei geht es um das Recht auf Teilhabe. Wie stellen Sie sicher, dass auch Kinder von Geringverdienenden ein Bildungspaket erhalten? – Gar nicht. Darauf habe ich eben schon hingewiesen.

Deswegen haben wir gestern eine Sondersitzung des Sozialpolitischen Ausschusses für heute beantragt. Herr Grüttner hat sich vorher dafür feiern lassen, dass er sich hinsichtlich der Frage der Mobilitätskosten bei Geringverdienern und Hartz-IV-Beziehern in Berlin durchsetzen werde. Ganz offensichtlich hat er sich nicht durchsetzen können. Deswegen besteht jetzt die Notwendigkeit, das Hessische Ausbildungsförderungsgesetz durchzusetzen. Deswegen wird es am heutigen Abend diese Sondersitzung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu meinen letzten Sätzen. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung einen neuen Stil angekündigt. Ich sage Ihnen: Wenn sich der neue Stil ausschließlich dadurch definiert, dass er nach seiner Regierungserklärung freudestrahlend Tafelprojekte in Frankfurt besucht hat, anschließend aber den Zynismus besessen hat, diesen Regelungen zuzustimmen, dann soll er sich das in Zukunft bitte sparen. Der neue Stil erfordert auch eine neue Offenheit für eine andere Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Daran lassen Sie es sehr vermissen. Herr Wagner, deswegen ist Ihr neuer Stil nichts wert. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, vielen Dank. – Das Wort erhält nun Frau Abg. Schott für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für DIE LINKE war und ist Hartz IV Armut per Gesetz.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Einführung von Hartz IV hat die rot-grüne Bundesregierung ein Gesetz geschaffen, das Erwerbslose innerhalb kürzester Zeit zu einem Leben am Rande der Gesellschaft zwingt. Während die Besserverdiener in diesem Land über riesige Steuergeschenke immer reicher wurden, verlor der erwerbslose Teil der Bevölkerung die

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine menschenwürdige Existenz. Wirtschaftliche Not, die Abschaffung der einmaligen Hilfen, Sanktionen, sinnentleerte Maßnahmen und 1-€-Jobs wurden zum Alltag der Millionen betroffenen Hartz-IV-Empfänger.

Die Idee, die hinter diesen Maßnahmen stand, war klar: Es ging darum, Menschen in schlecht entlohnte Arbeitsstellen zu zwingen. Der Irrglaube bestand darin, dass, wenn es nur genug billige Arbeitskräfte gebe, die Zahl der Arbeitslosen sinken werde.

Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut ... Dieses ... wird nach einer Übergangszeit auch zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Deutschland führen

Das sagte Kanzler Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Das war einer der größten Irrtümer. Ein Heer an Niedriglöhnern wird durch sogenannte Aufstockungsleistungen gestützt. Das ist nichts weiter als die Subventionierung der Unternehmensgewinne.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Nebeneffekt ist, dass der Druck auf die Löhne gewachsen ist und dass die Angst vor Arbeitsplatzverlust und Armut mit Repressalien so groß ist, dass die Menschen bereit sind, zu unwürdigen Bedingungen zu arbeiten.

Ein Erwerbstätiger muss sich und seine Kinder von seinem Einkommen ernähren können. Das ist in diesem reichen Land aber leider nicht mehr selbstverständlich.

Am härtesten sind die Kinder in den Hartz-IV-Familien betroffen. Es gibt für sie weder Geld für Schulmaterial, noch können die Beiträge für Sportvereine oder den Musikunterricht bezahlt werden. Es gibt keine Nachhilfe. Nicht einmal eine ausreichende Versorgung der Ernährung ist sichergestellt, von der Teilnahme am Schulesen ganz zu schweigen.

Die Hoffnung, dass sich all das ändern würde, kam mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in diesem Frühjahr. Es sagte, die Ermittlung der Höhe der Hartz-IV-Regelsätze sei willkürlich und nicht nachvollziehbar, erst recht gelte dies für die Regelsätze für Kinder, die sich einfach nur aus Prozentsätzen der Regelsätze für Erwachsene berechneten. Das wurde angeprangert. Der Auftrag lautete, nachvollziehbare Regelsätze für ein Leben in Würde zu schaffen.

Diese Hoffnung wurde nun jäh enttäuscht. Die Regelsätze für Erwachsene sollen um 5 € angehoben werden, die der Kinder sollen gleichbleiben. Der Empörung der Betroffenen, der Sozialverbände und der Gewerkschaften wird damit gekontert, dass nach den Berechnungen der Regierung das Geld ausreiche, eigentlich sei es sogar zu viel, aber weil man so großzügig sei, werde nicht gekürzt, sondern in der Zukunft nur verrechnet. Das ist zynisch und menschenverachtend.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will an die spätrömische Dekadenz erinnern. Mit der immer wieder öffentlich geäußerten Kritik an den Erwerbslosen ist in der Bevölkerung das Bild der faulen und alkoholabhängigen Menschen geschaffen worden, die sich sowieso nicht um ihre Kinder kümmern. Das wurde dann die Grundlage dafür, statt ein Mehr an Geld für die Kinder die Vergabe von Sachleistungen zu rechtfertigen. Das zwingt die Hilfebezieher, jeden Bedarf und jeden Antrag zu rechtfertigen.



Damit ist davon auszugehen, dass die Hilfe häufig nicht beantragt wird. Das ist wiederum ein „Sparprogramm“ zulasten der Armen und insbesondere der Kinder.

Wir wissen, dass bereits jetzt viele, die einen Anspruch auf aufstockende Hilfe haben, keine Anträge stellen, weil die bürokratischen Hürden sehr hoch sind und weil die Demütigungen unerträglich sind. Die Menschen tun sich das nur an, wenn sie gar nicht anders mehr weiter wissen.

Damit ist davon auszugehen, dass diese Hilfen für Kinder nicht vollständig abgerufen werden. Am Ende kann die Regierung wieder behaupten, dass die Hartz-IV-Bezieher die ach, so großzügigen Hilfen nicht in Anspruch nehmen und nicht gut für ihre Kinder sorgen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Nun hatte die Regierung den Auftrag, nachvollziehbar den tatsächlichen Bedarf von Kindern zu ermitteln. Es wäre möglich gewesen, von Fachleuten berechnen zu lassen, was z. B. gesunde Kinderernährung kostet. Man hätte das Rad nicht neu erfinden müssen. Es gibt eine Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung Dortmund an der Universität Bonn von Dr. Kerstin Clausen und Dr. Mathilde Kersting. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, etwa 40 % der Kosten für eine gesunde Ernährung fehlen, wenn man das Geld eines Hartz-IV-Haushaltes für Kinderernährung zur Verfügung hat. Frau Dr. Kersting sagt in einem Interview im „Deutschlandradio“:

Wir sind so vorgegangen, dass wir die Preise der Lebensmittel in der von uns empfohlenen, optimierten Mischkost für Kinder in Lebensmittelgeschäften in Dortmund erhoben haben. Und der Vorteil dieser optimierten Mischkost, einer der Vorteile, ist, dass sie in Lebensmittelmengen ganz konkret ausgedrückt ist, es wird also angegeben, welche Lebensmittel in welchen Mengen Kinder essen sollten. Und insofern konnten wir sehr genau ermitteln, wie teuer die Lebensmittel für die Kinder in verschiedenen Altersgruppen sind, und dabei haben wir dann eben diese Lücke festgestellt.

Dieser Studie hätte sich die Regierung bedienen können. Es gibt handhabbare Vorschläge der Sozialverbände, die sehr konkret sind. Alles das hat die Regierung nicht getan. Stattdessen hat sie sich auf das Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 bezogen. Dabei hat sie sich auf die untersten Einkommensgruppen bezogen. Sogar die sogenannten Aufstocker zählen zur Vergleichsgruppe.

Statt festzustellen, dass Working Poor zur Normalität geworden sind, die der Staat bekämpfen muss, erklärt man diese Armut zum Maßstab.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist der Skandal!)

Mindestlöhne wären ein Ansatz gewesen, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frisörin, die so gern von Frau von der Leyen zitiert wird, ist sauer auf die Erwerbslosen, statt empört darüber zu sein, dass ihr Lohn zu gering ist. So leitet man Emotionen geschickt um. Das ist das alte Prinzip „teile und herrsche“. Das greift scheinbar immer noch mühelos. Über die Verbrauchsstichprobe heißt es auf der Seite des Ministeriums:

Diese Haushalte aus ganz Deutschland führen dafür jeweils drei Monate lang Haushaltsbücher über

sämtliche Einnahmen und Ausgaben – von der Seife über Lebensmittel bis hin zu Schuhreparaturen, Friseurbesuchen oder Eintrittsgeldern für Sport oder Kino. Damit liegen bezogen auf das ganze Jahr von rund 60.000 Haushalten die Angaben vor.

Daraus hat der Referentenentwurf dann Zahlen zusammengetragen. Wie die zusammengetragen worden sind, ist nebulös, völlig schleierhaft. Jedenfalls stellt er fest, dass für Kinder unter sechs Jahren im Bereich Gesundheitspflege im Monat 6,09 € zu veranschlagen sind. Ich nehme einmal an – bei Kindern unter sechs Jahren braucht man etwa die Hälfte der Zeit Windeln –, dass diese Windeln in diesen 6,09 € enthalten sein müssten, denn sie sind keine Lebensmittel und keine Bekleidung. Jeder, der schon einmal ein Baby gewickelt und versorgt hat, weiß, dass man mit 6,09 € die Windeln für eine Woche kaufen kann

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bestenfalls!)

– bestenfalls. Was ist in den restlichen drei Wochen mit den Windeln für die Hartz-IV-Kinder? Das kann man sich einmal plastisch vorstellen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Der Regierung geben! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Gute Idee. – Ich habe mir daraufhin einmal die Angaben in den Verbrauchsstichproben genauer angeschaut. Irgendwoher müssen die Zahlen gekommen sein, dass man bei diesen 6,09 € landet. Aber ich gestehe Ihnen, ich habe damit relativ schnell aufgehört.

Bei der Befragung der Paarhaushalte mit einem Kind unter sechs Jahren habe ich zu meiner Verwunderung festgestellt, dass diese Familien im Monat 3,60 € für alkoholische Getränke und 6,72 € für Tabakwaren für ihr Kind ausgeben. Sie können das alles auf der Seite des Ministeriums nachlesen, wenn Sie den entsprechenden pdf-Download aufmachen. Sie glauben mir doch wohl,

(Zuruf von der FDP: Nein!)

dass ich nach dieser Stelle kein Vertrauen mehr in die Methode der Ermittlung dieser Regelsätze habe.

(Holger Bellino (CDU): In der DDR war alles besser!)

– Wenn das der einzige Kommentar ist, der Ihnen dazu einfällt, dass die Berechnung auf einer Grundlage basiert,

(Holger Bellino (CDU): Dazu fällt mir überhaupt nichts mehr ein!)

in der Geld für Alkohol und Tabakwaren für Kinder unter sechs Jahren eingerechnet werden, dann ist das das Armutszeugnis schlechthin.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist Ihr generelles Totschlagargument, wenn Ihnen nichts mehr einfällt und wenn man Ihnen schwarz auf weiß nachweisen kann, was für einen kruden, unsensiblen und gegen den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gerichteten Unsinn Sie verzapft haben. Das ist unglücklich.

(Holger Bellino (CDU): Diese Rede ist erschreckend!)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist weder methodisch sauber, noch hat er saubere Berechnungsgrundlagen. Er ermöglicht auch kein menschenwürdiges Leben, selbst wenn Frau von der Leyen das behauptet. Er muss deshalb mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach den Protesten der Sozialverbände und Gewerkschaften, der Betroffenen und der Menschen im Land, die überzeugt sind, dass spätrömische Dekadenz eher in den Manageretagen der Boni zahlenden Banken zu finden ist, sind alle Landesregierungen, auch diese, aufgefordert, diesen Gesetzentwurf im Bundesrat abzulehnen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ich komme zum Ende. Danke, dass Sie mich darauf aufmerksam gemacht haben. Ich möchte mit folgendem Satz schließen:

(Minister Stefan Grüttner: Wie hoch soll jetzt der Regelsatz sein?)

Wenn man kein Geld hat, muss man das Geld dort holen, wo es im Überfluss ist, und nicht denen nehmen, die ohnehin zu wenig haben.

Heiner Geißler.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat der Abg. Dr. Bartelt, CDU-Fraktion.

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Schäfer-Gümbel, mein Gott, müssen Sie verzweifelt gewesen sein, wenn ich die Aggressivität und die Substanzlosigkeit Ihrer Rede einmal Revue passieren lasse.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Verzweiflung resultiert nicht etwa aus der Sorge über die Berechnung der Regelsätze und erst recht nicht aus der Würde der betroffenen Menschen, sondern ich vermute etwas anderes, was Sie hier so bewegt und zur Verzweiflung bringen lässt, was sehr gut in den Überschriften des Hauptteils der „FAZ“ vom heutigen Tag zum Ausdruck kommt. Da steht über einem Artikel: „Opposition fordert flächendeckenden Mindestlohn“. – Der andere Artikel: „Rendezvous mit der Vergangenheit“, mit einem Bild von Altbundeskanzler Schröder und Peter Hartz. Jeweils gemeinsam zu den Überschriften eine Vorbemerkung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie fordern einen flächendeckenden Mindestlohn. Es wird die Zahl 7,50 € genannt. Bei 150 Arbeitsstunden im Monat kommt man etwa auf 1.100 €. Sie fordern 420 oder 500 € Regelsatz Hartz IV. Dazu kommen die Leistungen für Wohnung,

Heizungskosten und Krankenkasse. Dann kommt man auf ungefähr denselben Betrag von 1.100 €.

Es ist Ihr Konzept, dass Sie sagen, es soll dem Bürger freigestellt werden, ob er eine solche Arbeit annimmt oder ob er Transferleistungen in Anspruch nimmt und dies staatlich subventioniert wird. Meine Damen und Herren, wir haben eben eine andere Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und eine andere Vorstellung von der Würde des Menschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist wahr!)

Dann zu Ihnen. Rendezvous mit der Vergangenheit. Ihre Partei ist dadurch entstanden, dass Sie sich aus der Opposition gegen Agenda 2010 und Hartz IV von der SPD abgespalten haben und dann unter organisatorischer, ideologischer und finanzieller Mithilfe der PDS, Nachfolgeorganisation der SED, hier gegründet haben. Ich glaube den Sozialdemokraten, dass sie die ehrliche Absicht haben, dass sie alles unternehmen wollen, dass diese Partei durch Wahlen wieder aus den Parlamenten verschwindet.

Wenn Sie aber diesem Populismus nachlaufen – Ihre Rede, Herr Schäfer-Gümbel, war der Beweis dafür –, dann erreichen Sie genau das Gegenteil. Richtig wäre es, diesen Populismus zu entlarven, die ideologische Vergangenheit, die Verflechtung mit der Quellpartei zu entlarven.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Zum Thema reden! Das Thema ist Hartz IV!)

Dann kommt man zum Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 09.02.2010 dazu aufgefordert, die Leistungen nach dem SGB II neu zu berechnen. Die alten Zahlen wurden übrigens von Rot-Grün berechnet. Die Ermittlung der Regelsätze soll nun transparent sein.

Diese Bundesregierung kam dieser Aufgabe fristgerecht nach. Anhand der Daten einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 60.000 Haushalten wurde ein menschenwürdiges Existenzminimum ermittelt.

Wir stehen dazu. Wir halten es für richtig, dass man sich am unteren Fünftel der Einkommensbezieher orientiert.

(Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Wer einen anderen Bezugspunkt fordert, etwa das untere Viertel oder – warum nicht? – das untere Drittel, wer einen Regelsatz von 420 € fordert, der muss nicht nur erklären, wie er die zusätzlichen 20 Milliarden € finanzieren will, bundesweit,

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sondern er muss auch erklären, was die Bevölkerung dazu empfindet. Das kommt in einer Umfrage des demoskopischen Instituts Allensbach zum Ausdruck. Dort wurde gefragt: Glauben Sie, der Unterschied zwischen Arbeitseinkommen und der Höhe der staatlichen Leistungen ist groß genug, damit man den Anreiz hat, wieder zu arbeiten? – 55 % der Befragten sagen: Nein, der Abstand ist nicht groß genug. – Das ist in der „FAZ“ veröffentlicht.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Sie haben keine Sensibilität für die Empfindungen in der Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir haben in dieser Debatte nie den Eindruck erweckt, die Regelsätze würden bei der Neuberechnung signifikant erhöht. Das hat das Bundesverfassungsgericht auch niemals gefordert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir stehen dazu, dass Zigaretten und Alkohol herausgerechnet werden. Wir stehen dazu, Internetanschluss und Praxisgebühren hineinzurechnen. Wir stehen dazu, Beiträge zu Vereinen nicht anzutasten, obgleich die meisten Sportvereine für ALG-II-Bezieher nur einen symbolischen Betrag berechnen.

(Holger Bellino (CDU): Wenn überhaupt!)

Meine Damen und Herren, sozial gerecht und der Menschenwürde entsprechend ist das Bildungspaket im Umfang von 620 Millionen € pro Jahr für 1,7 Millionen Kinder aus Familien, die Hartz IV beziehen. Sie sollen an der Gesellschaft teilhaben. Sie sollen bei Klassenfahrten und beim Mittagstisch nicht ausgegrenzt werden. Sie sollen in der Schule eine faire Chance erhalten, damit ihnen nicht eine Hartz-IV-Laufbahn familiär vorgezeichnet ist.

Sie könnten mit der Summe den Regelsatz für alle rechnerisch um 8 € pro Monat erhöhen. Wir entscheiden uns aber bewusst für 30 € pro Monat für die Bildung der Kinder. Meine Damen und Herren, man kann es auch so rechnen: Es gibt eine 13. Monatszuwendung für ein Kind und dessen Chancen.

Diese Prioritätensetzung können wir unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit gut vertreten. Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie die Themen soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde hier nur an den 5 € der Regelsatzanhebung diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Sozial gerecht ist es auch, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit ALG-II-Empfänger, die arbeitsfähig sind, schnellstmöglich in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Gerade die Hessische Landesregierung hat sich erfolgreich für die dauerhafte Sicherung und Ausweitung der Optionskommunen eingesetzt und die Verfassungsmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaften gesichert. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik.

Wir werden die Qualität von Fördern und Fordern weiterentwickeln. Wir wollen, dass alle Arbeitslosen die Chance und die Pflicht haben, noch in der Woche der Antragstellung Kontakt mit einem möglichen Arbeitgeber aufzunehmen oder Förderungsmaßnahmen zu erhalten. In vielen Optionskommunen Hessens ist das bereits der Fall. Wir wollen, dass dies bundesweit geschieht. Auch das ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Würde des Menschen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Christian Mick (FDP))

Meine Damen und Herren, sozial gerecht ist es auch, dass derjenige, der einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht, mehr Geld in der Tasche hat als der ALG-II-Empfänger.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Bartelt, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Schott?

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Nein, wir machen das nachher mit den Kurzinterventionen. – Ein arbeitsloser Familienvater hat heute so viel wie ein Briefträger. Viele Löhne bleiben unter Hartz IV.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Weil die Löhne so niedrig sind, deswegen!)

Das stammt nicht aus der Boulevardzeitung, sondern aus einem „FAZ“-Artikel. Im Durchschnitt erhält ein Single unter Berücksichtigung des Regelsatzes plus der ortsüblichen Miete etwa 800 €.

Das kann dem Nettoeinkommen einer angestellten Frisörin oder einer Verkäuferin entsprechen, ebenso der Tätigkeit in Berufen wie Gebäudereiniger, Altenpfleger oder Briefzusteller, wo es über das Entsendegesetz bereits einen von den Tarifpartnern ausgehandelten Mindestlohn gibt. Tun Sie bitte nicht so, als sei die Lösung dieses Problems die Einführung eines Mindestlohnes.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Höhe ist auch entscheidend!)

Wenn er staatlich festgesetzt würde, wäre das sowieso völlig rechtswidrig und würde Arbeitsplätze zerstören.

Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern wird die Problematik noch offensichtlicher. Die Leistungen betragen dort knapp 1.900 €. Das entspricht schon einem Bruttogehalt von 2.500 €.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist eure intellektuelle Armut!)

Dies wird von der Gesellschaft in keiner Weise akzeptiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bitten die Landesregierung, diesem Gesetz im Bundesrat zuzustimmen, weil diese Berechnung der Regelsätze für uns gut nachvollziehbar ist,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Kennen Sie die Daten?)

weil im Bildungspaket für Kinder aus ALG-II-Bezieherfamilien Akzente gesetzt werden, damit sie keine Hartz-IV-Empfänger werden, sondern eine echte Chance für eine erfolgreiche Schul- und Berufskarriere haben.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Mein letzter Satz. – Damit leisten wir auch einen Beitrag dazu, dass diese Sozialleistungen in der Gesellschaft akzeptiert werden. Dies ist unser Beitrag für die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit in unserem Lande. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wir prüfen gerade, ob Kurzinterventionen in einer Aktuellen Stunde möglich sind. Nach meinem Verständnis nicht.

(Holger Bellino (CDU): Nein, leider nicht!)

– Also ist das geklärt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich hätte nur gerne gewusst, ob er die Daten kennt!)

Dann darf ich als nächsten Redner Herrn Kollegen Bocklet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wirklich beachtlich, was sich in Berlin abspielt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nicht nur dort!)

Ich glaube, es ist ganz wichtig, in bestimmten Situationen einen kühlen Kopf zu bewahren. Herr Dr. Bartelt, das fällt sichtlich schwer – ich gebe das offen zu.

Ich möchte mit der Frage beginnen: Welchen Sozialstaat wollen wir? Welche Leitplanken hat uns das Bundesverfassungsgericht dafür gegeben?

(Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Für uns GRÜNE gilt das, was das Grundgesetz in Art. 20 sagt: Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Staat.

Wir haben ein Sozialgesetzbuch. Treffender kann es nicht formuliert werden, als es dort in § 1 Abs. 1 steht:

Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.

Für uns GRÜNE sage ich: Wir stehen zu 100 % hinter dieser Philosophie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dagegen gibt es natürlich eine ideologische Debatte, die schon den Verdacht erhärtet – ich schaue hier besonders auf die Kollegen von der FDP –, dass Sie hinter diesen Grundsätzen des Sozialgesetzbuches nicht stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Man muss die Diskussion nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehen, in der über spätromische Dekadenz schwadroniert wurde, in der andererseits der Finanzminister schon von vornherein erklärt hat,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

dass es überhaupt keine Erhöhung der Regelsätze geben darf. Da erhält man nachhaltig den Eindruck, dass er in der folgenden Zeit nichts unternommen hat, um eine

Neuberechnung der Grundsätze der Regelsätze zu vollziehen. Es ist ein rein politischer Gestaltungsspielraum, der hier die Schrift trägt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es auf den Punkt zu bringen: Herr Westerwelle und Herr Schäuble haben dieses Gesetz geschrieben. Sie haben auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen ihre politischen Gestaltungsspielräume genutzt, und sie haben sie voll durchschlagen lassen.

Da ich schon ahne, dass solche Formulierungen aus dem Sozialgesetzbuch der FDP Schauer des Grauens über den Rücken jagen, will ich Sie an Ihren eigenen Maßstäben messen. Die Bundesregierung hat drei Argumente ins Feld geführt: Wir wollen erstens genau berechnen, wir wollen zweitens, dass es im finanzpolitisch Vertretbaren bleibt, und drittens wollen wir den Langzeitarbeitslosen schnell aus der Arbeitslosigkeit helfen. An diesen drei Maßstäben möchte ich Sie messen.

Erstens. Die Berechnung. Sie nehmen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, und Sie nehmen statt 20 % willkürlich 15 %.

(René Rock (FDP): Das stimmt doch gar nicht!)

– Ich habe hier den Referentenentwurf. Herr Kollege, Sie brauchen mit den Zwischenrufen gar nicht zu kommen. Wir haben uns ausführlich damit beschäftigt. Ich weiß nicht, ob Sie den Referentenentwurf vorliegen haben.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Sie nehmen schon als Basisgrundlage weniger Geld für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Zweitens machen Sie von dieser errechneten Grundlage willkürlich Abschläge. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat zu Recht bemerkt, dass das ganz schwer verständlich ist. Dann zu sagen, es habe eine wissenschaftliche Objektivität, schlägt dem Fass den Boden aus. Schauen Sie sich an, Frau von der Leyen fordert die Opposition auf: Nennen Sie andere Berechnungsgrundlagen.

Wir sagen sie Ihnen. Erstens. Nehmen Sie die vollständige Basisgrundlage von 20 %. Zweitens. Erklären Sie bitte die willkürlichen Abschläge.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Es gibt Abschläge. Bei Nahrungsmitteln und Getränken nehmen die Kollegen 96 % statt 100 %. Das heißt, der gemeine Hartz-IV-Empfänger kann die letzten vier Tage im Monat nichts essen und nichts trinken.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Das kann man so machen. Bei Bekleidung und Schuhen sind es plötzlich nur noch 88 %, bei der Freizeit nur noch 42 %.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat seit vier Jahren eine Expertise vorgelegt, ein Gutachten erstellt. Er hat die Berechnungsgrundlagen und die Abschläge plausibel dargelegt. Wir können Ihnen unsere Berechnungen transparent und sauber vorlegen, und wir kommen zu einem anderen Ergebnis als Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Was das Berechnen betrifft, darf ich noch etwas sagen. Sie weisen weit von sich, dass irgendeine politische Einflussnahme auf die Berechnung der Regelsätze stattgefunden habe.

(Florian Rentsch (FDP): Wo ist eigentlich Gerhard Schröder?)

Eine heiße Spur führt zu einem Zahlendreher. Ich glaube, das stammt aus der „Berliner Zeitung“. Die Regierung wird dabei ertappt, wie sie vergessen hat, ihre Dateien korrekt zu löschen. In den ersten Entwürfen standen noch 39 € bei Unterhaltung und Kultur. Jetzt sind es 31 €. Bei Telefon waren es auch 39 €. Jetzt sind es 31 €.

Wir hatten das auch einmal hier. Wir haben auch einmal aus Versehen eine Computerdatei falsch ausgedruckt, weil uns ein Fehler unterlaufen ist. Ihnen ist ein Fehler unterlaufen, und Sie sind dabei erwischt worden, wie Sie es runtergerechnet haben, damit Sie keine ordentliche Erhöhung machen müssen. Das ist das Problem Ihrer Berechnung. Eigentlich müsste Ihnen die Schamesröte ins Gesicht steigen, da Sie dabei erwischt wurden, dass Sie die Politik als Maßstab nehmen und nicht eine ordentliche Berechnungsgrundlage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Der Kollege Schäfer-Gümbel hat es angedeutet: Wir müssen uns die ganzen Transferleistungen anschauen. Wir verstehen als GRÜNE nicht, und wir haben es auch damals gesagt, wie Sie 30 € Kindergeld für alle in der Bundesrepublik ausschütten – das kostet über 3 Milliarden € –, wie Sie eine Herdprämie von 150 € für Mütter einführen wollen, die zu Hause ihre Kinder betreuen. Das sind 4 Milliarden €.

Ich weiß, Sie können es nicht mehr hören, aber wir werden es Ihnen bis zur nächsten Wahl immer wieder hinterhertragen: Die Erhöhung der Regelsätze bedeutet 290 Millionen € mehr. Sie haben aber den Hoteliers 1 Milliarde € hinterhergeworfen. Hören Sie auf, von finanzpolitischer Kompetenz zu schwadronieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Jetzt kommen wir zu einem anderen Punkt. Sie wollen helfen, dass Langzeitarbeitslose schnell aus Hartz IV herauskommen. Schauen wir uns die Realität an. Was hilft Menschen aus Hartz IV? Eingliederungsleistungen, Eingliederungsmittel, Fortbildung und Weiterqualifizierung. Was macht diese Bundesregierung? 25 % dieser Mittel wurden gekürzt. Das heißt, dem Land Hessen werden 70 Millionen € Eingliederungsmittel fehlen. Das ist eine bodenlose Frechheit. Sie wollen nicht den Menschen helfen und sie wieder eingliedern. Sie wollen das Geld sparen auf Teufel komm raus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Abenteuerliche Unterstellung!)

Diese Gelder wären richtig angelegt, weil wir wissen, dass Langzeitarbeitslose ein Problem in der Bildung, in der Qualifikation haben. Wir müssen ihnen helfen, dort herauszukommen. Können Sie uns erklären, wenn Sie den Jobcentern 70 Millionen € wegnehmen, wie sie überhaupt noch sinnvoll diese Eingliederungsmaßnahmen machen sollen? Wie sollen sie sinnvoll fortbilden und weiterbilden? Können Sie das erklären? Es ist Ihnen schlicht wurscht. Sie machen diesen Etat zu einer Sparbüchse Ihrer Politik. Ihnen geht es in Wirklichkeit nicht darum,

Hartz-IV-Empfängern zu helfen. Das ist reines politisches Weltbild, das Sie hier durchsetzen, und keine wahre Arbeitsmarktpolitik.

(Lachen bei der FDP – Clemens Reif (CDU): Abenteuerlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch eigene Vorschläge: Wir wollen eine saubere Berechnungsgrundlage. Wir haben uns gestützt auf den Paritätischen Wohlfahrtsverband. Er hat die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorgelegt. Er hat dazu auch klargelegt, welche Abschläge vorzunehmen oder zu unterlassen sind, welche Inhalte hereinzunehmen sind. Auf dieser Grundlage sind wir für Erwachsene bei 415 € gelandet.

Es ist bekannt – das ist unstrittig zwischen fortschrittlichen Leuten, die sich mit der Realität auseinandersetzen –, dass wir auch bei Kindern gefordert haben, dass es eine eigene Berechnungsgrundlage gibt. Wieder gibt es keine eigene Berechnungsgrundlage. Schauen Sie sich den Referentenentwurf an. Wieder wurden nur Abschläge von Erwachsenen genommen und kein eigenständiger Regelsatz. Das ist ein Widerspruch zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein ganz billiger Widerspruch. Sie kommen dem nicht nach.

Wenn wir feststellen, Sie berechnen nicht richtig, Sie fördern nicht richtig, und in der Finanzierung wollen Sie zwar, aber können nicht, dann ist das, was in Berlin stattfindet, an Ihren eigenen Maßstäben gemessen ein unwürdiges Schauspiel. Am Ende kommen 16 Cent für betroffene Hartz-IV-Empfänger heraus. 5 €, das ist eine Provokation. Man muss es so sagen. Das entspricht nicht der Lebenserfahrung. Das hilft auch nicht den Kindern.

Wenn ich das Stichwort noch sagen darf: Sie wollen 120 € pro Kind und Jahr, also 10 € im Monat, geben. Das wollen Sie über die Jobcenter geben. Sie müssen aber noch hineinrechnen, dass diese Jobcenter ihre Verwaltungskosten haben. Dann werden am Ende 6 oder 7 € bei den Kindern landen. Dazu kommt noch, dass wir nicht glauben, dass das Jobcenter das richtige Verteilzentrum für diese Leistung ist. Warum nicht die Jugendämter? Die Jobcenter sind heute schon damit überfordert, wirklich fundiert und klug zu beraten und einzugliedern. Denen geben Sie jetzt noch die Aufgabe, für Bildung zuständig zu werden. Wir bezweifeln den Sinn dieses Verfahrens nachhaltig. Wir finden es richtig, dass ein Bildungspaket angestrebt wird. Es ist aber zu wenig, das ist auch klar. Wir haben gesagt, in diesem Dreiklang von Berechnen, Finanzpolitik und Helfen der Hartz-IV-Empfänger versagt die Bundesregierung.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, der soziale Friede war unter Helmut Kohl und Norbert Blüm noch ein Wert. Ich bezweifle, dass wir so den sozialen Frieden nachhaltig gewährleisten können. Sie leisten den Sozialhilfeempfängern einen Bärendienst. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Bocklet. – Als Nächster spricht Herr Rock für die Fraktion der FDP.

**René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bocklet, ich bin wirklich ein bisschen überrascht. Sie haben vorgetragen, Sie hätten eigene Ideen, Sie hätten Vorstellungen. Habe ich Ihren Antrag zu dem Thema verpasst? Haben Sie ihn gestellt, und er liegt mir nicht vor? Ich meine, sonst haben Sie zu allen Themen Anträge und definieren es schriftlich. Herr Bocklet, ich glaube, Sie wollen einfach vertuschen, dass Sie damals dabei waren, als Hartz IV eingeführt worden ist.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Schäfer-Gümbel hat versucht, durch seinen Vortrag ein bisschen von dem eigentlichen Thema abzulenken. Sie sind voll in die Falle hineingegangen. Sie müssten sich bei dem Thema eigentlich unter dem Tisch verkriechen.

Das Bundesverfassungsgericht hat über ein Gesetz geurteilt, das Rot-Grün verabschiedet hat, also auch die GRÜNEN. Sie haben diesem Gesetz im Bundestag zugestimmt, wir als FDP nicht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Im Bundesrat!)

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Die Struktur des Gesetzes ist falsch und widerspricht der Verfassung. – Ein grünes Gesetz, und die Struktur ist falsch.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Hessische Landesregierung – damals Roland Koch und Jörg-Uwe Hahn – hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es überhaupt noch möglich ist, Hilfe aus einer Hand zu gewähren. Das war die Hessische Landesregierung, das waren nicht die GRÜNEN.

Man hat den GRÜNEN Willkür bei der Bemessung vorgeworfen. Ihnen ist vom höchsten deutschen Gericht vorgeworfen worden, dass Sie Willkür bei der Bemessung haben walten lassen. Das ist Ihnen vorgeworfen worden und nicht uns.

(Beifall bei der FDP)

Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen vorgeworfen, dass Sie die Teilhabe von Kindern nicht berücksichtigt haben. Das hat man Ihnen vorgeworfen und nicht uns. Ihnen als GRÜNEN ist vorgeworfen worden, dass Sie Bildungschancen von Kindern mit Füßen getreten haben. Jetzt kommen Sie hierher und tun so, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Herr Al-Wazir, Sie brauchen gar nicht so ein Gesicht zu ziehen, jetzt holt Sie die Geschichte ein. Nachdem die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bekannt geworden ist, haben Sie überall herumtrompetet: Es gibt jetzt 400 €, es gibt über 420 €, es wird maßgeblich mehr Geld geben. – Sie haben bei den Leuten Hoffnungen geweckt, obwohl Sie gewusst haben, dass das nicht gerechtfertigt ist. Sie haben die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in einer Form interpretiert, die sie überhaupt nicht hergibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie haben der neuen Bundesregierung einen Scherbenhaufen hinterlassen, den wir jetzt aufräumen müssen. Jetzt stellen Sie sich hin und tun so, als wären Sie nicht beteiligt gewesen. Sie stellen sich hin und zeigen mit dem Finger auf uns. Das ist eine Unverschämtheit, das muss ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der FDP)

Sie stellen sich hin und sagen wissentlich die Unwahrheit. Sie sagen, man müsse nicht die unteren 20 % nehmen, wie es schon vorgesehen war, um diesen Satz zu berechnen, und dann sagen Sie, es seien 15 %. Herr Schäfer-Gümbel sagt, man dürfe die Hartz-IV-Empfänger nicht mitberechnen. Sie wissen ganz genau, dass wir die unteren 20 % genommen haben und die Hartz-IV-Empfänger herausgerechnet haben. Darum kommen am Ende 15 % heraus. Das war eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts. Das müssen wir machen, damit kein Zirkelschluss stattfindet.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Lieber Herr Bocklet, das was Sie hier vorgetragen haben, war ein Unding und unerträglich.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie müssten erst einmal Ihre eigenen Grundlagen kennen!)

Ich will Ihnen aus Sicht der Hessischen Landesregierung und aus Sicht der sie tragenden Fraktionen sagen: Was haben wir getan? Wir haben die Bildungsausgaben in diesem Land so hoch geschraubt, wie sie in diesem Land noch nie gewesen sind. Das Land Hessen gibt so viel für Bildung aus wie noch nie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben die Mindestverordnung gemacht. Wir haben das Mittagessen eingeführt. Wir haben so viele Ganztagsangebote wie noch nie.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was heißt, ihr habt die Mindestverordnung gemacht?)

Wir haben ein Konjunkturprogramm aufgelegt, von dem die Schulen in Hessen massiv profitiert haben. Das hat diese Regierung und das haben diese Fraktionen gemacht, und nicht Sie. Das lasse ich mir von Ihnen nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Jetzt kommen wir einmal zum eigentlichen Thema.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das SGB II, Hartz IV, ist viel teurer als alles andere, was wir jemals in diesem Bereich gemacht haben. Die Wirkung war aber nicht so, wie wir sie uns gewünscht haben. Die OECD sagt ganz klar, dass wir in Deutschland bei der Langzeitarbeitslosigkeit das Schlusslicht sind und wir massiv etwas tun müssten. Wir haben versucht, Antworten zu finden. Wir sind dabei, Dinge auszubügeln, die Sie falsch gemacht haben. Dazu gehört aus meiner Sicht ganz entscheidend: Lohnabstandsgebot und eine Optimierung der Eingliederungsleistung. Wie oft haben Sie hier gestanden und gesagt, dass Geld fliese nicht ab? Wir brauchen eine Optimierung der Eingliederungsleistung. Wenn das so einfach wäre: Mehr Geld, und dann ist das Problem gelöst.

(Beifall bei der FDP)

Mir ist es mittlerweile zuwider, wenn Sie sagen: Eltern erziehen ihre Kinder besser, wenn sie 5 € mehr bekämen. Eltern lieben ihre Kinder mehr, wenn sie 5 € mehr bekommen. Eltern sind verantwortungsvoller, wenn sie 5 € mehr bekommen. – Das ist eine Scheindebatte, die völlig am Thema vorbeigeht. Das tut mir weh.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage Ihnen natürlich auch, dieser Referentenentwurf wird irgendwann beschlossen, dann geht er in die Anhörung, dann gibt es womöglich noch Fehler, dann wird nachgebessert und diskutiert, und anschließend wird er in den Bundesrat gehen. Da passiert noch sehr viel. Aber die Grundrichtung ist absolut richtig, sie ist nicht zu kritisieren. Wir haben alle wichtigen Bestandteile, die das Bundesverfassungsgericht uns ins Stammbuch geschrieben hat, aufgenommen und haben versucht, sie zu lösen. Da sind wir auf einem guten Weg. Wir sind stolz auf unsere Bundesregierung und auf unsere Arbeitsministerin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat geredet, ohne etwas über das Gesetz zu sagen!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Rock. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Grüttner.

#### **Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anhand dieser Debatte wird sehr deutlich, dass es sehr unterschiedliche Ansätze darüber gibt, wie Sozialpolitik auszusehen hat. Das wird auch an der Diskussion über die Höhe der Regelsätze deutlich. Herr Bocklet hat eben von 415 € gesprochen, die nach seiner Auffassung die richtige Zahl wären. Von den LINKEN haben wir heute keine Zahl genannt bekommen. Ausweislich einer Presseveröffentlichung sprechen sie von 500 €. An dieser Stelle muss man berücksichtigen: Bei 415 € würden auf einen Schlag mehrere Hunderttausend Menschen in das System der passiven Leistungen einbezogen werden. Bei 500 € würden mit einem Schlag 2 Millionen Menschen neu in das System der passiven Leistungen einbezogen werden.

Wer eine Sozialpolitik vertritt, die sich darauf beschränkt, Abhängigkeit vom Staat auszubauen und Passivität zu zementieren, der macht eine kraftlose und eine mutlose Sozialpolitik. Für uns ist es notwendig, diejenigen, die unverschuldet in Not gekommen sind, Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren, damit sie sich aus eigener Kraft daraus wieder befreien können.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 70 Millionen €!)

Wir brauchen eine aktivierende Sozialpolitik. Wir brauchen in einer solchen Diskussion keine Semantik, die mit „sozialem Kahlschlag“, „Sauerei“ und „politischem Geschacher“ auf dem Rücken der Armen geführt wird.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): So ist es aber!)

– Nein, es ist eben nicht so. Nach meiner festen Überzeugung haben Bürgerinnen und Bürger eine klare Erwartungshaltung an die Politik. Sie wollen schlicht und ein-

fach korrekt, verständlich und verlässlich darüber informiert werden, welche Unterstützungsleistungen sie zukünftig für Menschen, die oft unverschuldet von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und ihre Kinder in der Grundschülererwartung erwarten können.

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist eine neue Grundlage geschaffen worden. Es ist schon mehrfach daran erinnert worden, die verfassungsrechtliche Überprüfung ist notwendig gewesen, da die damalige rot-grüne Bundesregierung die Bedarfe willkürlich erhoben hat. Sie hat das zuvor anhand der Grundrechte nicht anerkannt und berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn wir über die Frage von zusätzlichen Bedarfen von Kindern reden, dann hat das Land Hessen im Konzert mit vielen anderen Ländern die damalige Bundesregierung sehr deutlich darauf hingewiesen. Weder der ehemalige Bundessozialminister Müntefering noch sein Nachfolger Scholz hat sich überhaupt in der Lage gesehen, der Aufforderung, dieses Defizit zu beheben, zu folgen. Sie haben schlicht und einfach nichts gemacht. Deswegen ist es gut, dass das Bundesverfassungsgericht nun diese Aufforderung gegeben hat. Es ist richtig, dass die Bundesregierung endlich die Hausaufgaben gemacht hat, die Rot-Grün seit Jahren nicht gemacht hat. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Natürlich ist dabei die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 mit 60.000 Haushalten herangezogen worden, um als Basis auch die Ausgaben von Geringverdienern zu erfassen.

Was jetzt in dem Regelsatz berücksichtigt oder nicht berücksichtigt worden ist, das wissen wir alle. Das ist schon mehrfach gesagt worden. Das brauche ich an der Stelle nicht zu wiederholen.

Mir kommen aber zwei Sachen zu kurz. Der vorliegende Referentenentwurf enthält ein Paket in Höhe von 620 Millionen €, das zusätzlich für Investitionen in Bildung bereitgestellt worden ist. Es geht nach meiner Auffassung eben nicht nur darum, die Existenz, also die Basis, abzusichern, und das allein mit Geld – Geld ist nämlich kein Allheilmittel gegen Ausgrenzung und Hilflosigkeit –, sondern es geht auch darum, dass man Vertrauen schafft, dass man Vertrauen in Menschen setzt, dass sie eigene Aufstiegsmöglichkeiten haben, dass sie der Gesellschaft nicht verloren gehen. Genau an dieser Stelle setzen die Investitionen in die Bildung für Kinder von Hartz-IV-Empfängern in Höhe von 620 Millionen € an. Das ist weitaus mehr, als jemals in Regelsatzdiskussionen gefordert worden ist.

Das Zweite, was man wissen muss, ist schlicht und einfach: Wir müssen auch das Lohnabstandsgebot wahren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Natürlich haben Langzeitarbeitslose einen Anspruch auf ein Existenzminimum. Aber Arbeit muss sich möglichst immer mehr lohnen als jegliche Unterstützung vom Staat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir müssen immer mit berücksichtigen: Wer eine Arbeitsstelle hat, dem werden Sozialbeiträge abgezogen, der muss Krankenversicherung bezahlen, der wird nicht von der Rundfunkgebühr befreit, der hat keine Vergünstigungen im Personennahverkehr. Das müssen wir immer sehen. Wer arbeitet und Geringverdiener ist, der muss doch

einen Anreiz haben, nicht in staatliche Transferleistungen zurückzufallen, sondern der muss, wenn er morgens aufsteht, um zur Arbeit zu gehen, sagen: Es lohnt sich, dass ich arbeiten gehe und keine staatlichen Transferleistungen bekomme.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, es wundert mich schon, dass Sie heute nicht die OECD zitiert haben, wie Sie das bei manchen Diskussionen im Schulbereich tun.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Herr Immervoll ist mit den Worten nachzulesen: Es gibt ein Problem in Deutschland. Es gibt einen vergleichsweise zu geringen finanziellen Anreiz, eine existenzsichernde Beschäftigung aufzunehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Er sagt das mit seinen Worten: Nein, mit den sozialen Transferleistungen werden viele zu sehr in Watte gepackt, dass sie diese Anreize überhaupt nicht mehr haben. – An der Stelle müssen wir anpacken. An der Stelle müssen wir sagen: Jawohl, wir müssen das Lohnabstandsgebot berücksichtigen.

Wir werden nachvollziehen müssen, was das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat, dass beispielsweise die Entwicklung der Regelsätze von den Renten abgekoppelt ist. Aber was sagen Sie den Rentnern, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben? Dass sie keinerlei Erhöhung ihrer Renten mehr bekommen können, aber gleichzeitig diejenigen, die Hartz-IV-Empfänger sind, eine Erhöhung bekommen? Da gibt es Ungerechtigkeiten. Da gibt es eine soziale Schieflage in unserem Land. Wir müssen aufpassen, dass die soziale Schieflage nicht in einen sozialen Unfrieden ausartet.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

An genau dieser Stelle arbeitet die SPD. Sie will nämlich sozialen Unfrieden in diesem Land schaffen und keine sozial gerechte Lage.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Viele dieser Diskussionen führen am Thema vorbei. Es ist nett, dass die SPD eine Sondersitzung beantragt hat, um ihr HAföG, also ein hessisches Leistungsgesetz, in die Anhörung bringen zu können. Gleichzeitig hat sie gesagt: Der Grüttner hat versprochen, die Schülerbeförderungskosten einzubringen. – Sie tun gerade so, als ob das von heute auf morgen möglich ist.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Minister, Sie haben es angekündigt!)

Aber vielleicht bringen wir das alles in ein Geschachere ein, um Ihren Ausdruck zu verwenden. Herr Gabriel hat gerade gestern und heute Morgen im Frühstücksfernsehen noch einmal gesagt: Wenn es irgendwo einen Mindestlohn gibt, dann reden wir nicht mehr über die Regelsatzhöhe. Dann ist das auch in Ordnung.

Nein, wir werden zu diskutieren haben, was beispielsweise noch als Regelbedarf anzuerkennen ist. Da werden Schülerbeförderungskosten eine Rolle spielen. Ich bin weiß Gott nicht zufrieden damit, dass beispielsweise Sachleistungen in der Bildung durch die BA administriert werden sollen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie erreicht?)

Ich habe keine Lust, Vorgaben von Nürnberg zu bekommen und letztlich einen von Nürnberg lizenzierten Nachhilfelehrer zu haben, bei dem die Kinder von Hartz-IV-Empfängern Nachhilfe bekommen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe keine Lust darauf, dass an dieser Stelle gewachsene Strukturen in unserem Land Hessen kaputt gemacht werden. Natürlich gibt es bei uns auch die Möglichkeit, dass das Mittagessen über den Härtefonds bezuschusst wird oder dass die Essenskosten für die Kinder übernommen werden, bei denen es pädagogisch wichtig ist, dass sie an einer Mittagsversorgung teilnehmen, auch wenn ihre Eltern kein Hartz IV beziehen. Das wollen wir aufrechterhalten. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft haben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Minister, warum kürzen Sie es denn? Wir kennen Ihren Haushaltsentwurf!)

– Herr Dr. Spies, Sie kennen doch die Diskussionen. Wenn sich Herr Schäfer-Gümbel hierhin stellt und irgendetwas von Ganztagschulen erzählt, dann hat er gestern nicht zugehört, als erklärt worden ist, um wie viel die Angebote an Ganztagschulen in Hessen im Vergleich zu anderen erhöht worden sind. Natürlich schauen wir nach neuer Mittagsversorgung. Sie müssen sich abfinden, Sie müssen zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Lautstark, aber keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Nicht essen und abwinken, sondern zuhören, akzeptieren, ordentlich diskutieren

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

und versuchen, einen Weg zu finden, wie man aktivierende Sozialpolitik betreibt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Wissen Sie, es geht mir bei Ihnen wie dem Herrn Reif: Ich habe das Mikrofon und bin lauter. Ich rede auch nicht mit vollem Mund.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister, die Redezeit der Fraktionen ist erreicht.

#### **Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Insofern sage ich: Es geht mir um eine aktivierende Sozialpolitik. Es geht mir darum, dass denjenigen, die Arbeit suchen, geholfen werden kann, dass Kindern Bildungschancen eingeräumt werden, aber dass gleichzeitig denjenigen, die einer Arbeit nachgehen, ein größerer Vorteil entsteht als denjenigen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Eieiei! – Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))



**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Grüttner. – Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir wollen Herrn Banzer zurück! Das lohnt sich wenigstens!)

Meine Damen und Herren, wenn ich mich recht erinnere, hat Herr Vizepräsident Lortz bereits mit Ihnen entschieden, dass die mit aufgerufenen beiden **Dringlichen Anträge und der Dringliche Entschließungsantrag** an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden sollen. – Das ist so. Dann muss ich das nicht noch einmal aufrufen.

Dann kommen wir gemäß der Tagesordnung zu dem **Tagesordnungspunkt 44:**

**Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Ablehnung des GKV-Finanzierungsgesetzes durch die Hessische Landesregierung im Bundesrat – Drucks. 18/2871 –**

Dazu wird mit aufgerufen der **Tagesordnungspunkt 85:**

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Gesundheitssystem auf eine tragfähige Grundlage stellen – Drucks. 18/2937 –**

Ich darf dann Frau Kollegin Schott von der Fraktion DIE LINKE nach vorne bitten. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus dem FDP-Lager wurde ein Gesetzentwurf zur Lösung von Finanzierungsproblemen der gesetzlichen Krankenversicherung in den Bundestag eingebracht. Der Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Neuregelung bei den Finanzierungslasten, namentlich der Ausstieg aus dem System der paritätischen Versicherung, das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags bei 7,3 %, die Erhebung eines Zusatzbeitrags bei den Versicherten von 0,9 % sowie die Einführung der Kopfpauschale. Das führt zu deutlichen Mehrbelastungen bei den Versicherten.

Der FDP-Minister hat explizit erklärt, dass der vorliegende Gesetzentwurf nur der erste Schritt auf dem Weg zu einem Systemwechsel sei. Ziel ist: „Eine viel bessere Kostenbremse ist der aufgeklärte Versicherte, der selbst entscheiden kann, wofür sein Geld ausgegeben wird.“ So war es in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen.

Die Versicherten selbst sollen die Aufgabe der Kostenbremse übernehmen, und zwar mit ihrem Geld. Da man nur Geld ausgeben kann, das man vorher eingenommen hat, ist das Ziel klar: Wer wenig Geld hat, kann sich nur wenig Krankenversicherung leisten. Gesundheit und Gesundheitsvorsorge werden vom individuellen Einkommen abhängig.

Die aufgemachte Perspektive ist aber noch weit bedrohlicher. Rösler will, dass die „einkommensunabhängigen Beiträge die künftigen Kostensteigerungen ausgleichen“. Das stand so in der „Süddeutschen Zeitung“.

Aber der Versicherte soll als Kostenbremser fungieren, indem er oder sie entscheidet, wofür sein oder ihr Geld ausgegeben wird. Gleichzeitig soll den Krankenkassen mehr Beitragsautonomie gegeben werden. Damit soll der Wettbewerb der Kassen um die Versicherten in Gang gebracht werden.

Wirtschaftliche Konkurrenz wird ausgetragen über die Variationen bei Preisen bzw. Beiträgen und den Leistungen. Die Preise lassen sich über Kostensenkungen verändern, beispielsweise Verwaltungskosten. Bei den gesetzlichen Krankenkassen ist da aber gar kein Spielraum. Auf 10.000 Versicherte kommen in der GKV ca. 20 Beschäftigte. Bezogen auf die erbrachten Leistungen liegt der Verwaltungskostenanteil bei 5 %. Zum Vergleich: Die BA für Arbeit hat 5,9 %. Die privaten Krankenkassen behaupten zwar immer, sie hätten nur 4 %. Werden aber Abschlusskosten und Provisionszahlungen berücksichtigt, kommt man auf 9 bis 15 %. Das Statistische Bundesamt spricht von 16 %.

Wenn es bei den GKVen keinen Spielraum für Kostensenkungen im Verwaltungsbereich gibt, können eine Differenzierung und ein Wettbewerb um die Versicherten nur mit der Kombination des Umfangs von Gesundheitsleistungen und des damit korrespondierenden Beitrags stattfinden. Kurz: Wer mehr bezahlen kann, bekommt auch mehr. Gesundheit wird so eine Frage des individuellen Einkommens und damit eine Klassenfrage.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Gesetzentwurf der CDU und der FDP behauptet, dass es dazu keine Alternative gebe. Das ist schlichtweg die Unwahrheit. Die Alternative heißt: solidarische Bürgerversicherung. Das finanzielle Potenzial dieses Konzepts ist enorm. Karl Lauterbach, Gesundheitsexperte der SPD, schätzt, dass ohne Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, aber bei Einbezug von Zins- und Kapitaleinkommen der Beitragsatz um 1,8 Prozentpunkte gesenkt werden kann. Das Konzept der LINKEN sieht perspektivisch auch eine Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze vor. Damit ist ein Beitragsatz künftig von etwa 10 % möglich, also 5 % für Arbeitgeber und 5 % für Arbeitnehmer. Das wäre in etwa eine Senkung um 4 Prozentpunkte. Das wäre die geeignete Alternative, die es angeblich nicht gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber lassen Sie mich auch noch einige andere Legenden der Gesundheitspolitik näher betrachten. Seit Jahrzehnten wird von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen bzw. in den GKVen gesprochen. Schauen wir uns den Anteil der GKV-Ausgaben am BIP an: 1980 lag er bei 5,8 %, 1985 bei 6 % und 2007 bei 6,3 %. Er weist also eine, gemessen am BIP, ganz leicht steigende Tendenz aus. Von Explosion kann keine Rede sein.

Eine ähnliche Entwicklung ergibt sich bei den Gesundheitsausgaben insgesamt. Hier ist zwischen 1980 und heute ein Anstieg von 8,4 auf 10,6 % zu beobachten. Dieser Trend ist bei allen OECD-Ländern ähnlich. Der leichte Anstieg hat unter anderem etwas mit dem Wandel von einer primär industriellen zu einer dienstleistungsorientierten Gesellschaft zu tun. Dennoch gibt es ein Finanzierungsproblem in der gesetzlichen Krankenversicherung: die seit Jahren fallenden Reallöhne. Die Umverteilung hin zu Gewinnen, Zins- und Kapitaleinkommen lässt gleichzeitig die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Krankenversicherungen erodieren. Mit jedem Euro im BIP, der den Löhnen bzw. den Arbeitseinkommen entzogen wird, werden der gesetzlichen Krankenversicherung derzeit im gleichen Zuge 14,9 Cent entzogen.

Dieses Problem könnte ganz einfach gelöst werden: Es gibt eine Versicherung auf alle Einkunftsarten. Das hat eine ganz einfache Konsequenz: Jeder dem Arbeitseinkommen entzogene Euro taucht dann bei einer anderen

Einkommensart wieder auf. Diese Einkommensart ist dann Teil der Finanzierungsbasis der Gesundheitsversicherung. Mit anderen Worten: Von der seit Jahrzehnten laufenden Umverteilung wären dann das Gesundheitssystem und seine Finanzierung entkoppelt. Es steht dann auf einer ganz soliden Basis.

Auf den ersten Blick könnte man vermuten, dass mit dem Gesetzentwurf der CDU/FDP-Regierung den ca. 10 Millionen Versicherten in den privaten Versicherungen ein Gefallen getan wird. Aber das ist mehr als fraglich. Es stellt sich zudem die Frage, ob mit der angestrebten Umstellung auf ein privates Krankenversicherungssystem der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP gesenkt wird – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht. Bekanntermaßen gelten für die Privatversicherten die Fallpauschalen der gesetzlichen Krankenversicherungen nicht. Im privaten System wird mehr bezahlt. Die sich daraus ergebende Entwicklung hat die „Süddeutsche Zeitung“ so dargestellt:

Kommt ein Kassenpatient zum Arzt. Er hat Stress im Büro, Ärger mit der Frau und Bauchschmerzen. Der Arzt drückt auf dem Bauch herum, sagt, „das wird schon wieder“ und „gönnen Sie sich mal ein paar Tage Ruhe“. Auf Wiedersehen im nächsten Quartal.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Tschüss, bis morgen!)

Kommt ein Privatpatient zum Arzt. Er hat Stress im Büro, Ärger mit der Frau und Bauchschmerzen. Der Arzt nimmt viel Blut ab, macht Ultraschall von Bauch und Herz („Sie sind jetzt in dem Alter“), den Helicobacter-Atmetest, den Lactosetoleranztest und schreibt den Patienten sofort zur Darm- und zur Magenspiegelung ein. „Vorerst kommen wir ohne Kernspin aus“, sagt der Arzt. „Aber wir müssen dran bleiben, die Ursache finden wir schon.“ Bis morgen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das sind sehr gefährliche Ideen, das kann schiefgehen!)

– Das ist auch nicht unbedingt zum Maßstab zu machen, denn die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen.

Wir wissen, dass wir an vielen Stellen eine Überversorgung haben. Wir haben ganz katastrophale Überversorgungssituationen bei der Diagnose und Behandlung von Brustkrebs, der in diesem Land völlig falsch behandelt wird. Das kann man im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern deutlich sehen. Da muss dringend etwas getan werden. Wir müssen in beiden Formen des Systems genau hinschauen und fragen, was zu optimalen Ausgangssituationen führt, und das ist nicht das, was auf der einen Seite aus wirtschaftlichem Interesse und auf der anderen Seite nur noch aufgrund von Kürzungen und des Sparhaushalts gemacht wird, sondern wir müssen schauen, was der Patient tatsächlich braucht.

Die Überversorgung, jedenfalls im System der privaten Krankenversicherung, ist ein wesentlicher Grund für den deutlich höheren Anstieg der Beiträge in den letzten Jahren, und das fühlt sich für die Menschen dort auch so an. Die Reform der FDP wird diesen Sachverhalt verstärken. Was das für die Gesundheitskosten bedeutet, sehen wir an den USA, dem weltweit am stärksten deregulierten Gesundheitssystem mit 15 % Ausgabenanteil. Wesentlich ist aber: Gesundheit ist keine Ware. Und zu einer humanen Gesellschaft zählt eine gleiche und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle. Das ist ein Menschenrecht.

(Beifall bei der LINKEN – Mathias Wagner (Tausnus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es noch Beifall, ich dachte schon, ihr wärt narkotisiert!)

Um das sicherzustellen, können und sollen durchaus auch ausgabenseitige Maßnahmen ergriffen werden. Einer der größten Kostentreiber ist der Arzneimittelbereich; hier brauchen wir eine Positivliste und mehr Kosten-Nutzen-Bewertungen. Der aktuelle Arzneimittelreport hat ermittelt, dass wir, wenn in Deutschland für Arzneimittel die gleichen Preise wie in Schweden gezahlt würden, rund 9,4 Milliarden € einsparen könnten. Davon ist im Gesetzentwurf der FDP nicht nur nichts angedacht; er läuft komplett in die falsche Richtung.

Dazu gibt es mit dem Konzept der solidarischen Bürgerversicherung eine soziale und humane Alternative. Damit kann für alle hier lebenden Menschen eine umfassende, zuzahlungsfreie Gesundheitsversorgung – unabhängig vom Wohnort, Einkommen, Alter, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus – garantiert werden. Zuzahlungen und Praxisgebühren können entfallen, und die Beiträge können abgesenkt werden.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Schott.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Das tue ich. – Deshalb muss der Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat gestoppt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Frau Schott. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Dr. Bartelt zu Wort gemeldet.

**Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf Bundesebene findet unsere Zustimmung. Es wird ein gutes Gesetz,

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das war zu befürchten!)

mit dem das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen nachhaltig ausgeglichen wird, Insolvenzen von Krankenkassen verhindert und die Kosten in einem ersten Schritt von den Arbeitskosten entkoppelt werden, damit der medizinische Fortschritt dauerhaft und unabhängig vom Einkommen allen Menschen zugutekommt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Frank Sürmann (FDP))

Eine kurze Bemerkung zu meiner Vorrednerin. Es hat mich zwar gefreut, dass so ein Beginn von wirtschaftlichem Verständnis da ist, dass Sie die Kosten des Gesundheitswesens in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt und gesagt haben, der Anstieg sei nur mäßig und entspreche in etwa dem europäischen Vergleich – das ist richtig – aber in derselben Zeit stiegen die Krankenkassenbeiträge erheblich an. In den Sechzigerjahren waren es einmal 7 %. In den Siebzigerjahren waren es 11 %, und

heute sind es 15 %. Das Problem ist gerade, dass der Anteil am Bruttoinlandsprodukt relativ stabil bleibt, aber die Kostensteigerung einseitig den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, dem Kostenfaktor Arbeit, angelastet wird.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Deshalb Bürgerversicherung!)

– Dazu komme ich gleich, hören Sie zu. – Nach Schätzungen der gesetzlichen Krankenkassen wäre ohne politisches Handeln im Jahr 2011 ein Defizit von 11,6 Milliarden € entstanden, das selbst bei Ausschöpfung der bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten durch Zusatzbeiträge nicht ausgleichbar gewesen wäre. Das hätte die Insolvenz von Krankenkassen bedeutet.

Durch eine gemeinsame Lastenverteilung von Leistungserbringern, Beitragserhöhung der Arbeitnehmer, Beitragserhöhung der Arbeitgeber und zusätzliche Steuerdefizite wird dieses Defizit ausgeglichen. Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen wird auf eine solide Basis gestellt.

Im Einzelnen werden die Ausgaben um 2,8 Milliarden € gekürzt. Hauptteil ist die Erhöhung des Arzneimittelrabattes. Das spart 1,1 Milliarden €. Ärzte und Krankenhausträger werden mit 0,5 Milliarden € zum Sparen angehalten.

Auf der Einnahmeseite wird der Beitragssatz von 14,9 % auf 15,5 % angehoben. Dies entspricht dem Beitragssatz vor dem Konjunkturpaket. Die Anhebung des Arbeitnehmerbeitrags von 7,9 % auf 8,2 % und des Arbeitgeberbeitrags von 7,0 % auf 7,3 % führt zu Mehreinnahmen von 3,3 bzw. 3,0 Milliarden €. Ein zusätzlicher Steuerzuschuss von 1,0 Milliarden € kommt 2011 dazu.

Dies ist eine zumutbare und gerechte Aufteilung von Minderausgaben und Mehreinnahmen für alle Beteiligten.

Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen wird auch weiterhin solidarisch von der Gemeinschaft getragen, und die sogenannten starken Schultern leisten einen entscheidenden Beitrag. Gegenteilige Behauptungen halten einer Überprüfung nun wirklich nicht stand.

Erstens. Der Steuerzuschuss von 15,3 Milliarden € im Jahr 2011 und jeweils 14 Milliarden € in den Jahren 2012 und 2013 zeigt die Solidarität der Einkommensstärkeren, weil nun einmal 20 % der Einkommensstärksten 80 % des Einkommensteueraufkommens leisten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Oder eine andere Zahl: Diejenigen, die mehr als 50.000 € jährlich verdienen – das sind nun wirklich nicht die ganz Reichen, da gehören wir alle dazu –, leisten zwei Drittel dieser Steuer.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Zweitens. Bei der dualen Finanzierung der Krankenhäuser werden die Gebäude und Großgeräte ebenfalls durch Steuern finanziert. Hessen nimmt hier im Ländervergleich weiterhin eine Spitzenposition wie schon seit Jahren und Jahrzehnten ein.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung. Ich finde es schon ziemlich dreist, dass ausgerechnet die Fraktion DIE LINKE die Solidarität bei der Finanzierung der Kosten im Gesundheitswesen anmahnt. Diese Solidarität hat in einem riesengroßen Kraftakt die Folgen des maroden Gesundheitssystems der DDR in den letzten Jahren überwunden.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! Genau! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das Gesundheitssystem der DDR war nie marode!)

– Gut, dass Sie das sagen, nach dem Motto: Es war ja nicht alles schlecht. – Das entlarvt Sie, wenn Sie so über eine Diktatur reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Quellpartei der LINKEN war auch dafür verantwortlich, dass zwei Drittel der Krankenhäuser der DDR 1989 älter als 50 Jahre waren – also älter waren, als die DDR bestanden hat – und das Gesundheitssystem gekennzeichnet war durch defizitäre Missstände in einer durch zentrale Direktiven gegängelten Gesundheitsbürokratie

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Reden Sie jetzt vom bundesdeutschen System? Das hört sich so an!)

– nein, nein; Sie sind getroffen, ganz ruhig – und die Vereinigungseröffnungsbilanz einen Investitionsbedarf von 30 Milliarden DM berechnete – zitiert aus dem „Deutschen Ärzteblatt“ von Juni 2010.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Im „Deutschen Ärzteblatt“ war auch zu lesen: Die Lebenserwartung in der damaligen DDR war im Schnitt fünf Jahre weniger.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Drittens. Es wird wider besseres Wissen die Behauptung wiederholt, der medizinische Fortschritt werde künftig nur durch Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert. Das ist falsch. Richtig ist: Derzeit beträgt der maximale Zusatzbeitrag der Versicherten 1 % des Bruttoeinkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Sollte dies für die Kassen nicht ausreichen, ist die Finanzierung derzeit nicht geklärt. Leistungseingrenzungen, Konkursgefahren der Kassen wären die möglichen Folgen. Durch die künftige Gesetzeslage werden für 2010 und 2011 gar keine weiteren Zusatzbeiträge berechnet. Sollten danach weitere Zusatzbeiträge erforderlich sein, ist die maximale Belastung für den Bürger 2 %, also 1 % mehr als heute. Sollte auch dies nicht ausreichend sein, finanzieren alle Steuerzahler durch die Überforderungsklausel den weiteren Bedarf. Im Verfahren ist der Versicherte kein Bittsteller, er muss kein Formular ausfüllen.

Also ganz einfach zusammengefasst: maximal 1 % mehr, aber erst in zwei Jahren, dafür dauerhafte Absicherung. Wir finden dies sozial nachhaltig und auch solidarisch, weil bei dieser Steuerfinanzierung über einen Zusatzbedarf von 2 % hinaus eben auch der Vorstandsvorsitzende und auch der Politiker einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die sogenannte Bürgerversicherung stellt wirklich keine diskussionswürdige Alternative dar. Sie sehen das, glaube ich, mittlerweile auch selbst.

Zwei kleine Beispiele: Während die SPD-Autoren Spies, Ypsilanti, Schäfer-Gümbel noch die völlige Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze forderten – Frau Kollegin Schott hat das eben in ihrem Redebeitrag auch gemacht; das war die Grundlage ihrer Kalkulation einer fantastischen Absenkung der Beiträge –, schlägt nun selbst Prof. Lauterbach eine Angleichung der Beitragsbemessungsgrenze der Kranken- und Rentenversicherung vor, nämlich eine Erhöhung von 3.500 auf 5.000 €. Das ist ein bis-

schen mehr Realismus; das ist gut. Aber dann brechen ja alle zahlenmäßigen Kalkulationen zusammen, und Ihr Konzept ist dann auch für Ihre eigenen Anhänger nicht mehr attraktiv.

Während Sie noch von der Einbeziehung der Beamten schwärmten, sagt Lauterbach heute, nur die neuen Bediensteten sollten Mitglieder der Bürgerversicherung sein. Die Folge wären für Beamte, die nach altem Beihilferecht behandelt würden, erheblich mehr Ausgaben, und für die jüngeren Bediensteten wären die Einzahlungen in die neue Bürgerversicherung erheblich höher. Die Folge wären also eine erhebliche Belastung der öffentlichen Haushalte und Unzufriedenheit der Betroffenen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unterstützen dieses Gesetz der Bundesregierung, weil auch die Schuldenfreiheit der Sozialsysteme ein entscheidender Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen und der Gesellschaft ist. Wir wollen die Schuldenbremse der öffentlichen Haushalte und die Schuldenbremse der Sozialsysteme gemeinsam offensiv angehen. Zusammenhalt von Alten und Jungen, Kranken und Gesunden ist eine tragende Säule der sozialen Gerechtigkeit. Wir gehen dies offensiv an. Wir haben das Selbstbewusstsein, dass wir diese Thematik hervorragend besetzen können. – Herzlichen Dank.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Dr. Bartelt. – Ich darf jetzt der Kollegin Schulz-Asche für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in Berlin seit einem Jahr eine schwarz-gelbe Regierung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist gut so!)

Wir stellen fest – um noch einmal kurz auf die Debatte, die wir gerade über Hartz IV hatten, zurückzukommen –: Wir haben nicht nur einen Vizekanzler, der Empfänger sozialer Leistungen der spätrömischen Dekadenz bezichtigt, sondern wir haben auch eine Mehrwertsteuersenkung im Hotel- und Gastronomiebereich und eine Mövenpick-Spende an die FDP. Jeder kann sich den Zusammenhang selbst zusammenreimen. Wir haben eine schwarz-gelbe Bundesregierung, die mit ihrer Energiepolitik zeigt, dass sie hemmungslos den Atomkonzernen auf Kosten der Sicherheit Milliardengewinne zuschustern will.

Meine Damen und Herren, im Bundestag findet heute die erste Lesung des GKV-Finanzierungsgesetzes statt. Dieser Bereich ist bisher von der FDP noch nicht bedient worden. Wir reden jetzt über die Gesundheitspolitik von Herrn Rösler.

(Vizepräsidentin Sarah Sorge übernimmt den Vorsitz.)

Bei mehreren Ereignissen hat es sich in den letzten Monaten ja schon angedeutet. Zunächst wurde der Pharmaverband vfa bedient – nicht die gesamte Pharmaindustrie, die Pharmaunternehmen in Hessen sind ja schon sehr beunruhigt –, und zwar angefangen bei der wörtlichen Übereinstimmung von Lobbyverbands-Vorschlag und Gesetzesentwurf, über den Grundsatz, dass Nutzenanalysen nicht mehr von Arzneimittelprüfern, sondern von den Ministerien vorgenommen werden, bis hin zu dem letzten, jetzt

erfolgten Coup – immer in treuer Gefolgschaft zur großen Pharma-lobby –, der da lautet: Der Nutzen eines Präparats soll in Zukunft allein von der Zulassungsbehörde bestimmt werden. – Die Versicherten dürfen das alles zahlen. Das ist die Politik, die die FDP im Gesundheitswesen seit einem Jahr betreibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, all das ist aber noch gar nichts, wenn man sich betrachtet, was Rösler jetzt mit der gesetzlichen Krankenversicherung vorhat. Im Kern geht es um die Zerschlagung der heutigen Form der gesetzlichen Krankenversicherung mit ihrer Solidarität zwischen den Generationen, zwischen Mittellosen und relativ einkommensstarken Menschen, zwischen Gesunden und Kranken. Diese Versicherungsform wird seit Jahrhunderten, kann man schon fast sagen, von den Menschen akzeptiert. Sie ist ein wesentlicher Beitrag zum sozialen Frieden in unserem Land und wird von der großen Mehrheit akzeptiert. Diese gesetzliche Krankenversicherung wollen Sie jetzt abschaffen. Ich sage Ihnen: Wir werden alles tun, um diese Abschaffung zu verhindern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im September 2010 ist klar: Die Krankenversicherung wird sturmreif geschossen. Was passiert? Der Beitragsatz wird von 14,9 auf 15,5 % angehoben – noch unter Beteiligung der Arbeitgeber – und dann auf 15,5 % fixiert. Steigen die Gesundheitskosten weiter – das werden sie tun, ich habe ja dargestellt, wie andere Lobbys bedient werden –, dann werden Zusatzbeiträge fällig, unabhängig vom Einkommen. Das werden nach Schätzungen von Wissenschaftlern rund 8 € im Monat sein. Sollten irgendwann die finanziellen Möglichkeiten der Versicherten überstiegen werden, werden sie zu Hilfeempfängern des Staates.

Wenn Sie das Interview mit Herrn Rösler in der „Financial Times“ gelesen haben, wissen Sie seit gestern, dass außerdem geplant ist, dass die Patienten zur Vorkasse gebeten werden. Das heißt, wenn Sie zum Arzt gehen, müssen Sie in Vorleistung treten, bevor Ihnen die Krankenkasse – unter Umständen – den Betrag erstattet. Meine Damen und Herren, das ist eine Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft, die wir alle nicht mittragen dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Da ich ja schon auf die Hintergründe und auf die Lobbys eingegangen bin, die hier bedient werden sollen: Das, was ich gerade gesagt habe, sieht man schon beim ersten Blick in das Gesetz. Das ist aber erklärtermaßen nicht das Ziel des Gesundheitsministers. Die Zusatzbeiträge, sozusagen Kopfpauschalen auf der nach oben offenen Rösler-Skala, sollen die Leute in die Arme privater Versicherungen treiben, die schon sehnsüchtig darauf warten, dass die Leute endlich zu ihnen kommen. Die Jungen, die Männer, die Kinderlosen – das sind die, mit denen man Geschäfte machen kann. Die Privatversicherungen sollen durch das GKV-Finanzierungsgesetz jetzt noch einmal anständig bedient werden. Meine Damen und Herren, das darf nicht sein.

Wir wissen zudem, dass die Privatversicherungen ein anderes Finanzierungssystem als die gesetzliche Versicherung haben. Sie arbeiten nämlich mit Kapitaleinlagen. Deshalb sehen wir hinter den Privatversicherungen schon die nächste Lobby bereitstehen, die sich auf Milliardengewinne freut, nämlich die Finanzwirtschaft. Meine Damen und Herren, wie schön werden die Geschäfte der Finanz-

wirtschaft nach der Finanzkrise sein, wenn sie auch noch mit den Rücklagen aus der Krankenversicherung beim Spekulieren richtig gute Geschäfte machen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Gestern sagte Minister Rösler der „Financial Times“ – ich zitiere –: „Die reine Lehre der FDP sieht so aus, dass wir die heutige Versicherungspflicht abschaffen und jeden Menschen verpflichten, sich zu einem Basisschutz zu versichern, egal bei welchem Versicherungsunternehmen.“ Ich weiß nicht, ob wir wirklich zulassen dürfen, dass sich die Politik dieses Landes an der Höhe der Spenden und an den Monopolen von Lobbys orientiert, oder ob wir nicht darauf bestehen müssen, dass das Wohl der Allgemeinheit im Vordergrund steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Deswegen haben wir ein Konzept, mit dem wir die Grundprinzipien des Solidarsystems konsequent weiterentwickeln wollen. Die vorhandenen Solidaritätslücken, die es im jetzigen System gibt, müssen geschlossen werden. Wir glauben, dass das vor allem dadurch möglich ist, dass wir eine Bürgerversicherung einführen, die alle Bürgerinnen und Bürger einschließt und die tatsächlich zu einem Solidarungleich beiträgt. Die derzeitige Art und Weise der Trennung, die Sie bevorzugen – wo Sie die Privaten noch zusätzlich bedienen wollen –, die zu einer Zweiklassenmedizin führt, lehnen wir ab. Wir halten die Bürgerversicherung für den richtigen Weg, diese zu überwinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Bürgerversicherung ist nur das Finanzierungsinstrument. Wir brauchen auch eine umfassende Reform der Strukturen. An eine Reform wollen Sie gar nicht herangehen; denn die Kuchen werden ja schon anständig verteilt. Dieser Bereich bleibt im Moment völlig unbelassen und darf sich schön entwickeln. Wir wissen, dass wir zunehmend Probleme haben, im ländlichen Raum eine Gesundheitsversorgung überhaupt anzubieten. Der Herr Kollege Bartelt ist auf die DDR eingegangen. Schauen Sie sich einmal an, was dort innerhalb kurzer Zeit passiert ist, nachdem 1990 der gesamte ambulante Bereich praktisch zerschlagen wurde. Jetzt zeigt sich, dass die Versorgung zum Teil überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Sie wissen, dass ich keine Freundin der DDR bin, ganz im Gegenteil; aber ich glaube, dass man mit historischem Verständnis auf die DDR schauen sollte, was dort gerade im Gesundheitswesen passiert ist.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Herr Kollege Rentsch, auf Ihren Zwischenruf habe ich gerade noch gewartet.

(Florian Rentsch (FDP): Wir haben doch Übereinstimmung!)

Denn gerade die Umfragewerte der FDP zeigen, dass die Menschen in diesem Land die Politik, die Ihr Minister macht, überhaupt nicht mehr haben wollen.

(Zurufe von der FDP)

Die Menschen wollen nämlich keine schwarz-gelbe Bananenrepublik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank Frau Kollegin Schulz-Asche. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Spies für die SPD-Fraktion.

### Dr. Thomas Spies (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Gesundheitsreformvorschläge des Bundesoberarztes im Praktikum

(Heiterkeit bei der SPD)

sind ein weiterer Beitrag zur Fortsetzung des Sinkfluges der FDP in Meinungsumfragen. Wenn Sie irgendwann bei 2 % angekommen sind, werden auch Sie verstehen, dass noch nicht einmal die Besserverdienenden die durch Sie betriebene soziale Spaltung dieser Gesellschaft mitmachen wollen. Ich hoffe, diese Erkenntnis wird dauerhaft erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Gesundheitsreform, die von Ihnen vorgelegt worden ist, löst keines der anstehenden Probleme: Sie betreibt Klientelpolitik, sie betreibt Umverteilung von unten nach oben, sie lädt die Pharmaindustrie förmlich zur Selbstbedienung und zur Korruption im Gesundheitswesen ein, aber sie löst keine der Herausforderungen in der Frage einer besseren Versorgung der Menschen in diesem Lande.

Lassen Sie uns mit der heimlichen Kopfpauschale anfangen, die angeblich die einzig denkbare Lösung und, wie wir eben hörten, unendlich gerecht ist, weil sie durch Steuern ausgeglichen wird. Nein, meine Damen und Herren, sie wird nicht durch Steuern ausgeglichen. Was ist das Ergebnis der Kopfpauschalenregelung? In Zukunft zahlen die Arbeitgeber 7,3 %, Gutverdienende 8,2 % und arme Menschen 10,2 % – und wenn sie Pech haben, sogar 11 oder 12 %, weil die ganze Konstruktion des Zusatzbeitrages und des Ausgleiches derartig stümperhaft und dilettantisch zusammengeschnitten wurde, dass sie ein Sinnbild der Umverteilung von unten nach oben sein wird. Darum geht es an dieser Stelle ja auch: die Kleinen belasten, die Großen auslassen. Nichts anderes hatte die FDP an dieser Stelle im Sinn. Genau das setzt sie an dieser Stelle um.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in Wahrheit versuchen Sie doch nur, die Privatisierung der Krankenversicherung voranzutreiben. Nicht ohne Grund werden Ihnen im Ministerium die Gesetzentwürfe von den Lobbyisten der PKV geschrieben. Nichts anderes ist das Ziel: eine Privatisierung der Gesundheit und eine Privatisierung der Krankenversicherung. Was das bedeutet, hat Frau Schulz-Asche eben schon deutlich angesprochen.

Meine Damen und Herren, wenn es doch nur um eine Umverteilung ginge: Nein, mit der Aktion Kopfpauschale – also Verwaltungsaufwand bei den Arbeitgebern und der Rentenversicherung für den angeblichen Sozialausgleich und Verwaltungsaufwand bei den Krankenkassen für die Individualkonten – setzen sie auch noch eine gigantische bürokratische Maschinerie in Gang. Für das Gesundheitswesen ist ohnehin nicht genug Geld da. Wir haben ganz bestimmt nicht ein paar Hundert Millionen Euro übrig, die wir in eine unnötige, abstruse Bürokratie stecken können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Arbeitgeber aus der Mitverantwortung entlassen wollen, hat das vor allen Dingen einen Effekt, nämlich dass die Kostendämpfung in Zukunft noch viel schwieriger wird. Wenn die Arbeitgeber nur noch die Interessen der pharmazeutischen Industrie wahrzunehmen brauchen, weil die Kostenentwicklungen für sie angesichts eines eingefrorenen Beitragsatzes von 7,3 % keine Rolle spielen, wird es nahezu unmöglich, die Kostendämpfung, also die Beschränkung ausufernder Kostenentwicklungen, überhaupt voranzubringen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist auch gar nicht Ihr Ziel. Man muss sich nur einmal anschauen, was Sie mit den Arzneimitteln vorhaben; das ist eine hübsche Geschichte. Ein Punkt ist, dass der Bundesoberarzt Rösler in Zukunft per Rechtsverordnung selbst festlegen möchte, nach welchen Kriterien Arzneimittel zuzulassen sind. Das ist grotesk. Es zeugt schon von einer beachtlichen Selbstüberschätzung, dass jemand meint, politisch festlegen zu dürfen, was die Leute bekommen und was nicht.

Seit Jahrzehnten wird das in diesem Land von Fachleuten ausgehandelt. Von Ärzten und Krankenkassen wird gemeinsam erarbeitet, welche Leistung sinnvollerweise eine Leistung der gesetzlichen Krankenkassen ist und welche nicht. In Zukunft wollen Sie dort politisch herumfingern. Das ist ein absoluter Fehlgriff, der seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD)

Was die teuren Arzneimittel betrifft, so muss ich sagen: Sie haben offensichtlich gar nicht mitbekommen, was Sie da machen. Mit der Abschaffung der Zweitmeinung, also mit der Abschaffung der Verpflichtung, bei der Verordnung sehr teurer Arzneimittel eine zweite Meinung einzuholen, öffnen Sie der Korruption und dem Lobbyismus der Pharmaindustrie Tür und Tor.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollen sie ja auch!)

Überlegen Sie sich einmal, dass manche Behandlungen 20.000 oder 25.000 € pro Jahr kosten. Jeder, der es braucht, soll eine solche Behandlung bekommen. Aber sie soll nicht deswegen verordnet werden, weil die Pharma-lobby dem Doktor, der sie 20 Patienten verordnet, einen Mercedes vor die Tür stellt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb gab es die Regelung bezüglich der Zweitmeinung: damit einer, der nichts davon hat, noch einmal draufschaut und der Korruption bei teuren Arzneimitteln ein Riegel vorgeschoben wird. Sie dagegen machen nichts anderes, als die Tür für Fehlgriffe und Kostenexpansion im Gesundheitswesen sperrangelweit zu öffnen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Rabattverträge. In Zukunft soll ein Patient ein anderes Medikament als das, was seine Versicherung festgelegt hat, bekommen können, wenn er die Differenz selbst zahlt. Das heißt nichts anderes, als dass die Leute in der Apotheke selbst bezahlen und dabei gar nicht wissen, wie viel sie wiederbekommen, weil außer der Krankenkasse niemand den Rabattvertrag kennt.

Zu den unbekanntem Kostenanteilen am Medikament kommt der Verwaltungskostenanteil hinzu, den die Leute ebenfalls selbst bezahlen müssen. Am Ende verführen Sie diejenigen, die mit ihrer Sachkompetenz den Patienten

aufklären – die Apotheker, aber auch die Ärzte – und ihm helfen sollen, das Richtige zu bekommen, dazu, dass sie ein Interesse daran entwickeln, den Leuten möglichst teures Zeug aufzuschwätzen, ob es ihnen nun etwas nützt oder nicht. Auch das ist unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Vor vielen Jahren gab es bei der Bundeswehr einmal ein Disziplinarvergehen, das „Verleitung zum Kameradendiebstahl“ hieß. Eine Verleitung zum Kameradendiebstahl war es, wenn man seinen Schrank offen ließ und andere damit in Versuchung führte. Herr Rösler macht genau das. Er führt diejenigen, in die die Menschen Vertrauen haben sollen, in Versuchung, ihr Mehr an Kompetenz zur persönlichen Bereicherung und zur Abzocke zu nutzen.

Da die Leute das ahnen, ist die Regelung zur Kostenerstattung auf größten Widerstand gestoßen. Niemand hat in den letzten Jahren die Kostenerstattung gewählt; denn die Leute wissen, dass das schiefgeht. Das Sachleistungsprinzip ist die richtige Lösung, und deshalb muss es genau so bleiben, wie es ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber solche Ergebnisse wundern einen nicht, wenn man weiß, dass Ihnen der Verband Forschender Arzneimittelhersteller die Textbausteine für Ihre Gesetzentwürfe liefert. Wir wissen, woher es kommt, und wir wissen auch, wohin es gehen soll.

(Beifall bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, diese Gesundheitsreform ist nichts anderes als ein weit geöffnetes Scheunentor, das zur Abzocke und Kostensteigerung einlädt. Sie können sich das nur deshalb erlauben, weil Sie Ihren Freundeskreis auf der Arbeitgeberseite von der Beteiligung ausgenommen haben und die Kostensteigerungen, die unweigerlich zu erwarten sind – der Betrag von 8 € wäre ein Klacks, wenn es denn dabei bliebe; aber das ist eine völlig abstruse Unterschätzung –, allein bei den Versicherten hängen bleiben.

Wir alle wissen auch, dass jede pauschalisierte Finanzierung in jedem Land, in dem sie eingeführt wurde, nur einen Effekt hat: Kostensteigerungen ohne Ende. Schauen Sie sich einmal in der Schweiz um, und schauen Sie sich an, wie die Prämien der privaten Krankenversicherungen explosionsartig steigen. Nicht ohne Grund möchte die PKV jetzt von all den mühsam erarbeiteten Kostendämpfungsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen mit profitieren: Sie können es nicht, und sie sehen, dass ihnen alles aus dem Ruder läuft.

Wir müssen an den Stellen ansetzen, an denen Reformen nötig wären: bei einer Verbesserung der hausärztlichen Versorgung – statt sie zu behindern – und bei einer besseren Behandlung chronisch kranker Menschen. Das ist die Herausforderung. Wir müssen von der kurzfristigen Akutmedizin wegkommen. Die braucht man auch; aber das Problem der Zukunft stellen Leute dar, die chronisch krank sind und eine strukturierte Behandlung brauchen.

An all diesen Punkten bieten Sie überhaupt keine Lösungen an. Frau Schulz-Asche hat auf das Problem der Versorgung im ländlichen Raum hingewiesen. Nichts, heiße Luft: Seit eineinhalb Jahren wird uns ein Landeskonzept versprochen. Wo ist es? – Nichts, heiße Luft. Sechsmal haben wir das Thema im Ausschuss vertagen müssen, weil

Sie nichts zustande bekommen. Stattdessen wird uns ein solcher Murks aus Berlin vorgelegt.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Was soll denn die künstliche Aufregung? Jetzt regen Sie sich doch einmal ab!)

Auch was die soziale Ungleichheit bei den Gesundheitschancen betrifft, passiert nichts. Frau Schott hat heute Morgen darauf hingewiesen, dass sich arme Menschen mit dem, was ihnen zur Verfügung steht – egal ob wir über Bezieher von Hartz-IV-Leistungen oder Geringverdienende reden –, nicht gesund ernähren können. Mit dem, was dem untersten Viertel der Gesellschaft zur Verfügung steht, kann man nicht so gesund essen, wie wir es allen empfehlen. Meine Damen und Herren, es wäre eine Herausforderung, die unterschiedliche Lebenserwartung von armen und von reichen Menschen anzugehen – der Unterschied beträgt zehn Jahre –, statt der Pharmaindustrie die Kohle überzuschieben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit dieser Bundesregierung wird Gesundheit zu einem Luxus, den sich an den Stellen, an denen sie etwas kostet, leider nur noch wenige Menschen leisten können.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Dr. Spies, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Diese Reform ist ein gesundheitspolitisches Desaster. Die richtige Lösung ist – darauf wurde schon verwiesen – natürlich die Bürgerversicherung. Wir freuen uns, dass die GRÜNEN und die LINKEN das jetzt auch wollen. In den Details sind sie noch nicht so weit wie wir. Aber auch da leisten wir gern Unterstützung.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Die Sozialdemokraten propagieren die Bürgerversicherung seit 120 Jahren. Ich wüsste nicht, dass es damals schon GRÜNE gegeben hätte. Aber an der Stelle sind wir für alle Kooperationspartner offen.

Mit Herrn Rösler allerdings, dem Arzt im Praktikum im Bundesgesundheitsministerium, nützen Sie der Gesundheit in diesem Land nicht. Ziehen Sie ihn zurück. Wir haben erwartet, dass Frau Merkel ihn, nachdem er sie beleidigt hatte, zurückzieht. Offenkundig hat sie aber nicht die Kraft. Vielleicht kommen Sie irgendwann dahin, einen Gesundheitsminister zu nominieren, der etwas von seiner Aufgabe und den Problemen versteht, die vor ihm liegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Rentsch für die FDP-Fraktion.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Spies, ich freue mich über Ihren lebhaften Auftritt. Wir haben Sie sehr lange hier vorne am Pult vermisst.

Aber jetzt sind Sie wieder zurück. Es war angenehm: so eloquent und endlich befreit von Ulla Schmidt; das hat man Ihnen angemerkt. Das macht richtig Spaß; dafür habe ich viel Verständnis.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Spies, ich bin Jurist und kein Arzt; Sie sind der Mediziner in diesem Haus. Sie sind für alle Notfälle zuständig und haben sich deshalb auch jahrelang um Ulla Schmidt gekümmert; das war auch richtig so. Aber es hat, ehrlich gesagt, nichts gefruchtet.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rentsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schulz-Asche?

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Nein, das gestatte ich nicht. Vielen Dank.

(Zuruf von der SPD: Sehr „souverän“!)

Herr Kollege Spies, das bringt nichts. Frau Kollegin Schulz-Asche, vielleicht sollten Sie mich erst einmal vortragen lassen. Vielleicht sollten Sie auch den Kollegen erst einmal die Möglichkeit lassen, sich zu äußern. Die GRÜNEN legen immer sehr viel Wert auf Stil. Dann sollten sie den auch selbst pflegen. Ich glaube, das wäre sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Man kann das nicht immer nur von anderen fordern. Man muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Sie haben so gute Umfrageergebnisse. Sie sollten deshalb zeigen, dass Sie sozusagen auch das Benehmen zu den Umfrageergebnissen haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur kein Neid!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das, was Philipp Rösler – Herr Kollege Dr. Spies, er ist wie Sie Arzt – im Gesundheitsministerium vorgefunden hat, war schon eine Überraschung. Das geschätzte Defizit in Höhe von 5 Milliarden € bis 7 Milliarden € war ungefähr nur die Hälfte. In Wahrheit waren es 15 Milliarden €, die Ulla Schmidt bei ihrer Ablösung im Gesundheitsministerium den Menschen in Deutschland hinterlassen hat. Das ist ein echter Skandal.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ulla Schmidt hat von einer Reform gesprochen. Sie sagte, das sei eine Reform, die die Menschen in ihrer Versorgung besserstellen würde. Herr Kollege Dr. Spies, das hat dazu geführt, dass viele Versicherte – es sind heute genug Gäste im Hessischen Landtag – in der Praxis bei ihrem Arzt erleben konnten, dass es das, was Ulla Schmidt immer versprochen hat, nämlich die Vollkaskoversicherung für alle, und dass alle Leistungen möglich sind, schon lange nicht mehr gibt. Ulla Schmidt hat auf heimlichem Wege rationiert. Die Menschen haben bei ihrem Arzt gemerkt, dass sie eventuell gar nicht mehr die Leistung bekommen, die vielleicht möglich wäre, weil der Arzt sie gar nicht mehr verordnen kann.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Rentsch, die Ärzte haben rationiert!)

Herr Kollege Dr. Spies, ich glaube, dass Sie sich Ihrer Verantwortung stellen müssen. Sie haben den Versicherten, den Patienten und den kranken Menschen in Deutschland in den letzten sieben Jahren ein echtes Debakel beschert. Dazu muss man irgendwann einmal stehen. Ja, das ist so.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie wissen das auch. Wir machen das schon ein paar Jahre gemeinsam. Sie haben unter Ulla Schmidt immer ein wenig gelitten. Denn das, was Sie immer proklamiert haben, ist nie eingetreten. Sie hätten die Bürgerversicherung, die die SPD immer gefordert hat und die die GRÜNEN auch fordern, einführen können. Sie haben es nicht getan.

Stattdessen haben Sie gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner – das war damals die CDU – den Gesundheitsfonds erfunden. Der Gesundheitsfonds hat dazu geführt, dass die Leistungen nicht besser, aber teurer geworden sind. Denn in Deutschland wird jetzt mit deutlich mehr Bürokratie deutlich mehr Geld umverteilt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Kollege Spies, Sie wissen um den Blutdruck. Ich bin nicht der Arzt. Sie müssten sich da selbst behandeln. Ich kann Ihnen da nicht helfen.

Herr Kollege Dr. Spies, Sie müssen wissen, dass der Gesundheitsfonds natürlich genauso wie der Länderfinanzausgleich aus den Bundesländern, die viel Wirtschaftskraft haben, Geld wegnimmt und in andere bringt. Das ist das Problem am Gesundheitsfonds. Deswegen sind die Menschen, die aus Hessen kommen und heute hier sitzen, die Gelackmeierten gewesen. Denn letztendlich haben sie mit ihren Beiträgen die Versorgung in den anderen Bundesländern bezahlt, unabhängig davon, ob das Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt ist. Wir müssten uns doch darüber einig sein, dass das nicht richtig sein kann. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht das richtige System sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Rentsch, was Sie da vorbringen, ist eine völlig absurde Idee! Sie haben den Gesundheitsfonds nicht verstanden!)

Damit hat Ulla Schmidt mit ihrer Reform und mit der Art, wie sie das Ministerium geführt hat, mit Sicherheit dazu beigetragen, dass sich die Versorgungssituation der Menschen in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Philipp Rösler ist angetreten, um in diesem System für alle Menschen die Leistungen erreichbar und bezahlbar zu erhalten. Er will das auf trockene und bessere Füße stellen.

Frau Kollegin Schulz-Asche, es ist eine Tatsache, dass Sie das alles nur noch belächeln und leider nicht mehr mit Sachargumenten arbeiten. Sie arbeiten nur noch mit reinem Populismus. Auch Sie müssen sich in dieser Debatte letztendlich einmal daran gewöhnen, wieder zu Sachargumenten zurückzukehren. Nur das Argument in der Sache hilft weiter, nicht der Populismus.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich lasse keine Zwischenfragen zu. – Was macht Philipp Rösler?

(Dr. Thomas Spies (SPD): Auch wir fragen uns, was er macht!)

Philipp Rösler hat eine Reform auf den Weg gebracht, die zurzeit von den Arbeitgebern kritisiert wird. Anscheinend war das bisher eine Lobby, die bei uns zu Hause war. Ich habe gehört, dass es auch bei den GRÜNEN und Sozialdemokraten Arbeitgeber zu geben scheint.

Aber auch Verbände wie die Krankenkassen sind gegen die Reform. Sie sagen, die Kranken würden benachteiligt.

Wenn man von beiden Seiten so kritisiert wird, habe ich das Gefühl, dass der Mittelweg, den wir gehen, gar nicht der falsche Weg ist. Wir versuchen, beide Seiten auf unseren Weg zu holen. Wir sagen: Natürlich müssen die Arbeitgeber genauso dieses Gesundheitssystem wie diejenigen tragen, die letztendlich als Versicherte und Patienten die Leistungen der Ärzte in Anspruch nehmen. Beide Seiten müssen in einem solidarischen System Verantwortung tragen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Wilhelm Dietzel (CDU))

Herr Kollege Dr. Spies, wir sehen aber auch, was die deutsche CDU 2003 auf ihrem Parteitag in Leipzig beschlossen hat. Das ist die Abkoppelung von den Lohnkosten. Wir gehen einen Schritt in diese Richtung. Denn wir sagen: Natürlich wollen wir die Lohnkosten beherrschbar halten.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Dann führen Sie die Bürgerversicherung ein!)

Wir wollen genau das, was Gerhard Schröder völlig zu Recht gefordert hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Herr Kollege Spies, Gerhard Schröder war Ihr ehemaliger Kanzler, auch wenn Sie ihn aus Ihrem Gedächtnis gelöscht haben mögen. Auch Herr Schröder hat das immer verlangt. Wir müssen letztendlich dafür sorgen, dass in Deutschland sichere Arbeitsplätze entstehen können. Denn erst die Arbeitsplätze sorgen dafür, dass die Beiträge zum Gesundheitssystem überhaupt bezahlt werden können. So wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rentsch, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Schulz-Asche?

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, wie ich es Ihnen eben gerade gesagt habe, lasse ich keine Zwischenfragen zu. Das hat sich jetzt auch nicht geändert. Frau Kollegin Schulz-Asche hat die Möglichkeit, gleich noch einmal an dieses Pult zu treten. Das haben wir hier eingeführt.

Ich glaube, dass wir bei der Frage der Gesundheitsreform natürlich in einem Zwiespalt stehen. Auf der einen Seite erwarten die Menschen, dass alles, was medizinisch möglich ist, auch geleistet wird. Auf der anderen Seite geht es darum, wie man das mit der Frage zusammenbringt, wie das Ganze bezahlt werden soll. Das ist ein schwieriger Spagat. Ulla Schmidt hat diesen Spagat nicht gehalten.



Sie wissen, was passiert, wenn man einen Spagat nicht hält? Ich will das jetzt nicht ausführen, weil ich kein Mediziner bin. Bei Ulla Schmidt aber ist ein Scherbenhaufen übrig geblieben.

Philipp Rösler hat da eine schwierige Aufgabe. Herr Kollege Spies, Sie können sich gerne über ihn lustig machen, ihn disqualifizieren und mit irgendwelchen Etiketten belegen. Philipp Rösler versucht, das, was von dem Scherbenhaufen übrig geblieben ist, in Ordnung zu bringen. Das ist ein verdammt schwerer Job. Er hat unsere Hochachtung dafür, dass er mit so viel Verve an die Aufgabe herangeht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zum Schluss meiner Rede will ich Folgendes sagen: Ich glaube, es bringt uns auch nicht weiter, ewig zu erklären, wer für welche Gruppe eintritt und für welche Gruppe steht. Wissen Sie, Herr Lauterbach ist Ihr Professor. Das ist der mit der Fliege, der ständig in vielen Talkshows sitzt, weil er in der SPD-Bundestagsfraktion mittlerweile kein Gehör mehr findet. Dann muss er letztendlich so die Bürgerinnen und Bürger informieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Herr Kollege Spies, es ist nicht sinnvoll, sich, wie es beispielsweise die SPD immer wieder gerne tut, gegen die privaten Krankenhäuser, die wir auch in Hessen haben, zu wenden, wenn Herr Prof. Lauterbach im Aufsichtsrat einer großen Gruppe sitzt. Andere Leute haben auch noch die Sprecherfunktion in diesem Unternehmen übernommen. Das ist doch alles nicht sinnvoll.

Wir sollten wieder dahin zurückkehren, uns nicht gegenseitig alles vorzuwerfen. Vielmehr sollten wir gemeinsam an der Suche nach Lösungen arbeiten. Wir sollten das schaffen. Frau Schulz-Asche wird gleich den Versuch unternehmen, mit wenig Populismus und mit vielen Vorschlägen, wie es besser geht, hier zu punkten. Ich freue mich darauf, genau in diese Debatte einzutreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Rentsch, Sie haben keinen einzigen Satz zur Sache gesagt!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rentsch, vielen Dank. – Nun erhält Frau Kollegin Schulz-Asche zu einer Kurzintervention das Wort.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Rentsch, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Sie zweimal nicht zugelassen haben, dass ich eine Zwischenfrage stelle. Ich weiß schon lange, dass Sie ein Ulla-Schmidt-Trauma haben. Dass Sie aber auch ein Schulz-Asche-Trauma haben, war mir neu.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen nehme ich jetzt gerne die Möglichkeit wahr, noch einmal kurz auf das einzugehen, was Sie gesagt haben. Ich möchte dabei auf zwei Punkte eingehen.

Am Ende Ihrer Rede haben Sie gesagt: Kommen Sie nach vorne, machen Sie bessere Vorschläge. – Dazu sage ich Ihnen: Das mache ich gerne.

Wir haben das System der privaten Krankenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung. Nicht zuletzt aufgrund der Lobby, die Sie jetzt bedienen wollen, hat es in den letzten Jahren nicht funktioniert, diese beiden Systeme so zusammenzuführen, dass wir tatsächlich einen Solidarausgleich zwischen Menschen unterschiedlichen Einkommens, unterschiedlichen Krankenstands und unterschiedlicher Generationen hinbekommen haben.

Wir haben das z. B. schon allein wegen der Tatsache nicht hinbekommen, dass die einen Kinder haben. Sie sind meistens in der gesetzlichen Versicherung. Daneben gibt es diejenigen, die sich einen schlanken Fuß machen und in einer privaten Versicherung sind. Sie befinden sich in der privaten Versicherung.

Es ist in den letzten Jahren tatsächlich nicht gelungen, diese Ungerechtigkeiten zu überwinden. Das ist nicht zuletzt aufgrund der Lobbys so gewesen, die Sie jetzt volle Pulle bedienen wollen.

(Beifall)

Das wollte ich schon einmal zur Versicherungsfrage vorschicken. Das Zweite will ich ansprechen.

(Holger Bellino (CDU): Ein bisschen sehr polemisch, was Sie von sich geben!)

– Sie wissen, dass wir darin sehr viel weiter sind als Sie. – Es gibt sehr viele Beweise dafür, nicht nur, dass Sie sehr deutlich sagen, es gibt Fehlanreize zugunsten von Kassen mit vielen Kranken. Meine Damen und Herren, worin besteht denn Solidarität, wenn nicht zwischen denjenigen, die gesund sind und arbeiten können, und denjenigen, die krank sind und die Gesundheitsleistung in Anspruch nehmen wollen? Das ist doch das, was die FDP nicht erst seit Herrn Rösler und nicht erst seit heute mit der Gesetzesvorlage im Bundestag infrage stellen will.

(Florian Rentsch (FDP): Nein!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe in den letzten Wochen einige hessische kleine und mittlere Pharmaunternehmen besucht. Diese kleinen Unternehmen sind zum Teil wirklich in Alarmstimmung, weil sie sich aufgrund der Lobbypolitik für die großen Pharmakonzerne in ihrer Existenz bedroht fühlen. Einen Spruch habe ich dort mehrfach gehört. Die Leute haben gesagt, sie haben nie geglaubt, dass sie sich Ulla Schmidt zurückwünschen. Das ist aber jetzt der Fall bei der Politik, die von Herrn Rösler und der FDP im Bund gemacht wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Schulz-Asche. – Herr Rentsch hat Gelegenheit zur Antwort.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Sie wollen jetzt auch Ulla Schmidt zurückholen!)

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Was Frau Schulz-Asche in knapp drei Minuten gesagt hat, hat der Debatte nicht weitergeholfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Kollege Spies, jetzt sage ich es ein letztes Mal: Seien Sie doch einfach einmal so, wie man sich benimmt. Hören Sie doch einfach mal zu. Einfach einmal ruhig sein und, wie man sich im Parlament benimmt, zuhören.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich finde, auch die Menschen, die dort oben sitzen, haben verdient, dass wir uns hier benehmen und nicht jeder hier mit dem Gefühl herausgeht, Sozialdemokraten könnten sich nicht benehmen. Das macht keinen Sinn, Herr Kollege Spies.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Sagen Sie doch etwas zum Thema!)

Zweiter Punkt. Ich kann es nicht mehr hören, wenn Sozialdemokraten und GRÜNE versuchen, eine Spaltung der Gesellschaft zu proklamieren. Das machen Sie, Frau Kollegin Schulz-Asche. Sie erzählen ständig, dass Privatversicherte nicht solidarisch sind.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie führen es herbei, Herr Rentsch!)

Jetzt will ich einmal ein Beispiel nennen. Ist denn ein Familienvater weniger solidarisch, der privat versichert ist, für seine drei Kinder selbst den Versicherungsbeitrag zahlt und damit natürlich auch die gesetzliche Krankenversicherung entlastet, als die Familie, die GKV-versichert ist und mit einem Beitrag versichert ist? Ist das solidarisch, oder ist es nicht eher so

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Schulz-Asche, das wissen Sie auch –, dass die private Krankenversicherung in vielen Fällen die gesetzliche Krankenversicherung subventioniert? – Genau so ist es. Deshalb hören Sie mit dieser Spaltungsgeschichte auf.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Sie versuchen zurzeit, auf Ihren guten Umfrageergebnissen zu segeln. Sie machen einen Vorschlag nach dem anderen. In Baden-Württemberg haben Sie letzstens vorgeschlagen, man sollte Vesparoller verbieten und durch Elektroroller ersetzen. Es wird immer abstruser, was von den GRÜNEN kommt.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist eben diese Ökodiktatur, die Sie proklamieren. Sie wissen, wie Menschen zu leben haben, und Sie wollen durch Gesetze regeln, dass Menschen nur so zu leben haben, wie Sie das wollen, Frau Kollegin Schulz-Asche. Ich bin froh, dass ich in einer freiheitlichen Gesellschaft wohne,

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

die ein solches Gesellschaftsbild, wie Sie es proklamieren, nicht vor sich herträgt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege!

**Florian Rentsch (FDP):**

Deshalb sage ich Ihnen zum Schluss, ich hoffe, dass wir irgendwann davon wegkommen, der anderen Seite immer nur vorzuwerfen, was sie aus Ihrer Sicht aus welchen tiefen Beweggründen warum falsch macht. Versuchen Sie doch einmal, diesen Landtag dazu zu nutzen, den Wettbewerb um die beste Idee voranzubringen, anstatt hier immer nur mit Populismus und hohlen Phrasen zu punkten.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Erzählen Sie uns doch einmal etwas!)

Das ist einfach zu wenig, Frau Kollegin Schulz-Asche.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Nun hat Sozialminister Grüttner das Wort.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss einmal die Diskussion auf den Ausgangspunkt, den Antrag der Fraktion DIE LINKE über die Frage der Einführung einer Bürgerversicherung und das Ablehnen eines GKV-Finanzierungsgesetzes, zurückführen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Gute Idee!)

Gesundheitspolitische Debatten werden immer dahin gehend geführt, dass Schlachten geschlagen werden, die genauso komplex und alt sind wie das Gesundheitssystem. Das gehört zur parlamentarischen Auseinandersetzung. An der Stelle ist es natürlich so, dass man es immer unabhängig von der Frage, wie die Bundesregierung parteipolitisch besetzt gewesen ist, mit einem hochkomplexen System zu tun hatte, in dem es eine Reihe von Problemen gegeben hat. Dabei unterstelle ich gar nicht, dass es nicht auch den Versuch gegeben hat, an dieser Stelle Lösungsansätze zu finden.

Es ist ein System, in dem häufig Trial and Error zu verzeichnen gewesen ist. Es war Versuch und Irrtum. Insofern muss man das ein bisschen versachlichen und kann dann über die Grundlagen reden.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich finde, bei diesen Grundlagen muss man aufpassen – Frau Schulz-Asche, klatschen Sie nicht zu früh –, dass man nicht Systeme gegeneinander ausspielt, dass man nicht versucht, irgendeine Neiddebatte zu führen, ohne den Versuch zu unternehmen, an irgendeiner Stelle etwas zu novellieren. Herr Dr. Spies, ich gebe Ihnen da recht. Na-

türlich gibt es das Recht, in der politischen Diskussion zu sagen, wir haben eine ganze Reihe von Problemfeldern, die wir noch bearbeiten müssen, und dann auch die Versorgung im ländlichen Raum anzusprechen.

Wir können auch noch über asymmetrische Honorarverteilung sprechen. Wir können über die Frage von Effizienzabschlägen und Mehrbelastungsabschlägen sprechen. Wir können über Verteilungsraten reden. All diese Fragestellungen werden wir im Rahmen des GKV-Finanzierungsgesetzes schlicht und einfach auch behandeln müssen. Aber was übrig bleibt, ist, letztendlich haben wir eine massive Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Unabhängig davon, ob es 14 Milliarden € oder 11 Milliarden € sind, gibt es auf jeden Fall einen Finanzierungsbedarf.

Wir müssen uns der Frage stellen, wie wir uns in Zukunft die Finanzierbarkeit unserer gesetzlichen Krankenversicherung vorstellen können. Deswegen glaube ich, dass mit dem vorgelegten Gesetzentwurf, bei allen Punkten, die noch zu diskutieren sind, eine entsprechende Linie vorgegeben ist, auf deren Grundlage es zu einer Stabilisierung kommen kann.

Diese Linie ist dahin gehend zu sehen, dass es keine einseitige Belastung gibt. Kollege Rentsch hat das gesagt. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also Versicherte und andere, alle an einem Gesetzentwurf Kritik üben, dann scheint zumindest die Belastung der einzelnen Teilnehmer an diesem System durchaus gleich zu sein. Und das ist eben so. Es ist keine einseitige Belastung,

(Dr. Thomas Spies (SPD): Ein Missverständnis, Herr Minister!)

da jeder – Krankenkasse, Krankenhaus, Ärzte, Zahnärzte, die Pharmabranche – einen Beitrag leisten muss. Das ist in diesem Gesetzentwurf auch vorgesehen. Letztendlich ist der Beitrag in Höhe von 15,5 % ab 2011 eigentlich nur die Rücknahme der Absenkung, als der Beitrag konjunkturbedingt auf 14,9 % gefallen ist.

Deswegen glaube ich, dass im Hinblick auf das erwartete Defizit der GKV seitens der Versicherten und auch der Arbeitgeber nicht erwartet werden kann, keinen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation leisten zu müssen und die krisenbedingten Vergünstigungen auf Dauer zu erhalten. Das geht nicht, und zwar genauso wenig, wie wir es bei dem Konjunkturpaket gemacht haben, das Bund und Länder aufgelegt haben.

Deswegen darf man nicht wieder, wie es die LINKEN tun, den Fokus zu sehr auf den Arbeitgeberbeitrag richten. Wenn man nicht will, dass steigende Gesundheitskosten unmittelbar die Arbeitskosten belasten, ist es eben richtig, den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung von den Gesundheitskosten zu entkoppeln. Insofern sind wir in einem Bereich, dass Zusatzkosten auch über zusätzliche Beiträge entsprechend aufgefangen werden müssen.

Vor dem Hintergrund bringt eine Bürgerversicherung, die Schaffung neuer Steuertatbestände oder vieles andere mehr an keiner Stelle irgendetwas. Um unsere Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung dauerhaft lösen zu können, müssen wir das schlicht und einfach unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung als einen Beitrag sehen, den die Konjunktur nicht leisten kann, weil Arbeitgeberbeiträge an einer Stelle nicht gleichzeitig arbeitskostensteigernd erhöht werden können. Wir werden insofern einen Weg gehen, der

mehr und mehr in den Bereich einer Fondslösung mit einem entsprechenden Ausgleich kommt. Ich glaube, dass der vorgelegte Entwurf in eine gute Richtung zeigt und eine gute Grundlage zur Diskussion an dieser Stelle bietet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Nun hat sich Herr Kollege Dr. Spies noch einmal zu Wort gemeldet.

(Clemens Reif (CDU): Nicht ins Mikrofon beißen!)

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Staatsminister, es ist sehr erfrischend, dass Sie zumindest den Versuch unternehmen, die Debatte wieder auf die Sachlichkeit zurückzuführen.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Der Beitrag davor hat dazu nicht geholfen, auch wenn ich – bei allem Respekt – mir die Bemerkung erlaube, dass der Beitragssatz de facto nicht 15,5 %, sondern 17,5 % betragen wird – jedenfalls für Menschen mit kleinem Einkommen, weil für sie am Ende noch 2 % als Zusatzbeitrag dazukommen werden. Von diesen 17,5 % bleiben 7,3 % bei den Arbeitgebern und 10,2 % bei den Arbeitnehmern. Aber diesen Streit können wir noch lange führen. Das müssen wir jetzt nicht tun.

Herr Staatsminister, was ich mir aber gewünscht hätte, um die Debatte wieder in die gebotene Sachlichkeit zurückzubringen, ist, dass Sie auf das Thema der Arzneimittelpreise eingehen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja!)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie uns sagen, wie Sie für die hessische Bevölkerung das Thema der wegfallenden Zweitmeinung und der damit notwendig verbundenen, völlig unvermeidlichen und vermutlich äußerst dynamischen Kostensteigerung sehen. Das ist doch der Punkt, an dem die Arbeitgeber diese Reform kritisieren. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie ein paar Worte dazu sagen, wie Sie im Interesse der Menschen in Hessen die Freiverkäuflichkeit von Arzneimitteln und die Risiken sehen, die darin liegen. Wie sehen Sie angesichts der völlig unterentwickelten Patientenberatung die Möglichkeit, dass den Leuten dabei geholfen wird, jenseits der Beratung durch jemanden, der ihnen etwas verkaufen will, das Verständnis so ausweiten zu können, dass sie diesen Herausforderungen gewachsen sind? An dieser Stelle ist Landespolitik doch sehr ernsthaft gefordert. Herr Minister, das bedauere ich. Aber es sind ja noch die ersten 100 Tage – wir schauen einmal, was nächstes Jahr geschieht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Das Wort hat Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ich möchte an dieser Stelle Frau Silke Lautenschläger zu ihrem neuen Job gratulieren. Ich finde es spannend, dass

gerade über den Ticker gekommen ist, dass sie in den Vorstand einer der größten deutschen privaten Krankenversicherungen wechselt.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Der größten! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist eine Unverschämtheit, unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Kommunistenpack!)

– Meine Damen und vor allem meine Herren, ich wollte gerade in die Abstimmung eintreten. Deswegen darf ich Sie um Aufmerksamkeit und Ruhe bitten – und auch darum, Ihren Platz einzunehmen. – Herzlichen Dank.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Ablehnung des GKV-Finanzierungsgesetzes durch die Hessische Landesregierung im Bundesrat, Drucks. 18/2871. Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – Das sind CDU und FDP. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Geht der Dringliche Antrag an den Sozialpolitischen Ausschuss? Oder wollen wir den auch gleich abstimmen?

(Zurufe von CDU und FDP: Abstimmen!)

– Abstimmen, sehr gut, danke.

Dann lasse ich über den Dringlichen Antrag von CDU und FDP betreffend Gesundheitssystem auf eine tragfähige Grundlage stellen, Drucks. 18/2937, abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist dieser Dringliche Antrag angenommen.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 10:**

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) – Drucks. 18/2852 zu Drucks. 18/2377 –**

Hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Berichterstatter ist Herr Kollege Schork. Ich darf um die Berichterstattung bitten.

#### **Günter Schork, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Gesetzentwurf, den die Frau Präsidentin eben genannt hat:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum einstimmig bei Enthaltung der LINKEN, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 18/2821 und Nr. 2 a des Änderungsantrags Drucks. 18/2849 neu in zweiter Lesung anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf in der eben vortragenen Fassung abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Enthaltung der LINKEN. Dann ist dieser Gesetzentwurf mit breiter Mehrheit angenommen und wird zum Gesetz erhoben. – Herzlichen Dank.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 11:**

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zur Novellierung des Berufsrechts der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure – Drucks. 18/2853 zu Drucks. 18/2713 –**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Zur Berichterstattung gebe ich Frau Kollegin Müller das Wort.

#### **Karin Müller (Kassel), Berichterstatterin:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zur Novellierung des Berufsrechts der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum einstimmig bei Abwesenheit der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller, für die Berichterstattung.

Wir kommen zur Abstimmung über den eben genannten Gesetzentwurf. Wer ihm die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der LINKEN ist auch dieser Gesetzentwurf mit großer Mehrheit angenommen und wird somit zum Gesetz erhoben.

Wir sind nun am Ende der Tagesordnung vor der Mittagspause angelangt. Ich darf die Sitzung unterbrechen und wünsche Ihnen guten Appetit. Weiter geht es um 14 Uhr.

(Unterbrechung von 12:46 bis 14:01 Uhr)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf diejenigen, die sich noch außerhalb des Raumes befinden, bitten, jetzt zu kommen, damit wir die unterbrochene Sitzung fortsetzen können.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß den **Tagesordnungspunkt 49** auf:

#### **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Schwerpunkt Familienpolitik – Familienkarte Hessen ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für Familien – Drucks. 18/2676 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 68:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Familienpolitik ist mehr als Rabattkarten – Familienkarte erweitern um Bildung, Kultur und Sport – Drucks. 18/2908 –**

Ich habe bisher noch keine Wortmeldung vorliegen.

(Günter Rudolph (SPD): Dann machen wir weiter!)

Meine Herren Fraktionsgeschäftsführer – –

(Abg. Florian Rentsch geht zum Präsidentenplatz, um eine Wortmeldung abzugeben. – Günter Rudolph (SPD): Was ist denn nun?)

– Es war verabredet, dass erst dieser Punkt kommt. Danach kommt der Dringliche Entschließungsantrag dran. – Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Rentsch. Bitte schön, Redezeit: zehn Minuten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Setzpunkt der CDU!)

**Florian Rentsch (FDP):**

Wir sind eine Regierungskoalition aus zwei Fraktionen. Da darf man doch einmal anfangen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass der Kollege Wagner an dem Handeln der beiden Fraktionen so interessiert ist. Das zeigt auch, dass die Opposition in diesem Landtag am Erfolg des Landes Hessen mitarbeitet. Herzlichen Dank dafür, Herr Kollege Wagner.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Zu was redet er denn jetzt?)

Meine Damen und Herren, was Familienpolitik auszeichnet, ist mit Sicherheit eines der Themen, dass wir dafür sorgen müssen, dass Familien in Hessen so ausgestattet sind, dass wir die Situation – –

(Unruhe)

– Es ist etwas laut im Hintergrund.

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege Rentsch, Sie haben das Wort und die ungeteilte Aufmerksamkeit des Plenums.

**Florian Rentsch (FDP):**

Vielen Dank. – Wir müssen – der Kollege Rudolph wird es hoffentlich genauso sehen – alles daran setzen, dass Familien in Hessen so ausgestattet sind, dass sie das tun können, was eine Familie ausmacht, dass sie junge Menschen fördern und auch die finanzielle Situation haben, für Kinder Gutes zu tun im Bildungsbereich und in anderen Bereichen. Da wollen wir vorangehen.

Ich sage ganz bewusst: Ich habe die Umbenennung des Sozialministeriums in Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit begrüßt, auch wenn das Thema Soziales für uns eine große Bedeutung hat, weil ich schon der Auffassung war, dass das Wort Familie in der hessischen Landespolitik besonders herausgehoben werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Ich will an dieser Stelle Jürgen Banzer danken, weil er sich in diesem Bereich sehr stark engagiert und in der Vergangenheit wichtige Punkte auf den Weg gebracht hat. Ich bin dankbar, dass Stefan Grüttner diese Arbeit jetzt fortsetzt.

Meine Damen und Herren, die Familienkarte ist einer dieser Mosaiksteine, wie wir Familienpolitik in Hessen besser und besser machen wollen. Familienpolitik ist etwas, wo es auch um monetäre Fragen geht, wie Familien ausgestattet sind. Da ist die Familienkarte ein hervorragender Schritt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Familienkarte ist die Idee, Familien in Hessen Vorteile zukommen zu lassen, ob das durch Rabatte bei Einkäufen ist, ob das durch Versicherungsleistungen der Fall ist oder durch andere Dienstleistungen wie einen Babysitterdienst.

Meine Damen und Herren, ich merke, der Kollege Rudolph diskutiert immer noch zwischen den Fraktionen über die Familienkarte. Aber Fakt ist, lieber Günter Rudolph, man braucht, um die Familienkarte in Hessen zu beantragen, ein Kind, ein eigenes Kind. Deshalb zeigt die Tatsache, dass in Hessen mittlerweile so viele Menschen die Familienkarte beantragt haben, wie viele Kinder wir in diesem Bundesland haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Gerhard Merz (SPD) und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Obwohl die Opposition anscheinend das Ganze sehr viel kritischer sieht, es als billige Rabattkarte abtut – Herr Kollege Bocklet wird das wohl gleich tun –, scheinen die Familien in Hessen das völlig anders zu sehen. Herr Kollege Grüttner wird als Minister gleich die aktuellen Zahlen nennen, wie viele Familien mittlerweile schon Anträge gestellt haben, um diese Karte zu bekommen. Die Familien in Hessen wissen dieses System wertzuschätzen. Ich bin dankbar, dass mittlerweile so viele Unternehmen in Hessen bereit sind,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wie viele sind es denn?)

bei der Familienkarte mitzumachen, Herr Kollege Merz.

(Gerhard Merz (SPD): Ich habe gar nichts gesagt!)

Wir waren damals – das ist jetzt drei Wochen her, wenn ich mich recht erinnere – in Kronberg bei der Auftaktveranstaltung zur Ausgabe der Familienkarte im Opelzoo. Ich war erstens beeindruckt, wie viele Familien dort waren, die bei dieser Veranstaltung gesagt haben: Wir freuen uns, diese Familienkarte zu bekommen. – Aber letztendlich war ich beeindruckt davon, wie viele Unternehmen sich dort präsentiert haben, die an der Familienkarte teilnehmen wollen, weil sie aus ihrer Sicht etwas Gutes für Familien in Hessen tun wollen.

Meine Damen und Herren, das ist ein gutes Zeichen, ein gutes Signal, und das zeigt, dass die Landesregierung dort einen richtigen Akzent setzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie wissen, es ist immer gut und einfach, aus der Opposition heraus alles nur abzulehnen, immer nur zu sagen, was man nicht will. Wir handeln hier, und wir lassen uns kritisieren, wenn das aus Ihrer Sicht nicht richtig ist. Aber ich sage: Lieber handeln und etwas Gutes tun und sich vielleicht für Details kritisieren lassen, als gar nichts tun und

immer nur alles schlechtreden. Das bringt Familien in Hessen keinen Schritt weiter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin dankbar. Ich glaube, die Familienkarte ist ein wichtiger Mosaikstein. Sie ist nur ein Mosaikstein in der Familienpolitik, aber sie ist der Mosaikstein, der für die Familien im monetären Bereich etwas beiträgt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es ist eine wichtige Versicherungsleistung. Ein wichtiger Bereich ist die Vermittlung von Babysittern in Notdiensten, aber natürlich auch der Rabatt im ursprünglichen Sinne.

Herr Kollege Bocklet, ich weiß nicht, was dagegen einzuwenden ist, wenn Familien finanzielle Vorteile dadurch haben, dass das Land so etwas organisiert und letztlich den Rahmen für so etwas bietet. Was ist daran negativ?

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sage ich Ihnen gleich!)

Was Sie kritisieren können, ist – es ist klar, dass Sie das sagen, ich weiß auch schon ungefähr, wie das aussieht –

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso fragen Sie dann?)

Ich kann akzeptieren, dass Sie sagen, die Familienkarte darf nicht der einzige Mosaikstein in der Familienpolitik sein. Es gehören weitere Mosaiksteine hinzu. Es gehört eine gute Bildungspolitik hinzu. Beispielsweise die Investition in 7.000 Lehrer mehr in zehn Jahren – das ist sicherlich meisterhaft, was die Landesregierung an dieser Stelle auf den Weg gebracht hat,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

ebenso wie die immense Förderung von Ganztagsangeboten, der Betreuung von unter und über Dreijährigen, genauso wie die Mindestverordnung, um die Qualität an Hessens Kindergärten immer besser zu machen. Natürlich ist es auch die Lehrerversorgung insgesamt. Es ist schön, zu sehen, wenn keine Stunden mehr in Hessen ausfallen. Wir haben lange daran gearbeitet, wir haben viel investiert. Es ist schön, zu sehen, dass die Schulsituation besser und besser wird. All das sind Erfolge, die auch den Familien zugute kommen. Das ist unbestritten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn Ihre Kritik ist, und davon gehe ich aus, die Familienkarte sei zu wenig, dann sage ich: Richtig, sie ist ein Mosaikstein, sie ist ein wichtiger Mosaikstein. Wir freuen uns sehr, dass die Familien in Hessen dieses Thema so annehmen. Aber wir setzen in so vielen Bereichen Akzente für Familien, ob das Bildung ist, ob das Kinderbetreuung ist oder ob das Familienförderung in direktem Sinne ist. Daher glaube ich, dieses Land setzt auf Familien. Es ist auch gut so, dass wir das tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Bocklet das Wort. Bitte schön.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann redet jemand von der CDU? – Zurufe von der FDP)

#### Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Rentsch – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Entschuldigung, ich bin ein bisschen durcheinandergekommen, weil man mir ursprünglich sagte, ich sei erst nach der Antragstellerin dran. Dann machen wir es eben umgekehrt. So muss es eben sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Rentsch, wissen Sie, was das ist?

(Der Redner hält eine Payback-Karte hoch.)

Ich erkläre es Ihnen. Es ist eine Payback-Karte. Das ist eine Karte für Rabattaktionen der Firmen Apollo-Optik, Aral, Kaufhof, UFA-Theater –

(Günter Rudolph (SPD): Keine Werbung!)

– Keine Werbung? Okay.

Wissen Sie, was der Unterschied zu Ihrer Familienkarte ist? Soll ich es Ihnen sagen? Der Unterschied zwischen Ihrer Familienkarte und der Payback-Karte ist, dass Ihre Karte den Steuerzahler in zwei Jahren 1 Million € kostet. Ihre Karte hat eine umfangreiche Liste

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– ich komme doch gleich dazu, hören Sie doch zu; auch Sie sind potenziell in der Lage, dazuzulernen – von Unternehmen, die Rabatte geben. Wir finden es gut, dass es solche Unternehmen gibt. Ich habe auch so eine Karte. Ich bin auch Vater. Deswegen werde ich wahrscheinlich auch die hessische Familienkarte beantragen. Rabatte sind zu nächst einmal gut.

(Demonstrativer Beifall des Abg. René Rock (FDP))

Das, was uns in diesem Saal trennt, ist die Frage, ob es eine öffentliche Aufgabe ist –

(Florian Rentsch (FDP): So sieht die Familienkarte aus, Sie können auch meine haben!)

– Das ist schön. So ähnlich sieht auch meine aus. Herr Rentsch, da können wir nachher einmal eine Sammlerbörse machen. Das hilft uns nur nicht wirklich weiter. – Ich wollte Ihnen nur den Unterschied verdeutlichen. Bei beiden Karten bieten kommerzielle Anbieter Rabattaktionen an. Gerade Sie, der Liberalisierer, der Deregulierer schlechthin, und die von Ihnen geführte Landesregierung geben 1 Million € öffentliche Steuergelder dafür aus, um privaten kommerziellen Anbietern ein Kundenbindungsprogramm zu finanzieren. Das finde ich sehr bizarr, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dass die Landesregierung sich Mühe gibt, Rabattaktionen für Familien zu organisieren, freut uns. Das freut alle Familien. Wir geben neidlos zu, dass es offensichtlich ein Erfolg ist, wenn über 40.000 Familien diese hessische Familienkarte bereits beantragt haben. Wer sollte da sagen, dass das erfolglos war? Nein, das ist nicht erfolglos. Wir kritisieren, dass dies mit öffentlichen 1 Millionen € Steuergeldern kampagnisiert wurde. Wenn ich einen Vergleich ziehen darf: Die Kampagne für Erzieherinnen und Erzieher kostete 370.000 €, ein Drittel dessen, was Sie für die Familienkarte ausgeben.

Wir kritisieren auch, dass in dieser Familienkarte schon existierende öffentliche Angebote enthalten sind, wie z. B. Hotlines. Diese Angebote gab es schon, die hat man mit

der Karte zusammengefasst. Das ist nebenbei auch ein bisschen Etikettenschwindel. Über das Angebot kann man sich auch ein bisschen ironisch äußern, dass da Rabattaktionen von Juwelieren gemacht werden, dass man bei Tank und Rast zehnmal kostenlos pinkeln darf. – Entschuldigen Sie bitte den unparlamentarischen Ausdruck.

(René Rock (FDP): Das Niveau! – Gegenruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Es ist aber so, Sie dürfen bei Tank und Rast zehnmal kostenlos die Toilette benutzen.

(Zurufe von der FDP)

– Ja, Herr Rock, Sie müssen nicht mehr in die Büsche; das ist in dieser Rabattaktion mit enthalten. Sie haben bei diesem Angebot fünf Prämienspartner. Klicken Sie doch einmal aus Spaß auf diese Seite.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Einer dieser Prämienspartner ist Tank und Rast. Tank und Rast macht Pinkeln zehnmal kostenlos. Ein anderer Prämienspartner ist HIPPI, der Ihnen kostenlos nach Hause liefert. Die Produkte zahlen Sie aber genauso teuer. Der dritte Prämienspartner ist REWE. REWE macht eine 5-%-Rabattaktion auf Eigenprodukte. Eine Aktion war beispielsweise für Tiefkühlpizza.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Darin enthalten ist auch der Super-RTL-Club, Juweliere, Videotheken. Wir wollen gar nicht über die Qualität streiten. Sie werden zugeben, dass man dabei einen kleinen ironischen Seitenhieb einstecken muss.

(Zuruf von der FDP: Nein!)

Herr Rentsch, das, für was Sie 1 Million € ausgeben, ist ein Kundenbindungsprogramm für private kommerzielle Anbieter. Das müssen Sie einfach einmal zugeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Rentsch, wie Sie immer so frech zu sagen pflegen: Jetzt hören Sie doch einfach einmal zu. – Da wir eine dialektisch denkende Fraktion sind, würde ich Ihnen gerne aus Ihrer Pressemitteilung vom 20. August vorlesen. – Herr Merz, Herr Rentsch hatte eine gute Idee. Achtung, alle von SPD und GRÜNEN sollten jetzt aufmerksam sein:

(Gerhard Merz (SPD): Da bin ich aber gespannt!)

Die Überschrift lautet: „Florian Rentsch: Familienkarte zur Bildungschipkarte weiterentwickeln“. In der Pressemitteilung sagt er:

Sinnvoll wäre es nun, wenn die hessische Familienkarte, die für alle gilt, gleichzeitig das zusätzliche Angebot des Bildungschips beinhalten könnte, um eine bessere Förderung für Kinder von Langzeitarbeitslosen zu erreichen.

Herr Rentsch, wo ist denn bitte dieser Passus in Ihrem Antrag, der heute vorliegt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihr Antrag müsste doch lauten: Weiterentwicklung der hessischen Familienkarte zu einer Karte, die musische Angebote, sportliche Angebote und kulturelle Angebote beinhaltet. – Herr Rentsch, wir kämpfen auf derselben

Seite. Herr Rentsch, weil wir der Meinung sind, wir sollten die hessische Familienkarte weiterentwickeln, haben wir GRÜNE uns die Mühe gemacht, das in einen Antrag zu gießen, und freuen uns nachher über Ihre Zustimmung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der FDP)

Sie sind der Meinung, wir müssen diese Karte weiterentwickeln. Ich sehe es an Ihrem Nicken. Wir sind der Meinung, man muss diese Karte weiterentwickeln. Wir stellen für Sie diesen Antrag. Sie haben es offensichtlich nur vergessen, oder Sie konnten sich bei der CDU nicht durchsetzen. Wir sind der Meinung, dass wir diese 1 Million € klüger einsetzen sollten, indem wir die hessische Familienkarte weiterentwickeln. In Kooperation mit den hessischen Kommunen und Kreisen sollten wir uns jetzt weiter davon fortbewegen, nur ein privates Kundenbindungsprogramm zu machen, sondern wir sollten uns dorthin bewegen, kulturelle, musische und sportliche Angebote in dieser Karte mit fördern. Das werden wir nicht alleine hinbekommen, dazu brauchen wir die Kreise und Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir einen Antrag gestellt, in dem wir fordern, die hessische Familienkarte weiterzuentwickeln. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie haben es angesprochen, Familienpolitik geht in Ihrem Antrag noch weiter. Ich habe noch 2:50 Minuten Redezeit, deswegen gestatten Sie mir die Bemerkung dazu. Die hessische Familienkarte ist natürlich von der Quantität ein Erfolg, viele Tausende haben sich dazu angemeldet, über die Qualität kann man schmunzeln. Es zeigt unzweifelhaft die Notwendigkeit solcher Angebote. Tausende von Familien nehmen Angebote aller Art in Anspruch, damit sie Rabatte bekommen. Das zeigt es unzweifelhaft. Das klingt jetzt etwas moralinsauer, aber es zeigt doch, dass Familien in diesem Land alles in Anspruch nehmen, weil sie große Not haben, mit ihrer Haushaltskasse zurechtzukommen.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Dazu gehört auch, sich Gedanken darüber zu machen, wie Familienpolitik generell aufgestellt ist. In der Tat kann man sagen, dass sich in den letzten zehn Jahren einiges geändert hat, gerade bei den Konservativen. Ende der Neunzigerjahre haben wir noch über die Rolle der Frau diskutiert, ob und wie lange sie arbeiten gehen soll. Wir haben uns noch darüber unterhalten, was Familie ist, ob Geschiedene und Alleinerziehende überhaupt zur Familie gehören, oder ob Familie nicht einfach so zu definieren ist, dass dort, wo Kinder sind, auch Familie ist. Wenn man das als Grunddefinition annimmt und sagt, wir wollen die strukturellen Bedingungen für Familien in der Kinderbetreuung, in Hortplätzen, in Ganztagschulen verbessern, dann haben wir einen Fortschritt gemacht. Es ist ein Fortschritt, wenn die Konservativen das anerkennen und auch die Verbesserungen der Familienförderung in ihre Programme und Koalitionsverträge aufnehmen.

Zur heutigen Stunde muss man allerdings sagen: Sie hinken hinterher. Sie hinken Ihren Ankündigungen hinterher. Die Ankündigungen sind gut. Sie wollen die Kinderbetreuung ausbauen, sind aber deutlich hinter Ihrem Plan. Mit der Mindestverordnung wollen Sie eine bessere Qualität in den Kindereinrichtungen. Da haben Sie die Hälfte der Kommunen abgeknipst und hinken Ihren Ankündigungen hinterher. Hortplätze, Ganztagschulen, bei all diesen Stichpunkten hinken Sie Ihren Ankündigungen

hinterher. Sie kündigen das an. Das finden wir richtig. Das muss aber monetär untermauert sein und auch umgesetzt werden. Was die Familienpolitik in Hessen generell betrifft, haben Sie einen Nachholbedarf.

Ich komme zum Schluss. Die Familienkarte ist ein quantitativer Erfolg. Helfen Sie uns allen, dass Sie auch ein qualitativer Erfolg wird. Lassen Sie uns die Familienkarte weiterentwickeln mit Musik-, Sport- und Kulturangeboten. Führen Sie die hessische Familienpolitik dazu, dass sie nicht nur eine Ankündigung, sondern auch eine Umsetzung erfährt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Merz das Wort.

#### **Gerhard Merz (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat schon einen eigenartigen Geschmack, an dem Tag, an dem die Abschaffung des Startpakets durch die schwarz-gelbe Koalition in Berlin verkündet wird,

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau!)

hier über eine Familienkarte und deren mögliche Weiterentwicklung zu einer Bildungskarte zu diskutieren. Das hat schon etwas. – Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Zweiter Punkt. Zu Beginn meiner Rede wollte ich ursprünglich den Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP zu ihrem familienpolitischen Mut gratulieren. Das lasse ich nach dem doch etwas verstolperten Anfang dieser Debatte. Ich wollte bedauern, dass dieser familienpolitische Mut leider nicht darin besteht, dass auf den vielen wichtigen Feldern der Familienpolitik entschlossen vorangegangen wird, sondern darin, eine der windigsten PR-Aktionen der letzten Jahre zu machen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dies wurde nicht nur mit einem der üblichen Jubelanträge angepriesen, sondern daraus ist ausgerechnet auch noch ein Setzpunkt gemacht worden, also ein Punkt, den man ganz besonders ins Rampenlicht stellt. Dazu kommt, dass Sie zu Beginn der Debatte überwiegend nicht da waren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, das nenne ich mutig. Denn nach meiner Überzeugung und nach der überwiegend ätzenden Kritik in der Öffentlichkeit wäre es sachlich logischer und politisch klüger gewesen, dieses Projekt mit dem Mantel des Schweigens zuzudecken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Projekt ist ein reines Showprodukt. Die Roadshow genannte PR-Tour treibt übrigens nicht nur den Kollegen Dr. Müller zur Verzweiflung. Das Projekt wird auf allen Jahrmärkten dieser Welt angepriesen wie weiland die Allheilmittel der mittelalterlichen Quacksalber. Frau Kolle-

gin Wiesmann, das ist es: Es ist familienpolitische Quacksalberei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Schauen Sie sich einmal an, wofür diese Karte alles gut sein soll: Sie hilft gegen Kinderschwund. Sie verleiht Mut. Sie ist offensichtlich auch eine Art Antidepressivum. Sie hilft offensichtlich gegen ganz viel, so, wie die Allheilmittel der mittelalterlichen Quacksalber auf den Jahrmärkten auch gegen alles geholfen haben, nämlich gegen genau nichts.

Auch ich kann Ihnen das nicht ersparen, was Kollege Bocklet eben gesagt hat: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir wäre es peinlich gewesen, eine Familienkarte landauf, landab und in zwei Pressekonferenzen mit je drei Mitgliedern der Hessischen Landesregierung anzupreisen, deren eine wesentliche Leistung in der Tat darin besteht, dass man an bestimmten Autobahnraststätten dieses Landes zehnmal kostenlos pinkeln kann. Das wäre mir peinlich gewesen.

(Zurufe der Abg. Ulrich Caspar (CDU) und Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist nicht irgendein Angebot. Der Anbieter dieser Leistung – auch darauf ist schon hingewiesen worden – steht auf der Liste der Premiumpartner, wie das im Marketingdeutsch auch dieser Aktion heißt, ganz oben.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Vielleicht hat das damit zu tun, dass unter den Raststätten, auf denen das möglich ist, auch der mythische Ort der hessischen Landespolitik zu finden ist, nämlich die Tankstelle Wetterau,

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau!)

wo sich der Ministerpräsident und der gewesene Ministerpräsident hin und wieder zusammengefunden haben.

(Horst Klee (CDU): Das ist doch längst verjährt, was Sie da erzählen!)

Wenn der Herr Ministerpräsident – wenn es ihm jemand weitersagen kann – seine Kumpels, die alten Ritter der Tafelrunde, einmal wieder zu einem Revivaltreffen einladen will: Familienkarte nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Der römische Dichter Juvenal hat einmal gesagt: *Difficile est satiram non scribere* – es ist schwer, darüber keine Satire zu schreiben.

(Horst Klee (CDU): Jeder blamiert sich selbst!)

– Ja, Herr Kollege, jeder blamiert sich in der Tat so, wie er kann. Das ist genau der Punkt, um den es hier geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Horst Klee (CDU): Sie sind dran!)

Meine Damen und Herren, es ist doch nicht so, dass das ein besonders skurriles Beispiel ist. Wenn man sich die Liste der Angebote dieser Karte anschaut, muss man sagen: Die anderen sind im Prinzip auch nicht anders. Ein paar Beispiele sind schon genannt worden, auch in Presseartikeln und in einem Fernsehbericht des Hessischen Rundfunks. Die Zusammenfassung, das Fazit ist immer



das Gleiche: Wir haben es hier mit einer fast rein kommerziellen Rabattkartenaktion zu tun, bei der man überdies auf das Kleingedruckte und das Verfallsdatum achten muss. Aber wir haben es nicht mit etwas zu tun, was en gros oder en détail in der Lage wäre, die oft schwierige Situation von Familien wirklich und nachhaltig zu erleichtern.

Eine solche Aktion hier zu einem neuen Höhepunkt der hessischen Familienpolitik machen zu wollen, zeugt, wie gesagt, von Mut. Sie haben versucht, das in den Kontext einer familienpolitischen Bilanz der Landesregierung einzubetten. Deswegen will ich zu dieser Bilanz in Punkt 2 Ihres Antrags ein paar Anmerkungen machen.

Erstens. Sie rühmen sich des konsequenten Ausbaus der Kinderbetreuung. Meine Damen und Herren, das ist das Schmücken mit fremden Federn. Denn die Hauptmasse des Zuwachses geht an dieser Stelle auf das Konto des Bundes und vor allem der Kommunen und der freien Träger. Das Land spielt hier, wie auch sonst in der Kinderbetreuung, zumindest finanziell eine marginale Rolle und ist im Übrigen entgegen Ihren ständigen Behauptungen nach allen Statistiken, die ich kenne, durchaus nicht an der Spitze. Herr Minister Grüttner, Ihre neue Förderrichtlinie macht einen da auch nicht viel hoffnungsfroher.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens. Die Behauptung, die Einführung des Bildungs- und Erziehungsplans habe die Qualität der Kinderbetreuung erhöht, ist zumindest gewagt; denn in der Realität kommt die Umsetzung nur schleppend voran, vor allem deshalb, weil dafür in den Kitas und eigentlich auch in den Grundschulen die personellen Ressourcen fehlen.

Drittens ist deshalb die Behauptung von der verbesserten personellen Ausstattung der Kindertagesstätten ziemlich vollmundig. Das gilt vor allem vor dem Hintergrund des vollständigen Desasters bei der Einführung, Umsetzung und Finanzierung der Mindestverordnung. Deswegen nehmen Sie den Begriff Mindestverordnung an dieser Stelle, wo er eigentlich hingehören würde, vorsichtshalber erst gar nicht in den Mund.

Viertens erwähnen Sie den Ausbau von familienunterstützenden Dienstleistungen über die geplanten Familienzentren. Wo plant das Land eigentlich Familienzentren? Wo ist das seit 2008 durch einen Landtagsbeschluss geforderte Konzept für die Familienzentren? Das ist überfällig. Wo ist der finanzielle Beitrag des Landes? Meine Damen und Herren, auch hier treiben die Kommunen und die freien Träger die Entwicklung auf eigene Kosten und Rechnung voran. Das Land sieht zu und sagt wohlwollend: Mir nach, ich folge euch – und finanziert an zwei, drei Stellen die wissenschaftliche Begleitung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo ist eigentlich der Ausbau der familienunterstützenden Dienstleistungen durch diese Landesregierung?

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Diese Landesregierung hat in der „Operation düstere Zukunft“ die Mittel für die Erziehungs- und Schuldnerberatung ebenso gestrichen wie die Mittel für die Familienbildungsstätten, die Mütterzentren und vieles andere mehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wo geschieht der Ausbau oder auch nur der Erhalt der familienunterstützenden Dienstleistungen, wo gar im Kontext einer entschlossenen Strategie für Familienzentren in diesem Land? – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, das ist die familienpolitische Realität in diesem Land. Daran wird weder Ihre Familienkarte noch Ihr Antrag dazu irgendetwas ändern.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte jetzt sagen – das ist ein beliebter Spruch von mir; wer mich kennt, der kennt ihn schon –: Es nutzt vielleicht nichts. Aber sie schadet wenigstens nicht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist vom Kaufmann!)

– Der auch? Das ist in Ordnung. Ich wende ihn auch gerne an, weil das die politische Debatte manchmal wirklich erleichtert.

Ich glaube – da unterscheiden wir uns ein wenig von den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN –, dass diese Familienkarte an mehreren Stellen durchaus schadet. Sie schadet erstens, weil das Geld dafür an anderer Stelle dringender gebraucht würde. Darauf ist schon hingewiesen worden. Das will ich noch einmal unterstreichen.

Sie schadet aber auch aus einem anderen Grund. Die „Offenbach-Post“ zitiert am 25. September eine Mutter aus Egelsbach mit folgenden Worten: „Damit“ – nämlich mit der Familienkarte – „ist wahrscheinlich auf lange Zeit hin die Chance vertan, eine sinnvolle ‚Familienkarte‘ einzuführen – mit echter Unterstützung der einkommensschwachen oder gerne auch aller Familien mit Förderung von Bildung, Kultur und Vereinssport, wieder gebührenfreien Leihbüchereien oder Zuschüssen zu Nachhilfe oder Schwimmbadeintritt in jedem Ort ...“

Meine Damen und Herren, dem ist wenig hinzuzufügen, außer diesem: Eine solche Familienkarte wäre nur mit den Kommunen zu machen. Das würde aber voraussetzen, dass man den Kommunen die dafür notwendigen Mittel auch tatsächlich zur Verfügung stellt und ihnen nicht auf der einen Seite den KFA zusammenkürzt und auf der anderen Seite sagt, dass Leistungen wie beim Gießen- oder Frankfurt-Pass freiwillig, also im Grunde nicht wirklich nötig sind. Das ist der Kampf, der geführt wird.

Ich will an dieser Stelle einmal darauf hinweisen: Das sind bzw. waren Karten, die vielen Familien in Notlagen tatsächlich geholfen haben. Wir hatten in Gießen einmal die Situation, dass Zuschüsse in Höhe von 75 % auf die Kosten für die Nutzung des ÖPNV, der Schwimmbäder, des Stadttheaters, der Volkshochschule und vieler anderer öffentlicher Einrichtungen bezahlt wurden – bevor eine schwarz-gelbe Koalition in Gießen das zurückgeführt hat. Sie hat es nicht vollkommen gestrichen. Das muss man zu ihrer Ehrenrettung sagen. Aber sie hat die Zuschüsse auf 50 % abgesenkt. Auch das gehört zur familienpolitischen Realität.

Als letzten Grund könnte man sagen, dass mit der Einführung der Familienkarte die Familien in diesem Land über die tatsächliche familienpolitische Kompetenz und Leistungsbilanz der Landesregierung getäuscht werden könnten. Aber diese Gefahr würde ich, so, wie die Dinge derzeit liegen, als eher gering einschätzen.

Eine Bemerkung zum Schluss. Wir haben im letzten Jahr in diesem Hause eine eher seltsame Debatte über den Namen des zuständigen Ministeriums geführt. Die könnte

man jetzt umdrehen: Vielleicht heißt das Familienministerium jetzt deshalb nicht mehr Familienministerium, damit man erst gar nicht auf falsche Gedanken kommt. Denn so wenig der ehemalige Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit eine konsistente Familienpolitik machen durfte, so wenig wird man von dem neuen Sozialminister tatsächlich eine soziale Politik erwarten können. Oder um es mit einem Werbespruch – das passt zu der Debatte – zu sagen: Twix heißt jetzt wieder Raider. Sonst ändert sich nichts. Leider.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Merz. – Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Frau Schott das Wort. Bitte schön, Frau Schott.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Insbesondere meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen: Sie können mir fast leid tun.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Das politische Handeln ist Ihnen abhanden gekommen, und im Gegensatz zu dem, was Herr Rentsch heute Morgen blumig behauptet hat, fehlen Ihnen vor allen Dingen die Inhalte. Herr Rentsch, Sie haben vorhin über gute Erziehung, über Manieren im Parlament – –

(Florian Rentsch (FDP) telefoniert.)

– Herr Rentsch, Sie sprachen doch vorhin darüber, wie sich Menschen im Parlament benehmen sollten. Ich finde, es ist eine Unverschämtheit, dass Sie da sitzen und telefonieren und überhaupt nicht zuhören.

(Florian Rentsch (FDP): Ich darf doch wohl noch meine Telefonate machen, oder? Ich habe wenigstens nicht gestört, sondern leise telefoniert!)

– Ich finde, es ist unverschämte, andere zu maßregeln und selbst nicht nach den selbst aufgestellten Maßregeln zu handeln.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin Schott, Sie haben das Wort.

(Florian Rentsch (FDP): Ich habe Sie nicht gestört!)

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Rentsch, da kann man wirklich dafür dankbar sein, dass Sie einen nicht stören. Das stimmt allerdings.

(Florian Rentsch (FDP): Ich schenke Ihnen gern mein Handy, für das Sie sich so interessieren!)

Sie haben hier vorhin hoch gelobt, dass sich ganz viele Familien für diese Familienkarte interessieren und sie haben

wollen. Das kann ich auch verstehen; das ist eine Rabattkarte,

(Florian Rentsch (FDP): Was ist daran so schwierig?)

mit der man in verschiedenen Firmen preiswerter einkaufen kann. Das ist es de facto, eine Rabattkarte. Damit kann man bei REWE und anderen Läden preiswerter einkaufen. Damit bewegt sich die Regierung genau auf dem Niveau von Shell und Karstadt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Weil Ihnen außer diesen klugen Ideen nichts Besseres einfällt, schreiben Sie zu dieser hochnotpeinlichen Payback-Karte einen Antrag und machen den auch noch zum Setzpunkt.

(Florian Rentsch (FDP): Das hat doch alles schon Herr Bocklet gesagt!)

Ein Setzpunkt, in dem Sie erklärt hätten, wie der Stand des Armuts- und Reichtumsberichts aussieht, wie Sie naturnahen und sanften Tourismus in Nordhessen voranbringen wollen oder ein zukünftiges Konzept für die Weiterentwicklung der Staatsdomäne Beberbeck – –

(Florian Rentsch (FDP): Vielleicht hätte Herr van Ooyen die Rede schreiben sollen!)

– Wie war das mit dem „Sie würden wenigstens nicht stören“, Herr Rentsch? Hören Sie in Zukunft bitte auf, hier andere Menschen zu ermahnen und ihnen zu sagen, wie sie sich hier benehmen sollen. Sie telefonieren und quatschen dazwischen, stellen sich aber hier vorne hin und machen den Oberlehrer.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Judith Lannert (CDU): Das ist ja peinlich! – Holger Bellino (CDU): Schmerzensgeld!)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin, Sie haben das Wort, und das Plenum hört Ihnen zu.

(Lachen der Abg. Judith Lannert (CDU))

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Wenn es Ihnen um die Kinder und die Familien in diesem Land ginge, gäbe es viele Dinge, über die wir hier reden könnten.

(Zuruf von der CDU)

– Das ist doch unglaublich.

Aber dieses Rabattmärchensystem, mit dem Sie sich hier loben, zeigt den traurigen Zustand dieser Landesregierung. Ich hätte versucht, es zu verschweigen, und hätte meine Unfähigkeit, gute Familienpolitik zu machen, nicht auch noch unterstrichen. Wenn ich mir diese gepriesene Karte mit ihren Angeboten näher anschauere, erfahre ich, dass Eltern und Kinder jetzt telefonisch bei Problemen beraten werden können.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir vorher schon!)

Als Sozialpädagogin packt mich da das Grausen, denn ich weiß, dass telefonisch zwar eine Notfallintervention statt-

finden kann, Beratung aber anders geht. Beratung hat etwas mit langfristigen Prozessen zu tun.

(Anhaltende Unruhe – Florian Rentsch (FDP): Also ich höre Ihnen zu, Frau Kollegin!)

– Das ist schön. – Es hat etwas mit langfristigen Prozessen und damit zu tun, dass man Beratungsleistungen kontinuierlich annehmen kann, dass es dafür geschützte Räume und qualifiziertes Fachpersonal gibt.

(Anhaltende Unruhe – Florian Rentsch (FDP): Frau Schott, ich kann nichts dafür, dass Ihnen keiner zuhört!)

– Ehrlich? – Ich habe auch noch einen praktischen Lerntipp für Schüler zur Frage gefunden: Wie lerne ich Vokabeln und baue dafür ein Karteikästchen? Also ich habe das in der Schule gelernt,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

aber vielleicht verlagern wir bald auch noch den Unterricht auf diese Webseite und sparen da dann auch noch ein bisschen ein oder vergeben dafür Rabattmärkchen.

(Helmut Peuser (CDU): Teilzeitbeschäftigte!)

Familienpolitik geht jedenfalls anders, und Familienpolitik für Kinder erst recht. Der Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ basiert auf der UN-Konvention für Kinderrechte. Art. 27 dieser Konvention schreibt fest:

...das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard ...

Sie verpflichtet

Die Vertragsstaaten ... Maßnahmen [zu treffen], um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen ...

Wenn die Landesregierung versucht, diese Aufgabe mit der Familienkarte zu erfüllen, sollten wir hier ernsthaft über den Zustand dieser Regierung diskutieren.

Auf der Webseite der Hessischen Landesregierung bekommen wir einen Babysitterdienst der ÖRAG Service GmbH angeboten. – Warum gerade diesen Servicedienst? Diese Frage meine ich nicht rhetorisch. Ich hätte gern eine ernsthafte Antwort. Wieso empfiehlt die Hessische Landesregierung diesen und keinen anderen Dienst? Auf der Seite der Hessischen Landesregierung macht sich dann eine Seite von Partnern auf, die aussieht wie die Werbebeilage in einer kostenlosen Wochenzeitung, die es allenthalben gibt: REWE, HIPPI, Fraport, „Focus“.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Keine Schleichwerbung!)

Ist das die neue Wirtschaftsförderung der Landesregierung, für die sie jetzt den Werbepart übernimmt? – Herr Minister Hahn, Sie haben vorhin in die Rede von Herrn Bocklet hineingerufen: „keine Werbung“! – Ich wünsche mir, die Regierung würde sich an diese Aufforderung des Justizministers halten, denn sie macht auf einer Landesseite Werbung für diese Firmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortung für Kinder und ihre Familien im Sinne der UN-Kinderkonvention für Kinderrechte geht anders. Die Regelsätze der Bundesregierung für Kinder im Hartz-IV-

Bezug beinhalten vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr für Nahrung und Trinken täglich 2,72 €. Da würde ich auch Rabattmärkchen in Anspruch nehmen. Mit nicht einmal 3 € sollen Eltern ihr Kind satt bekommen, von einer gesunden Ernährung gar nicht zu sprechen. 6,09 € im Monat für die Gesundheitspflege von Kleinkindern sollen diesen einen „körperlichen“ und „sittlichen ... Lebensstandard“ sichern. Mit 40 Cent am Tag für Verkehrsmittel für Jugendliche wollen Sie eine „körperliche, geistige, seelische, sittliche und soziale Entwicklung“ sicherstellen oder auch nur ermöglichen. Dass Sie sich angesichts dieser Wahrheiten dafür loben müssen, Rabattmärkchen zu verteilen, verstehe ich.

Ich fordere die Fraktionen von CDU und FDP auf: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück,

(Lachen der Abg. Judith Lannert (CDU))

oder erklären Sie jetzt und hier, dass Sie diesem Verarmungsprogramm für Kinder und ihren erwerbslosen Eltern im Bundesrat nicht zustimmen werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Werfen Sie einen kurzen Blick auf die sechs Kernpunkte des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland ...“ und lassen Sie uns dabei fragen, bei welchen Bevölkerungsgruppen es jeweils am meisten Probleme gibt, um zu erreichen: Chancengleichheit durch Bildung, frühe individuelle Förderung, Überwindung der Selektivität des Bildungssystems usw., ein Aufwachsen ohne Gewalt, Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen – das finde ich im Umfeld des Frankfurter Flughafens in Bezug auf Kinder eine ganz spannende Frage –, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Entwicklung von Qualitätsstandards für die Beteiligten, die Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder, und dazu gehört für mich auch die Bekämpfung der Ursachen von Kinderarmut als internationale Verpflichtung.

(Zuruf von der Regierungsbank: freie Rede!)

– Es gilt, glaube ich, die Regel, dass die Regierungsbank nicht dazwischenreden sollte.

Die Aufzählung macht deutlich,

(Holger Bellino (CDU): Wer schreibt denn diese Reden, die Sie da ablesen?)

was wir in erster Linie brauchen. Wir brauchen ein Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut, ein Programm zur Unterstützung arbeitsloser Eltern und der mit niedrigem Einkommen, und das gilt auch für Hessen.

Das aktuelle Kinderbarometer Hessen erfasst im Auftrag des ehemaligen Ministers Banzer unter anderem, dass 18 % der Kinder in Hessen von Arbeitslosigkeit in der Familie berichten. Ich finde, das sind die Punkte, denen wir uns annehmen und für die wir ein Programm entwickeln müssen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Kinder sind in Deutschland leider noch immer ein Armutrisiko. Vermutlich ist auch das einer der Gründe, weshalb zwar der Kinderwunsch gewachsen ist, die Zahl der Kinder andererseits tatsächlich nicht wirklich wächst, sondern im Gegenteil eher rückläufig ist.

An der Stelle, denke ich, sollten Sie sich endlich einmal überlegen, was Sie wirklich für Kinder tun wollen, statt diese ausgesprochen peinliche Nummer hier auch noch mit einem Setzpunkt in den Vordergrund zu stellen.

Ich glaube, man muss genau schauen: Was bietet man an Frauenförderung an? Was tut die Landesregierung dafür, dass wir endlich eine Angleichung der Löhne von Männern und Frauen bekommen? Was tut die Landesregierung dafür, dass wir endlich mehr Frauen in Chefetagen haben? Was tut die Landesregierung an diesen Stellen? Das müssen Sie sich fragen lassen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das hat Frau Lautenschläger abgegeben!)

– Ach, richtig, Frau Lautenschläger. Ich vergaß.

Ich denke, es gäbe viele Punkte, wo wir sinnvoll etwas für Familien tun könnten. Ich möchte auch, ehrlich gesagt, diese Karte nicht weiterentwickeln.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin, Sie müssten zum Schluss kommen.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ja, das mache ich sofort.

Über eine Karte können wir reden. Aber dieses kleine Werbeprogramm weiterzuentwickeln, damit Menschen sich dann auch noch Bildung, Teilhabe an kulturellen Dingen einkaufen können – ich weiß nicht, ob ich das ernsthaft weiterentwickeln möchte. Ich glaube, eher nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Wiesmann das Wort. Bitte schön, Frau Wiesmann.

(Helmut Peuser (CDU): Ihr habt eine schöne Koalition! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja, sie hat es schon schwer!)

#### **Bettina Wiesmann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist heute mein Schicksal, dass ich aufgrund einer Fehlinformation und schlechter Orientierung meinerseits die Rednerreihenfolge durcheinandergebracht habe. Das tut mir ausdrücklich leid.

(Holger Bellino (CDU): Alles Gute kommt zum Schluss!)

Familie ist auch Schicksal. Familie ist Schicksal für jeden von uns, die wir mindestens einmal von Eltern erzogen, geprägt, geliebt und geleitet wurden. Wo das alles nicht stattgefunden hat, ist es auch eine Prägung. Schicksal ist Familie aber auch für uns alle zusammen. Sie ist der Kern einer jeden sozialen Ordnung. In ihr beginnt das Zusammenleben mit anderen. Sie ist die erste Erfahrung von Abhängigkeit und Geborgenheit, von Ähnlichkeit und Anderssein, von allein und gemeinsam, von Freiheit und Zwang. Sie ist die erste und wichtigste Schule für Gemeinschaft. In ihr wurzelt fast alles, was uns wert ist: Nächstenliebe, Fürsorge, Verantwortungsbewusstsein, Mitmenschlichkeit.

Familie ist auch systemrelevant. Ohne sie, ohne gelingende Familie ist nicht viel Staat zu machen. Dies gilt nicht nur im handfest-materiellen Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, sondern genauso im Zusammenhang von Auffassungen und Werten. Kinder, auch die der anderen, richten unseren Blick über uns hinaus, bewegen uns zu Wandel und Weiterentwicklung, zur Not auch gegen unseren Willen. Familie ist Quelle von Optimismus und Innovation.

Eines ist sie aber nicht: Sie ist nicht selbstverständlich, und sie gelingt nicht automatisch. Hier beginnt die Aufgabe auch der Politik.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich das hohe Engagement der Landesregierung wie das ihrer Vorgängerinnen für Familien in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Die Familienkarte Hessen setzt ein klares Signal der Wertschätzung und Anerkennung für den bedeutenden Beitrag von Familien zu unserem Wohlergehen und zur Zukunft dieser Gesellschaft.

Jenseits von Anerkennung und Wertschätzung familiärer Sorgearbeit – übrigens nicht nur für Kinder, sondern auch für Pflegebedürftige – geht es uns insbesondere um Wahlfreiheit für Eltern und um das Wohl der Kinder. Eine Voraussetzung dafür, dass Wahlfreiheit ausgeübt werden kann, besteht in einem breiten Angebot von Betreuungsmöglichkeiten. Um Kinder möglichst familiennah und flexibel betreuen zu können, haben wir neben dem Krippenausbau stets einen Schwerpunkt auf die Tagespflege gelegt.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Einen Moment bitte. – Kolleginnen und Kollegen, Gespräche bitte nach draußen verlegen.

#### **Bettina Wiesmann (CDU):**

Das kostenlose Vermittlungsangebot für passgenaue Kinderbetreuung ist ein kleiner, aber nicht unwichtiger Baustein in der notwendigen Infrastruktur. Ich erinnere an die Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen in Hessen am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün: unter 3 %. Aktuell liegen wir bei über 21 %. Mag sein, das erschien in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts nicht allzu vordringlich. Faktum ist, dass der massive Ausbau der U-3-Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Tagespflege in den letzten elf Jahren in Hessen unter christlich-demokratischer Führung und mit maßgeblicher Führung der Freien Demokraten bewerkstelligt worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Eine am Kindeswohl orientierte familienunterstützende Infrastruktur misst sich aber nicht allein an der Quantität des Angebots von Betreuung. Wenn wir die Bedeutung intensiver Bindung zu Beginn für gelingende Bildung von Kindern später mit allen Experten und Entwicklungspsychologen feststellen, heißt das für uns Christdemokraten, dass uns die Qualität besonders wichtig sein muss. Es kommt keineswegs nur auf die Quantität an. Je früher die außerfamiliäre Betreuung beginnt, desto höher muss die Sorgfalt sein, mit der wir sie ausgestalten und auch ausstatten.

Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan 2000 bis 2010 weist genau diesen Weg. Auf seine flächendeckende Einführung verwendet die Landesregierung in der Dekade 2003 bis 2013 vorbehaltlich unserer Entscheidung über die noch bevorstehenden Haushaltsjahre insgesamt über 44 Millionen €.

(Beifall bei der CDU)

Die personelle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen wird mit der Mindestverordnung – ich nehme das Wort in den Mund – auf ein landesweit verbessertes Niveau gehoben und damit die materielle Grundlage für weitere Qualitätsmaßnahmen im Kita-Alltag gelegt. In diesem Jahr stehen 30 Millionen € für im Jahr 2009 vorgenommene Aufstockungen bereit, und es werden signifikant höhere Mittel in der Zukunft sein.

Zu unserem Qualitätsanspruch gehört auch die frühkindliche Sprachförderung. 100.000 hessische Kinder wurden seit 2002 bei der Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse gefördert. 23.000 Erzieherinnen und Erzieher nahmen teil. Im Jahr 2010 gibt es mehr als 320 Anträge auf Förderung. 4 Millionen € werden investiert – nur im Jahr 2010. Hier wollen wir noch mehr tun und die Sprachförderung einschließlich Sprachstandserfassung und Vorlaufkursen in ein umfassendes Konzept zur qualifizierten Schulvorbereitung einpassen.

Uns Christdemokraten ist sehr bewusst: Je jünger ein Kind, desto entscheidender die Rolle der Eltern für seine Entwicklung. Wer Kinder fördern will, muss Eltern fördern und unterstützen, sie aber auch ernst nehmen und fordern. Deshalb wendet sich der Bildungs- und Erziehungsplan ganz bewusst auch an die Eltern.

(Beifall bei der CDU)

Elterliche Sorge und Sorgfalt setzen den Willen und die Fähigkeit zur Verantwortung voraus. Es gibt Eltern, die damit überfordert sind – aus vielen Gründen. Einkommensverhältnisse können ein Grund sein. Häufiger noch sind Bildungsferne, Desinteresse, Unsicherheit das Problem. Gezielte Elternarbeit durch Information und Beratung bis hin zur praktischer Hilfe und materieller Unterstützung gibt hierauf die richtige Antwort.

(Lisa Gnadl (SPD): Das leistet die Familienkarte?)

– Ich komme dazu. – Wir wollen frühzeitig bei den Familien ansetzen und entstandene Probleme nicht irgendwann in der Schule abladen. Wir sehen Schule nicht als Regelerwerbsbetrieb für überforderte Familien, weil sie das nicht sein kann, weil sie das nicht leisten kann. Sie muss es auch nicht sein, wenn wir in der Familienpolitik unsere Hausaufgaben machen.

Deshalb – jetzt komme ich darauf – wollen wir frühzeitig in Elternbildung investieren durch Kompetenztraining für Eltern gleich nach der Geburt ihres Kindes, durch den Aufbau eines hessenweiten Netzes von Familienzentren, angedockt an Kindertageseinrichtungen. Das wurde schon angesprochen. Dies ist ein Vorhaben dieser Legislaturperiode. Wenn ich zu Hause gedrängt werde, sage ich immer: Könnt ihr das Wort Geduld buchstabieren? – Einige hier im Raum können es offensichtlich nicht. Hieran wird gearbeitet, und das werden wir alle noch feststellen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Gerhard Merz (SPD): Buchstabieren kann ich es schon, aber ich habe nur wenig davon!)

– Sie sind ja auch in der Opposition. Das ist Ihr Problem.

Wir wollen außerdem in aufsuchende Elternarbeit investieren, wie wir sie z. B. in Person von Familienhebammen in Hessen bereits praktizieren.

Die Familienkarte Hessen setzt auch auf diesem Feld einen weiteren Akzent. Mit der Säule Elternratgeber wird das bundesweite Elterntelefon mit regional erweiterten Sprechzeiten und einer Online-Beratung für Eltern und Jugendliche zu vielfältigen Fragen angeboten. Dies ist ein guter Schritt. Es ist ein Schritt, weil Eltern und Jugendlichen eine von überall erreichbare Anlaufstelle offeriert wird. Es ersetzt nicht andere Beratungsleistungen, aber es ergänzt sie, und das sollte man anerkennen.

Ich bin Ihnen, liebe Kollegen von den GRÜNEN, auch für Ihren Antrag dankbar und möchte dazu noch ein paar Worte sagen.

Punkt eins. Wir stimmen Ihnen zu: Familienfreundliche Rahmenbedingungen sind wichtig – uns auch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Punkt zwei. Wir teilen jedoch nicht Ihre eher schlichte Analyse, es würden zu wenige Familien-Euros in Hessen ausgegeben. Richtig ist: Das Budget der Landesregierung allein für die Betreuung der unter Sechsjährigen beträgt in diesem Jahr über 300 Millionen €.

(Florian Rentsch (FDP): Wahnsinn!)

Ich erwähne nicht den Betrag, den Sie 1999 dafür ausgegeben haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Er hatte einmal eine Stelle weniger. 2011 soll der Betrag sogar noch weiter steigen, obwohl fast alle Ressorts einen erheblichen Sparbeitrag erbringen müssen. Nebenbei gesagt: Ich lobe die Landesregierung für diese Prioritätensetzung und ihre Projekte, aber ich teile nicht die Unterstellung, jeder Familien-Euro sei von vornherein überlegen investiert. Die gilt für Familien-Euros ebenso wenig wie für Bildungs-Euros. Man muss sich schon die Mühe machen und genau hinschauen, für was sie eingesetzt werden. Ihre Rechnung: „Mehr Geld in die Familienpolitik ergibt mehr Kinder in Hessen“ widerspricht der Erfahrung und ist unter Ihrem Niveau.

Ad 3. Ihre Bewertung unserer familienpolitischen Anstrengungen ist verkürzend und tendenziös. Es ist unfair, Hessen in der U-3-Betreuung mit den neuen Bundesländern zu vergleichen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Warum?)

– In diesen Bundesländern ist aus der Zeit der einstigen DDR-Vollversorgung ein Erbe vorhanden, das heute teilweise sogar ungenutzt bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Was Sie als „Platz 9 aller Bundesländer“ abtun, ist ein Spitzenplatz unter den vergleichbaren westdeutschen Flächenländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes habe ich Stellung genommen. Wir schreiten voran. Am Ende wird das Ergebnis auch Ihnen gefallen. MVO-Landesmittel fließen, wenngleich spät, noch in diesem Jahr, und die Zahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher wird überall aufgestockt. Hier wird auch die

erweiterte Definition des Begriffs „Fachkraft“ in der Mindestverordnung helfen.

Ad 4. Ich habe Ihnen dargelegt, welchen Stellenwert die einzelnen Säulen der Familienkarte für die CDU-Fraktion besitzen. Sie vermissen noch meine Äußerung zur Rabattkomponente. Sie kritisieren sie, verlangen aber ihre Weiterentwicklung mit weiteren Rabattkomponenten im Bereich Bildung und Freizeit. Diese Komponenten gibt es aber in der Mehrzahl schon jetzt.

(Zurufe von der SPD)

Ich lese Ihnen einen kurzen, aber repräsentativen Auszug vor: Erlebnispark Steinau an der Straße, Fraport, Hessische Zentrale für politische Bildung, Kulturregion Frankfurt am Main, Museumslandschaft Hessen-Kassel, Offenbacher Fußballklub, Opel-Zoo usw. Über die Hälfte der Partner bewegen sich in diesem Spektrum.

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Bettina Wiesmann (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Die Familienkarte Hessen illustriert wesentliche Grundzüge einer engagierten christlich-demokratischen Familienpolitik, die Familien anerkennt, ihre schwächsten Mitglieder, die Kinder, im Auge hat, die Eltern ernst nimmt, entlastet und unterstützt und für diese Ziele auch privates und gemeinnütziges Engagement mobilisiert. Dass über 40.000 Anträge schon vor dem Start der Familienkarte gestellt wurden, zeigt: Die Karte trifft die Bedürfnisse der Familien in diesem Land. Wir sollten dies zur Kenntnis nehmen und die Landesregierung bei der weiteren Ausgestaltung des Familienlandes Hessen im beschriebenen Sinne anspornen und unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Wiesmann. – Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Grüttner das Wort. Bitte schön.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat deutlich gemacht, dass es einen Punkt gibt, an dem wir uns alle wahrscheinlich einig sind: Die Familienpolitik ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen der Zukunft und der Gegenwart.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir sind uns vielleicht auch noch darin einig, dass Kinder und Familien das Fundament der Gesellschaft und eigentlich unsere Zukunft darstellen. Alle Investitionen in die Familien sind daher auch Investitionen in die Zukunft. Die Zukunftsfähigkeit unsere Gesellschaft hängt schlicht und einfach davon ab, wie die Kinder aufwachsen können, wie sehr Familien wertgeschätzt werden und ob eine Politik betrieben wird, die versucht, diese Wertschätzung in unterschiedlichsten Facetten zum Ausdruck zu bringen.

Es ist das Anliegen der Hessischen Landesregierung, die richtigen Rahmenbedingungen für die Familien zu schaffen, damit sich deren Lebensumfeld so gestaltet, dass sie sich wohlfühlen, dass sie gerne in Hessen leben, dass sie Hessen als familienfreundlich ansehen, dass sie sich deshalb mit dem Land Hessen identifizieren. Dazu gehört ein unglaublich breites Maßnahmenbündel, das Gegenstand auch der Familienpolitik in unserem Lande ist und von der Mehrheit dieses Hauses bisher getragen worden ist.

Das kann man unter „familienpolitische Offensive“ oder „familienpolitische Maßnahme“ subsumieren. Festzustellen ist doch, dass sich in den letzten Jahren das Lebensumfeld und die Möglichkeiten für Familien in Hessen schlicht und einfach verbessert haben. Es sind doch eine ganze Menge Fortschritte zu nennen, die auch heute schon angesprochen worden oder quasi immer Gegenstand der Debatte sind.

Da ist beispielsweise die Fragestellung der Kinderbetreuung. Wir freuen uns, dass es dem Land Hessen im Konzert mit den anderen Ländern gelungen ist, dem Bund Umsatzsteuerpunkte abzuluchsen. Die Mittel sind jetzt bei uns angekommen, und wir können damit die Plätze für die Betreuung der unter Dreijährigen ausbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da reden wir doch nicht über Landesmittel, sondern freuen uns, dass wir das Geld zur Verfügung haben, mit dem wir das machen können. Wir legen einen Schwerpunkt auch auf die Erweiterung der Tagespflege. Natürlich planen wir Familienzentren. Die Tatsache, dass Sie diesbezüglich keine Geduld haben, ist ja in Ordnung, aber Sie werden sich in Geduld üben müssen. Was für die Familienzentren an finanzieller Unterstützung zur Verfügung steht, müssten Sie, Herr Merz, eigentlich wissen. Sie sind der Haushaltsgesetzgeber, und Sie können einen Haushaltsplan lesen. Deshalb wissen Sie, wie viel Geld für die Entwicklung der Familienzentren im Haushalt steht.

Wir machen natürlich auch Unterstützungs- und Beratungsangebote. Keiner von Ihnen hat den Familienatlas als Bestandteil einer wesentlichen Informations-, aber auch Unterstützungspolitik für Familien oder Maßnahme für Familien, wie z. B. die Erzieherkampagne, erwähnt. Nein, Sie konzentrieren sich auf einen Aspekt der Familienpolitik in Hessen, nämlich die Familienkarte.

(Widerspruch bei der SPD)

– Darauf konzentriert man sich. – Sie sind an dieser Stelle auf den zweiten Punkt des Antrags von CDU und FDP eingegangen. Ihre Fragestellung im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit, die Sie in der letzten Zeit betrieben haben, lässt aber nur einen Schluss zu. Sie ärgern sich maßlos, dass Sie die Familienkarte nicht einführen konnten und an dieser Stelle bisher keine Ideen hatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit der Kritik, die sowohl Sie, Frau Schott, als auch Herr Bocklet geäußert haben, diskreditieren Sie – Stand von gestern – 52.541 Familien, die die Familienkarte schon beantragt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Mit dieser Karte erreichen wir über 85.000 Familienmitglieder und über 161.000 Menschen in Hessen insgesamt. Diese Menschen diskreditieren Sie mit Ihrer Diskussion über die Familienkarte.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Bocklet, es ist natürlich relativ einfach, eine solche Debatte auf Pinkelniveau zu führen, wie Sie es getan haben. Das will ich einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihren Redebeiträgen, in Ihren Presseerklärungen behaupten Sie, was man mit der 1 Million €, die die Familienkarte kostet, in Hessen alles machen könnte. Rechnen Sie einmal um, wie viele Krippenplätze man für 1 Million € schaffen könnte. Aber es geht ja gar nicht darum, was wir geschafft haben.

Wir zahlen eine Unfallversicherung für Kinder, deren Familien sich das nicht leisten können. In Zusammenarbeit mit einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen, das Teil der Sparkassenorganisation ist, bieten wir Eltern Hilfestellung an, wenn kurzfristige Betreuungsnotstände eintreten. Natürlich gehören dazu auch Rabattaktionen. Auch hinsichtlich der Fragestellung der Elternkompetenz müssen wir noch weiterarbeiten. Aber selbst dann, wenn wir das gesamte Paket fertig gehabt hätten und dann mit der Familienkarte gekommen wären, wäre Ihnen wahrscheinlich doch irgendetwas eingefallen, was noch fehlt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Warum geben Sie der Familienkarte keine Chance, sich weiterzuentwickeln? Sie kann sich doch auch in der Richtung weiterentwickeln, dass noch weitere Angebote kommen. Es ist z. B. über eine Bildungschipkarte diskutiert worden. Natürlich kann man auch da Überlegungen anstellen, welche weiteren Angebote in diesem Bereich gemacht und entsprechend weiterentwickelt werden können. Herr Bocklet, wenn Sie und Ihre Fraktion jetzt sagen, dass man das machen kann, dass das wichtig wäre und dass das auf den Markt kommen müsse, dann müssten aber auch Sie Geld in die Hand nehmen, um diese Karte zu drucken. Diese Kosten sind in der 1 Million € aber enthalten, die für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgegeben werden. Wenn Sie über 80.000 Karten drucken, dann kostet das ein paar Euro. Das ist alles in dem Betrag schon drin.

Daher sage ich Ihnen: Was mit einem Betrag von 1 Million € an Anerkennung und an Leistungsstruktur für einen Zeitraum von zwei Jahren für die Familien in Hessen geschaffen worden ist und geschaffen wird, kann sich sehen lassen. Das kann keiner kleinreden, auch kein öffentlich-rechtlicher Sender, der sich darüber ärgert, dass ein privater Sender die Patenschaft für die Familienkarte mit übernommen hat.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Wenn ein privater Sender 160 Spots kostenfrei schaltet, um die Familienkarte zu bewerben, danken wir dafür, und dann akzeptieren wir auch den einen oder anderen kritischen Kommentar der Öffentlich-Rechtlichen. Das sage ich auch als ehemals für die Medienpolitik in Hessen zuständiger Minister.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Letztendlich geht es nur darum, dass wir bei dem vorhandenen Bedarf die Chance haben, dies in Zukunft weiterzuentwickeln – neben all den familienpolitischen Maßnahmen, die ergriffen worden sind und über die wir auch gern im Einzelnen diskutieren können. Dann wissen die

Leute, dass wir das Lebensumfeld und die Bedürfnisse von Familien ernst nehmen und versuchen, Hessen als familienfreundliches Land weiterzuentwickeln.

So positioniert haben wir es bereits als familienfreundliches Land. Nun müssen wir es weiterentwickeln und sehen, welche Angebote, möglicherweise auch über eine Familienkarte, auf den Weg gebracht werden können. Dass wir daneben Kinderbetreuung, Familienzentren sowie unterstützende und beratende Leistungen in unserem Fokus haben, gibt Ihnen noch lange nicht das Recht, 52.541 Besitzer von Familienkarten zu diskreditieren, indem Sie auf diese billige Art und Weise darüber diskutieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist keine Familienpolitik, in der wir uns wiederfinden und über die wir uns gern mit Ihnen auseinandersetzen. Es handelt sich bei Ihnen einfach nur um Angst und auch um den Ärger darüber, dass Sie an dieser Stelle eigene Versäumnisse erkennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Staatsminister Grüttner. – Das Wort hat Herr Kollege Merz, SPD-Fraktion.

#### **Gerhard Merz (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich wollte mich eigentlich nicht mehr melden, da ich nach dem Beitrag der Kollegin Wiesmann milde gestimmt war, wie ich es meistens bin, wenn sie hier spricht. Das, was sie gesagt hat, war auch überwiegend klug, hatte aber bedauerlicherweise – oder Gott sei Dank, wenn man so will – nicht viel mit dem zu tun, was der Gegenstand dieser Debatte hätte sein sollen, nämlich die Familienkarte. Dazu habe ich von Ihnen relativ wenig gehört.

Mit den allgemeinen Ausführungen zur Familienpolitik könnten wir Familienpolitiker ziemlich viel anfangen. Wenn wir die Debatte so ausgerichtet hätten, wie sie am Schluss von Ihnen geführt worden ist, hätten wir vielleicht sogar etwas Vernünftiges daraus machen können.

Leider ist das anders gelaufen. Leider hatte, wie gesagt, Ihre Rede mit der Familienkarte relativ wenig zu tun. Schließlich kommt der Begriff „Familienkarte“ in dem Antrag dreimal vor, z. B. im Titel. Sie kommt auch an anderen Stellen vor. Darum geht es nämlich eigentlich. Darüber haben Sie bedauerlicherweise nicht geredet. Aber wir haben darüber geredet; denn darum, Herr Minister, sollte es gehen.

Ich sage Ihnen zweierlei. Erstens. Wir sind schon deshalb nicht neidisch, weil wir auf den Gedanken zunächst einmal gar nicht gekommen sind. Ich will Ihnen noch einmal sagen: Auf so einen Gedanken wäre ich – wäre die SPD – nicht gekommen.

Zweitens. Das ist der eigentliche Anlass dafür, dass ich mich noch einmal gemeldet habe: Ich lasse es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie hier behaupten, die Kritik an der Familienkarte sei identisch mit einer Kritik an den Menschen, die sie beantragen. Das ist eine völlig unzulässige und falsche Schlussfolgerung. Wir kritisieren noch nicht einmal die Anbieter. Ich habe das nicht gemacht. Die Kollegen von den GRÜNEN haben das, soweit ich das überblicken kann, auch nicht getan. Auch sonst hat niemand

die Anbieter von Leistungen im Rahmen der Familienkarte kritisiert.

Wenn ich ein Geschäftsmann wäre, würde ich das wahrscheinlich auch machen. Wenn ich ein Geschäft hätte, würde ich diese Plattform nutzen, genauso wie ich als Kunde Möglichkeiten nutze, billiger zu Waren und Dienstleistungen zu kommen. Ich selbst bin Besitzer von zwei oder drei Kundenkarten.

(Zurufe von der CDU)

– Ja natürlich, was denn sonst? Ich vergesse sie meistens; das ist aber eine andere Frage.

Aber das ist hier nicht der Punkt. Die Kritik an dieser Karte ist eine Kritik an der Landesregierung. Sie ist eine Kritik daran, dass hier – ich wiederhole das – eine Show veranstaltet worden ist. Aber sie ist keine Kritik an den Anbietern von Vergünstigungen, und sie ist schon gar keine Kritik an denjenigen, die sie in Anspruch nehmen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Kollege Merz. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Bocklet zu Wort gemeldet.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, mir geht es in der Sache genauso wie meinem Vorredner. Wir haben hier diejenigen aufgezählt, die Sie zusammengebracht haben, um Leistungen über die Familienkarte bereitzustellen. Das haben wir uns angeschaut. Wir haben das sehr genau gemacht. Ich habe nämlich meinen Mitarbeiter prüfen lassen,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

welche Vergünstigungen Familien eigentlich haben, wenn sie keine Familienkarte besitzen. Sie werden merken, dass der Unterschied zwischen den Vergünstigungen für Familien, die keine Familienkarte haben, und den Vergünstigungen für Familien, die eine solche Familienkarte besitzen, zum Teil verschwindend gering ist oder überhaupt nicht existiert.

Das hat man also gemacht: Man hat bei Unternehmen angerufen und sie gebeten, dabei mitzumachen. Die Angebote sind dann zusammengefasst worden. Ich habe es vorhin schon einmal gesagt.

Wir haben dann die Angebote aufgezählt und auf ihre Qualität hingewiesen: Familien haben die Möglichkeit, zu einem Juwelier zu gehen und eine Angelausrüstung zu bekommen. Bei REWE wird auf die Eigenprodukte Rabat gegeben, und man kann kostenlos auf die Toilette gehen. Wenn man nicht erträgt, dass daran Kritik geübt wird, weil das, was die Leute eigentlich benötigen, nicht bereitgestellt wird – wenn also Kritik an der Qualität der Angebote geübt wird –, hat man wirklich ein dünnes Fell. Dann ist man erwischt worden. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Was habt ihr denn gemacht?)

– Wer hat „Was habt ihr denn gemacht?“ gerufen? Herr Kollege, als Oppositionspolitiker können wir das nur fest-

stellen. Sie sind diejenigen, die handeln. Wir stellen nur fest, dass Sie private Anbieter fragen, die Rabatte geben, die sie im Übrigen auch so geben würden. Sie fassen Angebote zusammen, die es sowieso gab. Die Kritik daran ist, dass das Ganze 1 Million € kostet.

Als Frankfurter möchte ich jetzt einer Frankfurterin sagen: Sehr geehrte Frau Wiesmann, wir haben in Frankfurt den Frankfurt-Pass.

(Minister Stefan Grüttner: In Frankfurt ist das eine andere Situation!)

– Herr Minister Grüttner, ich weiß nicht, ob Sie als Offenbacher wissen, dass wir in Frankfurt einen solchen Pass haben. Wir kämen aber sicherlich nicht auf die Idee, die 12 Millionen €, die wir in Frankfurt dafür ausgeben, zu verwenden, um für Rewe, für Aral und für andere Werbekampagnen zu organisieren. Vielmehr geben wir das Geld dafür aus, dass in Frankfurt einkommensschwache Familien – nicht nur Hartz-IV-Empfänger – gratis oder vergünstigt in Schwimmbäder und Museen gehen, in Sportvereine eintreten und Musikschulen besuchen können. Dafür geben wir in Frankfurt unser Geld aus, und das ist auch notwendig.

Deswegen sagen wir: Das, was Sie begonnen haben, muss man mit einem Schuss Ironie zur Kenntnis nehmen. Diese Firmen haben Sie zusammengebracht. Die Angebote sind nicht immer sinnvoll. Sie sind aber vorhanden.

Ich würde die Familienkarte nicht abschaffen. Ich würde das Programm nicht einstellen, sondern ich sage – Herr Minister, damit beantworte ich auch Ihre Frage –: Die Summe, die Sie dafür bereitstellen, würde ich nutzen, um mit den Vertretern der Kommunen darüber zu reden, wie man das Angebot vergrößern kann. Den Vertretern der Stadt Frankfurt würde ich den Vorschlag machen, das Angebot des Frankfurt-Passes und das der Familienkarte zusammenzuführen. Ich würde vorschlagen, andere Payback-Karten zusammenzuführen. Ich würde mit den Vertretern von Musikschulen, Schwimmbädern und Museen reden. Das ist das, was viele Familien nicht bezahlen können.

Deswegen haben wir den Gedanken aufgegriffen, den Herr Rentsch für die FDP geäußert hat. Er besagt: Entwickeln Sie das doch weiter; nehmen Sie es, wie es ist. – Herr Merz, ich und andere, wir alle zucken mit den Schultern und sagen: Es ist, wie es ist. Aber wir entwickeln das weiter in Richtung auf mehr Qualität und nehmen das Geld nicht dafür, um für private Firmen eine Werbekampagne zu organisieren. Vielmehr gehen wir mit diesen Mitteln so um, dass wir die Bedürfnisse befriedigen, die tatsächlich dringend befriedigt werden müssen und auch pädagogisch richtig sind, nämlich Musik, Kultur und Sport. Das muss jetzt das Ziel sein.

Herr Minister, deswegen ist das nicht eine Beschimpfung von 52.000 Familien, die dieses Angebot in Anspruch nehmen. Ich habe eine E-Mail von einem Betroffenen bekommen, in der es heißt – ich habe sie sogar an den entsprechenden Kollegen von der Opposition weitergeleitet –: Ich habe diese Familienkarte und bin enttäuscht, was ich dafür eigentlich geboten bekomme.

Mit dieser Enttäuschung müssen wir umgehen, indem wir sagen: Jetzt machen wir ein qualitativ hochwertiges Angebot daraus. – Das ist eine konstruktive Beteiligung der Opposition. Wir beschimpfen niemanden und lehnen es nicht in Bausch und Bogen ab. Wir wollen vielmehr, dass diese Familienkarte sinnvoll weiterentwickelt wird. Neh-



men Sie das ernst, und gehen Sie diesen Weg mit uns gemeinsam. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Wiesmann das Wort.

**Bettina Wiesmann (CDU):**

Herr Merz, Sie haben bemängelt, ich hätte mich nicht zum Thema unseres Antrags geäußert. Das weise ich zurück. Sie hätten vielleicht doch etwas aufmerksamer zuhören sollen. Auch das kenne ich vom Abendbrotstisch: Es klappt einfach nicht.

(Beifall bei der CDU)

Erstens. Unser Antrag trägt die Überschrift „Schwerpunkt Familienpolitik“, und dann folgt die Sache mit der Familienkarte. Ich habe mir erlaubt, den Zusammenhang zwischen der hessischen Familienkarte und unserer Familienpolitik herauszustellen, die wir als eine Schwerpunktaufgabe in dieser Legislaturperiode betrachten. Ich habe das so gemacht, wie ich es für richtig halte.

Zweitens. Die Familienkarte hat vier Säulen. Drei davon habe ich explizit erwähnt. Die Darstellung der vierten Säule kann ich gern nachschieben. Die Vermittlung von Betreuungsplätzen kann doch nur richtig sein. Das ist ein zusätzliches Informationsangebot, das rund um die Uhr zur Verfügung steht. Seit wann ist es für die Sinnhaftigkeit ausschlaggebend, wer es macht und mit wem zusammen gearbeitet wird? – Das ist das eine.

Die zweite Säule ist der Elternratgeber. Das entspricht nicht der Reihenfolge im Konzept, aber es ist die zweite Säule, die ich jetzt nenne. Der Elternratgeber steht im Zusammenhang mit dem aus meiner Sicht absolut vordringlichen Bemühen, Eltern in schwierigen Situationen, bei schwierigen Herausforderungen und ihren Jugendlichen obendrein zur Seite zu stehen. Ich habe es schon gesagt: Das kann andere Angebote nicht ersetzen. Es kann sie aber sinnvoll ergänzen. Das ist nicht kritikwürdig, sondern unterstützenswert.

Drittens. Dabei geht es um die kostenlose Unfallversicherung für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr und den betreuenden Elternteil für drei Jahre, also so lange, bis er in den allermeisten Fällen wieder arbeiten geht. Auch damit werden die Eltern entlastet.

Das enthebt nicht der Verantwortung, sich die Frage zu stellen, ob man sie nicht auch noch anderweitig entlasten muss. Das tun wir an anderer Stelle auch. Aber es ist ein weiteres Mosaiksteinchen in einem sinnvollen Zusammenhang.

Viertens möchte ich noch einmal auf die Rabattaktionen zu sprechen kommen. Ich verstehe das schon. Es ist nicht schön, darüber zu reden, dass Menschen ein Stück weit dem Vorteil nachjagen oder sich darum bemühen, ihre Einkommenssituation zu verbessern. Andererseits frage ich: Was ist daran eigentlich unredlich? – Daran ist gar nichts falsch.

Damit werden Familien, über deren Portemonnaie wir schon intensiv und kritisch beraten haben – das letzte Mal erst heute Morgen –, ganz konkret entlastet. Das reicht

über das hinaus, was die Regierung an anderer Stelle macht, indem private Partner für diesen Gedanken gewonnen werden. Daran ist per se erst einmal gar nichts falsch.

Es ist nicht das Einzige, was wir für die Familienpolitik tun. Es ist auch nicht das, was wir im Wesentlichen als Ergänzung fordern. Es handelt sich um einen Mosaikstein in einem sinnvollen Gesamtzusammenhang.

Eines möchte ich auch noch sagen. Dabei geht es um die Weiterentwicklung. Wie bekannt ist, bin ich persönlich nicht davon überzeugt, dass die Weiterentwicklung zur Bildungskarte der richtige Weg ist. Ich glaube aber sehr wohl, dass die Vernetzung der familienbezogenen Vergünstigungen hessenweit eine sinnvolle Weiterentwicklung wäre.

(Beifall bei der CDU)

Daran kann gerne gemeinsam gearbeitet werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin Wiesmann, schönen Dank. – Damit sind wir am Ende der Beratung angekommen. Beide Anträge sollen dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Das ist hiermit so geschehen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 71** auf:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Abschluss einer Regionalpartnerschaft des Landes Hessen mit der türkischen Provinz Bursa – Drucks. 18/2911 –**

Als Erster hat sich Herr Kollege Tipi zu Wort gemeldet. – Herr Tipi, Sie haben das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

**Ismail Tipi (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sevgili Bursalilar, kardesliginizden mutluluk duyuyoruz. Das bedeutet: Liebe Freunde in Bursa, wir freuen uns auf die Partnerschaft mit euch.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie dem Stenografischen Dienst erklären! – Heiterkeit)

– Ich werde die Niederschrift weitergeben. – Die türkische Provinz Bursa ist der richtige Partner für die Regionalpartnerschaft des Landes Hessen. Sie bietet für beide Seiten tolle Chancen und Möglichkeiten.

Zwischen dem Land Hessen und der Provinz Bursa gibt es bereits vielfältige Anknüpfungspunkte. Seit 39 Jahren besteht eine erfolgreiche Städtepartnerschaft zwischen Bursa und Darmstadt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Daraus ist unter anderem eine Hochschulpartnerschaft bzw. eine Kooperation zwischen der Hochschule in Darmstadt und der Universität in Bursa hervorgegangen.

Zudem bietet die Provinz Bursa, die rund 100 km südlich von Istanbul an der Küste des Marmarameers liegt, zahlreiche kulturelle und historische Sehenswürdigkeiten. Wegen ihrer grünen Landschaft auch grünes Bursa genannt, war diese schöne Stadt viele Jahrzehnte lang die Hauptstadt des Osmanischen Reiches. Insbesondere die Nähe zu Istanbul ist für das kulturelle Leben vorteilhaft.

Darüber hinaus verbindet die Region Bursa mit Hessen ihre enorme Wirtschaftskraft. Sie ist hinter Istanbul die zweitstärkste Wirtschaftsregion der Türkei. Dort sind so bedeutende Sektoren wie der Automobilbau, die Stahl- und Textilindustrie, der Maschinenbau und die Pharmazie angesiedelt. Deutsche Unternehmen sind in der Region seit über 100 Jahren tätig. Darunter befinden sich auch sehr Bekannte. Viele hessische Unternehmen unterhalten zudem wirtschaftliche Kooperationen. Eine Regionalpartnerschaft wird diesen Austausch weiter fördern und kann, wie ich meine, für die hessische Wirtschaft der Türöffner für die Märkte des nahen und mittleren Ostens sein.

Daneben verfügt Bursa über ein großes Potenzial bei den erneuerbaren Energien. Hier sind vor allem Windkraft und Geothermie zu nennen.

Nicht zuletzt ist diese Regionalpartnerschaft auch unter dem Aspekt der Integration besonders wichtig. Rund 180.000 türkischstämmige Bürgerinnen und Bürger haben in Hessen ihre Heimat gefunden. Die Partnerschaft kann daher nicht nur dazu beitragen, die Verständigung zwischen Hessen und Türken weiter zu fördern. Vielmehr kann sie den türkischstämmigen Einwohnern in Hessen zeigen, dass die Landesregierung einen engen Austausch mit ihrer ursprünglichen Heimat haben möchte. Dadurch können bestehende Vorurteile weiter abgebaut werden. Daneben kann die Akzeptanz und das Kennenlernen der jeweils anderen Kultur und anderen Lebensweise gefördert werden.

Bursa ist nicht nur kulturell und historisch eine interessante Region. Sie ist auch eine der wichtigsten Wellnessoasen in der Türkei. Einige der mehr als 300 sogar weltberühmten Thermalquellen befinden sich in Bursa.

Bursa ist außerdem die bekannte Wintersportregion der Türkei. Das Uludag-Gebirge bietet gut ausgebaute Skipisten für jedermann.

Die Region Bursa ist aber auch für ihre Gaumenfreuden und Spezialitäten sehr bekannt. Dazu zählt der Iskender-Kebab. Das ist übrigens eine Dönerspezialität, die mit dem in diesem Lande bekannten Döner nicht zu vergleichen ist.

Aus Bursa stammen auch die kandierten Kastanien oder Maronen, die ich vorhin an ihren Plätzen verteilt habe. Ich hoffe, sie schmecken Ihnen. Wenn Sie einmal in der Region sein sollten, können Sie von Ihnen essen.

(Beifall)

Allen urlaubsreifen Abgeordneten möchte ich noch einen Tipp geben. Seit dem 1. August 2010 fliegt die Lufthansa dreimal wöchentlich nonstop von München nach Bursa. Mit einem Umstieg wird es hoffentlich auch nicht schwer sein, unsere neue Partnerregion aus Frankfurt zu erreichen.

Ich begrüße ausdrücklich den geplanten Abschluss einer Regionalpartnerschaft des Landes Hessen mit der türkischen Provinz Bursa. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege Tipi, schönen Dank. – Das war Ihre erste Rede. Ich darf Sie dazu im Namen des gesamten Hauses beglückwünschen.

(Beifall)

Das Wort erhält jetzt Herr Kollege Reuter für die SPD-Fraktion. – Herr Reuter, bitte schön.

#### **Dr. Michael Reuter (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Meine Fraktion freut es sehr, dass wir fraktionsübergreifend einen Konsens des Hauses über eine Partnerregion in der Türkei gesucht und gefunden haben. Denn ich glaube – auch hierin sind wir sicherlich einig –, dass es der Sache nur geschadet hätte, wenn die Suche nach einer Partnerregion in einem parteipolitischen Streit geendet hätte.

Herr Staatsminister Hahn, die Mitglieder meiner Fraktion unterstützen Sie auch darin, dass Sie, wie Sie in Ihrer Pressekonzferenz ausgeführt haben, in der Kooperation mit Bursa eine Etappe auf dem Weg zur Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union sehen. Dass dieser Weg nicht einfach sein wird, haben uns nicht zuletzt die diversen Gespräche deutlich gemacht, die wir auf unserer Delegationsreise im Juli dieses Jahres geführt haben.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, einen Moment bitte. – Ich darf noch einmal um die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Plenums für den Redner bitten.

#### **Dr. Michael Reuter (SPD):**

Offene Fragen sind aber dazu da, dass man Antworten auf sie findet.

Ich bin mir sicher – da bin ich bei meinem Kollegen Ismail Tipi –, dass wir mit der Auswahl der Region Bursa die richtige Entscheidung getroffen haben. Dieser Meinung bin ich nicht zuletzt deshalb, weil die Stadt Darmstadt bereits seit 40 Jahren eine Partnerschaft mit der Stadt Bursa pflegt und erfolgreich lebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich das richtig sehe, ist Hessen das erste deutsche Flächenland, das eine Partnerschaft mit einer türkischen Region eingeht. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD, der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie des Abg. Horst Klee (CDU))

Es wird natürlich von deutscher wie von türkischer Seite genau beobachtet werden, wie sich diese Partnerschaft entwickelt. Mit unserem gemeinsamen Antrag machen wir deutlich, dass das gesamte Haus diese Partnerschaft will. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Den ersten Schritt machen wir heute gemeinsam. Auch ist uns allen klar, dass das, was protokollarisch durch die Landesregie-

zung oder den Bundespräsidenten besiegelt werden wird, mit Leben und Aktivitäten erfüllt werden muss. Es genügt nicht, dass Regierung und Parlament etwas beschließen – nein, solche Beschlüsse können nur Basis von Partnerschaften sein.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass in unserem gemeinsamen Antrag auch darauf hingewiesen wird, dass unsere Partnerschaft als Beitrag zur Verständigung von Hessen und der Türkei sowie der besseren Integration der 180.000 Menschen mit türkischstämmigen Wurzeln, die in Hessen leben, verstanden werden soll.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn unsere Partnerschaft zum Abbau von Vorurteilen, zur Akzeptanz einer anderen Kultur und anderen Lebensentwürfen, wie dies in unserer Begründung steht, beitragen würde, dann wäre dies ein großer Erfolg. Aber es funktioniert nur, wenn Menschen aus Hessen – aus Vereinen, Verbänden, Unternehmen, Hochschulen und Institutionen oder einfach Privatpersonen – mit Menschen in Bursa zusammenkommen.

So hoffen wir, dass möglichst viele Menschen aus Hessen und Bursa diese Chance des Kontaktes nutzen werden. Wenn viele so in Kontakt mit anderen treten – auch da stimme ich dem Kollegen Ismail Tipi zu –, wird es am Ende des Tages sicherlich auch eine direkte Fluglinie von Frankfurt nach Bursa und nicht nur von München aus geben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Reuter. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Mick das Wort.

#### **Hans-Christian Mick (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist schon vieles gesagt worden. Ich möchte noch auf ein paar andere Aspekte eingehen. Wir sind uns alle bewusst, dass die Gruppe der türkischstämmigen Migranten dadurch, dass sie die größte Gruppe der Migranten in Hessen darstellt, natürlich einen besonderen Status hat, auch in der aktuellen integrationspolitischen Debatte.

Selbst wenn sich die Integrationspolitik an alle Menschen in diesem Land richtet, ist doch klar, dass diese Gruppe türkischstämmiger Migranten immer besonders im Fokus steht, auch aufgrund ihrer großen Zahl, und dass deswegen Deutschland und die Türkei, auch Hessen und die Türkei, ein ganz spezielles Verhältnis zueinander haben.

Wir haben bereits Partnerregionen in Polen, in Frankreich, in Italien und in den USA. Deswegen ist es nur folgerichtig und ein logischer und guter Schritt, wenn wir jetzt auch mit einer Region in der Türkei eine solche Partnerschaft eingehen wollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir arbeiten mit unseren anderen Partnerregionen sehr gut und sehr vertrauensvoll auf verschiedenen Feldern zusammen. Diese Zusammenarbeit wollen wir jetzt auch mit einer türkischen Region durchführen. Ich freue mich, dass wir heute anlässlich der bevorstehenden Unterzeichnung des Vertrages im Hessischen Landtag dieses würdigen

können. Ich möchte ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass wir das relativ schnell umgesetzt haben.

Wir haben das als eines der Ziele in unserem Koalitionsvertrag verankert. Die erste Delegationsreise war im November, die zweite dann im Juli. So, wie es aussieht, werden wir demnächst die Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde feiern können. Ich sage ganz selbstbewusst: Ich denke, das ist ein Zeichen, wie effizient und schnell wir von der schwarz-gelben Koalition in Hessen unseren Koalitionsvertrag abarbeiten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist vor allem deswegen ein positives Zeichen, weil man wissen muss, dass die Türkei, anders als Deutschland, nicht föderal organisiert ist. Das heißt, die einzelnen Regionen sind nicht so autonom wie unsere Bundesländer und können nicht frei über ihre Partnerschaften entscheiden. Für diese Partnerschaft war auch ein Engagement der Zentralregierung in Ankara notwendig.

Dass es so schnell ging, zeigt, dass auch von türkischer Seite ein großes Interesse an dieser Zusammenarbeit bestanden hat. Man kann besonders positiv hervorheben, dass von der höchsten Stelle der Zentralregierung in Ankara daran mitgearbeitet wurde. Ich finde, das verdient ein großes Lob.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist bereits darauf hingewiesen worden, Bursa ist eine sehr gute Wahl. Es gibt viele Anknüpfungspunkte, nicht nur im Wirtschaftsbereich, auch im kulturellen Bereich. Die Nähe der Stadt Istanbul ist hervorzuheben. Das ist auch sehr attraktiv für die Menschen in Hessen und nicht nur für die Unternehmen, die natürlich auch Geschäfte machen wollen, was für unsere hessische Wirtschaft sehr positiv ist. Die Menschen haben aber sicherlich ein großes Interesse daran, in diese attraktive Region zu fahren und den kulturellen Austausch zu pflegen. Der Austausch der Menschen untereinander ist eine zweite Säule, auf die wir bauen.

Um die Brücke zur integrationspolitischen Debatte zu schlagen, die wir in den vergangenen Wochen geführt haben: Unabhängig von Einzelfragen ist es für die Integration immer wichtig, dass wir Vorurteile, die auf beiden Seiten bestehen, abbauen. Der beste Weg, um diese Vorurteile abzubauen, ist nun einmal, wenn sich Menschen begegnen. Dazu wird diese regionale Partnerschaft mit der Türkei einen Beitrag leisten.

Deswegen bin ich sehr optimistisch, dass wir die Erfolgsgeschichte der hessischen Partnerregionen nun um eine weitere bereichern können und mit dem Abschluss des Vertrages eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Region Bursa in der Zukunft legen werden. – Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Mick. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Öztürk das Wort.

#### **Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte im Namen meiner Fraktion die vorgesehene regionale Partnerschaft mit der Türkei begrüßen.

Das ist eine gute Entscheidung, die die Landesregierung angekündigt hatte und die von vornherein von den Oppositionsparteien eine breite Unterstützung bekommen hat – sei es bei der Erstellung der Kriterien, die wir gemeinsam beschlossen haben, sei es auch bei der Entscheidungsfindung. Das ist ein guter Weg. Daher begrüßen wir das heute.

Meine Damen und Herren, allerdings möchte ich kurz erwähnen, dass von Bursa, die historische Stadt des damaligen Osmanischen Reiches, die Invasion in Richtung Westen stattgefunden hatte und man sich peu à peu in die westliche Region Europas herangearbeitet hat. Deswegen vermute ich, dass das auch ein wichtiges Signal für die Türkei auf dem Weg in die EU ist.

Es freut mich, dass das die Landesregierung und auch der Hessische Landtag heute hier begrüßen möchten. Ich sage: Bursa ist eine gute Entscheidung. Ich glaube, das wird keiner bereuen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Über den Abbau der Vorurteile haben wir gesprochen. Über den Austausch der zivilgesellschaftlichen Vereine haben wir auch gesprochen. Wir haben auf der Reise in Bursa festgestellt, dass die Wirtschaft schon sehr regen Austausch pflegt. Wir haben vor Ort auch festgestellt, wenn diese Partnerschaft mit Leben erfüllt werden soll, dass unbedingt Vereine – seien es Frauenvereine, Umweltvereine, Feuerwehren – und genau diese Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, diesen Austausch tragen müssen. Wenn wir das heute in unserem Landtag begrüßen, ist damit die Arbeit nicht erledigt, sondern fängt gerade erst an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird immer noch in der Pflicht sein, als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen, wenn Vereine und kleinere Gruppen konkret diesen Austausch mit Leben erfüllen wollen. Das muss hier bewusst und klar sein. Nur den Vertrag zu unterzeichnen und sich zurückzuziehen, kann nicht der wahre Weg sein. Daran möchte ich heute erinnern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch an eine Debatte erinnern, die uns auf der Delegationsreise, sei es in der ersten im November 2009, sei es in der zweiten Delegationsreise im September 2010, begleitet hat. Wenn wir den Austausch für beide Seiten ermöglichen wollen, d. h. für hessische Bürgerinnen und Bürger, die in die Region Bursa fahren, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger aus Bursa, die nach Hessen kommen wollen, dann müssen wir uns um die Visaverfahren kümmern.

Vor ungefähr einer Woche ist Innenminister de Maizière in der Türkei gewesen. Herr Hahn, Sie waren selber anwesend, als die Wirtschaftsverbände, die Frauenorganisation vor Ort vehement Klagen an uns herangetragen haben, dass die Visaverfahren viel zu lange dauern, dass die Visaverfahren viel zu kompliziert sind und dass die Menschen, wenn sie aus Bursa oder aus der Türkei nach Deutschland kommen wollen – sei es der Wirtschaftsverbände willen, sei es der privaten Besuche willen – kaum funktionieren.

Auch hier ist die Landesregierung gefragt, um auf Berlin, auf Außenminister Guido Westerwelle – der ja ein Parteifreund von Herrn Hahn ist – ein bisschen Druck auszu-

üben. Wir müssen da vereinfachte Verfahren finden. Wir dürfen die Generalkonsulate nicht mit dieser immensen Herausforderung allein lassen. Wenn wir wirklich wollen, dass diese Partnerschaft nach beiden Seiten funktioniert, muss es möglich sein, dass Bürgerinnen und Bürger aus Bursa nach Hessen kommen können.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nur so können wir vorhandene Vorurteile abbauen und auf beiden Seiten ein Verständnis für die kulturelle Vielfalt und die religiös-ethnischen Differenzen stärken. Ich glaube, viele in diesem Landtag begrüßen dieses Ansinnen. Die Frage ist jetzt nur, ob wir darüber reden, oder ob die Landesregierung auch bereit ist, auf die Bundesebene einzuwirken.

Ich bin guter Dinge. Ich bin ein positiver Mensch. Ich glaube, wenn wir das Ganze mit wirklichem Leben erfüllen wollen, dann wird die Landesregierung auch auf Bundesebene Druck machen. Ansonsten freue ich mich auf die nächste Reise. Die Vorteile von Bursa hat Herr Tipi schon hervorgehoben. Fahren Sie hin, überzeugen Sie sich und nehmen Sie Ihren Nachbarn und Ihre Vereine mit. Es lohnt sich, es ist eine gute Entscheidung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Öztürk. – Für die Fraktion DIE LINKE Frau Cárdenas.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Seien Sie milde!)

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abschluss einer Regionalpartnerschaft des Landes Hessen mit der türkischen Provinz Bursa wird auch von unserer Fraktion begrüßt und unterstützt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe selbst erleben und sehen können, wie reich, und zwar nicht nur an Möglichkeiten, sondern durchaus real, diese Provinz ist, wie motiviert man sich in Bursa für das Zustandekommen der Partnerschaft eingesetzt hat, wie engagiert auch der an der Delegation teilnehmende Stadtrat Molter, der Vertreter der Stadt Darmstadt – die ja schon seit fast 40 Jahren Beziehungen mit Bursa pflegt –, für eine solche Partnerschaft plädiert hat.

Das alles sind gute Voraussetzungen. In Bursa gibt es nicht nur eine entwickelte Wirtschaft und vielfältige touristische Möglichkeiten, in Bursa gibt es auch eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, starke Gewerkschaften und aktive Menschenrechtsvereine. Daran können wir alle anknüpfen. Von daher können wir mit dieser Entscheidung der Landesregierung nicht nur gut leben, wir werden uns auch aktiv an der Ausgestaltung dieser Partnerschaft beteiligen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dazu gehört auch die Lösung der Visafrage, wie sie von Frau Öztürk angesprochen worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber, meine Damen und Herren – und vor allem wende ich mich hier an Herrn Minister Hahn –: Wir dürfen nun nicht die Hände in den Schoß legen und meinen, damit wären die Beziehungen zwischen Hessen und der Türkei für die nächsten 50 Jahre ausgefüllt.

Ich nutze jetzt die Gelegenheit, um auf etwas über Bursa hinaus hinzuweisen. Ich muss Ihnen ein weiteres Mal sagen, dass wir bisher agiert haben, als seien wir auf nicht nur einem Auge blind. Nicht nur dieses Mal kneifen wir aktiv beide Augen zu, nämlich immer dann, wenn der Blick nach Osten gehen könnte. Ich erinnere mich noch gut daran, dass auf meine Frage, wann wir uns den Osten der Türkei anschauen wollten, die Antwort kam, Adana läge doch im Osten der Türkei. Nun muss ich denen, die im Erdkundeunterricht nicht gut aufgepasst haben – dazu gehöre ich auch – kurz eine Karte der Türkei zeigen.

(Die Rednerin hält ein Papier hoch.)

Das sind die Grenzen der Türkei, Osten und Westen. Die Hauptstadt Istanbul liegt hier oben, und Adana liegt genau hier. Das ist wahrlich nicht der Osten der Türkei.

Es stimmt, Adana war die östlichste Stadt, die wir besucht haben. Die Vorstellung, Adana läge im Osten – und damit die Ausblendung des realen Ostens der Türkei –, teilen sicher auch viele Türkinnen und Türken. Wir Deutschen kennen ja ebenfalls Illusionen. Wer glaubt schon, dass Thüringen die Mitte Deutschlands ist?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Rundfunk!)

Viele glauben es nicht. – Die wichtigste Region im Osten der Türkei ist die Region um Diyarbakir; das ist hier, auch noch nicht ganz im Osten.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker, die gemeinhin nicht als von der LINKEN unterwandert gelten kann, hatte diese Region als Partnerregion für uns vorgeschlagen. Ich habe schon mehrfach ausgeführt, was alles für diese Region spricht und will mir das jetzt sparen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie schon da?)

– Ja. Ich habe dort mit Herrn Osman Baydemir, dem Bürgermeister, gesprochen. Der hätte den Minister und die Delegation sehr gerne eingeladen. Das hat er mir jedenfalls so gesagt.

Ich finde: Der Druck mit der Partnerregion ist jetzt weg. Jetzt sollten wir diese Einladung annehmen und schauen, was sich in der anderen Hälfte der Türkei, die wir in beiden Delegationsreisen bisher nicht besucht haben, an weiteren Kooperationsmöglichkeiten bietet.

Herr Minister Hahn, sicher ist, dass die Menschen in der östlichen Hälfte der Türkei sehr davon profitieren würden, wenn es tatsächlich, wie von Ihnen zu Recht für eine lebendige Partnerschaft gefordert wird, „zum Abbau von Vorurteilen, zur Akzeptanz der anderen Kultur und anderer Lebensentwürfe“, so Ihre Worte, kommen würde – Sie alle wissen, was ich meine –, und zwar sowohl in der Türkei als auch in Deutschland und Hessen.

Von den ca. 180.000 in Hessen lebenden türkischstämmigen Migranten sind übrigens ca. 50.000 Kurdinnen und Kurden: eine große und auch sehr heterogene Gruppe von Migranten, die aber bisher kaum Aufmerksamkeit von offizieller Seite bekommen hat und die anderen Migranten-

gruppen noch nicht gleich gestellt ist. Ich wünsche mir, dass wir an diesem Thema noch ein gutes Stück vorankommen. Nach Gesprächen mit Minister Hahn bin ich da eigentlich auch sehr zuversichtlich.

Zurück zu Bursa: Jetzt kann mit dem Aufbau der Partnerschaft begonnen werden, und ich bin natürlich in drei Wochen mit dabei. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Hahn. Bitte schön.

#### **Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz herzlich für mehreres in diesem Plenum, bei den Mitgliedern des Hessischen Landtags, bedanken.

Zum einen möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie – als wir Sie mit unserer Koalitionsvereinbarung konfrontiert haben – aus allen Fraktionen heraus von Anbeginn gesagt haben: Das ist ein Teilbereich, eine Regionalpartnerschaft mit der Türkei, den wir alle vorbehaltlos unterstützen und bei dem wir die Ärmel hochkrempeln und an die Arbeit gehen.

Darüber hinaus sage ich vielen herzlichen Dank dafür, dass wir gemeinsam zwei Delegationsreisen durchführen konnten, in denen wir es uns wahrlich nicht einfach gemacht haben. Wir haben dort eine Vorauswahl – dazu komme ich gleich – getroffen und dann geschaut, welche Partnerschaft diejenige ist, die für Hessen, sicherlich aber auch für die Partnerregion am meisten bringt.

Darüber hinaus möchte ich herzlichen Dank dafür sagen, dass ausnahmslos alle Fraktionen in diesem Hause eine Diskussion untereinander und zum Teil sogar hinter meinem Rücken – die Eingeweihten wissen, was ich meine –, aber insbesondere zielgerichtet geführt und die Landesregierung beraten haben. Es ist ein wirklich gutes Ergebnis kollegialer Zusammenarbeit, natürlich unter Beachtung der rechtlichen Aufgabenverteilung, wie der Hessische Landtag auf der einen Seite und die Hessische Landesregierung auf der anderen Seite das Thema Regionalpartnerschaft mit der Türkei angegangen ist und beschlossen hat. Vielen herzlichen Dank seitens der Landesregierung an Sie alle.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ja, es ist etwas Besonderes, dass man als Land eine Regionalpartnerschaft mit einer Region in der Türkei einget. Wir haben das bewusst so entschieden. Wir haben darüber intensiv im Europaausschuss, im Rechts- und Integrationsausschuss wie auch bei den Delegationsreisen darüber gesprochen. Wir haben gefühlt, es ist jetzt dringend notwendig, dass neben den „viel zu wenigen“ Städtepartnerschaften zwischen deutschen/hessischen Kommunen und türkischen Kommunen jetzt auch eine Regionalpartnerschaft beschlossen werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere an alle diejenigen, die jetzt mit uns gemeinsam nach vorne schauen, dass wir nicht nur das tun, was unsere Pflichtaufgabe ist. Pflichtaufgabe ist, dass wir das jetzt sowohl staatsrechtlich als auch, wie es sich gehört, mit den ent-

sprechenden Veranstaltungen in die Spur bringen, sondern dass wir es mit Leben füllen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aufgabe von uns ist natürlich, dass sämtliche Aktivitäten – ich schaue insbesondere auf meine Kollegin, die Kultusministerin, die etwas mit Schüleraustausch zu tun hat –, insbesondere wenn es um die Türkei geht, in diese Region gehen, dass sie darüber hinaus jetzt vielleicht noch eher in die Türkei gehen, als das vorher der Fall war.

Die Wissenschaftsministerin weiß, dass wir jetzt eine ganz besondere Verantwortung dafür haben, dass wir eine Zusammenarbeit mit den Universitäten in Bursa organisieren. Da gibt es noch viele Möglichkeiten. Es besteht eine Win-win-Situation für die Beteiligten. Das ist das Pflichtprogramm, das die Landesregierung und wir als Mitglieder des Hessischen Landtags zu organisieren haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Kür ist aber, dass wir es schaffen, dass die Landfrauen von Guxhagen genauso gerne wie die freiwillige Feuerwehr von Heppenheim ein Wochenende, vielleicht sogar noch mehr, dazu verwenden, um nach Bursa zu fahren. Es reicht nicht aus, dass wir das auf einer gewissen Ebene der Elite machen, sondern wir müssen die gesamte Bevölkerung mobilisieren, damit sie den Kontakt mit den künftigen Partnern in der Region Bursa suchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, ich spreche im Namen aller Mitglieder der beiden Delegationsreisen: Es gibt unheimlich viele Vorurteile über die Türkei in Deutschland, die falsch sind, und es gibt viele Vorurteile in der Türkei über Deutsche, und die sind auch falsch. Deshalb müssen wir es schaffen, dass wir so viele wie möglich motivieren, den Weg nach Bursa zu suchen und ihn auch zu finden.

Da sind natürlich die Visa – Frau Kollegin Öztürk hat es als Erste angesprochen – ein Thema. Sie können sicher sein: Nach unserer Rückkehr habe ich noch in der Sommerpause an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, den damaligen Innenminister und jetzigen Regierenden Bürgermeister von Hamburg, geschrieben und ihn darum gebeten, das auf der Tagesordnung der nächsten Innenministerkonferenz zu erörtern. Sie wissen, dass es von der Organisationsstruktur her über die Botschaft und das Konsulat gemacht wird. – Leif, du störst gerade den Blickkontakt.

(Leif Blum (FDP) macht den Blickkontakt zu Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) frei.)

– Danke. – Es ist aber eine Vereinbarung von Schengen, also eine innenpolitische Vereinbarung, die das Thema der Visaausstellung betrifft. Ich habe – Sie waren dabei – nicht nur die Zusage des Botschafters, sondern insbesondere auch der zuständigen Frau Generalkonsulin erhalten, dass sie, wie man so schön in dem Punkt sagt, die entsprechenden Prüfungen unbürokratisch vornehmen wird. Aber ich möchte es auch noch rechtlich absichern und habe deshalb die Kollegen Innenminister gebeten, sich damit zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich noch zwei kurze Bemerkungen zum Abschluss machen. Die erste ist: Bei aller Verantwortung, die sicherlich jeder von uns spürt – ich ganz besonders –, dass man mit der Partnerregion die entsprechenden Dinge angeht, entsprechende Projekte macht, sollten wir nicht ver-

gessen, dass wir auf den Delegationsreisen sehr interessante Beziehungen zu Institutionen, zu Verbänden, zu Schulen, zu Hochschulen z. B. in Izmir, in Antalya und in Adana geknüpft haben. Es ist nicht so, dass es klug wäre, diese Verbindungen, die wir geknüpft haben, einfach schleifen zu lassen. Ich glaube, alle sind gut beraten, und die entsprechenden Institutionen wissen darüber Bescheid, dass sie die Tür, die wir durch unsere Besuche geöffnet haben, nutzen. Das heißt, wir sollten uns insgesamt als ein Land Hessen fühlen, das mit der Türkei, im Besonderen mit der Region Bursa, aber auch mit anderen Hochschulen, Schulen und Verbänden in der Türkei zusammenarbeitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ja, diese Regionalpartnerschaft, die Sie – vielen herzlichen Dank für diese überwältigende Zustimmung – gleich im Hessischen Landtag beschließen werden, sozusagen sanktionieren werden, ist die erste, die ein Land in Deutschland mit einer Region in der Türkei abschließt. Das ist so besonders, dass Bundespräsident Christian Wulff gebeten hat, dass er bei seiner Reise, die er Mitte Oktober in die Türkei durchführt, seinem Antrittsbesuch als Bundespräsident in der Türkei, in irgendeiner Weise dabei sein kann, wenn die Regionalpartnerschaft zwischen Hessen und Bursa abgeschlossen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe deshalb den Präsidenten darüber in Kenntnis gesetzt, dass aller Voraussicht nach zwischen dem 19. und dem 21. Oktober – das Protokoll des Auswärtigen Amtes ist so spannend, dass wir abwarten müssen, was dabei herauskommt – eine Möglichkeit besteht, dass Repräsentanten des Landes Hessen gemeinsam mit Repräsentanten der Region Bursa in einem feierlichen Akt in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland die Urkunde unterzeichnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte Sie herzlich bitten, dass Sie uns als Hessischer Landtag wieder begleiten. Ich darf aber auch sagen: Damit diese Partnerschaft überhaupt leben kann, werden die entsprechenden feierlichen Veranstaltungen sowohl in Bursa wie auch in Hessen noch stattfinden. Es heißt nicht, es gibt eine Unterschrift in Anwesenheit des Bundespräsidenten, und alles ist fertig, sondern wir möchten gerade eine breite Zustimmung haben.

Deshalb bitte ich ein bisschen um Verständnis: Ich weiß, es sind Herbstferien. Ich weiß, der eine oder andere hat schon Urlaub gebucht. Ich bitte ganz herzlich darum, dass wir trotzdem in Anwesenheit des Bundespräsidenten in der Türkei den ersten offiziellen Schritt hin zu dieser Partnerschaft gehen können. Es müssen aber noch zwei offizielle Schritte sowohl in Bursa wie auch in Hessen folgen – und dann viele inoffizielle, menschliche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als Hessen wieder einmal die Vorreiterrolle. Ich glaube, wir können alle gemeinsam sehr stolz darauf sein. Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

(Allgemeiner Beifall)

### Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Staatsminister Hahn. – Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Abschluss einer Regionalpartnerschaft des Landes Hessen mit der türkischen Provinz Bursa, Drucks. 18/2911. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit Zustimmung des gesamten Hauses beschlossen worden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 77** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung des Hessischen Justizkostengesetzes – Drucks. 18/2914 zu Drucks. 18/2526 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Klein. Herr Kollege Klein, ich bitte um Berichterstattung.

(Unruhe)

– Herr Kollege Klein steht bei mir unter Tagesordnungspunkt 77 als Berichtersteller.

(Günter Rudolph (SPD): Hier steht: Frau Wallmann!)

Wer macht es? Herr Klein, Sie haben das Wort.

**Hugo Klein (Freigericht), Berichtersteller:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur zur Orientierung: Ich bin nicht die Frau Wallmann, auch wenn durch meine zierliche Gestalt Ähnlichkeiten vorhanden sind.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ich übernehme aber gerne, um die Zeit nicht in die Länge zu ziehen, die Aufgabe der Kollegin, die Beschlussempfehlung vorzutragen. Beschlussempfehlung des Rechts- und Integrationsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung des Hessischen Justizkostengesetzes, Drucks. 18/2526:

Der Rechts- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und der LINKEN bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank. – Eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion ist vorgesehen. Für die SPD hat sich Frau Hofmann gemeldet.

**Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Rechtspolitiker haben das Schicksal, dass wir immer zu etwas sperrigeren Themen reden dürfen. Ich versuche trotzdem, es etwas anschaulich zu machen, gerade für die nicht Fachpolitiker.

Wir sind als Landesgesetzgeber im Zuge des Föderalismus gefordert, dadurch, dass eine bundesgesetzliche

Regelung zum 1. Dezember 2010 ausläuft, das Hinterlegungsrecht der Bundesländer nun in eigener Zuständigkeit zu regeln. Aus diesem Grund beraten wir das vorliegende Gesetz in zweiter Lesung. Mit neu geregelt wird das Justizkostenrecht. Es haben sich – das ist bemerkenswert – die Bundesländer zusammengetan, um in gemeinsamen Beratungen entsprechende Landesregelungen auf den Weg zu bringen und einheitliche Regelungen zu verfassen. Was uns gewundert hat, ist, dass das Auslaufen der bundesrechtlichen Regelung nicht überraschend kam. Trotz alledem hat sich die Landesregierung, wie wir finden, sehr spät auf den Weg gemacht. Es gab wohl auch Abstimmungsschwierigkeiten mit anderen Landesjustizverwaltungen, neue Regelungen zu erlassen.

Vom Verfahren her war es so, dass wir in einer Sondersitzung des Rechts- und Integrationsausschusses über die Ausführungen der Regierungsanhörung befinden mussten. Es gab doch den einen oder anderen Hinweis von Gerichten oder Rechtspflegern. In der Augustsitzung haben die Regierungsfaktionen die Behandlung des Gesetzentwurfs mit dem Hinweis verschoben, es komme noch ein Änderungsantrag. Dieser Änderungsantrag ist nie eingegangen, weil die Erforderlichkeit eines solchen Änderungsantrags nicht mehr angezeigt war. Aus unserer Sicht war das Ganze etwas holprig, zumal die zeitlichen Abläufe ganz klar gewesen sind.

Sei es drum, holpriges Gesetzgebungsverfahren – Sie haben es der Beschlussempfehlung schon entnommen, die SPD-Fraktion wird diesem Gesetz zustimmen, denn das Hinterlegungsrecht wird mit diesem Gesetz klar strukturiert, effizienter strukturiert, es wird moderner.

Ich habe schon erwähnt, in der Anhörung gab es den einen oder anderen Hinweis, ob man etwa die Verwaltungsvorschriften, die es vorher auf Bundesebene gab, so im Gesetz aufnehmen muss. Sie wissen, wenn man Verwaltungsvorschriften in das Gesetz aufnimmt, besteht die Gefahr, dass es unübersichtlicher und unklarer für den Rechtsanwender wird. Wir haben uns nach Sichtung des Gesetzes und der Struktur davon überzeugen lassen, dass es in diesem Fall nicht so ist. Dazu kommt, dass einige Anregungen aus der Anhörung, etwa die dreifache Ausfertigung des Hinterlegungsantrags, ausdrücklich ins Gesetz aufgenommen worden sind.

Lassen Sie mich abschließend zum Verfahren noch etwas sagen. Herr Dr. Jürgens, Sie haben im Rechts- und Integrationsausschuss vorgetragen, das, was die Länder hier fabriziert hätten, sei alles Gleichmacherei; das könne nicht im Sinne des Föderalismus sein. Ganz so kann man das nicht sehen. Wir haben hier schon Synergien geschaffen. In der Tat ist es natürlich fraglich, ob sich 16 Landesjustizverwaltungen zusammensetzen müssen, um eine bundeseinheitliche Regelung abzulösen, und das Ganze dann noch durch 16 Länderparlamente gehen muss. Es stellt sich schon die Frage, ob man das nicht hätte anders regeln können.

Im Ergebnis ist es ein gutes Gesetz. Deswegen wird die SPD-Fraktion zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Dr. Jürgens das Wort.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat kann ich an das anknüpfen, was ich im Ausschuss gesagt habe: Wenn ein Gegner des Föderalismus ein Argument sucht, das den Föderalismus selbst ad absurdum führt, dann wird er in dem, was wir heute diskutieren, sicherlich fündig.

Um was geht es? Frau Hofmann hat es gesagt, wir hatten bis zum 1. Dezember dieses Jahres eine bundeseinheitlich geltende Hinterlegungsordnung. Das war eine Regelung, die aus dem Jahr 1937 stammte, also vorkonstitutionelles Recht, vor Inkrafttreten des Grundgesetzes, aber weiterhin galt. Bisher hat sich nur der Bundestag damit beschäftigt, wie das Hinterlegungsrecht in Deutschland gestaltet werden soll.

In der Sache gab es Streit zwischen Bund und Ländern, ob es materiell Bundesrecht oder Landesrecht sei. Schlussendlich hat man sich geeinigt, dass es sich um Landesrecht handelt, mit der Folge, dass sich nunmehr 16 Landesparlamente damit befassen müssen, um etwas herzustellen, was man vorher schon hatte, nämlich Rechtseinheit in der gesamten Bundesrepublik. Damit führt sich in der Tat der Föderalismus ad absurdum, wenn man das, was bundeseinheitlich gelten soll, nicht bundeseinheitlich regelt, sondern in allen 16 Ländern.

Der Föderalismus hat seine Bedeutung vor allem dann, wenn man tatsächlich unterschiedliche Regelungen treffen kann. Wir sind uns alle einig, dass man das beim Hinterlegungsrecht tunlichst nicht tun sollte. Auch wir sind der Auffassung, es muss ein einheitlich geltendes Hinterlegungsrecht in Deutschland geben.

Dieses Gesetz hat wenig, was man kritisieren könnte. Deswegen werden wir auch nicht dagegen stimmen. Wir werden aber auch nicht dafür stimmen, sondern uns enthalten.

Ich glaube schon, dass wir als Landtag einen gewissen Widerspruch anmelden müssen. So, wie es gelaufen ist, und so, wie es laufen muss, wenn man bundeseinheitliche Regelungen herstellen will, ist es so, dass wir jetzt etwas vorgelegt bekommen, das die Justizverwaltungen untereinander besprochen haben und das in allen 16 Bundesländern abgestimmt wird. Würden wir im Hessischen Landtag sagen, wir machen etwas ganz anderes, wir gehen noch einmal zurück in die Verhandlungen mit den Bundesländern, dann müsste noch einmal mit allen anderen 15 Bundesländern gesprochen werden. Das macht natürlich ein vernünftiger Landtag nicht, und es gibt nur vernünftige Landtage in diesem Land.

Das führt dazu, dass faktisch die Landtage fortschreitend entwertet werden. Wir haben bei den Rundfunkstaatsverträgen schon mehrfach besprochen, dass die Landtage nur noch die Möglichkeit haben, das abzunicken, was anderenorts erarbeitet wurde. Wegen dieser fortschleichenden Entwertung der Landtage und Übertragung der faktischen Gesetzgebungstätigkeit auf die Justizministerkonferenz wollen wir einen gewissen Kontrapunkt setzen und uns der Stimme enthalten, weil wir aus diesem Grund dem Gesetz nicht ohne Weiteres zustimmen wollen. In der Sache ist es richtig, dass wir in Deutschland einheitliche Rechtsanwendungen haben müssen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Jürgens. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Müller das Wort. Bitte schön.

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Jürgens, ich muss Ihnen ein Stück weit widersprechen. Wir könnten hier sehr wohl auch Änderungsanträge zu diesem Gesetz vorschlagen und verabschieden, auch wenn sich die 16 Bundesländer geeinigt haben. Dann hätten wir in der Tat unterschiedliche Gesetzgebungen. Genau das wäre dann Föderalismus. Deswegen kann ich nicht so ganz nachvollziehen, warum Sie sagen, wir könnten hier nichts ändern und dadurch würden die Landtage entwertet. Wir können hier sehr wohl ändern. Dann mag uns jemand aus Baden-Württemberg kritisieren, dass hier die Hinterlegungsregelungen anders sind als dort, aber das könnten wir sehr wohl tun.

Ich finde es ein bisschen bedauerlich, denn wir sind uns in der Sache alle einig. Insofern brauchen wir dazu nicht so fürchterlich lange zu reden, uns auszutauschen und uns zu streiten.

Das Gesetz ist ein gutes Gesetz. Es wird all die Dinge, die in diesem Bereich zu regeln sind, regeln. Deswegen begrüßen wir dieses Gesetz sehr und werden ihm auch zustimmen. Wenn sich alle enthalten würden, hätten wir kein Gesetz. Das wäre in der Tat ein Problem, dann hätten wir nämlich keine Regelung mehr. Deswegen werden wir diesem Gesetz zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn sich alle enthalten würden, könnte der Müller alleine entscheiden!)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Honka das Wort. Bitte schön.

**Hartmut Honka (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben gerade den seltenen Augenblick, dass vier Juristen einer Meinung sind, weil sie sagen, dass wir ein inhaltlich gutes Gesetz vorliegen haben. Das soll in diesem Land schon relativ selten vorgekommen sein. Umso bemerkenswerter ist es, dass diese vier Juristen aus vier unterschiedlichen Fraktionen kommen und umso bemerkenswerter ist es, dass sich eine Fraktion zu einer gelungenen Enthaltung durchgerungen hat, obwohl es gut ist. Das gibt noch mehr zu denken.

Da ich den Nachmittag nicht unnötig in die Länge ziehen will: Die inhaltlichen Ausführungen sind gemacht. Auch zur Pauschalkritik des Kollegen Jürgens am Föderalismus in dieser Republik ist das Notwendige gesagt worden. Die CDU-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf zu. – Ich wünsche weiterhin frohe Beratung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Honka. – Herr Staatsminister Hahn.



### **Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als fünfter Jurist möchte ich mich der Meinung anschließen, dass der Gesetzentwurf ein guter ist. Das haben auch die ausführlichen Beratungen im Rechts- und Integrationsausschuss und davor in den anderen Gremien, bis hin zur Justizministerkonferenz, ergeben.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Verehrter Herr Kollege Dr. Jürgens, ich habe jetzt keine Zeit mehr gehabt. Aber ich werde dem Kollegen Till Steffen in Hamburg gleich eine SMS schicken und ihn fragen, wie sich die GRÜNEN in der Hamburger Bürgerschaft bei diesem Thema verhalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönen Gruß!)

Ich habe das Gefühl, dass die dort zustimmen werden. Für diejenigen, die es nicht wissen: Der Kollege Steffen ist der Justizsenator in Hamburg und gehört der Partei der GRÜNEN an.

(Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Er ist in Hessen bekannt, weil er auch einmal in Wiesbaden gearbeitet hat. Er ist ein wirklich netter Kollege.

Ich wollte damit nur sagen: Manchmal ist das Sein und das Bewusstsein offensichtlich doch Träger der Entscheidungsregeln. Ich bin froh darüber, dass wir im Föderalismus die Möglichkeit haben, verschiedene Gesetze in verschiedenen Ländern zu organisieren, wenn wir es für richtig halten. Wir halten es nicht für richtig, wenn es um die Hinterlegungsordnung geht. Wir halten es aber für richtig, wenn es z. B. um den Vollzug geht. Da haben wir als Hessen bewiesen, und zwar parteiübergreifend, dass wir ein moderneres, ein besseres Gesetz gemacht haben als in vielen anderen Bundesländern. Alles das ist in ein und derselben Entscheidung im Rahmen der Föderalismuskommission beschlossen worden: die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder sowohl in Bezug auf die Hinterlegung als auch den Vollzug.

Wir haben beschlossen, dass es klüger ist, eine einheitliche Regelung zu treffen. Sie hatten im Ausschuss recht mit der Bemerkung: Warum müssen sich 16 Justizbehörden damit beschäftigen? – Meine Antwort war: 16 Justizbehörden hätten sich auch damit beschäftigt, wäre es eine bundeseinheitliche Lösung gewesen, weil das vollkommen egal ist. Der einzige Unterschied ist, dass sich noch 16 Landesparlamente damit auseinandersetzen. – Aber wenn das so sportlich und kameradschaftlich geht wie hier, habe ich auch keine Bedenken um den Föderalismus. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ich komme zu der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf in zweiter Lesung. Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltung-

gen? – Dann stelle ich fest, dass mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE bei Enthaltung der GRÜNEN das Gesetz in zweiter Lesung angenommen worden und damit zum Gesetz erhoben ist.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem **Tagesordnungspunkt 12:**

### **Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes – Drucks. 18/2851 zu Drucks. 18/2511 zu Drucks. 18/1056 –**

Die Berichterstattung hat Herr Abg. Grumbach. Sie haben das Wort. Bitte schön.

### **Gernot Grumbach, Berichterstatter:**

Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes, Drucks. 18/2511 zu Drucks. 18/1056:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKEN bei Stimmenthaltung der SPD, den Gesetzentwurf in dritter Lesung abzulehnen.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Das Wort dazu hat gewünscht Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön. Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion.

### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Vierten Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zeigen wir GRÜNEN, wie eine nachhaltige Energieversorgung in Hessen gesetzlich gestaltet werden kann, eine Energieversorgung, die letztendlich auch dem Klimaschutz dient. Wir hatten dazu eine Anhörung im Hessischen Landtag. Das Ergebnis dieser Anhörung hat uns in unseren Bemühungen unterstützt. Die Anzuhörenden bestätigen, dass mehr für den Klimaschutz und die Energie getan werden muss, für eine Energieversorgung ohne Atom, die auf umweltfreundlicher Energieerzeugung beruht.

Meine Damen und Herren, es ist einfach unglaublich, dass sich die Landesregierung immer wieder öffentlich zu mehr Klimaschutz äußert, aber da, wo sie etwas umsetzen könnte, auf voller Länge versagt. Versagt hat hierbei auch die Regierungskoalition, die weder in der Lage war, eigene Regelungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen und zu Klimaschutzmaßnahmen einzubringen, noch über ihren Schatten springen konnte, unsere Vorschläge zu folgen. Das bedauern wir sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn das sind Zukunftsthemen, die auch von uns in Hessen zu begleiten sind. Durch unseren Gesetzentwurf zeigen wir auf, wie das Landesplanungsgesetz geändert werden muss, um den erneuerbaren Energien auch landesplanerisch Vorrang zu verschaffen. Wir könnten dadurch

außerdem ineffiziente neue Kohlekraftwerke wie den geplanten Block 6 des Kohlekraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg verhindern. Denn über die Landesplanung wollen wir einen elektrischen Wirkungsgrad von 58 % und mehr oder einen Brennstoffnutzungsgrad von 80 % und mehr verankern.

Wir wollen, dass bis zum Jahr 2020 eine Stromleistung von 4.500 Megawatt aus Windkraft installiert wird. Allein – das muss man sich einmal vorstellen – mit dieser Leistung an Windenergie werden das Kohlekraftwerk Staudinger und das Atomkraftwerk in Biblis überflüssig.

In Hessen muss der Ausbau der erneuerbaren Energien, auch der Windenergie, von der Landesregierung unterstützt werden. Es widerspricht doch gesundem Menschenverstand, dass in Hessen die mit Abstand effizienteste erneuerbare Energie bisher eingeschränkt und behindert wird. Die Landesplanung muss daher geändert werden. Wir wollen keine prozentual gestaltete Festlegung von bestimmten Flächen, sondern wir wollen Stromleistungen für die drei Regierungsbezirke festlegen. Es soll nur wenige Flächen geben, auf denen ein Ausbau ausgeschlossen wird. Ich habe diese schon in der ersten und zweiten Lesung benannt. Das sind die ausgewiesenen Naturschutzgebiete, der Nationalpark Kellerwald-Edersee und die besonders geschützte Kernzone des Biosphärenreservats Rhön. Alles andere sind Vorbehaltsgebiete, in denen aber – das ist eine Selbstverständlichkeit – eine genaue Abwägung stattfinden muss.

Ein weiterer wichtiger Punkt unseres Gesetzentwurfs betrifft die Ausgestaltung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur. Denn gerade im Verkehrssektor müssten in Hessen Kohlendioxideinsparungen erreicht werden. Es gibt kaum ein anderes Bundesland, in dem der Verkehrsanteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß höher ist als bei uns. Das ist etwas, was Sie nicht ruhen lassen darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben effizienteren Motoren und Elektromobilität spielt die Beeinflussung der künftigen Siedlungsstruktur dabei eine ebenso wichtige Rolle. Kurze Wege und eine wohnortnahe Versorgung helfen, Pkw-Verkehr zu vermeiden, und begünstigen den Rad- und Fußverkehr. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs in der Landesplanung hilft, den Pkw-Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu verlagern.

Unser Gesetzentwurf will die Zersiedelung der Landschaft verhindern. Daher sollen die Planungen von Kommunen vorrangig auf die Innenentwicklung konzentriert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kritisieren das Handeln der Landesregierung an dieser Stelle ganz besonders. Man darf sich nicht nur auf öffentlichkeitswirksame Aktionen zurückziehen, sondern man muss auch tatsächlich handeln, wenn man weiß, dass in diesem Bereich etwas getan werden muss. Dieses öffentlichkeitswirksame Auftreten ersetzt eben kein Energie- und Klimaschutzkonzept. Da bedarf es konkreter Umsetzungsschritte. Die haben wir Ihnen schon in mehreren Gesetzentwürfen vorgelegt.

Unser Gesetzentwurf dient der Modernisierung der hessischen Energieversorgung, dem Klimaschutz und somit einer modernen und damit nachhaltigeren Wirtschaftsweise. Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, wer selbst keine Konzepte hat und andere ohne Kon-

zepte einfach ablehnt, beweist mangelnden Gestaltungswillen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber nicht nur das: Ein solches Vorgehen zeigt, dass Sie den Herausforderungen für eine sichere Energieversorgung und des Klimaschutzes eben nicht gewachsen sind. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Stephan für die CDU-Fraktion.

**Peter Stephan (CDU):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 23. Juni haben wir die zweite Lesung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf durchgeführt, heute die dritte Lesung. In der Zwischenzeit hat sich nichts Neues ergeben. Von den Antragstellern sind in der Zwischenzeit auch keine neuen Argumente eingebracht worden. Das einzig Wichtige, was in der Zwischenzeit gekommen ist, sind die Eckpunkte der Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland für die nächsten 40 Jahre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dieses Energiekonzept der Bundesregierung bestärkt uns ebenfalls darin, dass Ihr Gesetzentwurf für uns nicht zustimmungsfähig ist. Die Bundesregierung und ihre Experten gehen davon aus, dass wir bis zum Jahre 2050 80 % der benötigten Energie regenerativ erzeugen. Sie dagegen glauben an die Zielsetzung, dass die gesamte Stromversorgung schon 2030 100 % regenerativ erfolgen könne. Ich meine: Träume sollte man nicht in Gesetze gießen.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Nach den Vorstellungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollen erneuerbare Energien Vorrang vor allen anderen Energien haben. Wir sehen das anders. Wir akzeptieren den Einspeisevorrang, aber für uns stehen andere Energiequellen gleichwertig neben den regenerativen. Das wird auch die nächsten 30, 40 Jahre lang so bleiben. Wir wollen den Energiemix. Wir wollen den Energiemix einschließlich der Gas-, Kohle- und Kernbrennstoffe. Das werden wir in dieser Weise – das machen sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung – in unseren Energiekonzepten umsetzen. Wir sind nicht in der Lage, Deutschland in den nächsten Jahren ausschließlich aus regenerativen Energien zu versorgen. Wir brauchen eine umweltschonende, aber auch zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung.

Solange wir keine Speichermöglichkeit für die volatile Wind- und Sonnenenergie haben, solange wir nicht in der Lage sind, Wasser- oder Windstrom auch aus Speicherkraftwerken in Norwegen, Österreich oder direkt von der Nordsee hierher zu uns zu bringen, und solange wir nicht die Netze saniert und erweitert haben, werden wir den bestehenden Energiemix brauchen. Wenn Sie sich einmal anschauen, was die Bundesregierung jetzt in ihrem Energiekonzept festschreibt, werden Sie feststellen, dass sich die wesentlichen Teile mit dem Netzausbau und der Speicherung beschäftigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solange wir nicht die überbewerteten Subventionierungen – vor allem der Photovoltaik, aber auch anderer regenerativer Energien – auf ein vernünftiges und angemessenes Maß zurückgeschraubt haben, wäre es volkswirtschaftlich Nonsens, ausschließlich auf erneuerbare Energien zu setzen. Sie wollen Vorranggebiete für Windenergienutzung ausweisen – das wird in den Regionalplänen gemacht –, und Sie wollen dies an der installierten Leistung ausweisen. Das ist immerhin ein guter Ansatz dafür, auch in Hessen zu sagen: Der Wind weht in Nordhessen mehr als in Südhessen.

Dass Sie allerdings lediglich den Nationalpark Kellerwald und die Kerngebiete der Rhön von Windenergie ausnehmen wollen, wollen wir nicht. Denn wir haben auch anderswo Landschaften, die wir achten müssen, und Landschaften, die wir in ihrer Schönheit erhalten wollen. Ich verweise auch auf eine Podiumsdiskussion, die gestern Abend im Rheingau-Taunus-Kreis stattgefunden hat, wo Landrat Albers, SPD, gesagt hat: „Ich verstehe, dass Menschen Windräder nicht wollen, weil sie die Landschaft beeinflussen.“ Solange wir so diskutieren, werden wir keinen Erfolg haben. Wir müssen die Menschen mitnehmen.

Frau Hammann, Sie haben gesagt, dass Sie ein Anti-Staudinger-Gesetz einbringen wollen. Das wollen wir nicht.

(Wortmeldung des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Stephan, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Peter Stephan (CDU):**

Nein, danke, ich habe gerade noch eine knappe Minute. – Das Antragsverfahren für Staudinger wollen wir so, wie es läuft, weiterlaufen lassen. Es bleibt dem Betreiber überlassen, ob er dann baut oder nicht. Sie wollen dem Schienen- und Güterverkehr und dem Verkehr auf Wasserstraßen Vorrang geben. Das wollen wir nicht. Wir glauben, dass der Straßenverkehr seinen Vorrang oder seine Gleichgewichtigkeit haben soll. Sie wollen keine neuen Straßen bauen. Wir sind der Auffassung, dass wir neue Straßen brauchen. Wir brauchen vor allen Dingen neue Umgehungsstraßen, um die Menschen von Lärm zu entlasten. Wir teilen Ihre Auffassung, dass die Datenkommunikation zu fördern und zu entwickeln ist, aber ich verweise dabei auf die vielen erfolgreichen Projekte, die das Land Hessen unterstützt, wie im Odenwaldkreis oder im Werra-Meißner-Kreis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass die Innenentwicklung in den Kommunen gestärkt wird, findet bezogen auf die Wohnbauflächen auch unsere Zustimmung; denn die Demografie zeigt uns, dass wir weniger Bürger sein werden. Wir werden aber als eines der industriellen Zentren in Deutschland auch weiterhin Flächen brauchen, auf denen wir Arbeitsplätze ansiedeln können und von welchen wir dann die Steuereinnahmen generieren können, um bei uns in Hessen eine vernünftige Politik gestalten zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Es gibt in Ihrem Gesetzentwurf Punkte, die unsere Zustimmung finden können. In der Summe jedoch will Ihr Gesetzentwurf eine Energiepolitik festschreiben, die aus unserer Sicht unausgewogen, ideo-

logisch einseitig und verblendet ist. Die können wir nicht mittragen.

(Zuruf von der SPD: Warum?)

Wir können Ihre Ansätze auch im Bereich Verkehr nicht mittragen. Daraus ergibt sich konsequenterweise, dass wir dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in der dritten Lesung nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Timon Gremmels (SPD): Atomverblendet!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Rock, Fraktion der FDP.

**René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, ich kann es sehr kurz machen. Wir haben jetzt die dritte Lesung, und wir haben uns damit im Ausschuss bereits in zwei Lesungen auseinandergesetzt. Es ist klar geworden, dass sowohl die Regierungskoalition als auch die Landesregierung diese Inhalte hier nicht in dieser Form mittragen können. Wir haben zwischen der zweiten und dritten Lesung auch keine neuen Erkenntnisse erhalten.

(Zuruf von der SPD)

An dieser Stelle kann ich nur auf das Konzept verweisen, das die Landesregierung vorgelegt hat. Das geht jetzt in die Umsetzung. Es kann gut sein, davon gehe ich aus, dass sich der eine oder andere Punkt Ihres Gesetzentwurfs dort auch wiederfindet. In dieser Form können wir den Gesetzentwurf nicht mittragen. Das habe ich hier bereits zweimal ausgeführt und möchte dem weiter auch nichts hinzufügen. Wir werden diesen Gesetzentwurf nicht mittragen. – Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Manfred Görig (SPD): Wir warten auf Ihre Entwürfe! Sie müssen so langsam in die Puschen kommen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Warnecke für die Fraktion der SPD.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Vierte Hessische Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eigentlich ein weiterer Beleg für eine politische Bankrotterklärung. Wenn Sie jetzt denken, dass damit die GRÜNEN gemeint sind, kann ich nur sagen: Die sind genau nicht gemeint, wie auch die SPD-Fraktion nicht gemeint ist, sondern selbstverständlich die Regierungsfaktionen und die Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Denn, meine Damen und Herren, den Gesetzentwurf für ein Viertes Gesetz plus den Gesetzentwurf,

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): So einfach ist die Welt!)

den die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hat, „Vorrang Erneuerbarer Energien“, haben Sie samt und sonders abgelehnt.

(René Rock (FDP): Noch nicht!)

Sie haben sich nicht die Mühe gemacht, diesen Gesetzentwurf durch entsprechende Änderungsanträge – wie Sie, Herr Rock und Herr Stephan, dies gesagt haben – zu verbessern, zu verändern und zu sagen, was Sie anders machen wollen, stattdessen machen Sie ein eigenes.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wir machen immer ein eigenes! – Manfred Görig (SPD), zur CDU gewandt: Wann denn?)

Sie haben allerdings ein Problem; die Zeit läuft Ihnen davon, und es stellt sich schon die Frage – Herr Dr. Arnold –: Warum haben Sie eigentlich so lange gewartet?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Demokratie braucht Zeit! – René Rock (FDP), zu Abg. Dr. Walter Arnold (CDU) gewandt: Sehr richtig!)

Die Oppositionsfraktionen haben in zwei Varianten versucht, einen Gesetzgebungsprozess hinzubekommen: Die eine ist die sozialdemokratische Fraktion, die nämlich stolz darauf ist, ein gesamtes und umfassendes Gesetz eingebracht zu haben; die andere Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat das in verschiedene Gesetzgebungsbereiche aufgeteilt, und beide sind jeweils nur auf Ablehnung gestoßen, statt gesagt zu bekommen, wie Sie es machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das sind keine Fraktionen, die sozusagen einen Regierungsapparat hinter sich haben. Man stellt sich die Frage, ob Sie den hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tatsächlich miss- und nicht zutrauen, etwas Vernünftiges hinzubekommen. Wenn nicht, können Sie auch nicht mit ständigen Wechseln von Ministerinnen und Ministern erklären, warum nichts vorgelegt wurde. Es muss einen anderen Grund haben.

Herr Stephan, Sie haben dankenswerterweise auf das Energiekonzept der Bundesregierung hingewiesen. Sie haben auf den Atomkompromiss gewartet und haben deshalb nichts vorgelegt. Das hat natürlich eine gewisse Plausibilität: Wenn ich der Atomkraft Vorrang einräumen will, und das ist auf Bundesebene so, dann habe ich für die erneuerbaren Energien, wie Sie wissen, nur relativ wenige Ressourcen, bzw. wenn ich zumindest garantieren möchte, dass die vier Großen auch weiterhin am Markt tätig sein können.

Das Öko-Institut rechnet aus, dass – ich habe die Summe aufgeschrieben – 127 Milliarden € an Zusatzeinnahmen generiert werden. Wenn wir uns einmal vor Augen halten, dass Ihre Argumentation ursprünglich die war, dass wir diese Zusatzeinnahmen abschöpfen wollen, stelle ich fest: Mittlerweile sind wir nicht beim Abschöpfen von 127 Milliarden €, sondern es wird mal von 15 oder 20 Milliarden € geredet, aber nie von 127 Milliarden €, sodass sich die Frage stellt, was die großen Konzerne mit diesen Zusatzgewinnen machen. Diese werden selbstverständlich investieren, und sie werden mit dem Vorteil, den sie haben, selbstverständlich den Stadtwerken, den Gemeindewerken auf den Pelz rücken. Sie werden dies selbstverständlich zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern tun – von mir aus in einem Fonds oder einer Ge-

meinschaftsleistung, die man gemeinhin Genossenschaft nennt –, die eine Windkraftanlage bauen wollen. Da soll es zusätzlichen Konkurrenzdruck geben.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das Thema ist die Förderung der erneuerbaren Energien!)

Damit das Argument weg ist, dass es keine subventionierte Energie ist, die von der Atomkraft kommt, will ich Ihnen ein paar Punkte nennen:

Abrisskosten für das AKW Greifswald, 3 Milliarden €. Wer bezahlt das? – Der Steuerzahler. Kalkar-Hochrisikoreaktor: Kostenpunkt 4 Milliarden €. Lager Asse: Kostenpunkt der Sanierung alles in allem geschätzt 4 Milliarden €. Wer bezahlt es? – Der Steuerzahler. Das Lager Gorleben wird mindestens 1 Milliarde € aus Steuermitteln bekommen, das Lager Schacht Konrad 2,5 Milliarden €, und die Sanierung der Wismut-Uranbergwerke wird alles in allem nach Aussage des Bundesministeriums 6,4 Milliarden € kosten. Das zahlt alles der Steuerzahler nicht über die entsprechenden Verlustabschreibungen von Großkonzernen, sondern das wird cash bezahlt. Das bezahlen wir. Von den 127 Milliarden €, um es noch einmal zu sagen, würden wir bestenfalls – ich kann die Aufregung sehr wohl verstehen – den Betrag, den ich gerade genannt habe, zurückbekommen. Der Rest wandert in die Taschen der großen Konzerne. Mit diesem Geld wird Marktmacht ausgespielt.

Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, dass Sie jetzt darüber nachdenken, wie man angesichts des gefassten Berliner Atomkompromisses dazu kommt, denen das Invest auch lohnend zu gestalten. Denn wie soll es anders gehen – ich bin jetzt bei der letzten Argumentation –, als dass Sie den Versuch unternehmen müssen, nach dem, was auf Bundesebene geschehen ist, auch auf Landesebene entsprechend tätig zu werden?

Meine Damen und Herren, noch zum Gesetzentwurf selbst: Sie wissen, dass wir insbesondere in der Fragestellung, wie man die erneuerbaren Energien ausbauen soll, dagegen sind, Vorgaberegionen mit Megawattzahlen auszustatten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ja, ich bin gleich fertig.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Er hat doch gerade erst mit der Rede angefangen!)

Wir werden uns selbstverständlich enthalten und nicht dagegen stimmen. Wir hoffen, dass die Regierungsfaktionen, wie es auch die Oppositionsfraktionen getan haben, in der nächsten Zeit eigene Entwürfe vorlegen und zumindest den verlorenen Zeitraum von zwei Jahren aufholen werden. Ich danke für das Zuhören und hoffe, dass Sie sich auch an die Arbeit machen werden. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Arnold, ich höre, dass Sie sagen: „Jetzt kommt die Steigerung.“ – Vielen Dank für dieses nette Kompliment.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das ist doch nicht steigerbar! – Dr. Walter Arnold (CDU): Das war nicht böse gemeint!)

Wir haben den Gesetzentwurf der GRÜNEN für ein Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz vorliegen. Wir haben den Gesetzentwurf mehrmals behandelt, und an dem Gesetzentwurf hat sich nichts geändert.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Was für unsere Lebenserfahrung spricht!)

Meine Damen und Herren, von einem neuen Stil, von Aufbruch oder neuen Ideen in der Energiepolitik ist unter der neuen Umweltministerin Frau Puttrich bisher nichts zu spüren gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

In der ganzen Auseinandersetzung um die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke haben wir aus dem hessischen Umweltministerium nur die alten Parolen gehört, dass Biblis sicher ist.

(René Rock (FDP): Atom kommt nachher noch! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie hat die Rede wechselt!)

– Über die Sicherheit werden wir, Herr Rock, gleich noch genug zu reden haben.

Hessen ist weiterhin Schlusslicht bei dem Ausbau von erneuerbaren Energien.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sie sprechen wie meine Enkel, nur einiges klüger!)

Das Festhalten an der Atomkraft verschleppt den Umstieg auf die erneuerbaren Energien weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Koch wollte Hessen einmal zum Musterland für erneuerbare Energien machen. Sein Nachfolger nimmt dieses Wort nicht mehr in den Mund. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat in seiner Regierungserklärung eine eher untergeordnete Rolle gespielt, um das einmal ganz vorsichtig zu sagen.

Frau Ministerin, Ihre Regierung will den Anteil an erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 % erhöhen – ohne Verkehr. Das ist natürlich ein sehr wenig ambitioniertes Ziel und bleibt weit hinter dem Nötigen zurück.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was wollen Sie denn?)

Herr Arnold, aber nicht einmal dafür haben Sie ein Konzept vorgelegt. Deshalb frage ich Sie erneut, Frau Ministerin: Wo bleibt eigentlich Ihr Konzept?

Show-Veranstaltungen wie die Nachhaltigkeitskonferenz helfen nicht weiter. Sie ändern nichts am bestehenden Zustand. Sie halten weiter fest an klimaschädlichen Kohlekraftwerken wie dem Neubau von Block 6 in Staudinger, statt die dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Energien voranzubringen. Und Sie machen den Stadtwerken durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke das Leben schwer. Denn man darf nicht vergessen: Die Milliarden Gewinne der Atomkonzerne sind die Milliardenverluste der kommunalen Energieversorger.

Vor diesem Hintergrund ist der Gesetzentwurf der GRÜNEN zu beurteilen. Er findet schon deshalb unsere Zustimmung, weil wir denken, dass jeder Schritt in die richtige Richtung hilft. Der Gesetzentwurf zur Förderung erneuerbarer Energien im Landesplanungsgesetz ist dabei ein Beitrag. Es ist nicht der große Wurf; es ist ein Baustein in einem möglichen Mosaik, dessen Teile sich aus anderen sinnvollen Initiativen ergeben können.

Diese weiteren Anstrengungen sind von der Regierung zu erbringen, und zwar vor allem in der Landesplanung und auch in der Verkehrspolitik. Hessen ist ein Transitland. Das erklärt den erhöhten Anteil des Verkehrs am CO<sub>2</sub>-Ausstoß aber nur teilweise. Vor allem sollte es der Landesregierung doch ein Ansporn sein, Innovation und Umweltschutz in diesem Bereich voranzutreiben. Es kann nicht sein, dass ein Bundesland, das aufgrund seiner geografischen Lage ein besonders hohes Verkehrsaufkommen hat, diesen Zustand einfach als völlig unveränderlich hinnimmt wie die Umweltministerin, die in der letzten Plenarwoche erklärt hat, der Anteil der erneuerbaren Energien sei in Hessen deshalb so niedrig, weil der Energieverbrauch so hoch ist. Dann muss man auch Konzepte vorlegen, wie man den Energieverbrauch senken kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Hessen sollte Vorreiter bei Technik und Methoden zur Verkehrsverlagerung auf die Schiene sein, aber das sehen wir nicht.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das ist wahrscheinlich aus Ihrem nächsten Schüleraufsatz, was Sie da erzählen!)

– Herr Müller, ich finde – ich sage es mal vorsichtig – Ihr machohaftes Diskussionsverhalten heute ziemlich unangenehm, ehrlich gesagt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Lieber Macho als so wie Sie! Aber ehrlich!)

– Ich bin der Meinung, dass das eigentlich unter Ihrem Niveau ist, Herr Müller.

Der Landesentwicklungsplan mag die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs als Ziel nennen. Fakt ist aber, dass die sehr begrüßenswerte Zunahme bei dem öffentlichen Personennahverkehr nicht mit der Zunahme des Gesamtverkehrs mithalten kann. Das Problem ist, dass Sie den ganzen Verkehrsbereich ausnehmen bei Ihrem Ziel: 20 % bis 2020.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Nehmen Sie doch mal den Kloß aus dem Mund!)

Wenn Sie meinen, der vorliegende Vorschlag sei untragbar und unnötig, weil sich einzelne Regelungen schon anderswo finden, dann, Frau Ministerin, liebe CDU-Fraktion, liebe Herren von der FDP, machen Sie doch zur Abwechslung selbst einmal konkrete Vorschläge.

(Beifall bei der LINKEN)

Sonst müssen Sie sich natürlich den Vorwurf gefallen lassen, alle zukunftsweisenden Ansätze in der Umwelt- und Energiepolitik zu blockieren, um den Atom- und den Kohlekonzernen das Geschäft zu erleichtern. Danach sieht Ihre Politik aus. Das ist genau die Zielrichtung, warum Sie nicht auf den Ausbau von Erneuerbaren setzen, sondern an dieser veralteten Technologie festhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Wer Sie hört, lernt Rosa Luxemburg schätzen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eben gedacht, ich bin nicht ganz auf der richtigen Veranstaltung. Denn viele der Dinge, die eben diskutiert worden sind, haben eigentlich mit dem Regelungsinhalt dessen, was in dem Gesetz enthalten ist, nichts zu tun, Herr Kollege Warnecke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir können wirklich an passender Stelle darüber diskutieren, ob es vertretbar ist, zu welchen Kosten das AKW in Greifswald abgerissen wird. Das hat aber mit den Zielsetzungen, die Sie hier in dem Gesetzentwurf diskutieren wollen, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hier werden Nebelkerzen geworfen. Deswegen will ich doch noch einmal auf das Gesetz zurückkommen.

Der Gesetzentwurf will, dass das Land Hessen seinen Beitrag zu den globalen Klimaschutzanstrengungen nur leisten kann, wenn auf allen Planungs- und Raumnutzungsebenen Maßnahmen zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ergriffen werden. Dazu – jetzt komme ich zum Inhalt – schlägt das Gesetz Grundsätze der Raumordnung vor, mit denen der Verbrauch von Strom, Wärme und Antriebsenergie reduziert und der Ausbau und die Nutzung von erneuerbaren Energien vorangetrieben werden sollen.

Es geht also um die Frage, mit welchen Instrumenten man dieses Ziel – darüber sind wir in vielen Bereichen gar nicht so weit auseinander – erreichen kann. Da, das haben wir schon im Laufe der Diskussion gesagt, kommen wir zum Ergebnis – ich will das nur in aller Kürze begründen –, dass die vorgeschlagenen Regelungen in diesen Grundsätzen teilweise rechtswidrig sind, sachlich teilweise nicht geboten sind und teilweise bereits Gegenstand von Festlegungen im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen sind.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es sind – lassen Sie mich das auch begründen – keine dezidierten Grundsätze im Hessischen Landesplanungsgesetz notwendig, sondern Zieldefinitionen. Es ist eine klare Verständigung über verbindliche quantitative und qualitative Vorgaben im Landesentwicklungsplan erforderlich. Die Vorstellungen hierzu sind Ihnen von der Landesregierung, von der Umweltministerin, bereits dargestellt worden, und sie werden Gegenstand des Landesentwicklungsplans sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, wenn Sie dies mit landesplanerischen Grundsätzen zu erreichen versuchen, ist das rechtswidrig. Diese landesplanerischen und regionalplanerischen Grundsätze sind daher ein völlig ungeeignetes Instrument, denn sie sind

nicht verbindlich; sie können abgewogen werden, und man kann von ihnen abweichen.

Das funktioniert also vor dem Hintergrund der Vorschriften des Bundesraumordnungsgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts eben nicht. Hiernach muss ein Planungsträger, sofern er z. B. erreichen will, dass Windenergieanlagen in Vorranggebieten tatsächlich errichtet werden, den übrigen Planungsraum ausschließen – Stichwort: Vorranggebiete. Genau das werden wir mit dem Landesentwicklungsplan machen.

Ich will es wiederholen: Das Instrumentarium, das Sie hier vorgeschlagen haben, ist nicht geeignet, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Wir werden die energiepolitischen Vorstellungen der Landesregierung im Landesentwicklungsplan, der als Rechtsverordnung erlassen wird und der Zustimmung dieses Hauses bedarf, umsetzen.

(Zurufe von der SPD: Wann?)

– Wir sind in der Erarbeitung des Landesentwicklungsplans. Dann werden wir Ihnen das vortragen und vorschlagen.

Das heißt, wir benötigen eine klare Verständigung darüber, welche quantitativen und qualitativen Vorgaben in den nächsten Landesentwicklungsplan eingefügt werden sollen. Es gibt hier noch eine ganze Menge anderer Überlegungen; mir kommt das manchmal wie ein Sammelsurium verschiedener Wünsche vor. Es ist doch nicht so, dass wir im Bereich des Straßenbaus keine Pläne hätten. Wir haben als Land den Bundesverkehrswegeplan in Auftragsverwaltung umzusetzen. Es gibt andere planerische Vorgaben, auf deren Grundlage wir die Zielsetzungen, die ich überhaupt nicht bestreiten will, in unterschiedlicher Weise umsetzen werden. Dies haben wir im Verlauf der zwei Lesungen des Gesetzentwurfs bereits deutlich gesagt.

Das Instrumentarium, das Sie vorschlagen, ist vielleicht gut gemeint, rechtlich aber nicht geeignet, diese Zielsetzungen tatsächlich zu erreichen. Deswegen halten wir Ihren Gesetzesvorschlag für nicht realisierbar.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in dritter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf in dritter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die LINKEN und die GRÜNEN. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD. Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf in dritter Lesung bei Gegenstimmen von CDU und FDP, bei Zustimmung von LINKEN und GRÜNEN und bei Enthaltung der SPD abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 45, Tagesordnungspunkt 66, Tagesordnungspunkt 74 und Tagesordnungspunkt 79** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke – Drucks. 18/2872 –**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Biblis B: 80 Sicherheitsmängel sind 80 weitere Abschaltgründe – Drucks. 18/2906 –**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Atomkraftwerk Biblis: statt verharmlosen und verschweigen – Risikogutachten offenlegen – Drucks. 18/2916 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zwischenfall im Atomkraftwerk Biblis A – Drucks. 18/2922 –**

Vereinbarte Redezeit: fünf Minuten je Fraktion. Die Regierung hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile Frau Puttrich das Wort.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gewünscht, dass ich als Erste das Wort erhalten kann, weil ich Ihren Anträgen entnehme, dass Sie nicht nur ein Informationsbedürfnis haben, sondern dass hier auch einiges klargestellt werden muss, bevor man in eine engagierte Debatte geht. Ich entnehme Ihren Anträgen, dass einiges, was Sie behaupten, schlicht und einfach falsch ist. Ich bin der Meinung, wir sollten die Diskussion versachlichen, indem ich Ihnen vorab ein paar Informationen gebe.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Heute steht eine ganze Palette von Anträgen auf der Tagesordnung. Die LINKEN wollen sich allgemein mit der Laufzeitverlängerung beschäftigen. Die GRÜNEN wollen die Offenlegung eines Berichts, von dem sie behaupten, ihn nicht zu kennen, aber gleichzeitig sagen, dass er zu den richtigen Ergebnissen komme – was mich wiederum verwundert. Es gibt einen weiteren Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Darin wird ein Ereignis in Biblis beurteilt, obwohl die GRÜNEN gestern gesagt haben, dass sie eigentlich gar nicht wissen, um was es genau geht. Letzten Endes gibt es noch den Antrag der SPD, in dem ein Gutachten schon vorab beurteilt wird, indem man zu dem Ergebnis kommt, dass in Biblis unverantwortliche sicherheitstechnische Mängel vorliegen. Das behauptet die SPD, ohne sich intensiv mit dem Gutachten beschäftigt zu haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Da täuschen Sie sich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich auf mehrere Punkte eingehen. Da Sie ein Informationsbedürfnis haben, gehe ich davon aus, dass Sie aufmerksam lauschen werden. Besten Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Zunächst eines vorweg. Die GRÜNEN haben so getan, als werde das Gutachten, das vom Öko-Institut erstellt wurde, als Geheimpapier behandelt. Das ist mitnichten so. Zum einen ist, wie ich gestern schon gesagt habe, das Gutachten öffentlich. Sie können es im Internet nachlesen.

Zweitens. Selbstverständlich sind wir von unserer Seite mit diesem Gutachten immer transparent umgegangen. Deshalb haben wir das Gutachten, nachdem es bei uns eingegangen ist, allen Verfahrensbeteiligten zur Verfügung gestellt, die dazu Stellung nehmen werden. Wir haben es dem TÜV zur Verfügung gestellt, und wir werden entsprechende Stellungnahmen bekommen.

(Timon Gremmels (SPD): Dem Parlament haben Sie es nicht zur Verfügung gestellt!)

– Hören Sie doch bis zum Ende zu. Sie haben nachher noch Redezeit. Lassen Sie mich einfach ausreden. Das erleichtert das Geschäft.

Zum anderen ist dieses Gutachten nicht von der Landesregierung in Auftrag gegeben worden. Auftraggeber war der Bund. Selbstverständlich haben wir ein Interesse daran, dass ein solches Gutachten öffentlich verhandelt wird – das sage ich Ihnen deshalb ganz klar –, weil Sie ein solches Gutachten natürlich dann am besten interpretieren können, wenn es kein Mensch kennt und Sie auf anderem Wege davon Kenntnis bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben ein Interesse daran, dass man offen über solche Dinge reden kann. Deshalb haben wir mit dem Auftraggeber, dem Bundesministerium, Kontakt aufgenommen. Wir haben mit dem Bundesministerium geklärt, dass wir das Gutachten veröffentlichen dürfen. Ich habe veranlasst, dass es Ihnen zur Verfügung gestellt wird. So viel zur Transparenz.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut! – Norbert Schmitt (SPD): Nach drei Monaten!)

– Nein, nicht nach drei Monaten. Uns wurde es Ende Juli zur Verfügung gestellt. Anfang August haben wir es an die Verfahrensbeteiligten weitergegeben.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann sind es eben zwei Monate!)

Wir haben jetzt September. Ich denke, dass wir unsererseits unverzüglich gehandelt haben. Ich habe Ihnen außerdem gerade erklärt, dass nicht wir die Auftraggeber waren, sondern der Bund, und dass wir Ihnen das Gutachten in Vereinbarung mit dem Bund zur Verfügung stellen werden.

So weit, so gut. Lassen Sie mich ein Stück weitergehen, weil ich denke, man muss sich bezüglich des Gutachtens ein bisschen die Historie anschauen. Wie ist dieses Gutachten überhaupt zustande gekommen? – Sie fangen schon an, es zu bewerten, und behaupten, dass sicherheitsrelevante Mängel vorhanden seien, die eine sofortige Stilllegung von Biblis erforderlich machen würden. Das ist schlicht und einfach falsch. Ich möchte Ihnen erst einmal erklären, um welches Gutachten es sich überhaupt handelt, was der Auftrag des Gutachtens war und wie es zustande gekommen ist.

Über die Historie brauche ich Sie nicht weiter aufzuklären. Die ist Ihnen mehr als ein Stück weit bekannt. Die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“ hat im Jahr 2005 den Antrag gestellt, Biblis sofort stillzulegen. Damals hat man das mit 169 angeblichen Sicherheitsdefiziten begründet, die die Notwendigkeit der sofortigen Stilllegung erklären sollten.

Dieser Antrag ist ordentlich abgearbeitet worden. Die Vorwürfe sind geprüft worden, wie die Atomaufsicht das immer verantwortungsvoll macht. Die Atomaufsicht ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Antrag abzulehnen ist. Am 10. April erging ein ablehnender Bescheid. Gegen diesen ablehnenden Bescheid wurde Klage eingereicht – und zwar wurden nicht 169 Gründe genannt, inzwischen waren es 210 Gründe geworden. Man muss aber wissen, dass die Gründe, die da genannt wurden, nicht aufgrund einer gutachterlichen Untersuchung vor Ort in Biblis zusammengestellt wurden, sondern dass es hier um allge-

meine Einschätzungen und um Bewertungen von Akten-einsichten aus dem Zeitraum 2005 und früher sowie 2008 und früher ging. Alle Vorwürfe waren also alles andere als aktuell.

Die Sicherheitsaspekte in diesen 210 Bereichen, die dort genannt werden, sind für die Atomaufsicht übrigens alles andere als neu. Das sind eigentlich alte Hüte. Sie sind entweder bereits in den entsprechenden Nachrüstungsprogrammen berücksichtigt worden, oder sie sind in die Forderungen eingeflossen. Es ist überhaupt nichts Neues dabei.

Wenn Sie jetzt sagen, es sei irgendetwas Neues gefunden worden, ist das erstens falsch. Zweitens sind die Bewertungen, die nicht aufgrund von Untersuchungen vor Ort erfolgt sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Verlauf des Gerichtsverfahrens, in dem gegen den ablehnenden Bescheid geklagt wurde, hat das Bundesministerium den Auftrag erteilt – das ist durchaus richtig –, die Gründe, die dort genannt wurden, auf ihre Relevanz hin zu untersuchen. Was bedeutet Relevanz? – Relevanz heißt, es soll daraufhin überprüft werden, ob das, was dort genannt worden ist, eine wichtige Rolle spielen würde, wenn es der Realität entspräche. Es heißt nicht, dass inhaltlich geprüft wurde, sondern es wurde lediglich auf die Relevanz hin geprüft: Wenn das, was da behauptet wird, stimmt, welche Relevanz hat es dann?

Ich lege Wert darauf, zu betonen, dass das Gutachten nicht auf der Grundlage einer aktuellen technischen Anlagenüberprüfung erstellt wurde. Deshalb wundert es mich, wenn Sie jetzt schon zu dem Ergebnis kommen, da seien Mängel festgestellt worden, und deshalb bestehe Handlungsbedarf.

Das Öko-Institut selbst, das das Gutachten erstellt hat, weist darauf hin, dass es sich lediglich auf Aussagen und Feststellungen der Kläger bezieht. Wie die Aussagen zustande gekommen sind, habe ich Ihnen gerade erklärt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hochinteressant!)

Das Gutachten des Öko-Instituts enthält die Bemerkung:

Die Ergebnisse sind durchgängig unter dem Vorbehalt einer möglicherweise nicht in allen Punkten vollständigen aktuellen Informationslage zu sehen.

Das Öko-Institut schränkt also selbst die Ergebnisse seiner Untersuchung ein. Ich wiederhole meine Worte: Es hat nicht auf die inhaltliche Richtigkeit, sondern auf die Relevanz hin untersucht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hochinteressant!)

Die Endfassung der Untersuchungsergebnisse des Öko-Instituts wurde uns vom Bundesministerium zugeleitet; ich habe es vorhin angesprochen. Sie ist bei uns am 20. Juli eingegangen; das ist richtig. Auftraggeber war der Bund. Von den 210 Untersuchungspunkten besitzen nach Einschätzung des Öko-Instituts 130 keine Sicherheitsrelevanz. In Bezug auf die verbleibenden 80 Untersuchungspunkte wird in dem Gutachten festgestellt – ich bitte Sie, genau hinzuhören –, dass die Beherrschung der Auslegungsfälle „nicht grundsätzlich infrage gestellt wird“. Dass man sagen könnte, man sitze auf einem Pulverfass, ist also völlig falsch. Die Einschränkung nimmt das Öko-Institut in seinem Gutachten selbst vor.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb weise ich noch einmal deutlich darauf hin, und ich werde das auch stets wiederholen: Das Öko-Institut hat nur auf Relevanz geprüft. Es gibt keinerlei gutachterliche Stellungnahme des Öko-Instituts zum aktuellen Stand der technischen Anlagen. Ich bitte Sie, das in der Öffentlichkeit seriös zu bewerten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt kann man natürlich fragen, was das Land Hessen mit diesem Gutachten macht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das fragen wir uns ständig!)

Das Umweltministerium hat die 210 genannten Punkte begutachten lassen. Wir haben sie unter technischen Gesichtspunkten begutachten lassen, nämlich vom TÜV Süd, der über den technischen Sachverstand verfügt. Der TÜV Süd hat die Prüfung anhand der Zwischenentwürfe des Gutachtens des Öko-Instituts und – das ist entscheidend – anhand des aktuellen sicherheitstechnischen Zustands der Anlage vorgenommen.

Dabei wurden alle Punkte nach zwei Relevanzkriterien untersucht. Erstens. Besteht eine Relevanz für die sofortige Stilllegung des Kernkraftwerks? Zweitens. Ist der Punkt relevant für Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Sicherheit?

Nach dem Stand der jetzigen Überprüfung wurden keine sicherheitsrelevanten Punkte festgestellt, die ein sofortiges Handeln der Aufsicht erforderlich machen würden. Schon gar nicht ergab sich daraus, dass eine sofortige Stilllegung der Anlage gerechtfertigt wäre, wie sie die Opposition fordert. Auch das BMU als oberste Atomaufsicht sah sich aufgrund der bisherigen Ergebnisse nicht veranlasst, das hessische Umweltministerium anzuweisen, die Anlage stillzulegen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, hören Sie zu. Ich habe Ihnen sehr deutlich gemacht, dass die hessische Atomaufsicht in ihrer Verantwortlichkeit alle Punkte, die hier festgestellt worden sind, inhaltlich-sachlich geprüft hat. Das werde ich, wenn es sein muss, noch dreimal wiederholen. Insofern ist die hessische Atomaufsicht zu jedem Zeitpunkt ihrer Pflicht nachgekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da in der öffentlichen Diskussion ein paar Begriffe herumschwirren, mit deren Hilfe behauptet wird, dass das Kernkraftwerk Biblis unsicher sei, möchte ich auf ein paar konkrete Punkte eingehen. Ich will das in der gebotenen Kürze machen; aber auf ein paar Stichworte muss ich eingehen.

Zum Beispiel wird in der Presse immer wieder das Thema Erdbebensicherheit aufgegriffen. Es wird behauptet, dass das Kernkraftwerk Biblis nicht erdbebensicher sei. Der Block B des Kernkraftwerks Biblis wurde bereits bei der Errichtung gegen Erdbeben gesichert. Ab dem Jahr 2000 wurde der Schutz gegen Erdbeben weiter verbessert. Das gilt übrigens auch für den Block A des Kernkraftwerks.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Tonnen von Dübeln! Superdübel!)

Ein weiteres Thema sind brennende PVC-Kabel. In der Öffentlichkeit wird darauf hingewiesen, dass davon eine



Gefahr ausgehe. Das wird selbstverständlich immer wieder geprüft, und durch vorsorgliche Austauschmaßnahmen wird dafür gesorgt, dass hiervon keine Gefahr ausgeht. Ich darf feststellen – das ist auch für die Öffentlichkeit wichtig; deswegen mache ich das in aller Deutlichkeit klar –: Es gibt keine Hinweise auf werkstoffspezifische Defizite.

Gerade an dem Beispiel können Sie sehr deutlich erkennen, was der Unterschied zwischen einer Relevanzprüfung und einer gutachterlichen, sachlichen Prüfung ist. Bei einer Relevanzprüfung wird geprüft, ob von irgendetwas theoretisch eine Gefahr ausgehen könnte. Im Ergebnis kann man also sagen, von irgendetwas könnte eine Gefahr ausgehen. Mithilfe einer gutachterlichen Prüfung kann man feststellen, ob in einem speziellen Fall tatsächlich eine Gefahr davon ausgeht. Wir haben eine gutachterliche Prüfung durchführen lassen, und wir können sagen, dass es dort keine werkstoffspezifischen Defizite gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit kommen wir zu dem Thema Schweißnähte, über das in der Öffentlichkeit ebenfalls ganz gern diskutiert wird. Es wird behauptet, davon gehe eine Gefahr oder zumindest eine Unsicherheit aus. Die Schweißnähte wurden nicht nur bei der Fertigung kontrolliert, sondern sie werden selbstverständlich laufend, im Rahmen wiederkehrender Prüfungen mit hoch wissenschaftlichen Methoden untersucht, z. B. mit Ultraschallverfahren. Auch von diesen Schweißnähten geht keine Gefahr aus.

Zu dem Thema Überflutungen. Die Überprüfung durch den TÜV Süd hat ergeben, dass hier keine Sicherheitsdefizite vorliegen. Ich halte es für wichtig, dass man einer Debatte die inhaltlichen Prüfungen und nicht irgendwelche mutmaßlichen Einschätzungen zugrunde legt. Ich denke, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie es um die Sicherheit des Kernkraftwerks Biblis wirklich bestellt ist, und das in der Form, wie ich es Ihnen eben gesagt habe.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal deutlich darauf hinweisen, es ist der Atomaufsicht wichtig, allen Hinweisen nachzugehen. Gehen Sie nicht davon aus – auch wenn Sie es gern vermuten würden –, dass bestimmten Hinweisen nicht nachgegangen wird; vielleicht weil man dann über bestimmte Dinge hinwegsehen könnte.

Sie haben immer solche Bezeichnungen; Sie meinen, die Umweltministerin als „Atomministerin“ bezeichnen zu müssen. Ich muss sagen, ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie mich als „Energeministerin“ bezeichnen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen immer bestimmte Zusammenhänge konstruieren. Sie wollen nahelegen, dass hier die Interessen der Wirtschaft vertreten werden. Ich sage Ihnen klipp und klar: Wir vertreten die Interessen der Menschen in unserem Land, und wir sind an erster Stelle für die Sicherheit in unserem Land verantwortlich, für nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb gehen wir sehr ernsthaft allen Hinweisen nach, bei denen wir davon ausgehen können, dass sie in irgendeiner Form auf Sicherheitsgefahren hindeuten.

Nun möchte ich von dem Thema, über das wir eben gesprochen haben, nämlich von dem Gutachten des Öko-In-

stituts, zu dem Thema Transparenz und der Pressemeldung, die das Ministerium gestern weitergegeben hat, überleiten. Ich habe mich gewundert, dass Sie schon zu einer Bewertung gekommen sind, ohne dass Sie die Details dieses Ereignisses kennen. Dazu kann ich nur sagen: Sie hätten gern ein Ergebnis. Deshalb bewerten Sie das Ereignis, bevor Sie überhaupt die entsprechenden Informationen haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren!

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Deswegen in aller Ruhe die Informationen zu dem Ereignis selbst: Wir haben gestern in einer Pressemitteilung des Ministeriums der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass dieser Vorfall als ein Ereignis der Stufe 0 zu bezeichnen ist. Sie sind lange genug in dem Geschäft, um zu wissen, was Stufe 0 bedeutet. Stufe 0 heißt, dass ein Ereignis keine oder nur eine sehr geringe sicherheitstechnische Bedeutung hat.

Das heißt, es hat sich bei dem Ereignis weder um einen Störfall gehandelt – als solchen bezeichnet man es in den Medien gern, weil man damit Angst verbreiten kann – noch um eine Störung, sondern es war ein meldepflichtiges Ereignis. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Wer ganz bewusst ein Ereignis der Stufe 0 zum Störfall erklärt, der möchte Panik verbreiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb möchte ich noch einmal etwas zu den Tatsachen und zu dem sagen, was wirklich passiert ist. Zum Zeitpunkt des Ereignisses am 23. September 2010 befand sich Block A in planmäßigem Stillstand. Ich sage es noch einmal: im planmäßigen Stillstand.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja!)

Das Ereignis trat im Rahmen einer planmäßigen wiederkehrenden Prüfung auf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja!)

Es finden im Jahr mehrere Tausend Prüfungen zur Sicherheit des Atomkraftwerkes Biblis statt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja!)

Dabei wurde festgestellt – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dass es nicht funktioniert!)

– Hören Sie doch zu.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ich weiß es schon!)

– Wissen Sie es schon?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Es hat nicht funktioniert!)

Sie müssen bis zum Ende zuhören. – Dabei wurde festgestellt, dass ein Schalter zur automatischen Umschaltung

der Spannungsversorgung fehlerhaft war. Er wurde gegen ein im Lager vorhandenes Ersatzteil ausgetauscht.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dass in den Medien der Eindruck erweckt wird, dass es dann etwa 40 Minuten nicht möglich gewesen wäre, den Block A zu steuern, ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Al-Wazir, immer weiter zuhören. – Durch den Ausfall des Schalters war lediglich die automatische Funktion des Notstandssystems eingeschränkt. Bei Bedarf hätte die Umschaltung jederzeit rechtzeitig manuell erfolgen können.

Übrigens können auch in einer externen Notstandswarte, wie sie von Ihnen so gerne gefordert wird, Schalter in der Art ausfallen, wie es hier der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Unter dem Strich kann man Folgendes sagen: Das Ereignis hatte keine sicherheitstechnische Bedeutung. Das gilt übrigens auch für den Fall, dass Block A in Betrieb gewesen wäre. Nach der internationalen Skala zur Bewertung solcher Vorkommen, INES, ist es, wie ich bereits gesagt habe, bei der Stufe 0 einzuordnen. Dies bedeutet, dass das unterhalb der Skala gelegen hat und damit keine oder eine sehr geringe sicherheitstechnische Bedeutung hatte.

Eines muss ich auch noch ganz klar festhalten: Eine Gefährdung des Personals, der Umgebung oder der Anlage war mit dem Ereignis zu keinem Zeitpunkt verbunden.

Ich möchte an dieser Stelle an alle sehr ernsthaft appellieren: Schauen Sie sich doch erst einmal die Hintergründe an, bevor Sie voreilig Pressemitteilungen verfassen.

(Beifall der Abg. Bettina Wiesmann (CDU))

Das ist ein sehr ernst gemeintes Anliegen. Spielen Sie nicht mit den Ängsten der Menschen, um politische Ziele zu verfolgen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut, das ist der Punkt!)

All Ihren Anträgen kann entnommen werden, dass es Ihr politisches Ziel ist, dass das Atomkraftwerk Biblis abgeschaltet wird. Dafür scheint Ihnen jede Argumentation recht zu sein. Deshalb ist es mir wichtig gewesen, Ihnen die inhaltliche Aufklärung zu geben. Ich hoffe, dass wir zu einer sachlichen Debatte kommen. – Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei Dinge sagen.

Erstens. Den nicht die Regierung tragenden Fraktionen wachsen sechs Minuten Redezeit zu. Damit sind das dann elf Minuten. Einverstanden?

Zweitens habe ich festzustellen, dass wir uns bei der Reihenfolge der Redner an den Drucksachen orientieren. Deswegen erhält als Erste Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Zuruf von der CDU: Nicht schon wieder!)

### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich habe Ihnen sehr genau zugehört.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Aber nicht verstanden!)

Im Gegensatz zu Ihnen gerade habe ich sehr genau zugehört. Aber alles, was Sie hier erklärt haben, war: Biblis ist sicher, und die Erde ist eine Scheibe. – Das haben Sie hier erklärt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht erwähnt, dass das Atomkraftwerk Biblis nicht über eine externe Notstandswarte verfügt. Es gibt keine ausreichende Schutzhülle, um das Atomkraftwerk Biblis gegen Flugzeugabstürze abzusichern.

Frau Ministerin, ich frage mich auch, warum Sie uns das nicht alles schon gestern erklärt haben. Warum haben Sie sich nicht schon gestern vor den Landtag gestellt und Ihre Erklärung abgegeben?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich bin der Meinung, Sie sollten sich ein Beispiel an Ihrer Kollegin in Baden-Württemberg nehmen. Dort wurde nämlich ehrlicherweise zugegeben, dass es die von IPPNW beanstandeten Mängel im Atomkraftwerk Neckarwestheim gibt. Dort wurde wenigstens eingeräumt, dass es Mängel gibt, und die Gutachten und Sorgen nicht einfach weggewischt, so wie Sie das hier tun. Sie haben einfach erklärt, es gebe kein Problem, das Atomkraftwerk Biblis sei sicher, deswegen würden Sie keinen Handlungsbedarf sehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den Störfall in Biblis jüngst erlebt. Ja, RWE stuft das als ein Ereignis mit sehr geringer sicherheitstechnischer Bedeutung ein. Denn Block A war wieder einmal für eine Revision abgeschaltet.

Frau Ministerin, auch Sie spielen diesen Störfall herunter. Ich frage Sie: Was wäre denn passiert, wenn die Notstromversorgung des Blocks A bei einem Störfall ausgefallen wäre? Frau Ministerin, was wäre denn dann passiert?

Frau Ministerin, diese erneute Panne zeigt doch, dass die Reaktoren in Biblis tickende Zeitbomben sind und dass sie schnellstmöglich stillgelegt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, jetzt möchte ich auf das Gutachten zu sprechen kommen. Das Gutachten des Öko-Instituts im Auftrag des Bundesumweltministeriums kommt zu dem Schluss, dass es gravierende Schwachstellen im Atomkraftwerk Biblis gibt. Die gibt es auch bei dem Notstandssystem. Sicherheitsdefizite in diesem Bereich stellen laut Atomgesetz eine erhebliche Gefahr dar. Deshalb muss die Stilllegung des Blockes B in Biblis auch die zwangsläufige Konsequenz aus diesem Gutachten sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mindestens 80 sicherheitstechnisch relevante Defizite bemängelt das Gutachten beim Atomkraftwerk Biblis Block B. Das reicht von veralteten Materialien bis hin zu Defiziten beim Schutz gegen Erdbeben und Überflutungen. Das Atomkraftwerk Biblis entspricht nicht dem heutigen Stand der Technik. Deshalb müsste das Atomkraftwerk aufwendig nachgerüstet werden. Die Reaktoren in Biblis sind mit über 800 meldepflichtigen Störfällen die ältesten und die unsichersten Schrottreaktoren, die wir in Deutschland haben.

Ab nächstem Jahr wird der weitere Betrieb des Atomkraftwerks Biblis gegen geltendes Recht verstoßen. Frau Ministerin, ohne externe Notstandswarte darf es eben nicht weiterlaufen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

CDU und FDP haben immer wieder verkündet, die Schrottmeiler in Biblis würden dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Ist das nur eine Verharmlosung, oder haben Sie hier ganz bewusst die Unwahrheit gesagt? Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

Frau Ministerin, Sie haben jetzt verkündet, dass Sie auch nach Vorlage dieses Gutachtens überhaupt keinen Handlungsbedarf sehen. Ich finde das, ehrlich gesagt, schon ungeheuerlich. Angesichts der Gefahren eines atomaren Unfalls kann keine Atomaufsichtsbehörde ein solches Atomkraftwerk mit derartigen Defiziten auch nur einen Tag länger in Betrieb lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, ich frage mich: Wenn hier kein Handlungsbedarf besteht, wann handelt Ihr Ministerium denn dann?

Das Gutachten, über das wir gerade reden, ist eines des Öko-Instituts, das immerhin vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben wurde. Wenn selbst ein vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss kommt, dass es im Atomkraftwerk Biblis über 80 sicherheitsrelevante Mängel gibt, dann müssten doch im hessischen Umweltministerium die Alarmglocken schrillen.

(Zuruf von der FDP: Sie haben nicht zugehört!)

Sie können sich da doch nicht hierhin stellen und sagen, es gebe kein Problem, und wir machen so weiter wie zuvor.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, das hessische Umweltministerium ist keine Außenstelle der RWE. Die Atomaufsicht ist es auch nicht.

(Zuruf: So ein Blödsinn!)

Sie sind den Interessen und der Sicherheit der Menschen verpflichtet und nicht den Interessen der Energiekonzerne.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie wollen das Gutachten jetzt veröffentlichen.

(Zuruf von der CDU: Es ist längst veröffentlicht!)

Das ist ein schöner Zug. Jetzt, nach dem öffentlichen Druck und zwei Monate zu spät, jetzt, weil jeder über dieses Gutachten spricht, wollen Sie es veröffentlichen. Frau Ministerin, es kann aber doch nicht sein, dass Sie sich bei Ihrer Politik auf irgendwelche Gefälligkeitsgutachten berufen, und nicht genehme Gutachten verschwinden immer unter dem Tisch. Die werden geheim gehalten und der Öffentlichkeit nicht oder erst dann zugänglich gemacht, wenn es Druck und eine öffentliche Diskussion gibt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir heute überhaupt über die Mängel diskutieren, ist – das muss man auch einmal sagen – der atomkraftkritischen Ärzteorganisation IPPNW zu verdanken. Sie haben die sicherheitstechnischen Defizite aufgelistet, und das Gutachten bestätigt einen Großteil davon – ein Gutachten, das vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben wurde und nicht irgendetwas ist, was man als bessere Diplomarbeit oder Sonstiges abtun kann.

Deshalb ist die geplante Laufzeitverlängerung von acht Jahren für Biblis, die bei dem Atomdeal beschlossen wurde, ein Roulette mit der Sicherheit der Bevölkerung.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Typische Wissler-Rede!)

Meine Damen und Herren, für die meisten Menschen war der Atomausstieg beschlossene Sache. Aber – das zeigt die Realität – mit den Atomkonzernen kann man keine Verträge machen; denn sie halten sich nicht an die Verträge. Der Atomdeal der Bundesregierung ist meiner Meinung nach Ausdruck einer vordemokratischen Gesinnung.

Immer mehr Menschen fragen sich nämlich, wer in diesem Land eigentlich die Spielregeln setzt. Das zeigt: Wenn man energiepolitisch wirklich etwas verändern will, muss man die Macht der großen Vier zerschlagen, weil diese vier Energiekonzerne alles blockieren und so viel Druck machen können, dass sie die politische Agenda in Berlin bestimmen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Schwarz-Gelb macht sich zum Büttel der Konzerne. Sie betreiben Klientelpolitik auf Kosten der Allgemeinheit. Durch die Laufzeitverlängerung fließt ein zusätzlicher Gewinn in Milliardenhöhe in die Truhen der großen Vier. Davon schöpfen Sie mit der Brennelementesteuer – begrenzt auf sechs Jahre – ein bisschen was ab. Aber warum ist die Steuer überhaupt auf sechs Jahre begrenzt? Und sie bringt weniger ein als gedacht, weil sie auch noch beim Finanzamt geltend gemacht werden kann.

Frau Ministerin, wenn Sie in Ihrer Rede davor warnen, Ängste in der Bevölkerung zu schüren, und dies der Opposition vorwerfen, dann sage ich: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, der muss sich selbst fragen, wie er eigentlich agiert. – Es ist doch gerade Schwarz-Gelb gewesen, die hier immer wieder die Ängste geschürt haben, hier würden die Lichter ausgehen, es gebe eine Versorgungslücke, und die den Menschen Ängste und Gefahren eingeredet haben, die es überhaupt nicht gibt. Und das nur, um darü-

ber hinwegzutäuschen, dass man Atomenergie in diesem Land einfach nicht braucht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Das Saallicht flackert kurz.)

Gerade ist Biblis A wieder vom Netz; das Licht ist an. – Bei der Atomkraft gilt, sicher sind nur das Risiko und der Profit der Betreiber. Es gibt kein Endlager für radioaktive Abfälle. Sie reden immer von der Generationengerechtigkeit und der Verantwortung, die wir für die kommende Generation haben.

Fakt ist: Durch die Laufzeitverlängerung wird sich der radioaktive Müll verdreifachen. Den nächsten 33.000 Generationen bürden wir diesen Müll auf. Solange muss der Atom Müll sicher verwahrt werden, bis er irgendwann nicht mehr strahlt. Und dann reden Sie von der Generationengerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, Atomkraft ist keine Brücke hin zu den erneuerbaren Energien. Die Laufzeitverlängerung verschiebt die atomfreie Zukunft mindestens auf das Jahr 2037, denn in dem Papier ist nicht von Jahren die Rede, sondern von Strommengen. Wir erinnern uns: Der älteste Reaktor Biblis sollte schon längst vom Netz sein. Er ist nur deshalb noch am Netz, weil die Betreiber von Biblis – RWE – den Reaktor vom Netz genommen haben, um Strom zu sparen, und zwar in der Hoffnung auf die schwarz-gelben Freunde, dass die, sobald sie die Bundesregierung übernehmen, dann auch etwas für sie tun und sich die Parteispenden bezahlt machen.

Meine Damen und Herren, wir haben die Situation, dass Windkraftanlagen heruntergefahren werden müssen, weil Atomenergie die Netze verstopft. Für Stadtwerke lohnt sich die Investition in regenerative Energien nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

– Herr Müller oder Herr Rock, wenn Ihnen die Energiepolitik der DDR ein Vorbild ist, dann kann ich nur sagen: herzlichen Glückwunsch. Für mich ist es kein Vorbild. Ich möchte eine solche Energiepolitik nicht haben.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarz-Gelb will die Mehrheit

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sie sind für mich ein Vorbild – als abschreckendes Beispiel!)

– gut, für Sie ein Vorbild, das ist Ihr Problem – gegen Atomkraft sowohl im Bundesrat als auch in der Gesellschaft austricksen. Das ist Ihr Verständnis von Demokratie. Natürlich tangiert der Atomdeal die Länder und vor allem die Menschen im Lande, deren Wohl und Unversehrtheit zu schützen ist. Deshalb sollten die Landesparlamente ein deutliches Zeichen nach Berlin und in die Konzernzentralen senden, dass dieser Atomdeal nicht mitgetragen wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Über die Frage der Atomkraft und über die Laufzeitverlängerungen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Deshalb fordern wir alle Menschen auf, auf die Straße zu gehen und gegen Atomkraft und diese unverantwortliche Politik zu demonstrieren.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Gemeinsam! – Weitere Zurufe von der CDU)

Am 18. September waren 100.000 Menschen auf der Straße. Bei den Protesten zum Castor werden Tausende erwartet. Die Ablehnung in der Bevölkerung gegen Atomkraft ist groß. Ich denke, es wird dann möglich sein, die Atomkonzerne in die Knie zu zwingen,

(Judith Lannert (CDU): Menschen aufhetzen, was anderes tun Sie nicht!)

wenn wir auf der Straße und vor ihren Werken gegen diese Pläne demonstrieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Schmitt, SPD-Fraktion.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das freut mich ja schon! – Zurufe von der FDP)

**Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Müller freut sich schon. Ich werde ihn nicht enttäuschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch vor zwei Tagen sagte die hessische Umweltministerin und hat das heute wiederholt: Biblis ist sicher.

(Gerhard Merz (SPD): Wie die Rente! – Heiterkeit bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Keiner der 80 vom Öko-Institut in einem Gutachten über den Zustand von Biblis Block B für die Bundesatomaufsicht als sicherheitsdefizitär bewerteten Punkte sei sicherheitsrelevant. Das hat Frau Puttrich gestern noch einmal gesagt, hat es heute wiederholt und versucht, es darzulegen.

Frau Puttrich, die Diskussion werden wir jetzt führen und führen müssen. Es ist eine ungeheuere Verwirrung der Öffentlichkeit, was Sie vornehmen. Sie sagen, bei keinem der 80 aufgeführten Mängel – so haben Sie es heute ausgedrückt, weil Sie gemerkt haben, dass es in der Frage Sicherheitsrelevanz ein Problem ist – sei es notwendig, dass sofortiges Handeln angezeigt ist.

Meine Damen und Herren, was wäre das für eine Situation, wenn in Biblis momentan eine akute Gefährdung vorliegen würde und sofortiges Handeln notwendig würde? Das wäre wirklich unglaublich. Frau Umweltministerin, es geht doch um die Tatsache, dass eine Laufzeitverlängerung von acht Jahren vorgesehen ist und sich die Frage nach der Relevanz von Sicherheitsdefiziten, die festgestellt worden sind, stellt und wie beantwortet werden kann, dass das Atomkraftwerk angesichts dieser Sicherheitsmängel weitere acht Jahre laufen soll. Das ist doch die neue Situation.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es geht doch darum, dass die letzten Monate von Biblis A – für Biblis B sind es auch nur noch wenige Monate –, wie es im Atomkonsens vorgesehen war, ablaufen sollen. Es geht nun um die Tatsache, dass diese Atomkraftwerke in

Biblis acht Jahre länger laufen sollen. Von den Jahren her wird das angesichts der Stillzeiten, die immer wieder systematisch eingebaut werden, wahrscheinlich noch viel länger sein.

Hochinteressant fand ich in der Frage der Sicherheitsrelevanz, dass die Bund-Länder-Nachrüstungsliste vom 3. September dieses Jahres, also vor wenigen Tagen, an der übrigens auch die hessische Behörde mitgewirkt hat – ich nehme an, auch Herr Finke hat mitgewirkt –, heute bekannt geworden ist. Diese Aussage, dass es keine sicherheitsrelevanten Probleme in Biblis B gibt, macht deutlich, dass Sie eine Beschwichtigungsministerin sind.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Einige der nach der eigenen Nachrüstungsliste erforderlichen Maßnahmen beziehen sich ausdrücklich auf Druckwasserreaktoren der zweiten Baulinie und damit auch auf Biblis B. Das haben Sie verschwiegen. Frau Ministerin, ich werde Ihnen vorhalten und jedes Mal abfragen, ob Sicherheitsrelevanz vorliegt oder nicht.

Als kurzfristig umzusetzende Maßnahme – die dürfen also keinen Aufschub haben – sieht die Nachrüstungsliste der Fachbeamten des Bundes und der Länder beispielsweise vor, dass das automatische und zügige Herunterfahren des Atommeilers beim gefürchteten kleinen Leck erfolgen soll. Ist das sicherheitsrelevant oder nicht, Frau Ministerin?

In der Liste wird aufgeführt, es soll eine Vergrößerung der Flutbehälter erfolgen – Stichwort: Not-Kühlwassermenge. Frau Ministerin, hat das Sicherheitsrelevanz, oder hat das keine Sicherheitsrelevanz? Gestern haben Sie doch noch gesagt, bei Biblis B gibt es keine Probleme mit der Sicherheitsrelevanz. Ich frage Sie auf Grundlage Ihrer eigenen Liste: Hat das Sicherheitsrelevanz, oder hat das keine Sicherheitsrelevanz?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der LINKEN)

Ich weiß ja nicht, was Ihnen aufgeschrieben worden ist. Es war Ihnen anzumerken, als Sie vorgetragen haben. An dieser Frage können Sie aber hier nicht in einem Eiertanz vorbegehen.

Die Nachrüstungsliste will auch Nachrüstungen bei den unzulänglichen Speisewasservorräten. Sie will Nachrüstungen bei dem unzureichenden Schutz gegen Brände und Überflutungen – genau das, was vom Öko-Institut auch aufgelistet worden ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Hat das Sicherheitsrelevanz, oder hat das keine Sicherheitsrelevanz für Block B?

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Verlangt wird in der Nachrüstungsliste eine räumliche Trennung von Sicherheitssystemen und Rohrleitungen – genau das, was das Öko-Institut vorgelegt hat. Hat das Sicherheitsrelevanz, oder hat das keine Sicherheitsrelevanz? Gestern haben Sie doch noch gesagt, es gebe keine sicherheitsrelevanten Probleme in Biblis B. Was ist denn nun richtig? Ist die Liste der Fachministerien richtig, oder ist das richtig, was Sie hier gestern fahrlässig erklärt haben?

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Gibt es Defizite beim Nachkühlsystem in Biblis B? Gibt es welche? Haben die Sicherheitsrelevanz, oder haben sie keine?

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wenn die keine haben, warum sind sie dann in der Liste der Änderungen enthalten, die jetzt erfolgen sollen?

Meine Damen und Herren, die Maßnahmen allerdings, die wirklich zentrale Bereiche betreffen und die RWE viel Geld kosten würden, die werden auf dieser Liste als mittel- und langfristige Maßnahmen dargestellt. Alles, was die Atomindustrie Geld kostet, soll auf die lange Bank geschoben werden. Dahinter steckt die Strategie, dass das eben nicht umgesetzt werden soll. Meine Damen und Herren, das ist grob fahrlässig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie von der CDU sind auf einmal so ruhig geworden?

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Der Schutz vor Terrorangriffen, die gegenseitige Trennung mehrfach vorhandener Sicherheitssysteme für den Fall der Überflutung oder eines Brandes – all dies soll auf die lange Bank geschoben werden. Alle diese Nachrüstungen sollen auf die lange Bank geschoben werden.

(Zuruf des Abg. Peter Seyffardt (CDU))

Meine Damen und Herren, nach dieser Liste, die nun bekannt geworden ist, kann man eines festhalten: Es gibt in Biblis Nachrüstungsbedarf, wenn man dieses Atomkraftwerk acht Jahre länger fahren möchte. Gestern haben Sie noch geleugnet, dass es Nachrüstungsbedarf gibt, dass Sicherheitsrelevanz besteht. Ihre Fachbeamten haben etwas anderes festgestellt.

Meine Damen und Herren, wir halten es für unverantwortlich, Maßnahmen wie Schutz vor Terror, wie die Betonhülle, wie die externe Notstandswarte, die erhebliche Sicherheitsdefizite darstellen, auf die lange Bank zu schieben. Aber mit dieser Liste wird ausdrücklich festgestellt, dass Atomkraftwerke, auch der zweiten Generation, also nicht nur Biblis A, sicherheitsrelevante Probleme haben – das, was Sie gestern noch geleugnet haben, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie erinnern mich da wirklich an Norbert Blüm, der immer gesagt hat: Die Rente ist sicher. – Meine Damen und Herren, die Frau Ministerin Puttrich ersetzt „Rente“ durch „Biblis“ und behauptet: Biblis ist sicher.

Wir haben gesehen, was aus dem Versprechen von Herrn Blüm geworden ist. Ich kann nur feststellen: Die Aussage „Biblis ist sicher“ ist nach dem, was Ihre eigenen Leute vorgelegt haben, und vor allen Dingen auch nach dem, was das Öko-Institut vorgelegt hat, schlicht falsch.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Damit werden Sie wirklich zur Beschwichtigungsministerin in Hessen.

Natürlich haben wir uns mit dem Gutachten des Öko-Instituts auseinandergesetzt. Gott sei Dank stand das im Netz, und wir konnten uns mit einigen wesentlichen Punkten auseinandersetzen.

Weil Sie von Veröffentlichung gesprochen haben: Was ist eigentlich mit der Veröffentlichung des Gutachtens von TÜV-Süd? Sie haben gesagt, Sie sind an Transparenz und Offenheit interessiert, daran, dass das dargestellt wird: Wird das auch veröffentlicht? Zu dieser Frage müssen Sie auch etwas sagen.

(Beifall bei der SPD)

Am Dienstag habe ich davon gesprochen, dass das Öko-Institut in seinem Gutachten 80 weitere Gründe für das Abschalten von Biblis aufgelistet hat. Heute ist festzustellen, dass eigentlich jeden Tag ein weiterer Grund hinzukommt. Das Nicht-Funktionieren der automatischen Abschaltung, der Notschaltung von Block A zu Block B, liegt nach meinem Verständnis an dem kaputten Schalter. Das hat nicht automatisch funktioniert.

Zu Recht haben Sie dargestellt, es ist vorgesehen, dass dann manuell geschaltet wird. Nun haben wir in Biblis die Erfahrung gemacht, dass es mit der manuellen Handhabung nicht so ganz einfach ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der Mensch kann ein sehr zuverlässiger Partner der Technik sein, aber leider kann auch manchmal das Gegenteil passieren. Wir haben es ja erlebt: Als es in Biblis 1987 ein Problem mit einem Ventil gab, hat der damalige Direktor des Atomkraftwerks gesagt: In einem Schwall aus Hunderten von Meldungen ist damals halt übersehen worden, dass da ein Ventil offen stand. – Deswegen hat man damals das Ventil manuell getippt und in Kauf genommen, dass möglicherweise eine ganze Rohrleitung auseinanderfliegt.

Deswegen sage ich: Es ist erforderlich, dass der Mensch dann handeln muss. Aber Sie sehen die Gefährdungen, denen man dann immer wieder ausgesetzt ist. Es soll keine Rolle spielen, dass hier ein automatisches System ausgefallen ist – Gefährdung Kategorie 0, sagen Sie, Frau Ministerin. Für mich hat auch das eine Relevanz und muss dazu führen, nachzudenken, wie das Verfahren weiter verbessert werden kann. Auch da finde ich Ihre Aussage nicht akzeptabel.

Deswegen bleiben wir dabei: Jede Laufzeitverlängerung für Biblis ist völlig unverantwortlich. Jede Beschwichtigung des Zustandes der Atomkraftwerke Biblis A und B ist eine verantwortungslose Verharmlosung.

Frau Ministerin, Sie tragen die Amtsbezeichnung „Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“. Nach dem, was Sie heute wieder dargestellt haben, stellen Sie sich eher als Ministerin der Verharmlosung, der Sorglosigkeit, der Beschwichtigung und des Atomlobbyschutzes dar. Das ist die falsche Herangehensweise an diese höchst problematische Lage in Biblis.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man einen Strich unter das zieht, was die Ministerin Puttrich hier gesagt hat, dann hat sie gesagt: Es ist alles kein Problem.

Frau Ministerin, ich frage mich schon: Wenn alles kein Problem ist, warum waren Sie dann eigentlich gestern Nachmittag zu diesem Thema nicht sprechfähig?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Frau Ministerin, wenn alles kein Problem ist, warum gehen Sie dann jetzt zur Vorwärtsverteidigung über und melden sich noch vor den Fraktionen, damit Sie um Gottes willen auf keine einzige der hier gestellten Fragen eine Antwort geben müssen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie versuchen sich hier als Meisterin des Neusprechens. Sie stellen hier immer Bilder. Das tun Sie, seit wir mit Ihnen die erste Debatte hier in diesem Haus geführt haben. Ein paar Tage später werden genau diese Bilder durch die Wirklichkeit absolut widerlegt.

Wir haben am 8. September hier in diesem Hause die erste Debatte Ihrer Amtszeit über Biblis geführt. Sie waren eine Woche im Amt. Da haben Sie schöne Bilder gestellt. „Sicherheit ist nicht verhandelbar“, haben Sie gesagt.

(Judith Lannert (CDU): Ja, und?)

Sie haben auch gesagt: „Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit.“

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Frau Lannert, zwei Tage später wird der Geheimvertrag der Bundesregierung mit den Atomkonzernen bekannt, bei dem völlig klar ist: Sicherheit ist offensichtlich doch verhandelbar, sie darf die Konzerne nämlich nicht mehr als 500 Millionen € kosten.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Eine Woche später sitzen wir im Umweltausschuss, 16. September. Da stellen Sie sich hin und sagen: Die Sicherheit der Menschen ist das Einzige, was uns leitet.

(Judith Lannert (CDU): Ja!)

Eine Woche später machen Sie ein dpa-Gespräch. Nebenbei geben Sie zu – im Umweltausschuss sind Sie noch drumherumgeschwurbelt –, es gibt keine externe Notstandswarte, und es gibt keinen Schutz gegen Flugzeugabstürze. – Offensichtlich ist die Sicherheit der Menschen nicht das Einzige, was Sie leitet, sondern auch der Profit von RWE.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Sie haben am 14. September ganz dick die Backen aufgeblasen und gemeinsam mit Herrn Söder gesagt: Länder fordern Geld aus dem Atomdeal – das war die Überschrift. Zwei Tage später gibt es die uneingeschränkte Zustimmung zu allem, was die Bundesregierung verhandelt hat.

Sie haben am 25.09., letzten Samstag, wieder ein dpa-Gespräch gehabt, das sogar zur Überschrift geführt hat – das ist die Krönung des Neusprechs gewesen –: „Puttrich macht Druck“. Am Ende stand darin: Es gibt keine externe Notstandswarte, es gibt kein Notstandssystem. Sie haben gesagt, das ist nicht nötig, weil sich die beiden Blöcke im Falle eines Falles gegenseitig stützen. Deswegen brauchen sie übrigens als einziger deutscher AKW-Standort keine externe Notstandswarte. Sie haben den Zusatz gebracht: Biblis ist sicher, sonst wäre es gar nicht am Netz.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Am Montag nach diesem Samstag wird bekannt, dass seit Ende letzten Jahres im Bundesumweltministerium und, wie Sie gerade gesagt haben, seit dem 20.07. bei Ihnen das Gutachten vom Öko-Institut liegt, das von 80 relevanten Schwachstellen ausgeht. Sie haben gesagt: Das ist alles hypothetisch, und real hat es überhaupt keine Bedeutung.

Da frage ich Sie – Norbert Schmitt hat ein paar Sachen genannt –, warum in der Liste, die gestern bekannt geworden ist, Ihre eigenen Leute in der Bund-Länder-Kommission genau etliche dieser Schwachstellen als Schwachstellen definieren.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Für mich ist die spannende Frage, wenn Sie sagen, das liegt seit dem 20.07. im Ministerium: Hat man am 21.07. z. B. den TÜV Süd beauftragt: „Hier ist die Endversion, prüft bitte alles durch“, ja oder nein? Haben Sie das getan? Wenn Sie es nicht getan haben: Warum haben Sie es nicht getan?

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Sie haben, wie gesagt, am Samstag erklärt: Alles ist sicher, das Notstandssystem funktioniert wunderbar. – Am Montag wird bekannt, das Gutachten spricht von 80 Schwachstellen. Gestern wird bekannt, dass genau dieses Notstandssystem der gegenseitigen Stützung nicht automatisch funktioniert hätte.

Jetzt sagen Sie – das stand nicht in der Presseerklärung, das haben Sie nur hier gesagt –: Es hat 40 Minuten gedauert, den Schalter aus dem Lager zu holen. – Es ist schön, wenn der Schalter im Lager ist. Wir haben Glück gehabt, dass Biblis A gerade heruntergefahren ist. Aber das ist doch genau das Restrisiko, das nicht hinnehmbar ist. Wenn Biblis A in Betrieb gewesen wäre – –

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Tarek, das ist unter deiner Würde! – Weitere lebhaft Zuerufe von der CDU und der FDP)

Die Letzten, die versucht haben, einen Reaktor manuell zu steuern, das war die Bedienmannschaft in Tschernobyl. Das Ergebnis ist bekannt.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist überhaupt nicht vergleichbar!)

Deswegen gibt es automatische Systeme. Wenn die nicht funktionieren, ist das ein Problem. Da kann man nicht sagen, das macht nichts.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie können das überhaupt nicht miteinander vergleichen!)

Frau Puttrich, vielleicht wissen Sie nicht, aber Norbert Schmitt hat es angesprochen, was am 17. Dezember 1987 passiert ist. Als ein Absperrventil offen stand und ein Lämpchen gezeigt hat, dass etwas nicht stimmt, was hat die Bedienmannschaft manuell gemacht? Sie ist nicht hingegangen und hat den Reaktor abgeschaltet. Sie hat die Warnlampe abgeschaltet, und genau das ist der Grund, weil der Mensch ein fehlbares Wesen ist, warum das nicht hinnehmbar ist.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Frau Puttrich, am Tag, als Volker Bouffier Sie nominiert hat, hat Ihr Kreisverband in der Wetterau eine Erklärung mit der Überschrift gebracht: CDU Wetterau freut sich, dass Lucia Puttrich Landwirtschaftsministerin wird. – Sie sind auch für Wetterauer Kartoffeln zuständig, das stimmt. Aber Sie sind eben auch für südhessische Atomkraftwerke zuständig, Frau Ministerin.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Al-Wazir, gestatten Sie Zwischenfragen?

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein, Herr Präsident. – Ich hatte gedacht, Sie wollten mich gerade wegen der Wetterauer Kartoffeln rügen, Entschuldigung.

Ich sage Ihnen sehr deutlich, Ihnen wird vielleicht gerade jetzt klar, worauf Sie sich eingelassen haben. Wir haben in Biblis Reaktoren, die zu den störfallanfälligsten der Bundesrepublik Deutschland gehören. Wir haben Reaktoren, in denen seit Jahren große Nachrüstungserfordernisse bestehen, denen nicht nachgekommen wird. Sie sind jetzt in der Situation, dass Sie einerseits politisch versprochen haben: „Liebe Atomlobby, wir sorgen dafür, dass ihr weiter Geld drucken könnt“, und auf der anderen Seite einen Amtseid geschworen haben, dass Sie für die Bevölkerung da sind, und zwar für die Sicherheit der Bevölkerung, nicht nur derjenigen, die mit Atomkraftwerken Geld verdienen, Frau Puttrich.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was ist das für ein erbärmliches Niveau! – Weitere Zuerufe von der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Darf Herr Beuth eine Zwischenfrage fragen?

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein. Ich weiß ja, was da kommen wird. Ich höre die Zwischenrufe, die reichen mir. Die sind übrigens nicht bürgerlich, Herr Irmer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer)

(CDU): Wer Tschernobyl mit Biblis vergleicht, zeigt, dass er keine Ahnung hat!

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Irmer. – Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Ihnen sollten die letzten 30 Tage endgültig gezeigt haben, dass Biblis A und B Reaktoren sind, die nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, die heute nicht mehr genehmigungsfähig sind, die 36 und 34 Jahre alt sind und die schnellstmöglich abgeschaltet werden müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Das ist Ihre Aufgabe. Wenn Sie diese Aufgabe nicht erfüllen, dann müssen Sie sich gefallen lassen, dass Sie nicht mehr die Energie- oder die Umweltministerin sind, sondern dass Sie die Atomministerin sind. Ich sage Ihnen: 70 Tage sind es noch zur 100-Tage-Bilanz, und dann werden wir sehr genau schauen, wessen Interessen Sie vertreten.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Stephan für die CDU-Fraktion.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der beantwortet jetzt die Fragen von Norbert Schmitt!)

**Peter Stephan (CDU):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst Ihnen, Frau Puttrich, herzlichen Dank für die umfassende Information,

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

die Sie gestern eingefordert haben und die Sie heute zu Beginn der Debatte bekommen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, von den GRÜNEN und von den LINKEN.

Lassen Sie mich das zusammenfassen, was Sie kritisiert haben, nämlich unsere Haltung zum Thema Sicherheit von Kernkraftanlagen.

(Timon Gremmels (SPD): Unglaublich!)

Erstens. Die deutschen Kernkraftanlagen sind sicher, und sie werden sicher bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Eieiei!)

Zweitens. Sicherheit ist nicht verhandelbar.

Drittens. Die Verlängerung der Laufzeiten erfordert weitere Sicherheitsüberprüfungen.

Viertens. Welcher Sicherheitsstandard definiert wird, entscheiden internationale Standards auf höchstem Sicherheitsniveau.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Und nicht die GRÜNEN!)

Welche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind und umgesetzt werden, das entscheiden ausgewiesene Fachexperten und nicht das politische Geheule von Gegnern der Kernenergie.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Sollte es sich zeigen – das sage ich Ihnen auch –, dass einzelne Kernkraftanlagen solche Nachrüstungen erfordern, dass es von der wirtschaftlichen Seite nicht tragbar ist, dann wird der Kernstrom eben von anderen Anlagen erbracht.

Wir werden daher auch die Punkte, die in diesem Gutachten des Öko-Instituts angesprochen sind, ideologiefrei prüfen lassen. Wenn sich Handlungsbedarf ergibt, dann wird gehandelt. Wir sind aber längst noch nicht so weit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie schwach und wie arm die Argumente der SPD sind, zeigt doch der Antrags-text, wenn man ihn mit dem Bericht des Öko-Instituts vergleicht. Die SPD posaut, dass aufgrund des Gutachtens Biblis sofort abgeschaltet werden müsste.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Richtig!)

Das Gutachten sagt im letzten Absatz – ich zitiere –:

Die vorliegenden Ergebnisse der Relevanzprüfung

– es ist keine Sicherheitsüberprüfung, sondern eine Relevanzprüfung –

sollen Schwerpunktsetzungen für mögliche weitergehende Untersuchungen ausgehend von den seitens IPPNW vorgebrachten Hinweisen auf mögliche Sicherheitsdefizite erleichtern. Die abschließende Bewertung der Abweichungen ist nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dort stehen wir. Im Gutachten sind keine Beurteilungen enthalten, sondern das sind Hinweise, auf die man schauen muss, um erkennen zu können, ob überhaupt sicherheitsrelevante Beeinträchtigungen vorliegen.

Sie interpretieren Aussagen, die das Öko-Institut überhaupt nicht getroffen hat, Mängel, die gar nicht festgestellt worden sind. Schlimmer können die Hilflosigkeit, die Argumentationsleere und die fehlende Ernsthaftigkeit an der Sicherheitsdiskussion nicht dokumentiert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie sprechen von nachgewiesenen Sicherheitsdefiziten – das Öko-Institut spricht von notwendigen Prüfungen. Sie sprechen von nachgewiesenen Sicherheitsdefiziten – das Öko-Institut spricht von Defiziten in der Nachweisführung. Zwischen den genannten Punkten liegen Welten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nicht einmal bei der Hälfte der aufgeführten Punkte dieses Instituts findet man überhaupt Hinweise auf Probleme. Es ist kein Strohalm, an dem Sie sich festhalten, es ist ein Gras, ein Schneidegras, und Sie haben sich dabei eine blutige Nase geholt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))



Einige wenige weitere Punkte. Warum kritisieren Sie heute die Dicke der Betonhülle? Zu Zeiten von Trittin und Gabriel war sie genauso dick, da hat es keine Rolle gespielt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum kritisieren Sie heute das Thema Erdbeben? Gab es dies zu Zeiten Trittins und Gabriels nicht? Die CDU-geführte Landesregierung hat in Biblis mehr für die Sicherheit getan als alle rot-grünen Umweltminister in Wiesbaden und Berlin zusammen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das muss auch einmal gesagt werden, das müssen Sie sich anhören, das gehört zur Wahrheit dazu.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Die Maßnahme, die Staatsminister Weimar damals als Umweltminister angeordnet hat, die hat ein Herr Fischer nicht umgesetzt; er hat sie liegen lassen. Erst Herr Minister Dietzel hat daran wieder gearbeitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist Quatsch!)

Ich empfehle Ihnen, das Gutachten des Öko-Instituts zu lesen, anstatt sich Ihre Meinung von der „Frankfurter Rundschau“ bilden zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Thema mit dem ausgefallenen Schalter ist ausreichend diskutiert. Aber ich sage Ihnen auch noch eines: Das, was Sie zum Thema Tschernobyl ausgeführt haben, ist eine Beleidigung für alle deutschen Ingenieure, die Kernkraftwerke betreiben und dort arbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Diese Ingenieure kümmern sich um die Sicherheit der Anlagen und der Menschen. Diese Fachleute mit den Betreibern in der Ukraine 1986 zu vergleichen, ist eine Anmaßung, eine Beleidigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Biblis ist sicher, Biblis bleibt sicher, koste es an den nötigen Maßnahmen, was es wolle. Wenn unabhängige Experten feststellen, und nicht laute Marktschreier der Opposition, dass Biblis unsicher sein sollte, dann wird daran gearbeitet, und dann wird Biblis vielleicht keine acht Jahre länger laufen.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Wichtig ist: Die Sicherheit steht oben an. Aus diesem Grund laufen die Anträge von Ihnen aus der Opposition heute ins Leere. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Sürmann für die FDP-Fraktion.

#### **Frank Sürmann (FDP):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir gestern ein Buch gekauft, das in einer Tüte steckte, auf der eine Warnmeldung stand wie bei Zigaretten: Vorsicht, lesen gefährdet Ihre Dummheit.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Seitdem dieses sogenannte Gutachten, das eigentlich nur eine Ausführung ist, über „Frontal“ öffentlich geworden ist, hätte man es auch einmal lesen können, damit man weiß, mit welchen Fragen es sich beschäftigt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Da gibt es einen Prozess aufgrund eines Antrags der Ärzte gegen Atomkrieg. Warum sie das jetzt an Biblis festmachen, verstehe ich nicht. Ich habe mir das Werk angesehen,

(Widerspruch von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

im Gegensatz zu Totalverweigerern, die noch nie dort drinnen waren, und habe nirgendwo entdeckt, dass dort Atombomben gebaut werden.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Biblis ist im Übrigen ein ganz friedliches Dörfchen, und dessen Einwohner können sehr gut mit dem Atomkraftwerk leben.

Die Ärzte gegen Atomkrieg haben in ihrer Begründung 210 Dinge angeführt, warum Biblis unsicher sei. Daraufhin hat das Bundesumweltministerium gesagt: Das ist aber ganz schön viel. Wir müssen erst einmal untersuchen, wie viele davon sicherheitsrelevant sind, wenn sie da wären. – Daraufhin fielen 130 weg. Jetzt sind 80 übrig.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Bei diesen 80 muss untersucht werden, ob die Mängel überhaupt da sind. Die ersten groben Überprüfungen haben ergeben, dass auch diese 80 keine Mängel sind. Es tut mir leid für Sie, dass Sie hier keinen Ansatzpunkt mehr haben. Ich komme gleich darauf zurück, was ich für ein Gefühl habe, und andere auch, was Sie hier mit der Bevölkerung treiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Wir reden darüber, dass Sie versuchen, an diesem Punkt die Bevölkerung zu verunsichern, und behaupten, da sei irgendein Mangel. Dann kommt das Zweite mit dem Umschalter. Da müssen wir auch noch einmal erklären, worum es überhaupt geht. Da geht es darum, dass die Reststrommenge beim Abschalten des Reaktors noch abgeleitet werden kann. Das kann man automatisch oder manuell, das ist inzwischen auch schon zugegeben. Das wird aber auch nur dann interessant, wenn alle acht anderen Notstandssysteme – es gibt sogar ein externes, das RZ-System, das wissen Sie auch, das erwähnen Sie bloß nicht – ausfallen; dann wäre das überhaupt erst relevant geworden. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, dass dieser Fall überhaupt eingetreten wäre und es zu einem Abschalten geführt hätte. Dafür muss auch erst einmal ein Grund vorhanden sein.

Was machen Sie eigentlich? Das werfe ich Ihnen als GRÜNEN-Fraktion am meisten vor: Es geht Ihnen überhaupt nicht um die Sicherheit im AKW, sondern einfach nur darum, immer wieder Gründe zu suchen, um Ihren politischen Mainstream zu vertreten. Dabei schrecken Sie nicht davor zurück, die Bevölkerung mit unwahren Behauptungen zu verunsichern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das sieht man auch an der Kleinen Anfrage von Frau Hammann, in der sie fragt, welche Auflagen von den sogenannten Weimar-Auflagen inzwischen umgesetzt sind. Sie laden bereits jetzt schon für morgen zu einer Pressekonferenz ein, um dann den Leuten zu suggerieren, wenn das nichts war mit dem Öko-Institut, dann haben wir immer noch die nicht erfüllten Weimar-Auflagen.

(Beifall bei der FDP)

Um einer Legendenbildung vorzubeugen: Das stimmt aber auch nicht. In der Beantwortung steht, alle Auflagen sind planmäßig von RWE abgearbeitet worden. Da sind zwar noch einige offen, aber die werden abgearbeitet.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der FDP)

Sie ärgern sich jetzt natürlich schon darüber, dass planmäßig genau das abgearbeitet wird, was unter Herrn Weimar und dann unter Herrn Dietzel in Kraft gesetzt wurde, und zwar sehr vernünftig in Kraft gesetzt wurde.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Jetzt möchte ich auch noch ein bisschen zitieren, denn Herr Schmitt forderte es ein, dass ich zitiere.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen hat das Lesen nicht gewirkt!)

Altbundeskanzler Schmidt – Sie kennen das, diesmal nicht aus dem Jahr 2008, sondern vom 15.09.2010 – wurde von der „Wirtschaftswoche“ gefragt:

Sie haben sich auch unbeliebt gemacht. Haben Sie es jemals gereut, für die Atomenergie eingetreten zu sein?

Antwort von Altbundeskanzler Schmidt:

Nein. Es war damals richtig, und es ist bis heute nicht falsch. Ich bin übrigens nicht besonders dafür eingetreten, sondern ich habe bewusst das fortgesetzt, was ich von den vorhergehenden Regierungen vorfand. Sie dürfen nicht reinfallen auf die Propaganda der 68er.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die haben mich zum Atomkanzler gemacht.

Nächste Frage:

Es gab Schlachten an den Kraftwerkstandorten. Sehen Sie sich als Geburtshelfer der GRÜNEN?

Antwort des Altbundeskanzlers:

Das ist dummes Zeug. Die GRÜNEN sind keine deutsche Erfindung. Solche Parteien sind auch woanders entstanden, übrigens nicht überall gegen Kernkraftwerke. Die GRÜNEN waren eine bürgerliche Jugendbewegung. Die kamen nicht aus der Arbeiterschaft.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das wissen wir!)

Der Reporter sagt:

Aber etwas alt geworden.

Der Altbundeskanzler antwortet:

Gott sei Dank. Selbst die jungen Leute werden erwachsen. Das hat mit Atomkraft eigentlich nichts zu tun.

Ich finde das ist ein ganz tolles Zitat.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kindergarten!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, die Redezeit.

**Frank Sürmann (FDP):**

Da Sie mir immer so viel in den Mund legen, zitiere ich Ihnen noch etwas.

Da sind die GRÜNEN, die den Anti-Atom-Protest nach wie vor für ihre parteiliche Identität zu brauchen meinen, und da sind die Sozialdemokraten, die mangels eigener Kraft die GRÜNEN zu brauchen meinen. „Es war wie eine religiöse Bekehrung. Gegen die Kernkraft zu sein, war lange Zeit eine essenzielle Position, wenn man Umweltschützer war“,

(Timon Gremmels (SPD): Reden Sie doch einmal zum Thema!)

sagte Stephen Tindale, bis vor einigen Jahren Direktor von Greenpeace, als er zusammen mit anderen Wortführern der britischen Umweltbewegung zu der Einsicht kam, „dass die Kernkraft zwar nicht ideal, aber immer noch besser als der Klimawandel“ sei.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident!)

**Frank Sürmann (FDP):**

Das sagt Wolfgang Clement, Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister, den Sie gemeinerweise aus der Partei gedrängt haben. – So viel dazu.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort für 1:46 Minuten.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Debatte sind sehr konkrete Fragestellungen an die Ministerin aufgeworfen worden, unter anderem vom Kollegen Norbert Schmitt von der SPD. Frau Ministerin, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement gesagt, in Biblis sei alles kein Problem, es sei alles sicher und alles geklärt. Sie und die Atomlobby hätten alles im Griff. Frau Ministerin, dann fordere ich Sie auf: Antworten Sie vor diesem Parlament sehr präzise auf die Fragen, die Ihnen unter anderem der Kollege Schmitt gestellt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU))

Frau Ministerin Puttrich, wenn Sie alles im Griff haben, dann dürfte das überhaupt kein Problem sein.

(René Rock (FDP): Sie hat doch schon alles gesagt! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es gibt ganz konkrete Fragen. Aus der gestern bekannt gewordenen Nachrüstungsliste der Bund-Länder-Kommission ergeben sich ganz konkrete sicherheitsrelevante Fragen. Frau Ministerin Puttrich, wenn Sie gemeinsam mit RWE und Biblis alles im Griff haben, können Sie jetzt an dieses Rednerpult gehen und die fünf Fragen, die Ihnen der Kollege Schmitt sehr präzise gestellt hat, auch sehr präzise beantworten. Wenn Sie es nicht können, dann wissen wir: Es ist in Biblis eben nicht alles in Ordnung. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

#### Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Gremmels, die Lautstärke ist in Ordnung. Aber wenn sie stört, wird sie schmerzhaft. Bitte halten Sie sich etwas zurück. Sie haben mir nicht zu widersprechen, damit auch das klar ist.

Meine Damen und Herren, ich lasse abstimmen. Wir haben einen Entschließungsantrag, zwei Dringliche Entschließungsanträge und einen Dringlichen Antrag. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 45, den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke, Drucks. 18/2872, abstimmen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass der Entschließungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN bei Ablehnung durch die Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt worden ist.

Ich lasse dann über den Tagesordnungspunkt 66, den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Biblis B: 80 Sicherheitsmängel sind 80 weitere Abschaltgründe, Drucks. 18/2906, abstimmen. Wer stimmt diesem Dringlichen Entschließungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass der Dringliche Entschließungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor abgelehnt worden ist.

Wir stimmen dann über den Tagesordnungspunkt 74 ab, den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Atomkraftwerk Biblis: statt verharmlosen und verschweigen – Risikogutachten offenlegen, Drucks. 18/2916. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Dringliche Entschließungsantrag mit dem gleichen Ergebnis wie zuvor abgelehnt.

Ich gehe davon aus, dass wir den Dringlichen Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 79 zur weiteren Beratung an den Ausschuss überweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Da noch Fragen offen sind, ja!)

– Nein, lieber Herr Kollege: nicht, weil Sie es gerne hätten, sondern weil wir es aufgrund der Geschäftsordnung so machen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Dann ist dieser Punkt erledigt.

Meine Damen und Herren, wir räumen jetzt noch ab. Ich darf Sie bitten, hier zu bleiben, weil ich nachher noch etwas Persönliches zu sagen habe, nicht für mich, sondern für jemand anderen.

Ich teile Ihnen mit, was die Geschäftsführer vereinbart haben und was wir als Parlament übernehmen sollten. In das nächste Plenum geschoben werden sollen die **Tagesordnungspunkte 76, 14, 26, 16 und 17**.

Zur abschließenden Beratung an den Kulturpolitischen Ausschuss überweisen wir den **Tagesordnungspunkt 18**, den Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Anrechnungstunden für Drogenberatungslehrkräfte bedarfsgerecht zuweisen. – Einverständnis ist hergestellt. Dann wird so verfahren.

Zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie den Europaausschuss wird **Tagesordnungspunkt 19** überwiesen, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen setzt sich aktiv für eine nachhaltige EU-Agrarpolitik nach 2013 ein. – Der Überweisung zur abschließenden Beratung widerspricht keiner. Dann wird so verfahren.

In das nächste Plenum sollen geschoben werden die **Tagesordnungspunkte 20, 21, 23, 24 und 72**.

Abschließend beraten werden soll im Europaausschuss der **Tagesordnungspunkt 25**, der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Bedeutung der europäischen Strukturpolitik für Hessen. – Kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Abschließend im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr soll behandelt werden der **Tagesordnungspunkt 27**, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Förderung des Radverkehrs in Einrichtungen des Landes. – Kein Widerspruch. Dann wird so verfahren.

**Tagesordnungspunkt 28** soll in das nächste Plenum geschoben werden.

Die **Tagesordnungspunkte 29 und 33** sollen ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen werden. – Das ist einvernehmlich.

Ebenfalls ohne Aussprache wird der **Tagesordnungspunkt 30**, der Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schutz der Bevölkerung durch Neuordnung der Sicherungsverwahrung, an den Rechts- und Integrationsausschuss überwiesen. – Das ist auch ohne Widerspruch.

Im nächsten Plenum sollen behandelt werden der **Tagesordnungspunkt 31** und der **Tagesordnungspunkt 32**.

Ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überweisen wir den **Tagesordnungspunkt 34**, den Antrag der Fraktion der

SPD betreffend Einführung eines Gütesiegels für kontrollierte Lebensmittelhygiene in Betrieben. – Auch kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Im nächsten Plenum wollen wir die **Tagesordnungspunkte 35, 36, 37, 70 und 39** behandeln.

Im Kulturpolitischen Ausschuss abschließend beraten werden soll der **Tagesordnungspunkt 40**, der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend inklusives Schulsystem. – Kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Der **Tagesordnungspunkt 41**, der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend verstärkte Erdkabelnutzung beim Netzausbau, soll zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. – Auch hier gibt es keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Im nächsten Plenum rufen wir dann auf die **Tagesordnungspunkte 42, 46 und 47**.

Abschließend beraten werden soll im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und im Europaausschuss der **Tagesordnungspunkt 48**, der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Güter- und Schienenpersonenverkehr in Europa. – Somit beschlossen, weil kein Widerspruch.

Im nächsten Plenum werden erneut aufgerufen die **Tagesordnungspunkte 50, 51, 60 und 67**.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne einen letzten Punkt aufrufen. Wir haben vor Kurzem über die Presse erfahren, dass heute um Mitternacht eine Kollegin nicht mehr unserem Hause angehören wird. Liebe Frau Staatsministerin a. D., liebe Frau Abg. Lautenschläger, liebe Silke, wir bedauern es sehr, dass du uns verlässt, die einen aus dem einen Grund, die anderen aus dem anderen Grund. Du bist jetzt seit elf Jahren im Landtag. Ich darf das so persönlich sagen. Du warst davon neun Jahre in der Landesregierung. Der Hessische Landtag und das Land Hessen sind dir für diese Tätigkeit zu Dank verpflichtet. Ich wünsche dir alles Gute für die Zukunft und dass du ab und zu guten Tag sagst. Das wäre schön. Beste Zeit. Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Blumen und ein kleines Geschenk gebe ich dir nachher persönlich. Da muss keiner dabei sein.

(Heiterkeit)

Denn ich lade Sie jetzt auch noch alle ein, die Erntekrone der Landjugend zu überreichen. Das findet nachher unten statt.

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit am Wochenende. Danke schön.

(Schluss: 17:48 Uhr)